



Institut für Hochschulforschung (HoF)
an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Peer Pasternack | Matthias Meinhardt (Hg.)

DAS UNIVERSITÄTS- STERBEN UM 1800

**Strukturelle Bedingungen und
kontingente Faktoren**



**Berliner
Wissenschafts-Verlag**

Universitätssterben um 1800

Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg
Herausgegeben für das Institut für Hochschulforschung (HoF) von
Peer Pasternack

Peer Pasternack | Matthias Meinhardt
(Hrsg.)

Das Universitätssterben um 1800

**Strukturelle Bedingungen und
kontingente Faktoren**



**Berliner
Wissenschafts-Verlag**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über <https://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8305-5599-5
eISBN 978-3-8305-5600-8

Reihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“
© Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg (HoF)
Collegienstraße 62, 06886 Lutherstadt-Wittenberg,
institut@hof.uni-halle.de, <https://www.hof.uni-halle.de>

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtes
ist unzulässig und strafbar.

Hinweis: Sämtliche Angaben in diesem Fachbuch/wissenschaftlichen Werk
erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung und Kontrolle ohne Gewähr. Eine Haftung
der Autoren oder des Verlags aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

Druck: docupoint, Magdeburg
Gedruckt auf holzfreiem, chlor- und säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.
Printed in Germany.

2024 BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG GmbH
Behaimstraße 25, 10585 Berlin
E-Mail: bwv@bwv-verlag.de, Internet: <https://www.bwv-verlag.de>

Inhalt

Peer Pasternack Matthias Meinhardt	
Wittenberg, kontextualisiert. Zur Einleitung	7
Marian Füssel	
Tödliche Universitäts-Kritik? Zur öffentlichen Debatte über die „Aufhebung der Universitäten‘ zwischen Spätaufklärung und Vormärz....	21
„Verlust für das Land“ – Der Cameral-Nutzen 24 „Aufhebung“ oder „Zusammenschmelzung“: das Ringen um die Schließungen 29 „Von der notwendigen Unterdrückung der deutschen Universitäten“ 34 Fazit 36	
Tanja Kilzer	
Uni, ade. Die Schließung der Alten Universität Köln 1798 durch die französische Besatzungsmacht und der Kampf um ihre Wiedergründung bis 1818	39
Die Alte Universität Köln – prestigeträchtige Einrichtung mit stark religiösem Charakter 40 Französische Besatzung des Rheinlandes und Schließung der Universitäten 45 Die Kölner Universität als französische Zentralschule und spätere Sekundärschule 46 Einführung der <i>Université Imperial</i> in das französische Bildungssystem und die Hoffnung auf Wiedergründung 51 Bonn oder Köln – zwei Universitäten ringen um die Wiedergründung 53 Fazit 58	
Stefan Brüdermann	
Ein Ende durch Napoleon. Die Schließung der Universität Rinteln 1810 ...	61
Gründungsvorgang 61 Dreißigjähriger Krieg und Übergang an Hessen-Kassel 63 Dauerhafte Ausstattungsprobleme 66 Schlussphase 70	
Christina Stehling	
„Möge der Schutzgeist ... über dem Musensitz walten!“ Die Nichtschließung der Universität Marburg um 1800	75
Die gefährdete Existenz der Marburger Universität im 18. Jahrhundert 76 Kontroverse und Konkurrenz – Universität Marburg zu Beginn des 19. Jahrhunderts 84 Kontinuitäten und Brüche 88	
Sandra Haas	
Existenzkrise und Fortbestand der Universität Freiburg um 1800	91
Existenzgefährdung in habsburgischer Zeit: Die Bildungsreformen unter Kaiser Joseph II. 92 Existenzgefährdung in badischer Zeit: Herrschaftswechsel und Rationalisierung des badischen Universitätswesens 95 Resümee 102	

Regina Meyer	
Die Bayerische Universitätspolitik an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Das Schicksal der Universität Bamberg als Beispiel.....	105
Veränderungen der politischen Landschaft an der Wende zum 19. Jahrhun- dert 107 Bayerische und fränkische Bildungspolitik 1773–1808 109 Das Schicksal der Universität Bamberg als Beispiel 114 Zusammenschau 120	
Hans-Uwe Lammel	
Die ausgelagerte Modernisierung. Oder: Ein Universitätsexperiment an der oberen und unteren Warnow, in Bützow und Rostock.....	123
Die Probleme im Vorfeld 127 Warum Bützow? 130 Die Armenuniversität Rostock 133 Die Neugründung, die keine werden sollte 136 Schlussbetrach- tung 143	
Hans-Christof Kraus	
Auf der Suche nach dem Neubeginn. Zur preußischen Universitätspolitik in der Krise um 1800.....	145
Krise der Universitäten 145 Suche nach Alternativen 148 Planspiele und Entwürfe für den Neubeginn 152 Eine Hauptstadtuniversität 156 Ideenge- ber Wilhelm von Humboldt 159	
Adrian Grave	
Eine „glückliche Mittelstraße“? Das theologische Profil der Leucorea im Zeitalter des „Universitätssterbens“ um 1800.....	165
Aufgeklärte Theologie in Wittenberg 168 Die supranaturalistische Wende um 1800 169 Der Konflikt zwischen Reinhard und Nitzsch 176 Ausblick 179	
Peer Pasternack	
Das Nachleben der Universität Wittenberg.....	183
Nachleben 1: Ausgleichsmaßnahmen für Wittenberg und spätere Neuansied- lungen 184 Nachleben 2: Die ehemalige Wittenberger Universität in „Halle- Wittenberg“ 187 Nachleben 3: Gedächtnispflege und die Bewirtschaftung der Aura des Ortes 192 Nachleben 4: Die Überlieferungen 196 Nachleben 5: Dokumentationen und Forschungen zur Universitätsgeschichte 198 Nachle- ben 6: Spuren im heutigen Stadtraum 199 Nachleben 7: Digital und online 202 Fazit 204	
Abbildungsverzeichnis.....	207
Autorinnen & Autoren.....	208

Wittenberg, kontextualisiert

Zur Einleitung

Peer Pasternack | Matthias Meinhardt

I.

Für die Realisierung des hier vorgelegten Bandes haben sich mit der Reformationsgeschichtlichen Forschungsbibliothek (RFB) und dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg an der Martin-Luther-Universität (HoF) zwei Wittenberger Einrichtungen zusammengetan. Beide kommen auf unterschiedlichen Wegen zum Thema des Universitätssterbens um 1800.

In der RFB sind seit 2018 die Bibliotheken des Evangelischen Predigerseminars Wittenberg und des Lutherhauses zusammengeführt,¹ wodurch sie einen Gesamtbestand von mehr als 220.000 Bänden beherbergt, daneben Handschriften und eine Kunstsammlung. Hierbei ist im universitätsgeschichtlichen Kontext vor allem eines bedeutsam: Die Büchersammlung des Predigerseminars geht in ihrem Kern auf die Bibliothek der Wittenberger Universität LEUCOREA zurück. Bei der Aufhebung der Universität 1817 war bestimmt worden, dass die theologischen und philologischen Bibliotheksbestände in Wittenberg verbleiben (während alles andere nach Halle ging).² Universitätshistorisch wecken z.B. die rund 25.000 Dissertationen und Disputationsschriften Interesse. Sie ermöglichen detaillierte Einblicke in das akademische Leben an der LEUCOREA und in wissenschaftlich-intellektuelle Diskurse vom 16. bis zum 19. Jahrhundert. Etwa die Hälfte der RFB-Magazine füllt historischer Altbestand von Drucken vor 1850 mit Schwerpunkt auf Publikationen der Reformationszeit und Werken der lutherischen Or-

¹ Vgl. Matthias Piontek: Auf dem Weg zur Reformationsgeschichtlichen Forschungsbibliothek Wittenberg. Idee – Konzept – Umsetzung, Berlin 2014 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Piontek-2014_RFB.pdf).

² Friedrich Wilhelm [der III.]: Regulativ wegen Vereinigung der Universität Wittenberg mit der Universität Halle. Vom 12. April 1817, dok. in: Johann Friedrich Wilhelm Koch, Die Preussischen Universitäten. Eine Sammlung der Verordnungen, die Verfassung und Verwaltung dieser Anstalten betreffen. 1. Band: Die Verfassung der Universitäten im Allgemeinen, Berlin/Posen/Bromberg 1839, S. 528–531, hier 529 (<https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Regulativ-1817-UniVereinigung-1.pdf>).

thodoxie bis ins 18. Jahrhundert. Die zweite Hälfte des Bestands entfällt auf neuere Forschungsliteratur zur Reformationsgeschichte, mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Kirchen- sowie zur Universitätsgeschichte.³

Das HoF hingegen hat seine vorrangigen Arbeitsschwerpunkte im Bereich der gegenwartsbezogenen Aufklärung von Hochschul- und Wissenschaftsentwicklungen. Diese allerdings lassen sich kaum erforschen, ohne historisch informiert zu sein. Daher betreibt das Institut einerseits auch zeithistorische Projekte⁴ und befasst sich andererseits mit der Wittenberger Universitätsgeschichte,⁵ dem Nachleben der LEUCOREA⁶ und der Bildungsgeschichte Wittenbergs⁷ – letzteres nicht zuletzt im Sinne dessen, was heute unter dem Titel „Third Mission“, d.h. gesellschaftlichem Engagement, mit guten Gründen von Hochschulen erwartet und im übrigen am HoF auch erforscht wird.⁸

Der Ausgangspunkt, sich dem Universitätssterben um 1800 zu widmen, ist für die RFB wie das HoF, angesichts ihres Standortes wenig verwunderlich, die Wittenberger Universitätsgeschichte. Die Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek hat ihren Arbeitsschwerpunkt zwar im 16. Jahrhun-

³ Vgl. Matthias Meinhardt: Die Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek Wittenberg. Aufgaben, Struktur und Perspektiven, in: ders. (Hg.), Die Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek Wittenberg. Eine Einladung, Halle (Saale) 2017, S. 15–21; ders.: Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek Wittenberg. Eine neue Studienstätte für Geschichte und Kultur der Reformation, Wittenberg 2019 (https://www.rfb-wittenberg.de/sites/default/files/medien/161/dokumente/RFB_Neue%20Studien%C3%A4tte_2020.pdf).

⁴ Vgl. Peer Pasternack (Hg.): Kurz vor der Gegenwart. 20 Jahre zeitgeschichtliche Aktivitäten am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 1996–2016, Berlin 2017 (https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Kurz-vor-der-Gegenwart_WEB.pdf).

⁵ Vgl. Peer Pasternack/Daniel Watermann (Hg.): www.uni-wittenberg.de – Die historische LEUCOREA (1502–1817) online, Halle-Wittenberg 2021ff.

⁶ Vgl. Peer Pasternack: 177 Jahre. Zwischen Universitätschließung und Gründung der Stiftung Leucorea: Wissenschaft und Höhere Bildung in Wittenberg 1817–1994, Lutherstadt Wittenberg 2002 (https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/177_jahre.pdf); ders.: Nicht nur Resteverwertung. Die Verwendungen der Wittenberger Universitätsfondation nach 1817, Halle-Wittenberg 2022 (https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_120.pdf); ders.: Die Spuren der Leucorea (1502–1817). Ein universitätshistorischer Stadtrundgang durch das heutige Wittenberg, Lutherstadt Wittenberg 2023; ders.: Lose gekoppelt. Die Universität Halle-Wittenberg und die Stadt Wittenberg seit 1817: eine Beziehungsgeschichte, Halle (Saale) 2024.

⁷ Vgl. z.B. Jens Hüttmann/Peer Pasternack (Hg.): Wissensspuren. Bildung und Wissenschaft in Wittenberg nach 1945, Wittenberg 2004 (<https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Wissensspuren.pdf>).

⁸ Vgl. z.B. Justus Henke/Peer Pasternack/Sarah Schmid: Mission, die dritte. Die Vielfalt jenseits hochschulischer Forschung und Lehre: Konzept und Kommunikation der Third Mission, Berlin 2017 (https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/2017-HePaSchm_Mission-die-dritte_web.pdf).

dert und befasst sich vor allem mit der Geschichte der Reformation, was diejenige der Reformationsuniversität einschließen muss. Aber indem sie die Reformation auch hinsichtlich ihrer Wirkungen durch die anschließenden Jahrhunderte nachverfolgt, geht es ihr ebenso um die Wirkungsgeschichte der LEUCOREA. Am Institut für Hochschulforschung stehen zwar gegenwartsbezogene Fragestellungen im Mittelpunkt, darunter die nach Hochschulen und Wissenschaft in mittelgroßen Städten.⁹ Gerade letzteres aber legt unter anderem die exemplarische Verhandlung des Nachlebens der Wittenberger Universität nahe, was wiederum auch die Vorgeschichte des Nachlebens, mithin die LEUCOREA-Geschichte selbst, einschließen muss. Während sich also die RFB von ihren zentralen Arbeitsschwerpunkten ausgehend gleichsam nach vorn bewegt, um in die Zeit um 1800 zu gelangen, bewegt sich HoF auf der Zeitachse gleichsam rückwärts, um die Jahre um 1800 in den Blick zu nehmen. So überlappen sich fruchtbar zwei unterschiedlich motivierte Interessen, für die hier nun ein Ergebnis vorgelegt werden kann.

Daneben sind ebenso das Institut für Hochschulforschung wie die Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek auch immobil mit der früheren Wittenberger Universität auf vertrackte Weisen verbunden. HoF sitzt seit seiner Gründung 1996 in dem Gebäude, das insofern ein Erinnerungsort der LEUCOREA ist, als es sich zwar um Neubauten der 1830er und 40er Jahre handelt, die aber auf den Grundmauern des Collegium Fridericianum (erbaut 1503–1517) errichtet worden waren, mithin dem Areal, auf dem sich einst der wesentliche Teil des Universitätslebens abgespielt hatte.¹⁰ Nach Aufhebung der Wittenberger Universität 1817 war den Gebäuden eine Nutzung als Kaserne zugewiesen worden, wofür sich die vorhandene Bebauung als ungeeignet erwies.¹¹ In den 1990er Jahren wurden die zwischenzeitlich völlig ramponierten Bauten für akademische Nutzungen saniert.

Die Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek residiert nicht nur im Wittenberger Schloss, sondern realisierte mit ihrem Einzug dort auch eine Art Rückkehr: Der in Wittenberg verbliebene und seit 1817 weiterentwickel-

⁹ Vgl. z.B. Daniel Hechler/Peer Pasternack/Steffen Zierold: Wissenschancen der Nichtmetropolen. Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten, Berlin 2018 (https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/2018-HePaZie_Wiss-u-Stadt_web.pdf).

¹⁰ Ulrike Ludwig: Das Collegium Fridericianum als akademisches Zentrum der Leucorea. Bau, Nutzung und Alltag, in: Heiner Lück/Enno Bünz/Leonard Helten/Armin Kohnle/Dorothée Sack/Hans-Georg Stephan (Hg.), Das ernestinische Wittenberg. Die Leucorea und ihre Räume, Petersberg 2017, S. 57–90.

¹¹ Vgl. Elgin von Gaisberg: Die Rekonstruktion des Collegium Fridericianum anhand historischer Pläne und Schriftquellen, in: Heiner Lück u.a. (Hg.), Das ernestinische Wittenberg. Die Leucorea und ihre Räume, a.a.O., S. 91–158, hier 131, 135.

Stiftung Leucorea nach der Sanierung in den 1990er Jahren



Foto: HoF Halle-Wittenberg

te Bestand der einstigen LEUCOREA-Bibliothek ist damit an den Aufstellungs-ort der ersten kurfürstlichen Büchersammlung gelangt. Deren Anfänge reichten noch in die Zeit der Askanier im 15. Jahrhundert zurück; sie wurde dann von Friedrich dem Weisen 1512 als Schlossbibliothek eingerichtet, in dessen Auftrag von Georg Spalatin durch Ankäufe entwickelt, konnte wohl auch von den Professoren genutzt werden, ohne freilich schon eine wirkliche Universitätsbibliothek zu sein.¹² Zwar war diese Sammlung, die sog. Bibliotheca electoralis, 1547 nach Weimar und dann nach Jena gelangt, als die Ernestiner infolge der protestantischen Niederlage im Schmalkaldischen Krieg (1546–1547) ihr Wittenberger Territorium verloren hatten. Doch hatte unmittelbar danach der Aufbau einer neuen Universitätsbibliothek begon-

¹² Vgl. Thomas Lang/Anke Neugebauer: Aus Kisten, auf den Dachstuhl, in die Hofstube. Das Entstehungsumfeld der Wittenberger Schlossbibliothek (Bibliotheca Electoralis) 1437–1545, in: Matthias Meinhardt (Hg.), Die Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek Wittenberg, a.a.O., S. 33–48, hier 35f.

Wittenberger Schloss nach der Sanierung 2017



Foto: Markus Scholz (Halle/S.) © RFB

nen,¹³ die 1598 ins Augusteum umzog.¹⁴ Die historischen Bestände der RFB gehen zu einem großen Teil auf diese Bibliothek zurück.¹⁵

II.

Die Universität Wittenberg hatte eine sehr wechselhafte Geschichte. Von 1520 bis 1580 und 1605 bis 1615 war sie die am stärksten frequentierte deutsche Universität.¹⁶ Im 17. und 18. Jahrhundert wurden Erfolgs- wie Ab-

¹³ Vgl. Bernhard Weißenborn: Die Wittenberger Universitätsbibliothek (1547–1817), in: Leo Stern (Hg.), 450 Jahre Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Bd. 1: Wittenberg 1502–1817, o.O. o.J. [Halle 1952], S. 355–376 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Weissenborn-1952_UniBibliothek.pdf); Hildegard Herricht: Zur Geschichte der Universitätsbibliothek Wittenberg, Halle/S. 1977 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Herricht-1977_UniBibl-WB.pdf)

¹⁴ Ulrike Ludwig: Bibliotheken und Büchersammlungen an der Universität Wittenberg. Standorte und Benutzung im 16. Jahrhundert, in: Stefan Oehmig (Hg.), Buchdruck und Buchkultur im Wittenberg der Reformationszeit, Leipzig 2015, S. 261–302, hier 270, 291–287.

¹⁵ Vgl. Matthias Meinhardt (Hg.): Die Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek Wittenberg, a.a.O.

¹⁶ Vgl. Franz Eulenburg: Die Frequenzen der deutschen Universitäten, Leipzig 1904, S. 54, 100f., 162f. (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Eulen burg_1906_Frequenzen-d-Unis.pdf)

schwungphasen durchlebt. Ab spätestens 1720 verlor die LEUCOREA ihre überdurchschnittliche Beliebtheit bei Studieninteressierten, die sie bis dahin überregional genossen hatte. Parallel wurde es schwieriger, Koryphäen als Professoren zu gewinnen. Die Gründe waren wohl vielschichtig: die kriegerischen Ereignisse, in welche die Stadt immer wieder verwickelt wurde, eine gewisse Stagnation der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit,¹⁷ Ausstattungsdefizite, insbesondere das fehlende Universitätskrankenhaus, zudem die gebremste allgemeine Stadtentwicklung durch die Befestigungsanlagen, die erst 1873 endgültig abgebaut wurden.¹⁸

Um die Jahrhundertwende 1800 allerdings befand sich die LEUCOREA wieder auf einem Weg der inneren und äußeren Konsolidierung. Die Einschreibe-zahlen stabilisierten sich bei etwa 100 pro Semester. Damit nahm die Wittenberger Universität immerhin den neunten Platz unter allen deutschen Universitäten ein – hinter Göttingen, Jena, Halle, Leipzig, Erlangen, Königsberg, Ingolstadt und Würzburg.¹⁹ Rolf Lieberwirth fasste die Schlussphase der LEUCOREA später so zusammen: „Als am 18. Oktober 1802 das 300jährige Universitätsjubiläum begangen wurde, stand diese Hochschule nicht mehr an der Spitze der deutschen Universitäten, hatte sich aber nach 1760“ – also nach der Teilzerstörung Wittenbergs im Siebenjährigen Krieg (1756–1763) – „wieder zu einer geachteten Universität mittlerer Größe emporgearbeitet“.²⁰ Der Dresdner Oberhofprediger und ehemalige Wittenberger Theologieprofessor Franz Volkmar Reinhard (1753–1812) nahm 1810 eine kritische Bestandsaufnahme der Universitäten Wittenberg und Leipzig vor und zeichnete dabei ein überwiegend positives Bild der Leistungsfähigkeit der Wittenberger Alma Mater. Er attestierte der LEUCOREA, dass viele Lehrkräfte fachlich herausragend seien: bei der Schrifterklärung in der Theologischen Fakultät, auf dem gesamten Gebiet der Rechtswissenschaft, in Anatomie, Pathologie und Therapie der Medizinischen Fakultät sowie in Philosophie und Philologie an der Philosophischen Fakultät.²¹

¹⁷ Diese beiden Gründe führt z.B. Annemarie Nesan: Luthers Wohnhaus in Wittenberg. Denkmalpolitik im Spiegel der Quellen, Leipzig 2005, S. 64, an.

¹⁸ Vgl. Heinrich Kühne: Wittenberg als Festung. Das Schicksal der Stadt als stärkste Festung an der mittleren Elbe (1227–1873), Göttingen 1991.

¹⁹ Heiner Lück: Alma Leucorea. Eine Geschichte der Universität Wittenberg 1502 bis 1817, Halle (Saale) 2020, S. 268.

²⁰ Rolf Lieberwirth: Zur Geschichte der Universität Wittenberg im 18. Jahrhundert, in: Karl Czok (Hg.): Wissenschafts- und Universitätsgeschichte im 18. und 19. Jahrhundert, Berlin [DDR] 1987, S. 111–118, hier 118.

²¹ Dezember 10. Dresden. Oberhofprediger und Kirchenrat Reinhard an König Friedrich August I. von Sachsen, in: Walter Friedensburg: Urkundenbuch der Universität Wittenberg, Teil 2 (1611–1813), Magdeburg 1927 [1810], S. 561f. (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Friedensburg-1927_Urkundenbuch-Uni-WB_-Teil-2-1.pdf)

Dennoch: Die Vereinigung mit Halle 1817 ließ die LEUCOREA zu einem Teil des sogenannten großen Universitätssterbens um 1800 werden. 15 der 42 deutschen Universitäten gingen zwischen 1792 und 1818 unter.²² Andere Zählungen nennen auch 18, 21, 22 oder 23 geschlossene Universitäten, je nachdem, welche Territorien oder/und ob auch selbstständige Theologische Fakultäten einbezogen werden.²³ Das Vierteljahrhundert, in dem sich dies vollzog, war durch dramatische Umfeldentwicklungen gekennzeichnet: das Ausgreifen des revolutionären Frankreichs (nach 1792), die Reduzierung der territorialen Vielfalt des Alten Reiches mittels Säkularisation und Mediatisierung (Reichsdeputationshauptschluss 1803), die Zeit des Rheinbundes (1806) sowie die staatlich-territorialen Folgen des Wiener Kongresses (1815).²⁴

Diesen Entwicklungen, so die landläufige Auffassung, seien zahlreiche deutsche Universitäten nicht gewachsen gewesen. Thomas Ellwein nennt das Universitätssterben „eine der möglichen Entwicklungen“, die sich aus der „tiefen Krise“ der deutschen Universität am Ende des 18. Jahrhunderts er-

²² Laetitia Boehm: Katholizismus, Bildungs- und Hochschulwesen nach der Säkularisation, in: Gert Melville/Rainer A. Müller/Winfried Müller (Hg.), Geschichtsdenken, Bildungs geschichte, Wissenschaftsorganisation. Ausgewählte Aufsätze von Laetitia Boehm anlässlich ihres 65. Geburtstages, Berlin 1996, S. 777–823, hier 800.

²³ vgl. Wilhelm Heinrich Riehl: Die Heimat der Universität. Rede an die Studierenden beim Antritte des Rektorates der Ludwig-Maximilians-Universität, gehalten am 1. Dezember 1883, München 1883, S. 8f.; Laetitia Boehm: Einführung, in: dies./Rainer A. Müller (Hg.): Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Eine Universitätsgeschichte in Einzeldarstellungen, Düsseldorf 1983, S. 9–31, hier 23; Hartmut Boockmann: Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität, Berlin 1999, S. 182; Kirsten Anna van Elten: Der ökonomische Professor? Universitäre Karrieremuster am Beispiel der Universität Helmstedt im 18. Jahrhundert, in: Elizabeth Harding (Hg.): Kalkulierte Gelehrsamkeit. Zur Ökonomisierung der Universitäten im 18. Jahrhundert, Wiesbaden 2016, S. 277–289, hier 289; Heinz Kathe: Die Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg 1815–1817, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität 1502–2002, Halle (Saale) 2002, S. 46–67, hier 49 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Kathe-2002_Uni_Vereinigung-1.pdf); Dieter J. Weiß: Das große Universitätssterben um 1800, in: Jens Brunning/Ulrike Gleixner (Hg.), Das Athen der Welfen. Die Reformuniversität Helmstedt 1576–1810, Wolfenbüttel 2010, S. 78–85; Thomas Pester: Universität und gesellschaftlicher Umbruch. Deutsches Hochschulwesen im Epochewechsel 1789–1830, Erlangen 1991; Matthias Asche: Wittenberg, Halle und die Umbrüche des alten deutschen Universitätswesens am Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Andreas Ranft/Michael Ruprecht (Hg.): Universität und Stadt. Sichtbarkeit, Lebensform, Transformation, Halle (Saale) 2018, S. 133–157, hier 155f.

²⁴ Thomas Töpfer: Universitäten und Herrschaftswechsel. Beobachtungen zum Zusammenhang von dynastischer Konkurrenz, territorialer Politik und gelehrter Bildung in der Mitte des 16. Jahrhunderts, in: Acta universitatis Carolinae – Historia universitatis Carolinae Pragensis 2/2009, S. 205–217, hier 206.

geben habe.²⁵ Rainer A. Müller bringt das Universitätssterben auf den Begriff „Flurbereinigung“.²⁶ Hartmut Boockmann ordnet die meisten Schließungsfälle den Folgen der großen politischen Umwälzungen infolge der Französischen Revolution 1789 zu.²⁷ Die bisher umfangreichste Einordnung konkret des LEUCOREA-Schicksals beim „Massensterben“ deutscher Universitäten hat Laetitia Boehm vorgenommen, die dabei auch dezidiert vergleichende Aspekte einbezieht.²⁸

In der Literatur werden fünf wesentliche Gründe für das Universitätssterben angeführt: mangelnde Leistungsfähigkeit der Universitäten; Verweigerung modernisierender Innovationen durch die Universitäten; Angebotsübersättigung mit der Folge einer Frequenzkrise; eingeschränkte Finanzierungsmöglichkeiten der Landesfürsten, schließlich die Kriegs- und Krisensituation Anfang des 19. Jahrhunderts.²⁹ Jüngst wurden diese verschiedenen Gründe in einem Erklärungsmodell „Ökonomisierung der Universitäten im 18. Jahrhundert“ zusammengeführt.³⁰ Allerdings waren im Verlaufe des Vierteljahrhunderts die Umfeldsituationen sehr differenziert, die territorialen Bedingungen uneinheitlich und die internen Potenzen der Hochschulen unterschiedlich.

In Wittenberg etwa hatten sich, wie erwähnt, um 1800 die Einschreibezahlen bei etwa 100 pro Semester stabilisiert. Auf Wittenberg folgten 18 weniger frequentierte Hochschulen. Dennoch konnten andere Universitäten mit geringeren Inscriptionszahlen als Wittenberg das Universitätssterben überstehen: Rostock (30 Einschreibungen pro Semester), Greifswald (49), Marburg (76), Tübingen (98). Zwar war die Entwicklung der Wittenberger Einschreibungen, im langen Bogen betrachtet, deutlich rückläufig.³¹ Doch

²⁵ Thomas Ellwein: Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wiesbaden 1997, S. 111.

²⁶ Rainer A. Müller: Geschichte der Universität. Von der mittelalterlichen Universitas zur deutschen Hochschule, München 1990, S. 67.

²⁷ Boockmann: Wissen und Widerstand, a.a.O., S. 182f.

²⁸ Laetitia Boehm: Halle und Wittenberg im Fadenkreuz beim „Massensterben“ deutscher Universitäten am Ende des Alten Reichs. Vergleichende Aspekte zur Neugestaltung der Hochschullandschaft, in: Acta Historica Leopoldina 46(2006), S. 73–164.

²⁹ Hans-Werner Prahl: Sozialgeschichte des Hochschulwesens, München 1978, S. 181f.; Rainer A. Müller: Geschichte der Universität, a.a.O., S. 66; Ellwein, 1997, Die deutsche Universität, a.a.O., S. 111; Matthias Asche: Das „große Universitätssterben“ in den Jahrzehnten um 1800. Zu Reformbedürftigkeit und Reform(un)fähigkeit deutscher Universitäten im Zeichen von Aufklärung und Utilitarismus, in: Rainer Pöppinghege/Dietmar Henke (Hg.): Hochschulreformen früher und heute. Zwischen Autonomie und gesellschaftlichen Gestaltungsausspruch, Köln 2011, S. 25–48.

³⁰ Elizabeth Harding (Hg.): Kalkulierte Gelehrsamkeit. Zur Ökonomisierung der Universitäten im 18. Jahrhundert, Wiesbaden 2016.

³¹ Eulenburg: Die Frequenzen, a.a.O., S. 298f., 158, 162f.

zeigen die Inschriften Daten um 1800, dass zumindest hinsichtlich des studentischen Zuspruchs keine grundlegende Strukturkrise der LEUCOREA erkennbar war. Zu einem drastischen Einschnitt führten erst die Kriegsereignisse 1806 und 1813.

Matthias Asche gibt eine diskursanalytische Erklärung, die das Universitätssterben wesentlich als nachträglich konstruiertes Narrativ akzentuiert. Demnach habe sich in der Universitätsgeschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts ein Niedergangsnarrativ durchgesetzt, das bis heute prägend wirke. Dahinter stünde die Vorstellung einer Dekadenzgeschichte: „Nach den glänzenden Anfängen des europäischen Universitätswesens in der Stauferzeit hätten die deutschen Hochschulen zunächst eine Phase des Niedergangs der höheren Bildung im Spätmittelalter erlebt, bevor es im Gefolge der Reformation zu vier Höhepunkten gekommen sei: der Gründung der Leucorea (1517), dann der beiden ‚Aufklärungsuniversitäten‘ Halle (1694) und Göttingen (1736) sowie schließlich der neuhumanistisch-idealisten Berliner Universität (1810). Alle anderen Universitäten – vor allem sämtliche katholische – wurden pauschal abgewertet“, und Wittenberg werde dabei nur mehr über sein 16. Jahrhundert identifiziert.³²

Die vormaligen Sitzorte der aufgehobenen Universitäten entwickelten sich im weiteren ausgesprochen heterogen, stiegen ab oder vollbrachten erfolgreiche Funktionswandlungen. Bezogen auf die Universitäten selbst reichten die Entwicklungen von zunächst ersatzloser Schließung (u.a. Duisburg, Erfurt, Helmstedt, Mainz, Münster), Translokation (Ingolstadt – Landshut – München, Frankfurt/Oder nach Breslau, Wittenberg nach Halle), Umgründung (Bamberg) und Wiedergründung (Bonn) über das Organisieren von staatlichen Ausgleichsgaben (Wittenberg, Dillingen, Herborn), anschließender aktiver musealer Pflege der Erinnerung als Teil der Stadtgeschichte (Erfurt, Helmstedt), Vergessen (Rinteln, Altdorf, Bützow) bis hin zu späteren Neugründungen an früheren Universitätsorten im 20. Jahrhundert (Köln, Mainz, Münster, Stuttgart, Duisburg, Trier, Paderborn, Frankfurt/Oder, Erfurt).

Dabei sticht bei allen Unterschieden, die im übrigen zwischen den um 1800 versunkenen Universitäten bestanden, die LEUCOREA bis heute in einer Hinsicht hervor: Ihre Ausstrahlung und nah- wie weiträumige Wirkung oder, wie man heute sagen würde, ihr Impact war einmalig. Das lässt sich jedenfalls unter Bezugnahme auf das erste Jahrhundert der Wittenberger Hochschule sagen. Sie war insofern die bedeutendste unter den aufgelösten Universitäten, als keine andere solche immensen Wirkungen wie die LEUCOREA

³² Asche: Wittenberg, Halle und die Umbrüche des alten deutschen Universitätswesens, a.a.O., S. 137.

erzeugt hatte. Indem der Vorgang des Universitätssterbens um 1800 abgeschlossen ist, kann ihr dieses Prädikat auch nicht mehr genommen werden.

Wem an dieser Stelle der Einwand auf der Zunge liegt, es sei eine ambivalente Auszeichnung, unter „Verlierern“ die größte Bedeutsamkeit gehabt zu haben, sollte sich zuvor die anderen anschauen: Gemeinsam mit den Universitäten Helmstedt, Erfurt oder Frankfurt/Oder untergegangen zu sein, ist alles andere als ehrenrührig. Nicht mit einigen anderen zu überleben, deren Untergang die Welt kaum zu einem schlechteren Ort gemacht hätte – Taktgefühl und das Wissen um spätere Entwicklungen verbieten hier namentliche Nennungen –, gab der LEUCOREA eine stille Größe noch in ihrem Untergang.

III.

All dies waren die Ausgangspunkte dafür, einen Workshop zu organisieren, der am 21./22. April 2023 gemeinsam von RFB und HoF veranstaltet wurde. Im Mittelpunkt stand die Frage, inwiefern die Annahme überwiegend einheitlicher oder ähnlicher Ursachen für das Universitätssterben in den deutschen Ländern angemessen ist. Dazu führte der Workshop seit langem zum Thema arbeitende Autorinnen und Autoren mit jüngeren Forscherinnen und Forschern, die an entsprechenden Dissertationen arbeiten oder solche unlängst vorgelegt haben, zusammen. Auf diese Weise ließen sich vier Perspektiven versammeln: die analytische Erschließung der Makro-Ebene der Hochschulentwicklung und -politik sowie dreierlei Arten von Falldarstellungen, nämlich zu um 1800 aufgelösten Universitäten, zu seinerzeit zwar gefährdeten, dann aber dennoch fortbestehenden Universitäten und zur Berliner Neugründung. Dabei wechseln die Autorinnen und Autoren zugleich zwischen Mikro- und Makroperspektive, um Entwicklungen zu plausibilisieren, und beziehen über Kontrastfälle und Konfliktdarstellungen weitere Universitäten ein.

Auf der Makroebene wird Marian Füssels grundlegende Erörterung der allgemeinen Debatte über die ‚Aufhebung der Universitäten‘ in mehreren Beiträgen ergänzt. Die napoleonische Hochschulpolitik ist auf zweierlei Weise ein Thema: über die französische Besetzung des Rheinlandes (bei Tanja Kitzer zur Alten Universität Köln) und über das kurzlebige Königreich Westfalen unter dem Napoleon-Bruder Jérôme (in Stefan Brüdermann zur Universität Rinteln und bei Christina Stehling zur Universität Marburg). Die Hochschulpolitik deutscher Großstaaten wird an den Beispielen Österreich (Sandra Haas), Preußen (Hans-Christof Kraus) und Bayern (Regina Meyer) verhandelt. Dass auch kleinere deutsche Länder hochschulpolitisch ambitioniert waren, lässt sich unten anhand Badens (Sandra Haas im Zusammenhang mit der Universität Freiburg) und Mecklenburgs (Hans-Uwe Lammel

im Zusammenhang mit den Universitäten Bützow und Rostock) nachvollziehen.

Auf der Mikroebene einzelner Universitäten geht es im vorliegenden Band vordergründig um sieben Fälle. Darunter sind zwei Universitäten, die gegen zeitweilige Schließungsansinnen ihren Fortbestand sichern konnten (Freiburg und Marburg), während es bei den Universitäten Köln, Rinteln, Bamberg, Bützow und Wittenberg jeweils auf die Aufhebung hinauslief. Daneben geht Marian Füssel intensiver auf die Göttinger Universität ein, und bei Hans-Christof Kraus kulminiert die preußische Universitätspolitik in der Krise um 1800 darin, dass die Berliner Universität gegründet wurde. Schließlich werden mehrere Konkurrenzgeschichten dargestellt: Köln versus Bonn, Marburg versus Gießen, Bamberg versus Würzburg, Bützow versus Rostock, Freiburg versus Heidelberg. So finden sich in den nachfolgenden Texten unterm Strich 14 Universitäten in den Jahren um 1800 verhandelt.

Bedeutsam für die Entwicklungen war die Auffassung, dass es zu viele Universitäten im Reich gebe. Das Königreich Westfalen etwa, mit seinen zwei Millionen Einwohnern, brauche nicht fünf Universitäten (Göttingen, Halle, Helmstedt, Rinteln, Marburg), so dass sich 1809 Rinteln, seit der Gründung ständig im Krisenmodus und zuletzt mit 43 Studierenden (siehe Brüdermann), sowie Helmstedt aufgehoben fanden. Dabei aber ergibt sich aus der Rintelner Perspektive, dass die Bildungspolitik im Königreich Westfalen einen schweren Stand gehabt habe – König Jérôme habe nach eigenem Bekunden nur „Ignoranten und Soldaten“ gebraucht, zitiert Stefan Brüdermann –, während innerhalb der Marburger Universitätshistoriografie die Jahre des Königreichs Westfalen als diejenigen gelten, in denen die bislang vernachlässigte Hochschule hohe Investitionsmittel erhielt (Stehling).

In Baden und Mecklenburg gab es jeweils zwei Universitäten, während die Größe der Länder die Beschränkung auf eine nahelegte. Bayerns Planungen liefen auf zwei Landesuniversitäten hinaus, und nur die zeitlichen Abläufe territorialer Entwicklungen führten dort dazu, dass die Universitäten Erlangen (seit 1810 bayrisch) und Würzburg (seit 1814 bayrisch) erhalten blieben, ebenso Ingolstadt-Landshut (ab 1826 dann in München), die Universität Bamberg hingegen geschlossen wurde. Es hätte aber auch zugunsten Bambergs und zu Ungunsten Würzburgs ausgehen können (vgl. Meyer).

Es waren nicht immer Qualitätsaspekte, die für oder gegen eine Universität ausschlügen. Für Wittenberg zum Beispiel müssten Pauschalurteile, die auf eine mangelnde akademische Leistungsfähigkeit der Universität abzielen, zurückgewiesen werden, da aufklärerische Trends und Konzepte in starkem Maße rezipiert wurden (Grave). Zugleich sprachen andere Gründe – etwa das fehlende Universitätskrankenhaus oder die Befestigung der Stadt – gegen eine Wiederaufnahme des kriegsbedingt unterbrochenen Universitäts-

betriebs. In Bützow habe man die Privilegien einer Familienuniversität erst gar nicht aufkommen zu lassen, konnte der Fächerkanon modernisiert werden und ließ sich ein verbessertes Lehrangebot realisieren, das sich am Standard der sich herausbildenden Disziplinen orientierte. Indem die Bützower Erfahrungen der Veränderung und Modernisierung nach 1789 in die Rostocker Universität eingeflossen sind, lasse sich durchaus annehmen, dass die Rostocker Universität ohne die vorgängige Anstalt in Bützow nicht überlebt hätte (Lammel).

Die Universität Köln argumentierte in der Diskussion um ihre Zukunft weitestgehend mit ihrer Geschichte und ihren frühen Erfolgen (Kilzer). Die Universität Freiburg dagegen setzte, neben rechtlichen und konfessionellen Begründungen, vor allem auf ökonomische Argumente, mit denen sie ihre Nützlichkeit für Staat und Gemeinwesen unterstrich (Haas). Letzteres entsprach wohl eher dem Denkstil der Experten und Entscheider, die, wie Marian Füssel ausführt, im intellektuellen Klima der Spätaufklärung sozialisiert waren. Entsprechend orientierten sie sich unter anderem an Nützlichkeitsimperativen. Freiburg blieb, Köln wurde geschlossen.

In Berlin, wo nichts zu schließen war, übernahmen die Hochschulgründer einerseits bestimmte Bestandteile und Charakteristika der alten Universität – etwa die Einheit der *universitas litterarum* oder das System der Fakultäten –, erfüllten diese jedoch mit neuem Geist. Andererseits führten sie wichtige Neuerungen ein, zum Beispiel das Ziel der Einheit von Forschung und Lehre und das grundlegende Prinzip einer nicht nur utilitaristisch verstandenen Freiheit der Wissenschaft. Insofern könne man dort von einer echten Reform sprechen (Kraus).

R. Steven Turner hat an anderer Stelle aber auch Wirkungen des Wandels der gesamten Universitätslandschaft durch Schließungen, Fusionen, Translokationen, Fortbestehen und einer Neugründung für das gesamte Universitätssystem herausgearbeitet. Habe diese Landschaft mit dem Universitätssterben zunächst eine radikale Veränderung ihrer institutionellen Struktur erfahren, so betreffe das doch auch die Bildungsphilosophie und die gesellschaftliche Funktion. Die Universitäten hätten „Einfluss auf das Leben der Nation“ gewonnen.³³ In dieser Perspektive lassen sich die Vorgänge um 1800 als Auftakt eines Modernisierungsschubs deuten, der dann Gesellschaft, Wissenschaft und Bildungswesen gleichermaßen erfasste. Wolle man den komplexen Vorgang des Universitätssterbens analytisch in den Griff bekommen, so Marian Füssel, gelte es, das Wechselspiel der seinerzeit

³³ R. Steven Turner: Universitäten, in: Karl-Ernst Jeismann/Peter Lundgreen (Hg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. 3: 1800–1870. Von der Neuordnung Deutschlands bis zur Gründung des Deutschen Reiches, München 1987, S. 221–249, hier 221.

tigen universitätskritischen Diskurse mit lokalen Entscheidungspraktiken in den Ministerien und vor Ort herauszuarbeiten. Dies leisten die Fallstudien, die den größten Teil des vorliegenden Bandes ausmachen.

Tödliche Universitäts-Kritik?

Zur öffentlichen Debatte über die ‚Aufhebung der Universitäten‘ zwischen Spätaufklärung und Vormärz

Marian Füssel

*„Der Ruhm der Waffen und das Geld sind die zwey vornehmesten
Gözen unseres Zeitalters, und ihre Verehrung verträgt sich nicht
am besten mit jener der Musen“
Charles de Villers (1808)¹*

Die dauerhafte Schließung fast der Hälfte der Universitäten des Alten Reiches in den ersten beiden Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts stellt einen beispiellosen Vorgang der deutschen Hochschulgeschichte dar.² Zwar steht er historisch in einem gesamteuropäischen Kontext der „Universitätsrevolutionen“, doch existierten im deutschen Raum sowohl spezifische institutionelle Möglichkeitsbedingungen als auch nationale Pfadabhängigkeiten der historiographischen Deutung.³ So handelte es sich nach Thomas Nipperdey um einen Vorgang, der quasi zwangsläufig war, denn sein Bild der Hochschulen ist entsprechend düster gezeichnet:

„Die Universitäten waren im späten 18. Jahrhundert im allgemeinen erstarrt und verfallen, in korporativem Zunftgeist, ständischen Privilegien und Patronage versunken; die Gelehrsamkeit und Ausbildung waren vielfach scholastisch, pedantisch, allenfalls enzyklopädisch; die Studenten, viele Unge-

¹ Karl Villers [= Charles Francois Dominique de Villers (1765–1815)]: Blick auf die Universitäten und die Art des öffentlichen Unterrichts im protestantischen Deutschland, besonders im Königreiche Westphalen, Marburg 1808, S. 73.

² Als Überblicke vgl. Dieter J. Weiß: Das große Universitätssterben um 1800, in: Ulrike Gleixner/Jens Brüning (Hg.): Das Athen der Welfen. Die Reformuniversität Helmstedt 1576–1810, Wolfenbüttel 2010, S. 78–85 sowie ausführlicher Laetitia Boehm: Halle und Wittenberg im Fadenkreuz beim „Massensterben“ deutscher Universitäten am Ende des Alten Reiches. Vergleichende Aspekte zur Neugestaltung der Hochschullandschaft, in: Wieland Berg/Sybille Gerstengrabe (Hg.): Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 2001/2002 (= Acta Historica Leopoldina 46), Halle/Stuttgart 2006, S. 73–164; Heinz Kathe: Die Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg 1815–1817, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1502–2002, Halle 2002, S. 46–67.

³ Vgl. Christophe Charle: Grundlagen, in Walter Rüegg (Hg.): Geschichte der Universität in Europa. Bd. III. Vom 19. Jahrhundert zum Zweiten Weltkrieg (1800–1945), München 2004, S. 43–80, hier S. 43–45.

eignete darunter, lebten vielfach in einer grobianischen ‚Halbstarken‘-Subkultur und moralischer Verwahrlosung, wie sie sich in Krawallen und der Terrorisierung der Bürger äußerte. [...] Insofern stand eine Reformation der Universitäten auf der Tagesordnung – Aufhebung der vielen Kümmeruniversitäten, Umwandlung in Fachhochschulen, staatliche Regelung der Ausbildung, rationale Neuorganisation und Verstaatlichung der chaotisch partikularen Gebilde, Disziplinierung und Modernisierung zu effektiven Institutionen.“⁴

Auch in der DDR sah man die Sache ähnlich, wenn auch mit anderer Semantik und Geschichtsphilosophie sowie antiklerikaler Stoßrichtung:

„Die alte Zentralmacht der feudalen Reaktion verlor mit der Liquidierung ihrer geistlichen Staaten auch ihre wichtigsten akademischen ‚Geistesbastillen‘ und mußte sich in der Zukunft außerhalb Österreichs mit einigen wenigen katholischen bzw. konfessionell paritätisch zusammengesetzten theologischen Fakultäten begnügen, baute dafür ihre Priesterseminare zu starken Ausbildungsstätten aus. Die Liquidierung so vieler Universitäten war eine Bereinigung des feudalen ‚Augiasstalles‘ und kein Verlust für die kapitalistische Gesellschaft. Bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts erfolgte eine Anzahl von Neugründungen, die bezeichnenderweise fast alle noch in die bürgerliche Aufstiegsperiode vor 1848 fielen.“⁵

Das ähnelt noch der klischeegesättigten Sprache der Reformer der Zeit selbst, ihr stehen romantisch verklärrende Sichtweisen gegenüber, die nicht nur den Verlust einer breiten Hochschullandschaft betrauern, sondern vor allem den Verlust vor Ort. Beides steht einer konsequenten Historisierung der Vorgänge im Weg.

Laetitia Boehm hat das „Universitätssterben“ indes nüchterner als eine „Folge der territorialen Verschiebungen sowie der zur Integrationsbewältigung gestarteten, französisch beeinflussten Rationalisierungspolitik der souverän gewordenen Regierungen und ihrer aufstrebenden staatlichen Bürokratien“ interpretiert.⁶ Die Universitäten hätten den „neuen Beamteneliten“ als „Experimentierfeld[er] modernisierender Bildungsreformen gedient“, aus denen das deutsche Universitätswesen letztlich „nicht geschwächt hervor-

⁴ Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800–1866: Bürgerwelt und starker Staat, München 1994, S. 57. Zwei Jahre zuvor hieß es ähnlich bei Thomas Ellwein: „Um 1800 schien die deutsche Universität am Ende, zumindest aber in einer tiefen Krise. Wissenschaftlich bedeutete sie nur wenig; ihre Lehre war zunehmender Kritik ausgesetzt. Das Universitätssterben um 1800 bezeichnet damit eine der möglichen Entwicklungen.“ Thomas Ellwein: Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Lizenzausgabe Wiesbaden 1997 nach der 2. verbesserten Aufl. 1992, S. 111.

⁵ Autorenkollektiv (Vorsitz Max Steinmetz): Geschichte der deutschen Universitäten und Hochschulen – ein Überblick, 2 Teile, Berlin/Ost 1971, S. 27f.

⁶ Boehm, Halle und Wittenberg, S. 144.

ging“, sondern „vielmehr gestärkt überdauerte“.⁷ Auch von Seiten der historischen Bildungsforschung wurden die Möglichkeitsbedingungen ähnlich gedeutet, so habe gerade dieser „territoriale Aderlass auch ideale Voraussetzungen für umfassende Reformen“ geboten,

„weil alte und weniger attraktive Ausbildungsinstitutionen so unproblematisch abgestoßen werden konnten, weil sich hierdurch erst die Chance eröffnete, die moderneren und effektiver arbeitenden unter diesen Traditionsuniversitäten an neue Standorte zu verlegen, ausbildungs- und forschungsorganisatorisch umzustrukturieren oder angepasst an zeitgenössischen Standards gänzlich neu zu eröffnen.“⁸

Es war ein experimenteller Prozess, der trotz seiner Verquickung mit der politischen Ereignisgeschichte als seiner Möglichkeitsbedingung jedoch – so mein Argument – nicht vorausaussetzunglos aus dem Nichts erfolgte, sondern dem bereits ein kritischer Reformdiskurs quasi als ‚Versuchsanleitung‘ vorausging.⁹ Diese vielstimmige Debatte, deren Grundlinien im Folgenden vorzustellen sind, stand in keinem eindeutigen kausalen Zusammenhang zu konkreten Schließungs- oder Zusammenlegungsvorgängen vor Ort, sondern bildete eher ein Reservoir an bildungspolitischen Topoi und Argumentationsfiguren im Hintergrund.

Jedes Schließungsszenario provozierte Begründungen und Rechtfertigungen seitens der Obrigkeit, diese jedoch mitunter recht einsilbig, sowie Supplikationen zum Erhalt der Hochschulen von unten. Es wird zu zeigen sein, dass weniger eine spezifische französische Ideologie mit Blick auf die Institution Universität allein den Ausschlag gab, wie viele nationale Publizisten suggerierten, sondern ein relationales kameralistisches Kalkül, dem weniger die Institution als solche ein Dorn im Auge war als deren individuelle ökonomische Ineffizienz im Zeichen der Konkurrenz.¹⁰ Weitere Topoi bildeten der Wille zur Zentralisierung, die Abschaffung korporativer Privilegien, der praxisferne Universalismus des Studienangebots oder die disziplinären Defizite

⁷ Ebd.

⁸ Jens Brachmann: Der pädagogische Diskurs der Sattelzeit. Eine Kommunikationsgeschichte, Bad Heilbrunn 2008, S. 102.

⁹ Marian Füssel: Aufgeklärter Antiakademismus? Die Kritiker der Universität im 18. Jahrhundert, in: Christian Hesse (Hg.): Antiakademismus und Wissenschaftskritik vom Mittelalter bis zur Gegenwart (Veröffentlichungen der GUW), Basel 2024 (im Druck).

¹⁰ Zur Universitätskonkurrenz vgl. Fabian Waßer: Von der „Universitätsfabrick“ zur „Entrepreneurial University“. Konkurrenz unter deutschen Universitäten von der Spätaufklärung bis in die 1980er Jahre, Stuttgart 2020. Zum Konnex kameralistischer Ordnungsformen und der Entstehung der Forschungsuniversität vgl. William Clark: Academic Charisma and the origins of the research university, Chicago 2006. Zu Bedeutung von Konkurrenz für die Frühe Neuzeit vgl. Franziska Neumann/Jorun Poettering/Hillard von Thiessen (Hg.): Konkurrenzen in der Frühen Neuzeit: Aufeinandertreffen – Übereinstimmung – Rivalität, Köln/Wien 2023.

der Institution als Erziehungsanstalt.¹¹ Ich behandle im Folgenden zunächst die Debatte um den Cameral-Nutzen, gehe dann exemplarisch auf die Argumente im Ringen um die Schließungen ein und thematisiere abschließend kurz das Nach- und Wiederaufleben der Debatte bis in die 1830er Jahre.

„Verlust für das Land“ – Der Cameral-Nutzen

Im Jahr 1803 blickte der preußische Publizist und Proto-Soziologe Paul Ferdinand Friedrich Buchholz (1768–1843) in einem Artikel in der Zeitschrift *Eumonia* bereits zurück auf eine jahrzehntelange Konjunktur der Universitätskritik:

„Das Urtheil über den Werth der Universitäten hat sich seit den letzten dreißig Jahren sehr wesentlich verändert. Wer hätte sich vorher einfallen lassen, an der Nützlichkeit dieser Anstalten zu zweifeln? Und wer schreibt jetzt nicht entweder über ihre Ueberflüßigkeit, oder über ihre unheilbaren Gebrechen? Einige revolutionäre Köpfe wollen sie mit Stumpf und Stiel ausrotten; andere, gemäßigtere, wollen sie nur von ihren Fehlern befreien, und glauben dadurch allein ihre alte Würde wieder herstellen zu können.“¹²

Das war bereits recht präzise auf den Punkt gebracht, und wie wir sehen werden, griffen radikale Kritik und Reformeifer oftmals ineinander. Rechnet man die 30 Jahre zurück, so fällt der Beginn des universitätskritischen Diskurses ziemlich exakt auf Johann David Michaelis *Raisonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland* (1768–1776)¹³ – ein Werk, das als Ursprung moderner vergleichender Universitätsgeschichte gehandelt wird, jedoch auch ganz partikulare Interessen verfolgte.¹⁴ Paradoxer-

¹¹ Füssel: Aufgeklärter Antikademismus?

¹² Paul Ferdinand Friedrich Buchholz: Ueber die Universitäten, in: *Eumonia. Eine Zeitschrift des neunzehnten Jahrhunderts* 1 (1804), Berlin 1803, S. 106–116, hier S. 106; es folgten noch zwei Reaktionen Theodor Heinsius: Auch ein Wort über Universitäten in ebd., S. 219–227 und Anonym: Ueber die Universitäten. Ein drittes Wort, in: *Eumonia* (1804), Berlin 1804, S. 229–238.

¹³ [Johann David Michaelis]: *Raisonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland*, 4 Bde. Frankfurt a.M. 1768–1776. Zur Aufnahme des ersten Bandes vgl. die Besprechungen in *Göttingische Anzeigen von gelehrten Sachen*, (1768), S. 1009–1023; *Philosophische Bibliothek* (1769), Bd. 1, S. 30–53; *Neue Critische Nachrichten*, (1769), Bd. 5, S. 381–382; *Neue Zeitungen von Gelehrten Sachen*, (1769), Bd. 55, S. 555–556; *Allgemeine deutsche Bibliothek*, (1770), Bd. 11, S. 362–364; *Betrachtungen über die neuesten historischen Schriften*, (1771), S. 46–54. Rezensionen im Folgenden aufgenommen nach <https://adw-goe.de/gjz18>

¹⁴ Vgl. Marian Füssel: Christoph Meiners als Universitätshistoriker: Vergleichende Universitätsgeschichte oder „minutissima von Göttingen“?, in: Stefan Klingner/Gideon Stiening (Hg.): *Christoph Meiners (1747–1810). Anthropologie und Geschichtsphilosophie in der Spätaufklärung*, Berlin 2023, S. 181–201.

weise wurde der Göttinger Michaelis in der Literatur im Vergleich zu den radikalen Stimmen aus der Szene der Philanthropisten und Berliner Aufklärung als „Universitätsverteidiger“ gewürdigt.¹⁵ Das sahen manche Zeitgenossen ganz anders. Im ersten der später vier Bände räsoniert der Göttinger unter anderem über den „Cameral-Nutzen“ der Universitäten und kommt zu einer für manchen Zeitgenossen schockierenden Diagnose zu kleinen Landesuniversitäten: „Solche Universitäten müsste man also nach den Cammergrundsätzen eingehen lassen; und gemeinglich würden die Wissenschaften ... nicht dabey leiden“.¹⁶ Dass das harter Tobak für seine Kollegen anderer Universitäten war, wusste Michaelis und publizierte den ersten Band wohlweislich anonym. Für ihn bestand offenbar kein Zweifel, dass die „kleinen Universitäten ... nach Cameralsätzen betrachtet, Verlust für das Land“ seien, und die „Gelehrsamkeit würde über den Tod einiger Universitäten, die ihr zu viel sind, nicht trauen dürfen“.¹⁷

Dennoch wünscht der Göttinger kein Monopol, denn Konkurrenz war das Lebenselixier seiner Universität.¹⁸ So sei seiner Meinung nach die Anzahl der Universität nicht so zu vermindern,

„daß gleichsam ein monopolium entstehen könnte. Dies würde die Nacheiferung unter ihnen mindern, welche sie vollkommener macht, indem eine sich bemüht, die andere zu übertreffen; und zugleich der Sectirerey eine offene Thür geben.“¹⁹

Doch „scheine wenigstens unleugbar, daß die jetzige Menge der Universitäten schädlich, und manchen statt ihres Jubiläi ein sanfter Tod zu wünschen ist.“²⁰ Michaelis Ausführungen trafen vor allem die Professoren jener kleinen Universitäten ins Mark. Am entschiedensten vielleicht den Rinteler Juristen Johann Christoph Erich von Springer (1727–1798), der 1769 mit einem anonymen *Raisonnement von einigen Patrioten* eine ausführliche Republik verfasste und darin die Vorzüge kleiner und speziell seiner Universität

¹⁵ René König: Vom Wesen der deutschen Universität [1935]. Neu hrsg. und mit einem Nachw. vers. von Hans Peter Thurn, Opladen 2000, zu den radikalen Kritikern vgl. S. 28–33, zu Michaelis als „Universitätsverteidiger“ ebd. S. 44–53; vgl. auch Helmut Schelsky: Einsamkeit und Freiheit. Ideal und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reform, Hamburg 1963, S. 37–40; Charles E. McClelland: State, society and university in Germany 1700–1914, Cambridge u.a. 1980, S. 58–79.

¹⁶ [Michaelis], *Raisonnement*, S. 21.

¹⁷ Ebd., S. 23 u. S. 67; zur Kritik aus wissenschaftlicher Hinsicht S. 88ff.

¹⁸ Jürgen Schlumbohm: Markt und Monopol. Konkurrenz als Motor der Universität Göttingen im 18. Jahrhundert, in: Elizabeth Harding (Hg.): Kalkulierte Gelehrsamkeit. Zur Ökonomisierung der Universitäten im 18. Jahrhundert, Wiesbaden 2016, S. 233–256.

¹⁹ Michaelis, *Raisonnement*, S. 252.

²⁰ Ebd., S. 252–253.

pries.²¹ In Rinteln schlug Michaelis Schrift offenbar solche Wellen, dass mit Professor Johann Matthäus Hassencamp (1743–1797) noch ein weiterer *mit kleinen Akademien sympathisirender Raisonneur* eine Gegenschrift publizierte.²² Hassencamp ist sich sicher, dass hier jemand auf eigene Vorteile aus ist, wenn er eine vorsichtige Enttarnung des anonymen Verfassers vornimmt:

„Der Mann ist bey allen seinen vortrefflichen Einsichten doch offenbar parteysisch, und suchet durch den Umsturz andrer Universitäten, derjenigen, worauf er als Professor stehet, einen größeren Zulauf zu verschaffen, und folglich auch seine eigenen Collegia beyläufig zu verstärken. Er giebt sich zwar viel Mühe, unbekannt zu bleiben, und den Leser davon zu überreden, daß er gar kein Professor sey; allein wer seine Denkungsart und Ausdruck so gut, wie ich, zu kennen die Ehre hat, der wird ihn mit mathematischer Ge-wißheit gleich auf den ersten Bogen errathen.“²³

Auch für Johann Heinrich Eberhard, ehemaliger Professor der Rechte an der Hochschule in Herborn und von 1767–1772 Professor und Bibliothekar des Akademischen Gymnasiums in Zerbst, stellte Michaelis Schrift und ihr Fokus auf dem Cameral-Nutzen eine Provokation dar, die er mit einer Gegenschrift beantwortete.²⁴ Michaelis hatte ein für schwächere Hochschulen gefährliches Rezept entwickelt. Aus der sicheren Situation der Spitzenstellung Göttingens konnte er eine Flurbereinigung anregen, die letztlich doch die Institution Universität stärken sollte und unerwarteter Weise langfristig auch tat.

„Soll man die Akademien lieber aufheben?“, fragte indes 1796 Christian Ulrich Detlev v. Eggers im *Archiv für Staatswissenschaft und Gesetzgebung*:

²¹ [Johann Christoph Erich von Springer]: Ueber die Protestantischen Universitäten in Deutschland neues Raisonnement von einigen Patrioten, Straßburg 1769; vgl. die Besprechungen in Allgemeine deutsche Bibliothek, (1770), Bd. 11, S. 362–364 und Betrachtungen über die neuesten historischen Schriften (1771), S. 46–54.

²² [Johann Matthaeus Hassencamp]: Ein andrer mit kleinen Akademien sympathisirender Raisonneur, in einigen gegen das Raisonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland gerichteten Briefen, Frankfurt & Leipzig 1772; vgl. die Besprechungen in: Göttingische Anzeigen von gelehrten Sachen (1771), S. 1307–1309; Frankfurter gelehrte Anzeigen (1772), Bd. 1, S. 9–12; Compendium historiae litterariae novissimae, oder Erlangische gelehrte Anmerkungen und Nachrichten (1772), Bd. 27, S. 31–33; Gelehrte Zeitung (1773), Bd. 3, S. 258–262; Allgemeine deutsche Bibliothek (1777), S. 974–976.

²³ [Hassencamp], Akademien, S. 46–47.

²⁴ Johann Heinrich Eberhard: Freimüthige Betrachtungen über das vor einiger Zeit herausgekommene Raisonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland: nebst einem Anhange von den Akademischen Gymnasien, Theil 1 (1769), Frankfurt an der Oder/Tübingen 1769; vgl. die Besprechungen in: Jenaische gelehrte Zeitungen (1769), S. 564–566; Göttingische Anzeigen von gelehrten Sachen (1769), S. 729–732; Allgemeine deutsche Bibliothek (1770), Bd. 11, S. 362–64.

„In unseren Zeiten, wo man den Revolutionen immer so viel günstiger ist, als den Reformen, hat man auch die Akademien heftig bestritten. Alles, was irgend einem Zwang ähnlich sieht, behauptet man, sey den Wissenschaften nicht zuträglich. Die Verfassung unserer Akademien sey von dem Geist des Pedantismus und des Monopols unzertrennlich. Es würde daher weit besser, beydes für Kultur der Wissenschaften und für den Unterreicht der Lernbegierigen gesorgt, wenn man kleinere Institute, oder partikuläre Akademien errichtete, deren jede nur einem wissenschaftlichen Fach insonderheit gewidmet wäre.“²⁵

Das waren Argumente, die von den Diskussionen der Berliner Mittwochsgesellschaft bis zur Pädagogik Johann Heinrich Campes formuliert wurden, und zeigen, wie breit der Rahmen des Reformbedarfs war, aus dem ich hier nur das ökonomische Kalkül herausgreife.²⁶

Der Jurist Johann Friedrich Reitemeier (1755–1839), Professor in Frankfurt an der Oder, behauptete wenige Jahre später 1799:

„Eine der ersten Verbesserungen der Universitäten könnte die Verminde rung ihrer Anzahl seyn. Von so vielen hohen Schulen, die das protestantische Deutschland hat, besitzen nur vier eine hinlängliche Frequenz, und nur wenige sind von der zweiten Ordnung und noch einigermaßen zu dulden; alle übrige haben keinen, einer Universität angemessenen Wirkungskreis, und würden daher nicht allein ohne Verlust, sondern selbst mit Gewinn zu existieren aufhören, welches aber wegen mancher Hindernisse nicht sobald zu erwarten ist.“²⁷

Die Alternative sei eine Vereinigung kleinerer Hochschulen:

„Leichter lässt sich eine Zusammenschmelzung²⁸ mehrerer kleiner Universitäten in einem großen Lande hoffen, ein Fall der vornehmlich bei Preußen eintritt, das, außer einigen akademischen Instituten fünf Landesuniversitäten besitzt, die in zwei vereinigt, für das Bedürfnis zureichen, und durch Vereinigung des Fonds eine für die höhere Cultur im Lande erhöhte wohltätige Wirkung erlangen könnten, zumal wenn ihnen zugleich eine Verfas-

²⁵ Christian Ulrich Detlev v. Eggers: „Soll man die Akademien lieber aufheben?“, in: Archiv für Staatswissenschaft und Gesetzgebung, Bd. 2 (1796), S. 226–230, S. 226.

²⁶ Johann Heinrich Campe, Von den Universitäten, in: Ders., Allgemeine Revision des gesammten Schul- und Erziehungswesens von einer Gesellschaft practischer Erzieher, Theil 16, Wien/ Braunschweig 1792, S. 145–220; Adolf Stölzel: Die Berliner Mittwochsgesellschaft über Aufhebung oder Reform der Universitäten (1795), in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 2 (1889), S. 201–222.

²⁷ Johann Friedrich Reitemeier: Über die höhere Kultur, deren Erhaltung, Vervollkommenung und Verbreitung im Staat, Frankfurt an der Oder 1799 (ND Scriptor 1980), S. 211–212.

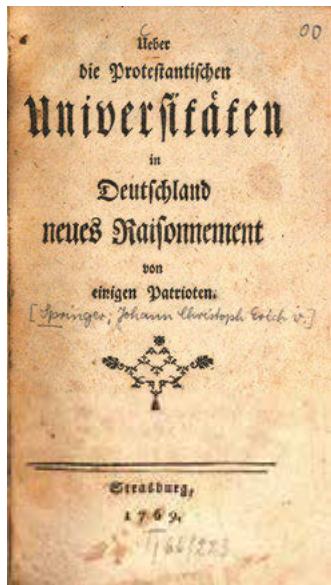
²⁸ Vgl. die Formulierung „Zusammenschmelzung der Universität“ bereits bei von Springer, Universitäten, S. 259.

*Johann David Michaelis:
Raisonnement*



Bayerische Staatsbibliothek München, H.lit.p.
309-1, urn:nbn:de:bvb:12-bsb10734507-0

Johann Christoph Erich von Springer: Neues Raisonnement



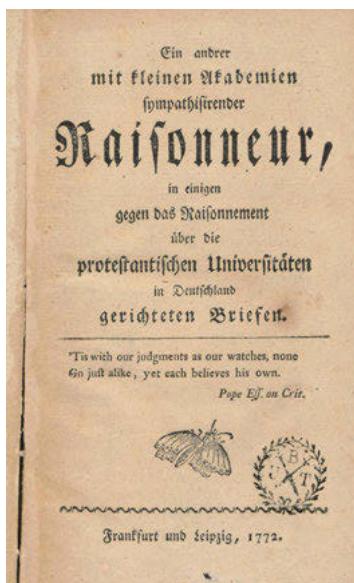
Bayerische Staatsbibliothek München, H.lit.p.
607, urn:nbn:de:bvb:12-bsb10737199-3

*Johann Heinrich Eberhard:
Freimüthige Betrachtungen*



Landesbibliothek Oldenburg,
urn:nbn:de:gbv:45:1-10154

*Johann Mattheaeus Hassencamp:
Sympathisirender Raisonneur*



Universitätsbibliothek Tübingen,
urn:nbn:de:bsz:21-dt-133592

sung gegeben würde, die den gegenwärtigen Zeitumständen angemessen ist.“²⁹

Mit „Verminderung“ und „Zusammenschmelzung“ benennt Reitemeier die folgenreichen Maßnahmen der Debatte um den Cameral-Nutzen. Die Brisanz des, leicht mit anderen Topoi der Universitätskritik wie Pedanterie oder studentischer Devianz anzureichernden Arguments vom Cameral-Nutzen bestand darin, dass mit ihm die Universität als Ganze in den Blick rückte. Pedanterie könnte man durch Berufungspolitik entgegensteuern, Studenten weniger rechtliche Freiräume zugestehen, aber was sollte man mit einer Organisation machen, die als Ganze ineffizient war?

„Aufhebung“ oder „Zusammenschmelzung“: das Ringen um die Schließungen

Die Prozesse der „Aufhebung, Degradierung oder Fusion“ der deutschen Universitäten folgten verschiedenen Wellen und territorialen Logiken.³⁰ Die erste Welle ging direkt vom revolutionären Frankreich aus und erfasste Straßburg (1794), Köln (1798), Mainz (1798) und Trier (1798).³¹ Eine weitere Welle brachte die Säkularisation, deren Folgen vor allem mittel- und süddeutsche Universitäten erfassten, wie Bamberg (1803), Dillingen (1803), Fulda (1805), Salzburg (1810) oder Erfurt (1816).³² Im Folgenden stehen die

²⁹ Reitemeier: Über die höhere Kultur, S. 211–212.

³⁰ Weiß, Universitätssterben.

³¹ Zu Straßburg vgl. August Schricker: Zur Geschichte der Universitaet Strassburg. Festschrift zur Eroeffnung der Universitaet Strassburg, am 1. Mai 1872, Strassburg 1872, S. 54–63; zu Köln vgl. Hermann Keussen: Die alte Universität Köln. Grundzüge ihrer Verfassung und Geschichte. Festschrift zum Einzug in die neu Universität Köln, Köln 1934, S. 375–377; zu Mainz vgl. Helmuth Mathy u.a.: Die Universität Mainz 1477–1977, Mainz 1977, S. 245–269; zu Trier vgl. Emil Zenz: Die Trierer Universität: 1473 bis 1798. Ein Beitrag zur abendländischen Universitätsgeschichte (Trierer geistesgeschichtliche Studien 1), Trier 1949.

³² Zu Bamberg vgl. ausführlich Bernhard Spörlein: Die ältere Universität Bamberg (1648–1803). Studien zur Institutionen- und Sozialgeschichte 2 Bde., Berlin 2004, Bd. 2, S. 976–1014; zu Dillingen vgl. Thomas Specht: Geschichte der ehemaligen Universität Dillingen (1549–1804) und der mit ihr verbundenen Lehr- und Erziehungsanstalten, Freiburg im Breisgau 1902, S. 596–600; Rolf Kießling (Hg.): Die Universität Dillingen und ihre Nachfolger: Stationen und Aspekte einer Hochschule in Schwaben; Festschrift zum 450jährigen Gründungsjubiläum, Dillingen/Donau 1999; zu Fulda Uwe Zuber: Staat und Kirche im Wandel: Fulda von 1752 bis 1830, Darmstadt/Marburg 1993; zu Salzburg vgl. Karl Friedrich Hermann: Zepter im Trauerflor. Die letzten Jahrzehnte der alten Salzburger Benediktineruniversität und ihr Ende 1810, in: Akademischer Senat der Universität Salzburg (Hg.): Festschrift Universität Salzburg 1622–1962–1972, Salzburg 1972, S. 35–56; zu Erfurt vgl. Erich Kleineidam: Universatis Studie Erfordensis, 4 Bde. Leipzig 1988, Bd. 4, S. 288–291.

Auswirkungen auf das neue Königreich Westfalen sowie Preußen im Mittelpunkt.

In der von August von Kotzebue gegründeten Berliner Zeitung *Der Freimüthige* erschien 1808 ein Artikel *Ueber die neue Organisation der Universitäten im nördlichen Deutschland*, der zeigt, dass die gesamte Universitätslandschaft als in Bewegung befindlich wahrgenommen wurde. So wird über das Schicksal Landshuts, Heidelbergs und Würzburgs ebenso räsoniert wie über Frankfurt/Oder und Berlin, Leipzig und Altdorf³³ oder die fünf westfälischen Universitäten. Der Artikel benennt zehn Prinzipien, denen die „neuen Organisationen der Universitäten zum Grunde liegen sollten.“³⁴ Das erste Prinzip ist, dass die kleinen Universitäten, denen es entweder an „thätigen oder brauchbaren Lehrern, oder an den nöthigen Fonds“ fehle, mit den „größeren und umschließenderen Universitäten zu Einem Ganzen“ verbunden werden sollten.³⁵ Zu dem ökonomischen Kalkül trat meist noch ein konfessionelles, wobei man mindestens eine Universität der minder vertretenen Konfession im Territorium zu halten versuchte, in Bayern etwa Altdorf oder Erlangen. Ein weiteres, ebenso politisch bewegliches Kriterium war die räumliche Zentralität einer Hochschule im Territorium. Anciennität war auch ein Thema, offenbar aber weniger valide und zweischneidig, denn das „mittelalterliche“ konnte ebenso symbolisches Kapital der Tradition wie Stein des Anstoßes für Modernisierer sein.

Entstanden gänzlich neue Territorien, kam es auch zu veränderten Universitätslandschaften. Die Gründung des Königreichs Westfalen etwa brachte das Ende für Helmstedt (1810) und Rinteln (1810).³⁶ *Der litterarische Eilbote für Deutschland* verkündete dazu 1810, es komme nicht darauf an

„wie viel ein Staat höhere Lehranstalten habe, sondern wie gut sie seyen; und es ist uns allen begreiflich, daß in Ansehung ihrer eine unverhältnismäßige Ueberzahl unvermeidlich dem innern Gehalte der einzelnen Institute Eintrag thun müsse, was dann die Zusammenwirkung aller unmöglich ersetzen kann. Diese Betrachtung hat man seit der Bildung des Westfälischen Staates, bey dem Anblick der Universitäten, die der Bildner an den dessen Bestandtheilen vorfand, öfters gemacht. Es forderte das allgemeine Beßte

³³ Zur Auflösung von Altdorf vgl. Klaus Leder: Universität Altdorf. Zur Theologie der Aufklärung in Franken. Die theologische Fakultät in Altdorf 1750–1809, Nürnberg 1965, S. 351–366.

³⁴ Otmar: Ueber die neue Organisation der Universitäten im nördlichen Deutschland, in: *Der Freimüthige*, oder Berlinisches Unterhaltungsblatt 5:1 (1808), Nr. 114, 7. Juni, S. 454–456 u. Nr. 115, 9. Juni S. 459–460, hier S. 455.

³⁵ Ebd.

³⁶ Zu Rinteln vgl. den Beitrag von Stefan Brüdermann in diesem Band; zu Helmstedt vgl. Paul Zimmermann, Die Aufhebung der Universität Helmstedt, in: *Braunschweigisches Magazin* 11 (1910), S. 125–142.

eine Konzentration derselben, und diesen konnte, mit dem Blick auf das Interesse der höhern Kultur ausgeführt, auch diesem zuträglich werden“.³⁷

Der Vorgang könne insgesamt nur als Gewinn verbucht werden, denn mit „verstärkten Kräften sehen Göttingen, Halle und Marburg einer immer herrlichern Blüthe entgegen.“³⁸

Das war auch einer erheblichen Lobbyarbeit der Göttinger zu verdanken, die über Mittelsmänner wie Charles Francois Dominique de Villers (1765–1815) erfolgte. Dieser lobte 1808 die protestantischen Universitäten, machte für das Königreich Westfalen aber auch ein klares Ranking auf, in dem Rinteln und Paderborn die Schlusslichter bildeten, während Göttingen vor Halle und Marburg die Spitzenposition zukam.³⁹ Schon Gerüchte reichten, um derlei Apologien zu motivieren, denn man sah vielerorts, die Bedrohung war real. In Heidelberg verfasst 1817 Prorektor Karl Salomo Zachariä eine Schrift *Für die Erhaltung der Universität Heidelberg* und beginnt mit den Worten:

„Ein Gerücht (wohl nicht ohne allen Grund) bedroht unsere Universität mit der Auflösung, oder was am Ende so ziemlich dasselbe ist, mit der Verlegung nach Freyburg.“⁴⁰

Von einem Königreich Westfalen konnten Zeitgenossen wie Reitemeier noch nichts ahnen, doch seine Prognose sollte auch für Preußen durchaus zutreffen. Preußen erfuhr eine markante Umstrukturierung, der Frankfurt/Oder (1811), Wittenberg (1817), Erfurt (1818) und Duisburg (1818) zum Opfer fielen, während Berlin 1810 eine Neugründung erhielt.⁴¹ In der Kabinettsorder zur Aufhebung Frankfurts heißt es dazu:

„Da bei der Nähe der Universität in Berlin sich die in Frankfurt nicht länger erhalten kann, wie die Erfahrung schon jetzt hinreichend erweist, und kein Zweifel ist, daß sie sich bald von selbst auflösen würde; da dagegen die Einziehung der geistlichen Güter in Schlesien die dortigen literarischen und Kunstschatze mehrt, ein zweckmäßigeres Locale darbietet und die Lage der Provinzen dafür spricht, so setze ich hiermit fest: 1) Die Universität Frank-

³⁷ Der litterarische Eilbote für Deutschland, Nr. 6, 07.02.1810, S. 41.

³⁸ Ebd., S. 42. Zu Marburg vgl. Margaret Lemberg: Der „restaurierte Musensitz“. Die Universität Marburg im Königreich Westfalen, in: Dies./Bernd Reifenberg (Hg.): Die Universität Marburg im Königreich Westfalen, Marburg 2007; Dies., [...] für ihr Bestes nach Kräften zu sorgen. Die Universität Marburg im Königreich Westphalen, in: Andreas Hedwig u. a. (Hg.): Napoleon und das Königreich Westphalen: Herrschaftssystem und Modellstaatspolitik, Marburg 2008, S. 223–238.

³⁹ Villers, Blick auf die Universitäten, S. 72ff.

⁴⁰ Karl Salomo Zachariä: Für die Erhaltung der Universität Heidelberg, Heidelberg 1817, S. 3.

⁴¹ Heinz-Elmar Tenorth (Hg.): Geschichte der Universität Unter den Linden: 1810–2010. Bd. 1: Gründung und Blütezeit der Universität zu Berlin 1810–1918, Berlin 2012.

furt wird nach Breslau verlegt. 2) Zu Michaelis 1811 fangen daselbst schon die Collegia an. 3) Der Geh. Staatsrat von Schuckmann wird alles, was zur Verlegung und Einrichtung erforderlich ist, sogleich einleiten und mir durch Sie die nötigen Vorschläge überreichen.“⁴²

Schuckmann war es auch, der im September 1816 eine Denkschrift zur empfohlenen Aufhebung der Universität Erfurt verfasste.⁴³ Die Universität Erfurt harre schon „eine Reihe von Jahren“ der „endlichen Entscheidung ihres Schicksals“, zuletzt habe die französische Herrschaft sie „in einem Zustande des Agonisirens wieder übergeben, dessen Fortdauer zu beenden, sowohl das Interesse des Staats als auch der wissenschaftlichen Jugendbildung fordert“.⁴⁴ Auch hier treffen wir auf das relationale Argument mangelnder Konkurrenzfähigkeit:

„da unter der Concurrenz der Universitäten in Göttingen, Halle, Jena, Leipzig und Erlangen die fast in der Mitte liegende in Erfurt keinen Muth und keine Aussicht zu erneuten Floren würde fassen dürfen.“⁴⁵

Den Ausschlag gibt schließlich die wirtschaftliche Lage, denn die „Schwierigkeit und Kostspieligkeit des Versuchs, ihr wieder aufzuhelfen, sowie des geringen Erfolges, den er unter den obwaltenden Verhältnissen verspricht, des den Nutzen überwiegenden Nachtheils, den eine verfallende Lehranstalt immer hervorbringt, dagegen des Vortheils, der aus einer anderen zweckmäßigen Anwendung der Fonds gedachter Universität entspringen wird“, lasse nichts anderes als die Aufhebung wünschen.⁴⁶ Ein Artikel im Jenaischen Intelligenzblatt nennt dann im Bericht über die feierliche Schließung der Universität als „Hauptursachen der Aufhebung“ die „Unzulänglichkeit der Fonds und die Erhebung der Stadt zu einer Festung, womit sich keine Universität wohl vertrage“.⁴⁷

Einen längeren Kampf ums Überleben führte die preußische Universität Duisburg. Erster Einschnitt war der Verlust des linksrheinischen Besitzes Preußens im Frieden von Lunéville 1801, in dessen Folge Münster zum Sitz

⁴² Die entscheidende Kabinetsorder, in: Aus dem Leben der Universität Breslau [der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zum 125. Gedenktag ihrer Gründung gewidmet vom Universitätsbund Breslau], Breslau 1936, S. 13; sowie die Dokumente bei Norbert Conrads (Hg.): Quellenbuch zur Geschichte der Universität Breslau 1702 bis 1811 (Neue Forschungen zur Schlesischen Geschichte 9), Köln/ Weimar/ Wien 2003, S. 462–481.

⁴³ Alfred Overmann: Die letzten Schicksale der Universität Erfurt, in: Thüringisch-sächsische Zeitschrift für Geschichte und Kunst 9 (1919), S. 77–103, darin S. 97–103; Kleineidam, Universitas, Bd. 4, S. 288–291.

⁴⁴ Overmann, Schicksale, S. 97.

⁴⁵ Ebd., S. 98.

⁴⁶ Ebd., S. 100.

⁴⁷ Kleineidam, Universitas, Bd. 4, S. 290.

der obersten Landesbehörde wurde.⁴⁸ Die dortige Universität sollte auf Kosten Duisburgs gestärkt werden. Der Freiherr vom Stein lieferte eine Begründung in der ‚Sprache des Raumes‘⁴⁹:

„Die Stadt Münster eignet sich vorzüglich zur Anlage einer Universität wegen ihrer centralen Lage in Westfalen, des Verfalls der benachbarten Universitäten zu Mainz, Köln und Bonn, der Entfernung der größeren vollständigen, wie Göttingen und Halle, der Unbedeutendheit der näher gelegenen Duisburg, Rinteln, Gießen, endlich wegen des Einflusses, welchen die Kultur der Wissenschaften auf die hier sich aufhaltenden zahlreichen oberen und mittleren Volksklassen, auf den Gang der Landesverwaltung und die Bildung der verwaltenden Personen selbst hat.“⁵⁰

Hier wird ein relationales Kalkül deutlich, das überregionale Universitätslandschaften im Blick hatte und deren Standorte entlang von Konfession, ‚Vollständigkeit‘ und „Unbedeutenheit“ klassifizierte. Am 12. April 1804 ordnete man die Aufhebung der Universität Duisburg an.⁵¹ Rasch artikulierte sich Widerspruch. Die Geduld der preußischen Regierung war jedoch schon früh am Ende. Am 14. September 1805 antwortete man aus Berlin schroff:

„Seine königliche Majestät von Preußen geben dem Magistrat zu Duisburg auf dessen Vorstellung vom 3. d[ieses] M[onats] wegen Beibehaltung der dortigen Universität hierdurch zu erkennen, daß Supplikanten [= Bittsteller] es nicht zu beurteilen wissen, ob die Universität in ihren jetzigen Verhältnissen fort dauern kann und daher besser tun werden, solches dem Ermessen S[eine]r Majestät zu überlassen. Charlottenburg, den 14. September 1805, Friedrich Wilhelm.“⁵²

Doch bevor Fakten geschaffen wurden, änderte sich die politische Großwetterlage: 1806 wurde das Großherzogtum Berg aus der Taufe gehoben. Die Universität Duisburg sollte nun ebenso wie die Hohe Schule in Herborn in der neuen Universität Düsseldorf als Zentralstadt des Großherzogtums aufgehen. Am 17. August 1806 wurde die Universität Duisburg ein weiteres Mal aufgehoben. Auch dabei blieb es nicht. Für die Wirkungen des universitätskritischen Diskurses aufschlussreich sind die Suppliken, die um den Er-

⁴⁸ Günter von Roden: Die Universität Duisburg (Duisburger Forschungen 12), Duisburg 1968, S. 82–83.

⁴⁹ Vgl. zur Raum-Perspektive der politischen Ökonomie des kameralistischen Diskurses Marcus Sandl: Ökonomie des Raumes: der kameralwissenschaftliche Entwurf der Staatswirtschaft im 18. Jahrhundert, Köln/Weimar 1999.

⁵⁰ Roger Wilmans: Zur Geschichte der Universität Münster in den Jahren 1802–1818, in: Zeitschrift für deutsche Kulturgeschichte NF 4 Jg., Hannover 1875, S. 257–299, hier S. 262.

⁵¹ Roden, Universität Duisburg, S. 84.

⁵² Ebd., S. 85–86.

halt der Universität bitten, und die Begründungen der Regierung. 1815 engagierte sich die Duisburger Bürgerschaft in einer gedruckten Denkschrift für den Erhalt der Hochschule. Auch hier wurde das Argument der Zentralität bemüht, deren Fokus sich freilich in dieser Zeit territorialer Re-Figuration permanent änderte:

„Preußen hat sein Königsberg, Brandenburg sein Berlin, Schlesien sein Breslau, Sachsen sein Halle, Westfalen wird sein Münster und Niederrhein sein Bonn oder Koblenz haben. Wie würd' es uns mit Freude und Dank erfüllen, wenn auch unserer Provinz aus königlicher Huld ihre Universität geschenkt würde“.⁵³

Damit war Jülich-Kleve-Berg gemeint. Die Studenten ständen in Duisburg „unter der moralischen Aufsicht des Publikums“, und auch damit wird direkt auf einen Kritikpunkt des Reformdiskurses reagiert.⁵⁴ Wieder unter preußische Verfügung geraten, sollte Duisburg schließlich zugunsten der Universität Bonn aufgehoben werden. Das geschah am 18. Oktober 1818 und besiegelte endgültig das Schicksal der Universität. Auch Herborn, inzwischen Teil des Herzogtums Nassau (1806 bis 1866), war 1817 aufgehoben worden.⁵⁵ Es waren damit nicht „revoluzionäre Köpfe“, die das Ende der Universitäten einleiteten, sondern der preußische König. Doch wie wurden die Vorgänge gedeutet und welchen weiteren Verlauf nahm die Reformdebatte?

„Von der notwendigen Unterdrückung der deutschen Universitäten“

Die Kritik an den Universitäten blieb nicht unwidersprochen. Der Heidelberger Jurist Franz Ignaz Wedekind (1769–1837) geht 1808 hart mit den Reformen ins Gericht:

„Nicht an Einem Orte wurde im Jahr 1808 die Frage rege gemacht, ob wohl Universitäten in unseren Tagen noch von Brauchbarkeit seyen? Manche unserer modernen Organisateurs, welche ihre eigene Geschicklichkeit im plötzlichen Niederreißen bewährten, haben sich sogar nicht geschämet in vollem Ernst, öffentlich auf Abschaffung der Universitäten, als einer unnützen den Wissenschaften und Sitten schädlichen Relique des Mittelalters, auf Verwandlung derselben in Lyceen mit militärischer Einrichtung, auf

⁵³ Auch für Erlangen oder Nürnberg (Altdorf) wurde mit geographischer bzw. kulturräumlicher Zentralität argumentiert, vgl. Leder, Altdorf, S. 351.

⁵⁴ Roden, Universität Duisburg, S. 93.

⁵⁵ Hans Haering: Die Spätzeit der Hohen Schule zu Herborn (1742–1817). Zwischen Orthodoxie und Aufklärung (= Europäische Hochschulschriften. Reihe 3: Geschichte und ihre Hilfswissenschaften. Band 615), Frankfurt am Main u. a. 1994.

Trennung derselben in einzelne höhere und niedere Anstalten, anzutragen.“⁵⁶

Auch der Wittenberger Geistliche Ludwig Dankegott Cramer (1791–1824) rechnet kritisch mit dem ‚französischen Angriff‘ auf die deutsche Universitätslandschaft ab. Selbst in den „blutigsten Krieg[en], welche je in Deutschland geführt worden“ seien, wäre nicht passiert, was nun der französische Despotismus vollbracht habe. So habe sich der „Mangel an Achtung der Franzosen gegen die deutschen Universitäten“, darin gezeigt, dass

„mehrere derselben aufhoben und mithin die wohltätige Wirksamkeit derselben, auf die Literatur der Deutschen völlig vernichteten. Da nämlich das revolutionirte Frankreich schon in *seiner* Mitte die Universitäten aufgehoben hatte; so glaubte die französische Regierung ein um so größeres Recht zu haben, *deutsche* Universitäten zu vernichten.“⁵⁷

Vor allem das Schicksal Halles und Wittenbergs liegt Cramer am Herzen, sei er doch selbst in Wittenberg Dozent gewesen.⁵⁸

In den 1830er Jahren sah mancher die eigentliche Krise jedoch erst nach der Franzosenzeit gekommen: Noch Anfang der 1830er Jahre kursierte eine Kampfschrift *Von der notwendigen Unterdrückung der deutschen Universitäten*.⁵⁹ Verfasser der Schrift war offenbar der Berliner Gelehrte Julius Klaproth (1783–1835)⁶⁰, der schrieb:

„Überhaupt scheint uns der Stand der Civilisation und das Bedürfnis der Zeit auf eine förmliche Abschaffung der Universitäten, als unnütz und dem allgemeinen Besten gefährlich, hinzudeuten“.

An die Stelle der Universitäten sollten „medizinische Lehranstalten“ in den Hauptstädten der größeren deutschen Staaten treten. Entsprechende Stimmen ernteten wie schon zuvor heftigen Widerspruch.

⁵⁶ Karl Ignatius Wedekind: Würdigung dessen, was für die Erziehung des Menschen und Bürgers geleistet wurde, in: Geist der Zeit, in einer pragmatischen Darstellung der merkwürdigsten Ereignisse in der physischen, moralischen, litterärischen und politischen Welt, Erst Jahrgang 1808, Freiburg/Konstanz 1810, S. 52–84, S. 81. Ab „Abschaffung...“ identisch mit einer Formulierung aus: Briefe über Universitäten. Erster Brief Brauchen wir noch Universitäten? In Neues Allgemeines Intelligenzblatt für Literatur und Kunst zur N. Leipz. Zeitung gehörend 1., Stück, 2. Januar 1808, S. 7–9.

⁵⁷ Ludwig Dankegott Cramer: Ueber den schädlichen Einfluss des französischen Despotismus auf die Literatur der Deutschen, Quedlinburg 1815, S. 30f.

⁵⁸ Ebd., S. 38.

⁵⁹ Abgedruckt als Das diplomatische Manifest von 1833 gegen die deutschen Universitäten, in: Jahrbücher der Preußischen Provinzial-Stände, Bd. 2 Heft 4, Leipzig 1834, S. 405–411.

⁶⁰ Hartmut Walravens: Von der notwendigen Unterdrückung der deutschen Universitäten. Der Berliner Universalgelehrte Julius Klaproth und die Königliche Bibliothek, in: Jahrbuch Preußischer Kulturbesitz 31 (1995), S. 225–249.

So wurde 1834 eine als Lexikonartikel getarnte Streitschrift für die akademische Freiheit im *Conversations-Lexikon der neuesten Zeit und Literatur* unter dem Titel *Universitätswesen* veröffentlicht.⁶¹ Der Verfasser geht davon aus, dass ungeachtet des Universitätssterbens der Zeit um 1800 die „Anfeindung der Universitäten Deutschlands ... eigentlich erst nach dem deutschen Befreiungskriege“ begonnen hätte.⁶² Der Autor kennt insgesamt drei „Hauptklassen“ der Gegner der Universitäten: „die Feinde der Freiheit überhaupt, die Freunde des Absolutismus und der geistigen Unterdrückung, oder die blinden Anhänger des Bestehenden und der Autorität“⁶³, dann die Klasse derjenigen, die man mit „den Namen der Bureaucratisten, oder die Freunde der politischen Centralisationsmethode“ bezeichnen könne, „theils eine gewisse Classe einseitiger Liberalen“⁶⁴, sowie drittens die Klasse „aus dem unsere Zeit beherrschenden Geist der Industrie und der unmittelbaren Nutzbarkeit“⁶⁵ mit einer Vorliebe für das „Practische“ und „polytechnische Schulen“.

In Analogie dazu gäbe es drei Klassen von Freunden und Verteidigern der Universitäten: die Liberalen, welche den „Zusammenhang der freien wissenschaftlichen Geistesbildung mit dem freien politischen Leben erkannt haben“, die „Aristocraten und Anhänger des Alten, aus Vorliebe für die alte corporative Verfassung der Universitäten“ und schließlich die „natürlichssten Vertreter des Wesens der Universitäten“ in Gestalt aller, die vom „Werthe wahrer freier Wissenschaft durchdrungen sind“.⁶⁶ Aus dem Geist der Apologie der Universitäten wird hier eine Sortierung ihrer Freunde und Feinde vorgenommen, die auch manchen Pfad in die Gegenwart weist.

Fazit

Das Zeitalter der Koalitionskriege und die territoriale Neuordnung nach dem Ende des Alten Reiches schufen einen spezifischen Handlungsspielraum für Universitätsreformen. Die Experten und Entscheider waren im intellektuellen Klima der Spätaufklärung sozialisiert und teilten einen an Kameralismus, Nützlichkeitsimperativen, Zentralisierung und staatlichem Dirি

⁶¹ [Anonym]: „Universitätswesen“, in: *Conversations-Lexikon der neuesten Zeit und Literatur*, 4 Bde. Bd. 4 S-Z, Leipzig 1834, S. 699–720, hier S. 700.

⁶² Ebd., S. 703.

⁶³ Ebd., S. 700.

⁶⁴ Ebd., S. 701.

⁶⁵ Ebd., S. 702.

⁶⁶ Ebd., S. 703.

gismus orientierten Denkrahmen bzw. Denkstil.⁶⁷ Die Vordenker der Konkurrenz waren jedoch zum Teil auch selbst parteiische Konkurrenten. Gerade die Göttinger Innovatoren im Bereich vergleichender Universitätsgeschichte, Johann David Michaelis und Christoph Meiners, argumentierten vom Standpunkt einer überlegenen Hochschule dafür, dass es zu viele Universitäten im Reich gäbe. Was aussah wie eine simple empirische Zustandsbeschreibung, war immer auch selbst Teil des Konkurrenzkampfes.

Damit wird eine Dialektik der Modernisierung sichtbar: Die Kultur der Konkurrenz, wie sie vor allem Göttingen pflegte und wie sie heute in der Forschung als flexible Reform- bzw. Anpassungsstrategie gewürdigt wird, zollte ihren Preis. Modernisierung kannte Gewinner und Verlierer. Da diese in einem wechselseitigen Beobachtungsverhältnis standen, kam es zu einer Art Domino-Effekt der Schließungen. Man sah immer öfter, dass es möglich war, mit Traditionen zu brechen, und machte auch davon Gebrauch. Begleitet wurde dies von einem neuen Blick auf die Universitätslandschaften, der durch den Diskurs für und wider die Aufhebungen immer wieder neu synthetisiert wurde. Räumliche Zentralität wurde zu einem wichtigen Argument, das jedoch stets relational war und damit Gegenstand von Aushandlungsprozessen werden konnte. Man sortierte den Raum neu und sah, dass dies auch andernorts geübte Praxis war. Eine Re-Territorialisierung wurde damit zu einer der Möglichkeitsbedingungen radikaler Hochschulpolitik.

Die französische Hochschulpolitik gab dazu einigen Anstoß, steuerte jedoch nicht das ‚Gesamtsterben‘. Aus der Perspektive des 19. und 20. Jahrhunderts erfuhr dieser Prozess eine systemische Nachrationalisierung, der auf die Schwächen und Modernisierungsdefizite des Universitätssystems im ausgehenden 18. Jahrhundert zurückgeführt wurde, das Göttingen als eine Ausnahme zuließ, die die Regel bestätigte. Zu weiten Teilen folgte man dabei jedoch lediglich der Krisensemantik der Reformer und stattete sie ex post mit Evidenz aus. Will man den komplexen Vorgang des Universitätssterbens analytisch in den Griff bekommen, gilt es, das Wechselspiel dieser Diskurse mit lokalen Entscheidungspraktiken in den Ministerien und vor Ort herauszuarbeiten. Der universitätskritische Diskurs stand in keinem direkten kausalen Zusammenhang mit einzelnen Schließungen, er stellte vielmehr ein Reservoir an Topoi der Kritik dar, das zum Teil kontingente Entscheidungen mit Rationalität auszustatten half, oder das Undenkbare denk- und sagbar machte.

⁶⁷ Ludwik Fleck: Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache: Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv, 10. Aufl. Frankfurt a. M. 2015.

Uni, ade

Die Schließung der Alten Universität Köln 1798 durch die französische Besatzungsmacht und der Kampf um ihre Wiedergründung bis 1818

Tanja Kilzer

Die Besetzung des heutigen Rheinlands durch das revolutionäre Frankreich (1794–1813/14) sorgte für eine weitreichende Zäsur im Bildungssektor. Vehement setzten die französischen Besatzer ihr Bildungssystem im neu gewonnenen Gebiet um, wodurch zahlreiche namhafte deutsche Universitäten, die mitunter seit dem Spätmittelalter Bestand hatten und auf eine langjährige Tradition zurückblickten, von einem Tag auf den anderen geschlossen worden sind. Einher ging dieses Phänomen mit weiteren sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen, die das Leben im linksrheinischen Gebiet vollständig umformten, wie eine vollständige Säkularisation, was gerade religiös geprägte Universitäten und Schulen schwer belastete. Unter den geschlossenen Universitäten befand sich auch die 1388 gegründete, international anerkannte Universität zu Köln.

Energisch versuchten zahlreiche bekannte Kölner Bürger und Professoren, sich für eine Wiedergründung der Universität einzusetzen, ebenso wie sie stets die Einrichtung einer höheren Bildungseinrichtung innerhalb Kölns forderten, die mit dem französischen Bildungssystem in Einklang stand. Gerade die Bevorzugung der nahen Stadt Bonn, die früh Bezirksverwaltungssitz werden sollte und der ein *lycée*, die höchste Lehranstalt im System der Besatzungsmacht, zugesprochen wurde, sorgte für Unmut und zu einem massiven Einsatz berühmter Kölner Persönlichkeiten wie Ferdinand Franz Wallraf, um die Situation abzumildern. Als „Schmach“ verstanden, versuchten die Kölner auch nach dem Wechsel der Herrschaft hin zu Preußen 1814 ihre Universität zurückzugewinnen.

Neben Köln versuchten ebenso andere rheinische Städte, die preußische Regierung von sich als Standort der einzigen geplanten rheinisch-preußischen Universität zu überzeugen. Dabei brach gerade unter den Städten Köln und Bonn ein massiver Konkurrenzkampf aus, der schlussendlich durch die Frage der Konfession gelöst wurde. Im Folgenden soll neben der Schließung der Universität Köln und dem Werdegang der Bildungseinrichtung unter der französischen Herrschaft auch der Kampf der Stadt Köln um die Wie-

dergründung ihrer Universität zur Zeit der französischen und zur Anfangszeit der preußischen Herrschaft illustriert werden.

Hierbei soll zugleich die Konkurrenz zwischen der Kölner Universität und der Bonner Akademie (1777–1798) bzw. später Bonner Universität (gegründet 1818), gerade in Bezug zu den preußischen Wiederbegründungsbestrebungen einer Universität im rheinischen Gebiet beleuchtet werden. Von Interesse ist hier gerade das konträre Auftreten beider Einrichtungen, insofern sich die eine als katholische Universität mit traditionsbehaftetem Ruf (Köln) inszenierte und die andere als aufgeklärte Bildungsstätte mit weltoffener Ge- sinnung (Bonn).

Ferdinand Franz Wallraf (1748–1824), Rektor der Universität Köln ab 1793



Gemälde von Johann Anton de Peters (1792). Wallraf-Richartz-Museum Köln, Reproduktion: Rheinisches Bildarchiv Köln, Quelle: Wikimedia Commons

Die Alte Universität Köln – prestigeträchtige Einrichtung mit stark religiösem Charakter

Die im Jahre 1388 gegründete Kölner Universität (*Universitas Studii Sancte Civitatis Coloniensis*) stellt nach Prag (1348), Wien (1365) und Heidelberg (1386) die viertälteste Universität im deutschen Sprachraum dar.¹ Erst ab der Mitte des 14. Jahrhunderts setzte im deutschen Raum die Gründung von Universitäten ein, wobei ihre Eröffnung durch das große abendländische Schisma (1378–1415) begünstigt wurde. Innerhalb von circa zwanzig Jahren sollten Heidelberg, Köln, Erfurt, Würzburg und Leipzig sich zu universitären Zentren entwickeln.² Während die anderen Gründungen auf die Initiative von geistlichen und weltlichen Fürsten zurückzuführen sind, ging die Idee zur Kölner Universitätsgründung vom Rat der Stadt aus³ – ein Umstand, der dazu führte, dass die Kölner Universität gerne als „freie Schöp-

¹ Günther Binding/Georg Müller: Die Bauten der Universität zu Köln, Köln 1988, S. 7.

² Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln, Köln 1961, S. 28.

³ Ebd.

fung deutschen Bürgersinnes⁴ oder „städtischen Bürgerstolz“⁵ bezeichnet wurde.

Zu einer gleichzeitigen positiven Außenwahrnehmung trug bei, dass die Kölner Bürgerschaft, ohne die Vermittlung eines kirchlichen Würdenträgers, im Rahmen der Universitätsfrage mit dem Papst in Kontakt trat und eigenmächtig erfolgreich Privilegien aushandelte. Durch diesen Schritt präsentierte sich die Stadt auf Augenhöhe mit weltlichen Fürsten.⁶ Das erfolgreiche Vorgehen des Rats der Stadt sorgte dafür, dass Köln sich als machtvolle Instanz inszenierte, die sich als sinnbildliche treueste Tochter der Kirche ins Licht der Öffentlichkeit⁷ rückte und ihre gute Beziehung zum Papsttum zur Schau stellte.

Papst Urban VI. bewilligte am 21. Mai 1388 die Einrichtung der Kölner Universität, die im Privileg des Papstes als *margarita* (dt. Perle)⁸ bezeichnet wird. Innerhalb der christlichen Ikonographie weist die Perle unterschiedliche Bedeutungen auf, die alle eine positive Konnotation besitzen. So steht sie beispielhaft symbolisch bei den Kirchenvätern für Christus sowie die unbefleckte Empfängnis und wird im Evangelium des Matthäus von Jesus als Vergleichssymbol zum Himmelreich genutzt.⁹ Die Universität wurde somit bildlich bewusst in einen symbolischen religiösen Zusammenhang gestellt, der nochmals durch die eigene Siegelwahl (Motiv der *sedes sapientiae*) unterstrichen wurde.¹⁰

Trotz städtischer Gründungsinitiative zeigte sich, von der Gründung an, ein starker institutioneller Bezug der Universität zur katholischen Kirche. So übernahm der amtierende Domprobst das Amt des Kanzlers der Kölner Universität, ebenso wie kirchliche Würdenträger als Konservatoren für die vom Papst verliehenen Gnaden auftraten.¹¹ Der Rektor der Universität sollte, obwohl er kein Kleriker sein musste, unverheiratet sein,¹² und ein Großteil der Studenten gehörte darüber hinaus dem geistigen Stand an.¹³ Neben ei-

⁴ Adam Wrede: Geschichte der alten Kölner Universität, Köln 1921, S. 5.

⁵ Ebd.

⁶ Max Plassmann: Wozu braucht Köln eine Universität? Argumente und Ideen seit 1388, in: Bettina Schmidt-Czaia (Hrsg.): Köln und seine Universität seit 1919, Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln, S. 108. Heft, Köln 2021, S. 9–26, hier: S. 12.

⁷ Ebd.

⁸ Privileg von Urban VI. zur Gründung der Universität Köln, HASk Best. 1 U 3/3979.

⁹ Marion Zerbst/Werner Kafka: Seemanns Lexikon der Symbole, Stuttgart 2010, S. 327.

¹⁰ Andreas Freitäger: Hundert Jahre Neue Universität zu Köln 1919–2019: Aus neu macht alt, Köln 2019, S. 41.

¹¹ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 35.

¹² Ebd., S. 35f.

¹³ Ebd., S. 38.

ner starken religiösen Ausrichtung der Institution war parallel eine Abhängigkeit von der Stadt durch das städtische Kuratorium der Provisoren gegeben. So wurde ein Kollegium von vier Provisoren aus den Mitgliedern des Rats der Stadt gebildet.¹⁴

Siegel der Alten Universität Köln



Das Siegel ist seit dem 6. Dezember 1392 in Gebrauch. Auf ihm findet sich Maria mit dem Jesuskind und die Anbetung der Heiligen Drei Könige. Symbolisch steht das Motiv für den „Sitz der Weisheit“ (*sedes sapientiae*) und fungiert im Kontext des Universitätssiegels als Sinnbild der universitären Weisheit. Das heutige Siegel der Universität zu Köln stellt eine überarbeitete Version des mittelalterlichen Siegels dar.

Quelle: Franz Joseph von Bianco: Die alte Universität Köln und die späteren Gelehrten-Schulen dieser Stadt nach archivarischen und anderen Quellen (Vol. 1–2), Köln 1850–1855.

Die Kölner Universität wurde nach dem Muster der Pariser Hochschule mit Promotions- und Vorlesungsrecht der Promovierten eingerichtet.¹⁵ Eine Theologische, eine Juristische und eine Medizinische Fakultät sollten ebenso wie die Artistenfakultät vertreten sein.¹⁶ Trotz der Anlehnung an die prestigeträchtige Pariser Universität, zeigte sich schon früh ein indirekter Zwist zwischen beiden Bildungsinstitutionen, der sich durch die damals vorherrschende kirchliche Spaltung begründen lässt. Infolge des Großen Schismas hatten viele bekannte Magistri, die sich nicht der anglovinischen Obedienz anschließen wollten, die Pariser Universität verlassen und strebten eine Anstellung an der neugegründeten Kölner Universität an.¹⁷ Dies führte dazu, dass drei Viertel der ersten Professoren in Köln zuvor an der namhaf-

¹⁴ Ebd., S. 39.

¹⁵ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 31.

¹⁶ Günther Binding/Georg Müller: Die Bauten der Universität zu Köln (Anm. 1), S. 7.

¹⁷ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 28.

ten französischen Universität gelehrt hatten,¹⁸ wodurch die Kölner Universität von dem guten Ruf dieser anerkannten Wissenschaftler profitierte.

Dazu wurde die Kölner Universität als Bildungseinrichtung vom Papst prioritisiert, indem die Lehre des Kaiserrechts durch ein päpstliches Privileg gestattet wurde. Der Pariser Universität blieb dieses Recht jedoch aufgrund eines Dekrets von Papst Honorius III. von 1220 versagt.¹⁹ Die Kölner Universität dagegen wurde durch das Privileg zur ersten deutschen Universität, die von ihrer Gründung an das Kaiserrecht lehren durfte. Sie konnte infolge dieses Umstandes schnell eine reputable Juristische Fakultät aufbauen, die auch international Anerkennung erfuhr. Andere deutsche Universitäten erlangten diese Möglichkeit erst Mitte bis Ende des 15. Jahrhunderts,²⁰ wodurch die Kölner Universität quasi eine Ehrenstellung einnahm.

Im Spätmittelalter und der Frühen Neuzeit genoss auch die Theologische Fakultät von Köln ein hohes Ansehen. Sie galt nach der Koelhoffischen Chronik (1499)²¹ als höchste und beste Schule der Heiligen Schrift und wurde in dieser Hinsicht in einem Atemzug mit den berühmten Bildungseinrichtungen in Paris und Bologna genannt.²² Ähnlich sah sie auch der Theologe Dr. Johann Eck im Jahr 1514, der die Einrichtung als „nobilissima Germaniae academia“ anpries.²³ Während der Reformation sollte sich die Universität und ihre Theologische Fakultät gegen Luther richten. In Köln wurde hart gegen reformatorisches Schrifttum vorgegangen, wobei sich die Universität selbst als sogenannter „Hort des Katholizismus“ präsentierte, der vom Papst als wirkungsvolles Werkzeug im Kampf gegen reformatorisches Gedankengut angesehen wurde.²⁴ Die zuvor schon stark kirchlich geprägte Universität erwarb sich ein papsttreues Image, das in späterer Zeit noch nachteilige Auswirkungen auf die Universität haben sollte.

Der gute Ruf der Kölner Universität als prestigeträchtige Lehranstalt sollte bis ins 18. Jahrhundert immer mehr abflachen. Bald galt sie als konservative Einrichtung, die an althergebrachten Strukturen, Traditionen und Theorien festhalten wollte. Diese Veränderung kann auch, neben anderen Faktoren, in Verbindung mit der Gründung der nahen Kurkölnischen Akademie in Bonn (1777) gesetzt werden, die später zur Landesuniversität ausgebaut wurde. Die Einrichtung stilisierte sich bewusst als moderne Bildungseinrich-

¹⁸ Ebd.

¹⁹ Ebd., S. 30.

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd., S. 60.

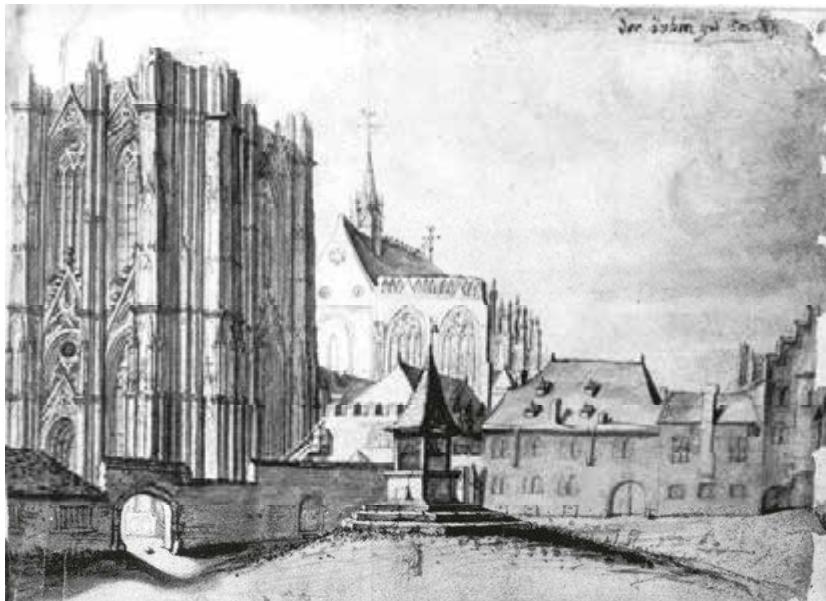
²² Adam Wrede: Geschichte der alten Kölner Universität (Anm. 4), S. 39.

²³ Ebd.

²⁴ Ebd., S. 43.

tung im Sinne der Aufklärung und trat erfolgreich als fortschrittlicher Konkurrent der ‚altbackenen‘ Universität Köln auf.²⁵ Die ehemals prestigeträchtige Kölner Universität dagegen entwickelte sich zu einer rein örtlich gerichteten Institution. Der starre Konservatismus und die scholastische Tradition wurden von Studenten und Gelehrten zunehmend als rückwärtsgerichtet wahrgenommen²⁶ und sorgten dafür, dass die Bonner Universität stetig eine größere Anziehungskraft auch auf Kölner Gelehrte ausübte.²⁷

Die Aula Theologica am Kölner Dom (Justus Finckenbaum, Skizzenbuch, 1665)



Die Gebäude der Alten Universität Köln waren über die gesamte Stadt verstreut. Im 18. Jahrhundert wurde dieser bauliche „Flickenteppich“ von der Studierendenschaft als unzeitgemäß und unattraktiv wahrgenommen. Quelle: Günther Binding/Georg Müller: Die Bauten der Universität zu Köln, Köln 1988, S. 7.

Negativ für den universitären Betrieb gestaltete sich zusätzlich die Lage der Bauten der Kölner Universität. Die Gebäude der einzelnen Fakultäten waren im 18. Jahrhundert, ähnlich wie noch im Spätmittelalter, quer über die Stadt verstreut,²⁸ wodurch keine gemeinsame Struktur vorlag, was als unzeitgemäß und unattraktiv wahrgenommen wurde. Erst zum Ende des 18.

²⁵ Max Plassmann: Wozu braucht Köln eine Universität? (Anm. 6), S. 15.

²⁶ Adam Wrede: Geschichte der alten Kölner Universität (Anm. 4), S. 47.

²⁷ Ebd.

²⁸ Siehe Günther Binding/Georg Müller: Die Bauten der Universität zu Köln (Anm. 1), S. 7–15.

Jahrhunderts gab es Bestrebungen zur räumlichen Zusammenlegung der Fakultäten unter Rektor Ferdinand Franz Wallraf.²⁹ Doch bereits im Jahr 1798 sollte die ehemals prestigeträchtige Universität durch die französische Besatzungsmacht geschlossen werden.

Französische Besatzung des Rheinlandes und Schließung der Universitäten

Die französische Besatzung des Rheinlands dauerte von 1794 bis 1813/14 an. Dabei setzte die Besatzungszeit den Landstrich kulturell, politisch sowie auch gesellschaftlich einem starken Wandel aus. Von außen, durch das revolutionäre Frankreich angestoßen, vollzog sich durch die Aufhebung der städtischen Privilegien, die Säkularisation sowie die Einführung des Code Civil, wodurch eine neue Gerichtsordnung etabliert wurde, eine starke Zäsur für die rheinische Bevölkerung.³⁰ Etablierte Staatsgefüge des Alten Reiches wurden umstrukturiert, der Adelsstatus aufgehoben, Klöster enteignet sowie zugleich alle Abhängigkeitsverhältnisse und alte Feudalrechte abgeschafft, damit ein Modellstaat nach französischem Vorbild entstehen konnte.³¹

Das Gebiet wurde ohne Rücksicht auf ehemalige politische Grenzen in die vier Departements Roer, Saar, Rhein-Mosel und Donnersberg eingeteilt, wobei Aachen, Trier, Koblenz und Mainz als Zentralverwaltungen fungierten.³² Die Hauptaufgabe der Zentralverwaltungen stellte die Eintreibung von Kontributionen dar.³³ Die Rheinländer, die in den vier Departements ansässig waren, wurden offiziell zu französischen Bürgern. Die Departements wurden, ähnlich wie in Frankreich, in Kantone gegliedert, die wiederum in Gemeinden eingeteilt waren. Fünfköpfige Zentralverwaltungen standen an der Spitze des jeweiligen Departements. Darunter folgten die Kantone mit ihren Munizipalitäten. Diese setzten sich aus Adjunkten zusammen, die nach der Größe der jeweiligen Gemeinden organisiert waren.³⁴

²⁹ Ebd., S. 15.

³⁰ Jürgen Wilhelm/Georg Mölich/Alexander Schmalz: Einleitung, S. 7, in: Jürgen Willhelm (Hrsg.): Napoleon am Rhein. Wirkung und Erinnerung einer Epoche, Köln 2012, S. 7–12.

³¹ Sabine Graumann: 1794 bis 1815 – Aufbruch in die Moderne. Die „Franzosenzeit“, in: Portal Rheinische Geschichte, Landschaftsverband Rheinland (<https://rheinische-geschichte.lvr.de/Epochen-und-Themen/Epochen/1794-bis-1815---aufbruch-in-die-moderne.-die-%22franzosenzeit%22/DE-2086/lido/57ab23d29508f8.06009224>, 30.7.2023).

³² Ebd.

³³ Astrid Küntzel: Fremde in Köln. Integration und Ausgrenzung zwischen 1750 und 1814, Köln/Weimar/Wien 2008, S. 103.

³⁴ Sabine Graumann: 1794 bis 1815 – Aufbruch in die Moderne (Anm. 31).

Die dominierende Rolle der katholischen Kirche innerhalb der linksrheinischen Gebiete begann bereits zum Ende des 18. Jahrhundert zu bröckeln, doch sollte sie mit dem Zusammenbruch des Alten Reiches weiter in die staatliche Bedeutungslosigkeit hinabrutschen. Unter der französischen Besatzung sollte das Gebiet, durch eine antikirchliche Gesetzgebung, vollständig säkularisiert werden. So wurden z.B. Kirchen- und Klostergüter beschlagnahmt, religiöse Symbole aus der Öffentlichkeit entfernt sowie eine öffentliche Religionsausübung untersagt. Erst 1799 wurde die antikirchliche Entwicklung durch Napoleons Staatsstreich beendet. Trotz der Errichtung neuer katholischer Bistümer im Rheinland konnte sich die katholische Kirche, nachdem die sie tragende Ordnung zusammengebrochen war, erst im 19. Jahrhundert durch eine grundlegende Neuaufstellung langsam erhölen.³⁵

1798 kam es zur Einführung der französischen Bildungs- und Kulturpolitik, die sich maßgeblich auf die Förderung der französischen Sprache und der kulturellen Errungenschaften der französischen Revolution konzentrierte. Das Schulwesen wurde zu diesem Zweck vollständig dem damaligen französischen System angepasst. Primärschulen entstanden, nach deren Abschluss die Schüler eine weiterführende Bildungseinrichtung, in der Regel eine Sekundär- oder Spezialschule, besuchten. Als Mittel der gezielt gesetzten Sprachpolitik der Besatzer wurde Französisch zur offiziellen Sprache im Schulunterricht. Höhere Bildungseinrichtungen, wie Universitäten, wurden vollständig aufgehoben und in neue Formate teilweise überführt.³⁶ Dies sollte neben der Angleichung an das französische System auch die Ausbildung einer deutschsprachigen Elite verhindern.³⁷ Zu den geschlossenen Universitäten zählten unter anderem die Institutionen in Köln, Mainz, Duisburg, Trier und Bonn.³⁸

Die Kölner Universität als französische Zentralschule und spätere Sekundärschule

Zum Ende des 18. Jahrhunderts wurde der Alten Universität Köln nicht nur das Festhalten an althergebrachten Traditionen zum Verhängnis, sondern ebenso eine eher ablehnende Haltung gegen die Ideen der Aufklärung. Gerade der revolutionsfreudliche Kölner Kurfürst Maximilian Friedrich, eben-

³⁵ Informationen gesamter Absatz aus ebd.

³⁶ Informationen bis hier aus ebd.

³⁷ Günter Holtus/Michael Metzeltin/Christian Schmitt: Lexikon der Romanistischen Linguistik (LRL), Bd. V.1. Französisch, Tübingen 1990, S. 359.

³⁸ Sabine Graumann: 1794 bis 1815 – Aufbruch in die Moderne (Anm. 31).

so wie seine Vorgänger seit der Schlacht bei Worringen 1288 in Bonn residierend, betrachtete diese Ausrichtung kritisch. Nur wenige Professoren, wie Franz Carl Joseph von Hildesheim, waren dem neuen Gedankengut zugewandt, während ein Großteil der Kölner Professorenschaft an alten Sitten und Gepflogenheiten festhielt.

Um Abhilfe zu schaffen und wieder attraktiv für Studenten zu werden, wurde der gemäßigt in Bezug zur Aufklärung denkende Ferdinand Franz Wallraf 1785, der seit 1781 Professor für Botanik³⁹ war und ab 1784 Lehraufträge in Naturgeschichte und Ästhetik übernahm,⁴⁰ zur Ausarbeitung einer Kölner Bildungsreform beauftragt. Wallrafs Reform bezog sich auf den Schulunterricht wie auch auf die Universität. Er forderte eine Verbesserung des Volkschulunterrichts, eine Abtrennung der Gymnasien von der Universität sowie ein einheitliches Universitätsgebäude.⁴¹ Hierbei schwiebte ihm das ehemalige Jesuitenkolleg in Köln vor. Trotz Ablehnung der Reformen konnte sich Wallraf 1793 in der Wahl zum Rektor der Kölner Universität durchsetzen.⁴²

In der Zwischenzeit versuchte die Kölner Universität stets, sich gegen die stärker werdende öffentliche Kritik des Kölner Kurfürsten und auch der damaligen reformfreudigen Bonner Akademie, der Akademie des Erzstifts, zu wehren, die die ältere Bildungsanstalt als vollständig rückständig diffamierte.⁴³ Die Universität Köln veröffentlichte aus diesem Grund erstmals 1784 ein Vorlesungsverzeichnis auf Latein, das ab 1786 auch auf Deutsch und Französisch erschien. Dennoch nahmen die Studentenzahlen weiterhin rasant ab.

1786 bekam die Bonner Akademie die Rechte einer kurkölnischen Landesuniversität, was in Köln für Empörung sorgte. Die Situation wurde noch gravierender, als 1789 der Kölner Kurfürst Maximilian Franz erließ, dass alle, die eine Beamtenstelle im kurfürstlichen Gebiet annehmen wollten, nicht an der Kölner Universität studiert haben durften.⁴⁴ Das Glück der Kölner Universität war, dass Wallraf, dessen öffentliche Vorlesungen sich einer enormen Beliebtheit erfreuten, nicht nach Bonn abwanderte.⁴⁵ Nachdem

³⁹ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 135.

⁴⁰ Vanessa Skowronek: Ferdinand Franz Wallraf als Stadtreformer – Strategien und Konflikte, Köln 2017, S. 3. Masterthesis (https://kups.ub.uni-koeln.de/8107/1/Masterarbeit_Skovronek.pdf, 1.8.2023).

⁴¹ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 134.

⁴² Alexandra Maria Nebelung: Ferdinand Franz Wallraf und sein Kreis. Masterthesis, Köln 2017, S. 10. (https://kups.ub.uni-koeln.de/8094/1/Masterarbeit_Nebelung.pdf, 1.8.2023).

⁴³ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 136.

⁴⁴ Ebd., S. 136.

⁴⁵ Ebd., S. 137.

Wallraf zum Rektor wurde, erhöhten sich die Immatrikulationen leicht, so dass zu Beginn der 1790er Jahre knapp 1500 Studierende an der Kölner Universität eingeschrieben waren.⁴⁶

Im Oktober 1794 erreichte das französische Besatzerheer die freie Reichsstadt Köln.⁴⁷ Zahlreiche Professoren flüchteten augenblicklich, doch war die Universität bemüht, den Betrieb vorerst nahtlos weiterzuführen.⁴⁸ Rektor Ferdinand Franz Wallraf sollte vorsorglich eine Denkschrift zu Gunsten der Kölner Universität verfassen, die er in Paris vorlegte. Jedoch war sein Tun vergeblich,⁴⁹ denn langsam begannen die französischen Besatzer, ihre Bildungs- und Verwaltungsideale innerhalb der Stadt umzusetzen.

Im Dezember 1794 wurde in Aachen die bereits erwähnte Zentralverwaltung eingerichtet sowie sieben Bezirksverwaltungen im Gebiet. Köln wurde der Bezirksverwaltung von Bonn unterstellt, was zu einem Aufschrei unter der Kölner Bevölkerung führte,⁵⁰ die der Meinung war, es wäre „nicht zumutbar, den besoldeten Knechten der bönnischen Aristokratie untergeordnet zu werden“.⁵¹ Bis zur Verwaltungsreform 1796 unterstand Köln der Bonner Verwaltungseinheit, doch sollte auch diese Reform nicht den gewünschten Effekt für die Stadt haben, die sich nach einer eigenen freien Verwaltung sehnte. Der Stadtrat der ehemals freien Reichsstadt wurde aufgehoben und durch die französische Municipalität ersetzt.⁵² Von der ehemaligen *aula theologica* ertönten bereits seit Beginn der französischen Besatzung von Rednern der demokratischen Vereinigung Hasstiraden über die katholische Kirche, doch sollten nun durch die fortschreitende Säkularisation auch die Professoren, die Pfründe besaßen, ihren Lebensunterhalt verlieren.⁵³ Dadurch wurde die Universität auch als Arbeitsplatz zunehmend unattraktiv.

Mit dem Frieden von Campo Formio 1797 wurde das linke Rheinufer endgültig den Franzosen zugesprochen. Alle Amtsträger, zu denen auch Professoren gehörten, wurden gezwungen, den Treueid auf die Französische Republik zu schwören. Wallraf und die Dekane von vier Fakultäten der Kölner

⁴⁶ Ebd., S. 138.

⁴⁷ Christiane Hoffrath: Was blieb war nur der Name „L’Université de Cologne organisée en école centrale“. Das Ende der alten Kölner Universität unter französischer Herrschaft, in: Bettina Schmidt-Czaia (Hrsg.): Köln und seine Universität seit 1919, Mitteilungen aus dem Stadtarchiv von Köln, 108. Heft, Köln 2021. S. 27–50, hier S. 28.

⁴⁸ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 138.

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Christiane Hoffrath: Was blieb war nur der Name (Anm. 47), S. 29.

⁵¹ Klaus Militzer: Stadtrat, Stadtrecht, Bürgerfreiheit, Köln 1996, S. 116f.

⁵² Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 138.

⁵³ Ebd.

Universität verweigerten diesen und wurden ihrer Ämter enthoben.⁵⁴ Lediglich die Angehörigen der Medizinischen Fakultät legten den Eid ab, wodurch vorerst deren Vorlesungsbetrieb aufrechterhalten werden konnte.⁵⁵ Doch sollte dieser Zustand nicht lange anhalten: die Universität fiel am 28. April 1798 der französischen Unterrichtsreform vollständig zum Opfer.⁵⁶ Der Konkurrenz einrichtung in Bonn sowie anderen linksrheinischen Universitäten erging es allerdings auch nicht anders.

Im neuem Bildungssystem sollte es eine Primärschule geben sowie eine weiterführende Zentralschule und Spezialschulen. Die Primärschule sollte eine umfassende Bildung vermitteln und auch von Mädchen besucht werden. Die weiterführende Zentralschule stellte indes eine Mischung aus Gymnasium und Universität dar. Die Vorlesungsfreiheit, die akademische Selbstverwaltung sowie die freie Fächerwahl der Schüler blieb erhalten. Ein besonderer Wert wurde, im Sinne der Aufklärung, auf naturwissenschaftliche Fächer gelegt sowie auf einen praxisnahen Unterricht. Per Beschluss erhielt Köln von den französischen Machthabern das Recht, die einzige Zentralschule des Roer-Departements zu errichten.⁵⁷

Die Kölner Zentralschule verfügte über drei Abteilungen, in deren erster für Zeichnen, Naturwissenschaften, alte Sprachen und Französisch Lehrstühle angesiedelt waren. Eine zweite Abteilung wurde für Sittenlehre, Chemie, Mathematik und Physik eingerichtet, während eine letzte Abteilung die Fächer der Schönen Künste, Geschichte und Gesetzgebung unterrichtete.⁵⁸ Die Schüler waren zwischen zwölf bis achtzehn Jahre alt.⁵⁹ Die Zentralschule eröffnete am 1. Frimaire VII. (21. November 1798) und wurde in dem ehemaligen Jesuitenkolleg eingerichtet, das Wallraf zuvor als Standort der Universität vorgeschlagen hatte.⁶⁰ Doch sollte sich die Schule nicht als Erfolg herausstellen. Für französische Schüler unattraktiv am östlichen Rand Frankreichs gelegen, war sie für die Deutschen ebenfalls vom geringen Interesse und übte nicht die Anziehung einer Universität aus. Lediglich ca. 200 Schüler besuchten die Zentralschule.⁶¹

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Christiane Hoffrath: Was blieb war nur der Name (Anm. 47), S. 41.

⁵⁶ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 139.

⁵⁷ Ebd., S. 140.

⁵⁸ Christiane Hoffrath: Was blieb war nur der Name (Anm. 47), S. 44.

⁵⁹ Moritz Paulus: Das Ende der alten Kölner Universität im Spiegel ausgewählter zeitgenössischer Quellen, Köln 2017, Masterthesis, S. 12 (https://kups.ub.uni-koeln.de/8100/1/Masterarbeit_Paulus.pdf, 3.8.2023).

⁶⁰ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 140.

⁶¹ Ebd.

1800 wurde die französische Zivilverwaltung unter Napoleon reformiert und ging in einem stärker zentralistischen Präfektursystem auf.⁶² Im Bildungsbereich sollte unter Napoleon ein neues Schulgesetz ausgearbeitet werden, dass auch für die linksrheinischen Departements galt, die de jure ab 1801 zu Frankreich gehörten.⁶³ Die Primärschule blieb in dem neuen System erhalten, ebenso die berufsausgerichtete Spezialschule. Dahingegen wurde die Zentralschule in zwei Stufen gegliedert, die erste Stufe *école secondaire* genannt und die zweite, höhere Stufe als *lycée* bezeichnet.⁶⁴ Die *école secondaire* war in zwei Graden unterteilt: einem niedrigeren und einem höheren Grad (*premiere et secondaire degré*).

In Köln wurde die Zentralschule per Dekret in eine Sekundärschule niedrigen Grades umgewandelt. Bonn hingegen erhielt das prestigeträchtigere *lycée* zugesprochen.⁶⁵ Ein Grund für die Entscheidung mag die territoriale Gliederung des Gebiets gewesen sein, in der Bonn als Bezirksverwaltung zunächst über Köln stand. Dieses Vorgehen sorgte im stolzen Köln für Unmut. Erst durch ein Gespräch des Kölner Bürgermeisters von Wittgenstein mit Kaiser Napoleon, der im Jahr 1804 Köln besuchte, gelang eine Klärung der Angelegenheit. 1805 wurde eine Aufwertung der Schule in eine Sekundärschule höheren Grades vollzogen.⁶⁶

Die Kölner Schule wurde daraufhin in zwei Grade eingeteilt, wobei die erste Stufe (*premiere degré*) vier Klassen aufwies. Die Fächer alte Sprachen, französische Sprache und Literatur, Deutsch, Poesie, Naturgeschichte, Geografie, Arithmetik, Deklamation, Geometrie und Religion standen auf dem Lehrplan.⁶⁷ Die zweite Stufe (*secondaire degré*) hatte drei Klassen, in denen Mathematik, Physik, Chemie, Geschichte, Logik, Naturgeschichte und die Schönen Künste gelehrt worden sind. Insgesamt 122 Schüler besuchten die *premiere degré* und 50 Schüler die *secondaire degré*.⁶⁸

⁶² Moritz Paulus: Das Ende der alten Kölner Universität (Anm. 59), S. 36.

⁶³ Ebd., S. 37.

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 142.

⁶⁶ Ebd.

⁶⁷ Christiane Hoffrath: Was blieb war nur der Name (Anm. 47), S. 47.

⁶⁸ Ebd.

Einführung der *Université Imperial* in das französische Bildungssystem und die Hoffnung auf Wiedergründung

1806 entstand im napoleonischen Frankreich die Idee zur *Université Imperial*. Die *Université Imperial* wurde als behördliche Vorsteherorganisation des gesamten französischen Bildungssystems konzipiert, die über den weiteren schulischen Einrichtungen stehen sollte.⁶⁹ Lehrer und Professoren mussten Mitglieder der Einrichtung sein und einen Abschluss an einer ihrer zugehörigen Fakultäten besitzen, um eine Lehrbefugnis zu bekommen. Louis de Fontanes wurde als Großmeister an die Spitze der *Université Imperial* gestellt.⁷⁰ Zeitgleich mit der *Université Imperial* wurden Akademien eingeführt, die ihr unterstanden und den 1793 im revolutionären Frankreich abgeschafften Universitäten ähnelten. An den Akademien konnten fünf Fakultäten eingerichtet werden. Zu diesen gehörten die Theologische, Rechtswissenschaftliche, Medizinische sowie die Natur- und die Geisteswissenschaftliche Fakultät.⁷¹

Kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes 1808 sandte das Kölner *Bureau d'Administration* eine Denkschrift an den Großmeister der *Université Imperial*, um Köln als Standort einer Akademie zu propagieren. Das Priesterseminar wurde dabei als mögliche Theologische Fakultät vorgeschlagen, ebenso wie die Sekundärschule nach dem Schreiben als Naturwissenschaftliche und Geisterwissenschaftliche Fakultät fungieren könnte. Vorgeschlagen wurde, die Rechtswissenschaftliche Fakultät in dem Gebäude der ehemaligen Kölner Rechtsschule einzurichten. In Koblenz hatte zuvor eine Rechtsschule eröffnet, die man nach der Argumentation der Verwaltungskammer lediglich nach Köln hätte überführen müssen. Die Kölner Krankenhäuser wurden zusätzlich als ideal für die medizinische Ausbildung dargestellt. Um dem Anliegen mehr Überzeugungskraft zu verleihen, wurde ein Finanzierungsplan der Denkschrift beigefügt, durch den die Stadt sich fähig zeigte, die Institution eigenständig finanziell tragen zu können.⁷² Umfangreich stellte die Denkschrift die Geschichte der Alten Universität Köln von ihrer Gründung 1388 bis zu ihrer Schließung vor. Hierbei wurde zugleich das große Bedauern

⁶⁹ Emmanuelle Papot: Crédation de L'Université Impériale le 10 Mai 1806: Quelques points de repère, o.J., Napoleon.org Le Site d'histoire de la fondation Napoléon (<https://www.napoleon.org/histoire-des-2-empires/articles/creation-de-luniversite-imperiale-le-10-mai-1806-quelques-points-de-repere/>, 4.8.2023).

⁷⁰ Ebd.

⁷¹ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 143.

⁷² Informationen bis hier aus ebd.

ausgedrückt und sogar der Verlust für den französischen Staat zur Schau gestellt.⁷³

Ferdinand Franz Wallraf unterstützte das Vorgehen, indem er seine eigene Sammlung, deren Wert bei 120.000 Goldfrancs lag, im Gegenzug für die Zusage zur Gründung einer Akademie anbot. Zugleich warnte er die Kommission, gerade hinsichtlich der Juristischen Fakultät nicht vehement aufzutreten, da er Widerstand aus Koblenz befürchtete.⁷⁴ Wallrafs Vorsichtsgebot wurde nicht eingehalten, was zur Einmischung von Koblenzer Juristen führte. So protestierte der Koblenzer Professor für Rechtswissenschaften Franz Georg Joseph von Lassaulx gegen jenes Vorgehen und stellte Köln als unaufgeklärten Ort dar, der immer noch in geistiger Finsternis verweile.⁷⁵ Lassaulx machte sich hierfür das gängige Narrativ zur Universität Köln zunutze, dass gerade zum Ende des 18. Jahrhunderts virulent war. Neben solchen Inviktiven zeigte eine Prüfung der Finanzen, dass der Kölner Haushaltsplan, trotz einer versprochenen Summe von jährlich 15.000 Francs, eine negative Bilanz aufwies und keine finanzielle Sicherung für das Projekt vorlag.⁷⁶

Die französischen Besatzer ließen sich mit einem Antwortschreiben Zeit, so dass Wallraf 1810 einen lateinischen Bittbrief an die Besatzer versendete, in dem er die Vorzüge der Stadt nochmals illustrierte. So hob er den ehrwürdigen Ruf, die Geräumigkeit der öffentlichen Gebäude, Stipendien für den Nachwuchs, das Vorhandensein eines botanischen Gartens sowie naturwissenschaftlicher Gerätschaften, ein großflächiges Krankenhaus mit Geburtsklinik sowie zahlreiche hochangesehene Lehrkräfte, die in der Stadt ansiedelt wären, vor.⁷⁷ Wallraf betonte dabei maßgeblich, dass die Kölner Akademie ein Leuchtturm der französischen Bildungslandschaft werden könnte.

Fontanes, der Leiter der *Université Imperial*, sandte ein persönliches Dankeschreiben zurück, musste jedoch Wallraf damit vertrösten, dass er keine genauen Angaben zur Akademiefrage geben könne.⁷⁸ Weitere Bittbriefe an diverse Stellen in Paris sollten von unterschiedlichen Personen geschrieben werden, doch stellte auch dieses Tun sich als vergeblich heraus. Viele Kölner setzten ihre Hoffnungen indes in den erneuten Besuch Napoleons 1811,

⁷³ Moritz Paulus: Das Ende der alten Kölner Universität (Anm. 59), S. 45.

⁷⁴ Ebd.

⁷⁵ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 143.

⁷⁶ Ebd., S. 144.

⁷⁷ Ferdinand Franz Wallraf: Brief an Louis de Fontanes, 26.01.1810, zit. n.: Hansgeorg Moltor: Ferdinand Franz Wallraf und die Kölner Universität. Ein lateinischer Brief aus dem Jahr 1810, in: Annalen des historischen Vereins für den Niederrhein. Insbesondere das alte Erzbistum Köln, Heft 176, Bonn 1974, S. 83–92, hier S. 89.

⁷⁸ Moritz Paulus: Das Ende der alten Kölner Universität (siehe Anm. 59), S. 45.

bei dem die Befürworter der Akademie ihre Bitte persönlich dem Kaiser vortragen wollten.⁷⁹ Das Anliegen blieb zwar auch vom Kaiser ungehört, jedoch entschlossen sich die Pariser Behörden endlich, sich mit der Anfrage aus Köln zu beschäftigen, der nach intensiven Beratungen trotzdem widergesprochen wurde. Entschädigend wurde lediglich die Errichtung einer Einzelfakultät oder die Erhebung der Sekundärschule in ein *lycée* im Jahr 1813 gestattet. Als mögliche Gründe für die Entscheidung werden administrative Widerstände im Ministerium sowie sprachpolitische Überlegungen angenommen.⁸⁰

Die Sekundärschule sollte schließlich niemals zu einem *lycée* werden. Vor der Eröffnung endete die französische Herrschaft im Rheinland. 1814 räumten die französischen Besatzer die Stadt Köln, die fortan von russischen und preußischen Truppen belagert wurde, wodurch ein erneuter Kampf um die Wiedergründung der Kölner Universität begann. Unter der französischen Herrschaft waren, wie dargestellt, die Kölner Bemühungen größtenteils abgeschmettert worden. Allenfalls lässt sich das Erreichte als Kompromiss bewerten. Das französische Bildungssystem wurde konsequent umgesetzt, wobei Köln stets bestrebt war, die jeweils höchste Bildungsinstitution innerhalb der Stadt beherbergen zu können. Obwohl die ehemals Freie Reichsstadt ihren Status verloren hatte, war ein hohes Selbstbewusstsein, begründet durch die lange Stadt- und Universitätsgeschichte, vorhanden, das zu stetigen selbstsicheren Forderungen im Bildungssektor durch wichtige Vertreter führte. Die Besatzer sahen die Gesinnung der Kölner stets hingegen als zu Deutsch an,⁸¹ was als politisch problematisch wahrgenommen wurde.

Bonn oder Köln – zwei Universitäten ringen um die Wiedergründung

Die Kölner Argumentation nach dem Herrschaftswechsel

Nach dem Abzug der Franzosen sollte die Stadt Köln ihre reichsstädtische Freiheit nicht zurücklangen. Vielmehr wurde sie unter alliierte Verwaltung gestellt, bis die Gebiets- und Grenzfragen durch den Wiener Kongress entschieden waren. Nachdem das Rheingebiet offiziell Preußen zugeordnet und „Rheinprovinz“ genannt wurde, durfte die Stadt Köln nicht selbststän-

⁷⁹ Ebd., S. 46.

⁸⁰ Ebd.

⁸¹ Klaus Pabst: Bildungs- und Kulturpolitik der Franzosen im Rheinland zwischen 1794 und 1841, S.198. in: Peter Hüttenberger/Hansgeorg Molitor (Hrsg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1918–1945, Essen 1989, S. 185–201.

dig neue Bildungsinstitutionen gründen oder wiedereröffnen.⁸² Ähnlich wie zuvor war die Stadt auf das Wohlwollen anderer angewiesen. Anders als im französischen Bildungssystem, existierte im preußischen Staat die Organisationsform Universität, sodass neue Hoffnungen auf eine Wiederbegründung der alten Institution schnell erwachten.⁸³ Zeitig setzte ein erbitterter Konkurrenzkampf zwischen Köln, Bonn, Aachen, Duisburg, Koblenz und auch Neuwied ein, als der preußische König Friedrich Wilhelm III. 1815 verkündete, im rheinischen Gebiet explizit nur eine Universität wiederansiedeln zu wollen.⁸⁴ Köln und Bonn konnten sich dabei schnell als Favoriten positionieren.

Köln hatte fest mit einer baldigen Wiedereröffnung der Universität und damit einer Beendigung der durch die Franzosen auferlegten „Schmach“ gerechnet, doch war die Stadt 1814, ein Jahr vor dem Statement von Friedrich Wilhelm III., durch eine Schrift des Bonner Kreisdirektors Jakob Rehfues in Aufruhr versetzt worden, die eine Universität für Bonn lautstark proklamierte.⁸⁵ Abgedruckt in der „Kölner Zeitung“, nannte Rehfues nicht nur Argumente für Bonn als Universitätsstandort, sondern äußerte sich zugleich polemisch zum gleichen Wunsch Kölns.⁸⁶ Bereits zwei Tage nach Erscheinen des Artikels druckte die Zeitung eine dreispaltige Gegenargumentation der Kölner Befürworter.⁸⁷

Zurückgegriffen wurde in dieser auf eine Begründung, die die Vorzüge und Verdienste der spätmittelalterlichen Bildungsstätte aufzeigte. Verwiesen wurde zudem auf die vorhandenen Universitätsfonds und Stiftungen, die eine Wiedereröffnung erleichtern würden. Auch Wallraf schrieb eine Antwort auf Rehfues Text mit dem Namen „Denkschrift in Bezug auf die Gründung einer Rhein-Universität“, die jedoch unvollendet blieb. Wallrafs Ausführungen waren in gleicher Weise von einem historischen Narrativ geprägt, indem als zentrale Argumente die Leistungen der Stadt und ihrer Universität herausgestellt wurden, um die preußische Führung zu überzeugen. Zusätzlich griff Wallraf auf eine antifranzösische Begründung zurück, indem er die preußischen Herrscher in ein günstigeres Licht rückte und auf eine notwendige Wiedergutmachung der Verluste, die die Stadt Köln durch die Franzo-

⁸² Moritz Paulus: Das Ende der alten Kölner Universität (Anm. 59), S. 48.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Friedrich Wilhelm III.: An die Einwohner der mit der Preußischen Monarchie vereinigten Rheinländer, 5. April 1815, zit. n. Johann D. F. Negebaur: Darstellung der Provisorischen Verwaltungen am Rhein vom Jahr 1813 bis 1819. Mit einer Vorrede vom Geheimen Hofrat Dr. Luden, Köln 1821, S. 307.

⁸⁵ Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 144.

⁸⁶ Moritz Paulus: Das Ende der alten Kölner Universität (Anm. 59), S. 51.

⁸⁷ Ebd.

sen hatte erleiden müssen, aufmerksam machte.⁸⁸ Die tendenziell antifranzösische Haltung mag bewusst gewählt worden sein. Es handelte sich um den Kriegsgegner Preußens, dass Wallraf wohl meinte, vorliegende Ressentiments nutzen zu können.

Auf eine andere Argumentationslinie setzte indes der Kölner Interimsbürgermeister Karl Josef von Mylius in einer 1816 veröffentlichten Schrift.⁸⁹ Zwar hob auch er die lange Tradition der prestigeträchtigen Kölner Bildungseinrichtung hervor, stellte jedoch mit dem Hinweis auf den Fortbestand der Universitätsfonds auch indirekt einen de-jure-Fortbestand der Universität fest.⁹⁰ So erscheint bei von Mylius die Universität nur als stillgelegt und nicht institutionell aufgehoben, wodurch eine nahtlose Weiterführung möglich wäre. Attraktiv stellte er dabei die vorhandenen finanziellen Mittel heraus, die die Errichtung und Betreibung einer Rheinuniversität in Köln für Preußen vergünstigen würden.⁹¹

Zusammengenommen können die Gründe, die die Kölner für die Universitätswiedereröffnung anführten und der preußischen Regierung mitteilten, auf drei zentrale Punkte zugespitzt werden: die Historie, die Tradition und die vorhandene Finanzierung. Je länger die Entscheidung hinausgezögert wurde, desto mehr verschlechterte sich die Kölner Position. Während 1816 die Entscheidung zwischen Köln und Bonn gleichauf lag, sollte sich 1817 die Waagschale zugunsten Bonns wenden.

Katholisch, protestantisch oder beides – konfessionelle Fragen zur Universitätswiederbegründung und das Kölner Problem

Kölns hohes Ehr- und Selbstwertgefühl wurde in Berlin, anders als zuvor in Frankreich, positiv wahrgenommen, doch erwies sich gerade ein Faktor als problematisch für die preußische Regierung, der vollkommen gegen Köln als Universitätsstandort sprach. Ferdinand Franz Wallraf, Eberhard van Groote und Freiherr Werner von Haxthausen waren von dem Wunsch besetzt, dass die Kölner Universität im Sinne ihrer Tradition eine katholische Universität seien müsse.⁹²

⁸⁸ Ebd., S. 53.

⁸⁹ Siehe zur Argumentation die Schrift: Karl J. von Mylius: Einige Worte über den künftigen Sitz der Rheinischen Universität. Von einem Kölner, Köln 1816, zit. n. Universitäts- und Landesbibliothek Bonn: Einige Worte über den künftigen Sitz der Rheinischen Universität. Von einem Kölner, Köln 1816.

⁹⁰ Moritz Paulus: Das Ende der alten Kölner Universität (Anm. 59), S. 54.

⁹¹ Ebd.

⁹² Willehad Paul Eckert: Kleine Geschichte der Universität Köln (Anm. 2), S. 145.

Da die Einwohner Preußens jedoch weitestgehend protestantisch waren, stand dieses Streben konträr zum preußischen Interesse. Doch Warnungen an die Kölner Vertreter, die sich öffentlich für die Universitätswiedergründung einsetzten, verhalten im Wind. So empfahl der Oberpräsident der preußischen Rheinprovinz, Friedrich Ludwig Christian Graf zu Solms-Laubach, ausdrücklich Werner von Haxthausen, sich für eine paritätische Universität einzusetzen, um ein nicht auf eine Konfession beschränktes christliches Bewusstsein auszustrahlen.⁹³ Denn der Wunsch nach einer katholischen Universität könne von Gegnern der Kölner Position als ultramontane Position instrumentalisiert werden. Eine streng päpstlich gesinnte Universität würde von der Regierung als antipreußisch und antiprotestantisch aufgefasst werden, wodurch Kölns Wunsch keine Berücksichtigung finden könnte. Von Haxthausen sah die vom Oberpräsidenten vorgetragene Problematik jedoch nicht, sodass die Kommission bei ihrer Forderung blieb.⁹⁴

Wie vorhergesagt, wurde gerade dieser Punkt massiv von protestantischen Befürwortern des Bonner Standorts attackiert. So warnten Oberpräsident Johann August Sack sowie Ernst Moritz Arndt in Denkschriften und Briefen an preußische Freunde und Würdenträger vor dem in Köln vorherrschenden Papismus,⁹⁵ der sich auch gerade in der Historie der Kölner Universität sowie der Stadtgeschichte nachvollziehen lasse. Bonn warb hingegen mit der Eröffnung einer paritätischen Universität, in der die evangelische sowie die römisch-katholische Kirche jeweils eine eigene Theologische Fakultät erhalten sollten,⁹⁶ womit sich eine weltoffenere, tolerante Haltung offenbarte. Köln verärgerte mit dem von Freiherr Werner von Haxthausen 1817 vorgetragenen Wunsch nach einer katholischen Universität die preußische Regierung und zugleich König Friedrich Wilhelm III. persönlich, dessen Anliegen es war, im nun preußischen Rheinland ebenfalls eine Ausbildungsstätte für protestantische Geistliche zu schaffen.⁹⁷

Auch stellte sich der traditionelle Ruf der alten Kölner Universität, der mittelalterlichen Scholastik verhaftet zu sein, bei der Entscheidung als nachteilig heraus. Die Stadt Bonn hingegen konnte mit dem toleranten und modernen Image ihrer ehemaligen Einrichtung aufwarten und Eindruck hinterlassen. Die versprochene paritätische Universität und der aufgeklärte Ruf der alten Einrichtung in Bonn entsprach somit eher dem von der preußischen

⁹³ Ebd. S. 147.

⁹⁴ Ebd.

⁹⁵ Ebd., S. 148.

⁹⁶ Thomas Becker: *Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Ansichten – Einblicke – Rückblicke*, Erfurt 2004, S. 25.

⁹⁷ Gerhard Kirchlinne: *Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn. Geschichte und Geschichten aus zwei Jahrhunderten*, Bonn 2017, S. 17.

Regierung gewünschten Bild einer modernen höheren Bildungsstätte, die die kleinstaatliche Bildungspolitik des Ancien Régime ablösen sollte.⁹⁸ Maßgeblich mag die konfessionelle Ausrichtung den Ausschlag zur Standortentscheidung gegeben haben. Bonn wurde in einer Kabinettsorder vom 26. Mai 1818 zum Standort der neue Preußischen Rhein-Universität bestimmt.⁹⁹ Kölns festgefaßte konservative Haltung und Sturheit in diesem Punkt sollten dafür sorgen, dass erst knapp 100 Jahre später, 1919, die Universität zu Köln wiederbegründet wurde.

Ein repräsentativer Bau oder ein großes Nichts – eine Sache der vorhandenen Bausubstanz?

Neben der konfessionellen Frage sorgte ein weiterer Faktor für eine Bevorzugung des Bonner Standorts. Bonn offerierte als Universitätsbau das leerstehende Kurfürstliche Residenzschloss und zugleich die Einrichtung von Instituten im Poppelsdorfer Schloss.¹⁰⁰ Kölns weitverstreute alte Universitätsbauten, die während der französischen Besatzung umfunktioniert worden waren, konnten mit den großzügigen und repräsentativen Gebäuden in Bonn nicht mithalten. Neben den Schlössern wurde die Poppelsdorfer Allee als Verbindung zwischen den beiden Anlagen, der Hofgarten mit dem angrenzenden Stadtgarten, der Alte Zoll mit dem Hofgärtnerhaus, das frühere Wohnhaus der Familie Lené und die Ländereien im Bereich der Nußallee nörd-

Das leerstehende Kurfürstliche Residenzschloss in Bonn



Das Schloss in Bonn wurde unter anderem als Universitätsgebäude bei einer Gründung der Preußischen Rhein-Universität in Bonn von der Stadt in Aussicht gestellt. Köln konnte nicht mit einem prestigeträchtigen Bau dieser Größenordnung dienen. Quelle: I, Der Wolf im Wald, „Universität Bonn“, Wikimedia Commons

⁹⁸ Ebd., S. 16.

⁹⁹ Ebd., S. 17.

¹⁰⁰ Thomas Becker: Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn (Anm. 96), S. 15.

lich des Poppelsdorfer Schlosses zum Eigentum der Bonner Universität erklärt.¹⁰¹

Auch wenn die Gebäudefrage im Vergleich zur konfessionellen Ausrichtung der Universität im Rahmen der Entscheidungsfindung unbedeutender erscheinen mag, darf sie nicht ausgeklammert werden. Sie stellte letztlich das sprichwörtliche I-Tüpfelchen dar, das zu Ungunsten Kölns ausschlug.

Fazit

Mit der französischen Besatzung des Rheinlands wurde das Bildungssystem des revolutionären Frankreichs komplett über das linkrheinische Gebiet gestülpt. Universitäten wurden geschlossen und Schulen nach französischem Vorbild umgestaltet. Die prestigeträchtige Universität Köln, die seit dem Spätmittelalter bestand und als sogenannter ‚Hort des Katholizismus‘ galt, war von der Reform ebenso betroffen wie ihre als modern wahrgenommene, direkte Konkurrenz einrichtung in Bonn. Obschon das Kölner Bildungsbürgertum sowie bekannte Vertreter unter der Professorenschaft gegen das französische Vorgehen aufgelehrt haben, wurde die Kölner Universität durch eine Zentralenschule ersetzt. Bestrebungen zur Wiedergründung der Universität sowie Beschwerden, die von einem selbstbewussten Ton durchzogen waren, liefen ins Leere und wurden von den Besatzern vehement verweigert.

Veränderungen im französischen Bildungssystem durch den Staatsstreich Napoleons sowie der späteren Etablierung einer *Université Imperial* wurden von den Kölnern genutzt, um die Universitätsfrage wieder auf den Plan zu bringen. Das Vorgehen war dadurch gekennzeichnet, stets die höchstmögliche Bildungseinrichtung in Köln anzusiedeln und von den Besatzern einzufordern. Hierbei griffen die Befürworter auf eine Argumentationslinie zurück, die weitestgehend die Geschichte der Universität und ihre frühen Erfolge mobilisierte. Das Vorgehen der Kölnner, ihre Universität zurückzugeben, sollte jedoch nicht von Erfolg gekrönt sein, obschon die französischen Besatzer auf eine vermittelnde Position setzten. Zweimal wurde den Kölnern nach langem Bitten gestattet, eine höhere als die in der Stadt von der französischen Regierung vorgesehene Bildungsanstalt zu errichten. Doch sollte Köln niemals eine Akademie zugesprochen bekommen und erst spät die Erlaubnis zur Errichtung eines *lycées*.

¹⁰¹ Gerhard Kirchlinne: Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn (Anm. 97), S. 103.

Die Stadt galt bei den Besatzern als zu „deutsch“, selbstgewiss und unangepasst, was durch das selbstbewusste Auftreten im Rahmen der Universitätsfrage zugleich untermauert wurde. Köln nahm die französische Position hinsichtlich der Bildungsfrage stets als „Schmach“ war, gerade da das nahegelegene Bonn als Bezirksverwaltungssitz gewählt worden war und früh ein höherwertiges *lycée* zugesprochen bekommen hatte. Mit dem Abzug der Franzosen und der Übernahme des rheinischen Gebiets durch die Preußen sollte zwischen Köln und Bonn ein Kampf um die Wiedergründung ihrer Universitäten einsetzen, da nur eine Universität in der Provinz entstehen sollte.

Die Stadt Köln sollte schlussendlich aufgrund ihrer konservativen Haltung gegenüber der Universitätsfrage, ihrem Wunsch nach einer katholisch ausgerichteten Universität sowie ihrer traditionellen Denkweise leer ausgehen. Die Stadt Bonn hatte sich bei den preußischen Herrschern als zeitgemäße Stadt dargestellt, deren Universität eine aufklärerische Position bezog und sich konfessionell unabhängig zeigte. Mit diesem Image entsprach sie vollständig den Wünschen der Preußen. Kölns Ruf als katholisch geprägte Stadt mit einer katholisch geprägten Universität, wurde ihr letztlich zum Verhängnis. Erst 1919 konnte durch die Bemühungen des Kölner Oberbürgermeisters Konrad Adenauer die Kölner Universität wiederbegründet werden.

Ein Ende durch Napoleon

Die Schließung der Universität Rinteln 1810

Stefan Brüdermann

Schaut man sich das bis heute maßgebliche Werk von Gerhard Schormann über die Geschichte der Universität Rinteln¹ an, so springt einen schon in der Kapitelgliederung die existenzielle Gefährdung der Universität Rinteln wie ein unerbittliches Schicksal an: „Grundlagen“ – „Kampf ums Überleben“ – „Konsolidierung“ – „Stagnation“ – „Verfall“, so nennt Schormann die Epochen der Universitätsgeschichte und gibt damit den Grundton vor. Die Schaumburger Universität war fast von Anfang an im Krisenmodus. War das Ende unausweichlich, quasi schon kurz nach der Gründung zu ahnen? Spielte die Geschichte der kleinen Grafschaft Schaumburg eine Rolle? Oder lag die Ursache der Schließung nach knapp 200 Jahren eher in der Strukturpolitik des Königreichs Westfalen?

Gründungsvorgang

Die Universität Rinteln wurde 1621 inauguriert. Universitätsgeschichtlich war die Gründung Bestandteil der sogenannten Dritten Gründungswelle deutscher Universitäten, die in die Zeit der Territorialisierung und Konfessionalisierung fällt und etwa zwischen der Gründung der Universitäten Marburg 1527 und Kiel 1665 angesetzt wird.² In der Geschichte der kleinen Wesergrafschaft Holstein-Schaumburg ist die Gründung einer der Höhepunkte der Herrschaftszeit des Grafen Ernst zu Holstein-Schaumburg (reg. 1601–1622), der mit repräsentativen Bauwerken und grundlegenden Gesetzen

¹ Gerd Schormann: *Academia Ernestina. Die schaumburgische Universität zu Rinteln an der Weser*, Marburg 1982 (*Academia Marburgensis* 4).

² Peter Baumgart/Notker Hammerstein (Hg.): Beiträge zu Problemen deutscher Universitätsgründungen der frühen Neuzeit, Nendeln/Liechtenstein 1978 (Wolfenbütteler Forschungen 4); Gerhard Menk: Die schaumburgische Hohe Schule in der Universitätslandschaft des Reiches in der Frühen Neuzeit, in: Hubert Höing (Hg.), *Zur Geschichte der Erziehung und Bildung in Schaumburg*, Bielefeld 2007 (*Schaumburger Studien* 69), S. 404–435, hier S. 405–412.

die Grafschaft auf lange Zeit prägte. Der Erwerb des Fürstentitels und die Universitätsgründung schlossen seinen Prestigezuwachs sozusagen ab.³

*Fürst Ernst zu Holstein-Schaumburg
(1569–1622)*



Stich von Lucas Kilian (NLA Bückeburg S 2 N Nr. 385)

Graf Ernst gründete zunächst 1610 in Stadthagen ein Gymnasium illustre⁴ und bemühte sich sofort beim Kaiser um eine Privilegierung als Universität. Den Unterschied machte vor allem das noch fehlende Promotionsrecht aus. Nach einigen diplomatischen Bemühungen erhielt Graf Ernst das ersehnte Privileg für eine Volluniversität am 19. April 1619. Räumlich im Privileg nicht festgelegt, gründete der inzwischen zum Fürsten erhobene Ernst die neue Universität in Rinteln, einer kleinen Stadt an der Weser mit vielleicht knapp 2000 Einwohnern zu Anfang des 17. Jahrhunderts.⁵ Ausschlaggebend dafür könnten bessere räumliche Möglichkeiten in den dortigen Gebäuden des ehemaligen St. Jacob Klosters gewesen sein. Dass die Weser als Verkehrsweg eine Rolle gespielt hat, dürfte eher zweifelhaft sein.

Insgesamt entsprach es Ernsts Politik, die wichtigen Einrichtungen in seiner Grafschaft eher zu verteilen. Die Residenz verlegte er 1607 von Stadthagen nach Bückeburg,⁶ die Universität nach Rinteln, seine Grablege dann wieder

³ Marian Füssel: Zuviel der Ehre? Graf Ernst zu Holstein-Schaumburg (1569–1622) im symbolischen Kampf um Anerkennung, in: Schaumburgische Mitteilungen 2 (2019), S. 132–151.

⁴ Udo Jobst: Gymnasium illustre Stadthagen – 400 Jahre unterwegs zum Ratsgymnasium, in: Schaumburg-Lippische Mitteilungen 35 (2012), S. 65–78; Rudolf Feige: Das Akademische Gymnasium Stadthagen und die Frühzeit der Universität Rinteln, Hameln 1956 (Beiträge zur Geschichte, Landes- und Volkskunde des Weserberglandes 1).

⁵ Schormann: Academia Ernestina, S. 88. Im Jahre 1616 zählte Rinteln 386 Vollbürger, siehe Gudrun Husmeier (Bearb.): Geschichtliches Ortsverzeichnis für Schaumburg, Bielefeld 2008 (Schaumburger Studien 68), S. 462.

⁶ Stefan Brüdermann: Mai 1607 – Bückeburg wird auf Dauer Regierungssitz, in: Schaumburg-Lippische Heimatblätter 59 (83) (2008), S. 53–56.

nach Stadthagen.⁷ Das „Gymnasium illustre“ als organisatorische Vorstufe war seinerzeit ein nicht ungewöhnlicher Weg, den Graf Ernst vielleicht aus Helmstedt kannte, wo er selbst 1584/86 studiert hatte. Das Gymnasium war jedenfalls von Anfang an als Vorstufe der Universität geplant.⁸

Die Gründung einer Universität in einer kleinen Grafschaft von ca. 800 Quadratkilometern und vielleicht 30.000 Einwohnern war von vornherein sehr ehrgeizig, wie manche andere Projekte des unverhältnismäßig finanzstarken Grafen Ernst. Sicherlich war die Universität ein vor allem repräsentatives Projekt. Aber Ernst hatte die Finanzkraft, die Universität angemessen auszustatten. 1622, im Todesjahr des Grafen Ernst, hatte sie trotz einiger Schwierigkeiten bei den Berufungen 18 Lehrende, konnte sich also, so Schormann, vergleichsweise „immer noch gut sehen lassen“.⁹

Rinteln war zum Zeitpunkt der Universitätsgründung eine agrarisch orientierte Landstadt; ihre Bürger sahen – wie in anderen Universitätsgründungsstädten auch – der Universität eher mit negativen Empfindungen entgegen. Sie mussten für die bauliche Verbesserung der Stadt Opfer bringen, Wohnraum für die Studenten schaffen und hatten zudem Gewalttaten und Demütigungen von den rechtlich privilegierten Studenten zu erwarten.¹⁰ Das waren Gründungsbedingungen, die nicht weiter ungewöhnlich waren. Allerdings wurde die Neugründung sofort vom Tod ihres Gründers im folgenden Jahr und vom Ausgreifen des Dreißigjährigen Krieges getroffen.

Dreißigjähriger Krieg und Übergang an Hessen-Kassel

1623 wurde Rinteln von protestantischen Truppen besetzt und das Universitätsgebäude geplündert, viele Professoren und Studenten verließen die Stadt, verbleibende erhielten kaum noch Gehalt.¹¹ 1630 besetzten auf der Grundlage des Restitutionsedikts Benediktiner das Universitätsgebäude,

⁷ Marie-Theres Suermann: Das Mausoleum des Fürsten Ernst zu Holstein-Schaumburg in Stadthagen, Berlin 1984. Zur Städtepolitik des Grafen Ernst Gerd Steinwascher: Stadt und Landesherrschaft in der Welt des Fürsten Ernst zu Holstein-Schaumburg, in: Stefan Brüdermann (Hg.): 1615 – Recht und Ordnung in Schaumburg, Bielefeld 2018 (Schaumburger Studien 74), S. 210–229.

⁸ Marian Füssel: Zuviel der Ehre, S. 140.

⁹ Schormann: Academia Ernestina, S. 100.

¹⁰ Ebd., S. 92.

¹¹ Ebd., S. 104 und 115; Hermann Stünkel: Rinteln im 30jährigen Krieg. Eine Chronik, Rinteln 1952. Vgl. Susanne Häcker: Universität und Krieg. Die Universitäten Heidelberg, Tübingen und Freiburg im Dreißigjährigen Krieg, in: Thomas Kossett/Matthias Asche/Marian Füssel (Hgg.): Universitäten im Dreißigjährigen Krieg, Potsdam 2011 (Militär und Gesellschaft in der Frühen Neuzeit 15), S. 98–123.

nahmen der Universität die materielle Grundlage und wollten gar die Theologische und Philosophische Fakultät in ihre Regie ziehen. Irgendwie hielt man aber den Betrieb aufrecht: Immerhin sind selbst 1644 aus unvollständigen Listen noch 25 Studenten nachweisbar.¹²

Der Krieg war nicht nur eine jahrzehntelange Dauerkrise, an seinem Ende hatten sich die Existenzbedingungen der Universität grundlegend verändert. Die Stipendienstiftungen, mit denen die Neugründung großzügig ausgestattet worden waren (20 Jahresstipendien von 50 Talern, 80 Benefizien von wöchentlich einem halben), hatten ihren Wert verloren und waren erloschen.¹³ Und der Status der Universität hatte sich geändert: Nach dem Aussterben der holstein-schaumburgischen Grafen war die Grafschaft 1647 geteilt worden, Rinteln befand sich nun in dem an Hessen gefallenen Landesteil, es war nicht mehr die Landesuniversität eines Kleinterritoriums, auch wenn bis 1665 noch eine gemeinsame Verantwortung Schaumburg-Lippes und Hessen-Kassels für die Universität bestand.¹⁴ Die Landgrafschaft Hessen-Kassel hatte allerdings mit Marburg bereits einen anderen Universitätsstandort.

Infolge der territorialen Veränderungen erhielt die Stadt Rinteln in der aus hessischer Perspektive weit nördlich gelegenen Exklave neue Funktionen: 1651 wurde die hessisch-schaumburgische Regierung von Rodenberg nach Rinteln verlegt, 1665/72 Rinteln zur Festung ausgebaut und mit einer Garnison versehen. In dieser Zeit richtete sich die hessische Politik vor allem auf den Aufbau einer Militärmacht, die Ausgaben für die Universität aber wurden eingefroren, die Stagnation begann, während bald anderswo die Universitäten der Aufklärung gegründet wurden.¹⁵ Der Bevölkerungsanteil von Studenten, Beamten und Soldaten betrug nun insgesamt 30 Prozent.¹⁶ Die gleichzeitige Anwesenheit von Garnison und Universität schuf durch das schwierige Zusammenleben der beiden Bevölkerungsgruppen neue Probleme. 1725 kam es z. B. nach einem gewaltsamen Vorfall für mehrere Jahre zu einem totalen Einbruch des Universitätsbesuchs.

„Universitätsbesuch“ ist ein wichtiges Stichwort für den Status der Universität: Wer waren und woher kamen die Studenten an der Universität Rinteln? Leider ist in Rinteln neben fast dem gesamten Universitätsarchiv auch die Matrikel verloren gegangen. Die Namen der Rintelner Studenten lassen sich nur hilfsweise aus anderen Quellen ermitteln, etwa aus Gelehrtenverzeich-

¹² Schormann: *Academia Ernestina*, S. 108f., 112.

¹³ Ebd., S. 150–156.

¹⁴ Ebd., S. 303.

¹⁵ Ebd., S. 263.

¹⁶ Ebd., S. 88.

nissen, Pfarrerbüchern und Stipendiatenlisten. Nach August Woringers und Gerhard Schormanns Studien¹⁷ kann man heute von insgesamt etwa 5.000 Studenten in den 190 Jahren Rintelner Universitätsgeschichte ausgehen. Als Thomas Abbt 1761 als Professor nach Rinteln kam, schrieb er, es gäbe etwa 120 Studenten.¹⁸ Das ist eine vergleichsweise niedrige Zahl in einer Zeit, als die durchschnittliche Frequenz einer Universität bei 300 Studenten lag, es insgesamt etwa 9000 Studenten in Deutschland gab und die an Studenten stärkste Universität Leipzig bis zu knapp 1000 Studenten hatte.

Die absolute Zahl ist aber nur ein Kriterium: Der Einzugsbereich Rintelns war zudem regional sehr begrenzt, da die Studenten aus den welfischen Landen an die 1576 gegründete Universität Helmstedt gingen (später nach Göttingen). Die Rintelner Studenten kamen vor allem aus Schaumburg, Hessen-Kassel, Minden-Ravensberg, relativ wenig aus dem reformierten Lippe.¹⁹ In Rinteln gab es nur sehr wenige Adlige an der Universität, stark vertreten waren Söhne von Pfarrern und mittleren Verwaltungsbeamten.²⁰ Gerade weniger gut gestellte Studenten waren auf den Besuch einer nahe gelegenen Universität verwiesen, da ihnen die Heimatnähe die Versorgung erleichterte und damit die Kosten des Studiums senkte.²¹ Der öffentliche Freitisch in Rinteln war in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts geradezu notwendig für den Fortbestand der Universität und verschlang bei weitem die meisten Sachmittel der Universität.²²

Die Universität Rinteln bemühte sich um Studenten, gerade in der Mitte des 18. Jahrhunderts, als die Situation sicherlich auch aufgrund der nahe gelegenen, höchst erfolgreichen Universität Göttingen immer schwieriger wurde. Da gibt es in Rinteln nicht nur Professoren, die Theologie, Rechtswissenschaften, Philosophie oder Medizin lehren, es gibt auch Fechtmeister, Tanzmeister und ab 1760 sogar einen Reitschuppen für diejenigen Studenten, die das Reiten erlernen wollten. Man versuchte also auch, sozusagen im hochpreisigen Sektor etwas anzubieten, denn das waren natürlich keine Sportarten für arme Theologiestudenten. Immerhin zwölf Studenten meldeten ihr Interesse an.²³ Andererseits zeigen Klagen, dass die Angebote nicht wirklich attraktiv waren. Und als 1786 Friederike Brinkmann, Ehefrau eines

¹⁷ Gerd Schormann (Bearb.): Rintelner Studenten des 17. und 18. Jahrhunderts, Rinteln 1981 (Schaumburger Studien 42).

¹⁸ Abbt an Gause 10.11.1761, in: Thomas Abbt: Vermischte Werke. Fünfter Theil, welcher vermischt Aufsätze und Briefe enthält, Berlin und Stettin 1780, S. 125f.

¹⁹ Schormann: Academia Ernestina, S. 160.

²⁰ Ebd., S. 170.

²¹ Ebd., S. 165f.

²² Ebd., S. 290.

²³ Staatsarchiv Marburg Bestand 5 Nr. 8536.

Schiffers und Kaufmanns, die Regierung um Erlaubnis zur Eröffnung einer Wirtschaft mit Billard in Rinteln bat,²⁴ da fällt das erbetene Gutachten der Universität negativ aus mit dem bemerkenswerten Argument, es seien zu wenig Studenten in Rinteln, als dass es sich lohnen könnte. Alle Bemühungen, die außerwissenschaftlichen Aufenthaltsbedingungen zu verbessern, haben kaum Erfolg.

Dauerhafte Ausstattungsprobleme

Schaut man sich die Ressourcen für die Anstellung der Professoren an, so ergibt sich (bei aller Vorsicht im Blick auf die schwierigen Finanzvergleiche in der frühen Neuzeit) klar, dass die Professoren in Rinteln nicht die Gehälter wie an anderen Universitäten erwarten konnten. 1714 standen in Rinteln für 23 Gehaltsempfänger 2920 Reichstaler zur Verfügung (126 pro Kopf), 1721 waren es in Halle für 26 Personen 7600 Reichstaler (292 pro Kopf). Die geringe Zahl der Studenten erlaubte auch nur geringe Einnahmen an Kolleggeldern. Thomas Abbt konnte sich glücklich schätzen, als er 1761 für 400 Taler jährlich als Professor der Mathematik in der Philosophischen Fakultät angestellt wurde.²⁵ Tatsächlich hing es wohl mit den materiellen Möglichkeiten zusammen, wenn Rinteln insgesamt wenig Professoren von weitreichendem Ruf zu bieten hatte. Am ehesten war vielleicht in der Theologie das Lehrangebot vorzeigbar,²⁶ die Juristen machten sich vor allem einen Namen mit den stets zum Schuldspurk tendierenden Gutachten in Hexenprozessen.²⁷

Rinteln war eine „Einstiegsuniversität“, wo man die Studien begann, einige Zeit relativ preisgünstig studierte, dann auf eine renommiertere Universität ging und vielleicht nochmal für eine wiederum relativ kostengünstige Promotion zurückkehrte.²⁸ Und damit wäre man bei der Problembeschreibung eines Gutachters von 1760, der beklagt,

dass unvollständige Universitäten nur von denen frequentiert werden, welche durch Freytische und andern stipendia sich dazu gleichsam genötigt sehen. Diese Art junger Leute sind insgemein von armen Eltern und schlechter Education. Sie bringen also selten gute Sitten, und andere Vorbereitun-

²⁴ Staatsarchiv Marburg Bestand 5 Nr. 16214.

²⁵ Schormann: Academia Ernestina, S. 186–189.

²⁶ Schormann: Academia Ernestina, *passim*.

²⁷ Gerd Schormann: Hexenverfolgung in Schaumburg, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 45 (1973), S. 145–169, hier S. 148f.

²⁸ Marita Baumgarten, Professoren und Universitäten im 19. Jahrhundert, Göttingen 1997 (*Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft* 121), S. 160.

gen mit auf Universitäten. Wohlhabende Eltern tragen aber Bedenken, ihre Kinder auf solche Orte zu schicken, wo man sowenig von einer guten Lebensorart als von einer hinlänglichen Unterweisung und denen nötigen Exercitiis versichert ist.²⁹

Mit diesem Ruf hatte Rinteln im ganzen 18. Jahrhunderts zu kämpfen und kam mit wenigen und wenig wohlhabenden Studenten auch nicht zu attraktiveren Professoren und größerer Anziehungskraft.

Gebäude der Universität Rinteln



Quelle: NLA Bückeburg S 2 N Nr. 665/1

Als ein zentrales Beispiel für die geringen Ressourcen und ihre mangelnde Anpassung an neue Anforderungen mag die Bibliothek stehen. Fürst Ernst als Gründer der Universität war hochgebildet, aber er war nicht bibliophil, er hatte keine vorzeigbare Bibliothek, und die Universität bekam sie auch nicht.³⁰ Die Professoren nutzten in der Stadthäger Zeit die dortige Franziskanerbibliothek, nach dem Umzug ihre eigenen oder Privatbibliotheken der Umgebung. Erst 1644 begann der Aufbau einer Universitätsbibliothek mit privaten Stiftungen der Professoren, 1692 weist der erste Katalog 2000

²⁹ Gutachten eines Waitz Braunschweig 24.10.1760 (Staatsarchiv Marburg Bestand 5 Nr. 4118).

³⁰ Schormann: Academia Ernestina, S. 140–150; Hans-Peter Schramm: Schaumburgische Bibliotheken in Früher Neuzeit und Moderne, in: Hubert Höing (Hg.): Zur Geschichte der Erziehung und Bildung in Schaumburg, Bielefeld 2007, S. 574–585 (Schaumburger Studien 69), hier S. 578–580.

Bände aus, Ende des 18. Jahrhunderts ist die Bibliothek in einem viel zu kleinen Raum untergebracht und zwei mal zwei Stunden pro Woche geöffnet. Ein Professor musste aus Platzmangel die Neuanschaffungen in seinem eigenen Haus aufbewahren. Während durchschnittliche Universitäten gegen Ende des 18. Jahrhunderts 20.000 bis 40.000 Bände in ihrer Bibliothek hatten, das nahe gelegene Göttingen gar 150.000, so waren es in Rinteln etwa 8.000, womit man sich am unteren Ende befand.

Und am unteren Ende befand sich Rinteln auch in der öffentlichen Wahrnehmung gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Der „Universitätsbereiser“ Friedrich Gedike, der 1789 im preußischen Auftrag Deutschlands Universitäten besuchte und beurteilte, hielt es nicht einmal für nötig, in Rinteln vorbeizuschauen.³¹ Überhaupt findet sich selten ein Urteil über Rinteln in der zeitgenössischen Ratgeberliteratur.³² Friedrich Christian Laukhard erwähnt in seiner berühmt gewordenen Autobiographie zwar Rinteln, rechnet es aber zu den fünf Universitäten, „wo Subjekte lehren, die kaum auf einer Trivialschule lehren sollten“ und wo es mit dem Studium „vollends gar nichts“ werden kann.³³ Und der heute bekannte Hamburger Tagebuchscreiber Ferdinand Beneke lernte 1791 in Rinteln nach eigener Aussage nur, „wie man Student seyn kann, ohne zu studiren“.³⁴

Die Universität oder einzelne ihrer Akteure stemmten sich aber gegen diesen Ruf und kämpften um Besserung. Als 1760 in Hessen mit Friedrich II. ein neuer, aufklärerisch gesonnener Regent die Regierung antrat,³⁵ legte die Universität ihre Wünsche für eine Verbesserung ihrer Lage vor.³⁶ Die Berufung des jungen Aufklärers Thomas Abbt mit dem relativ erstaunlichen Gehalt von 400 Talern fiel in diese Phase.³⁷ Einige Bauprojekte werden vorgeschlagen, doch fällt alles dem gleichzeitig verlaufenden Siebenjährigen Krieg und dem bald offenbar werdenden Phlegma des hessischen Regenten zum

³¹ Richard Fester (Hg.): Der „Universitäts-Bereiser“ Friedrich Gedike und sein Bericht an Friedrich Wilhelm II., in: Archiv für Kulturgeschichte Ergänzungsheft 1, Berlin 1905.

³² Johan Lange: Gefahren akademischer Freiheit. Ratgeberliteratur für Studenten im Zeitalter der Aufklärung (1670–1820), Ostfildern 2017.

³³ Friedrich Christian Laukhard, Leben und Schicksale, Teil 1, Halle 1792, S. 93.

³⁴ Ferdinand Beneke (1774–1848), Die Tagebücher 1/1 Tagebücher 1792 bis 1795, hrsg. vom Frank Hatje u. Ariane Smith, Göttingen 2012, S. 11.

³⁵ Otto Berge: Die Innenpolitik des Landgrafen Friedrich II. von Hessen-Kassel. Ein Beitrag zur Geschichte des aufgeklärten Absolutismus in Deutschland, Mainz 1952.

³⁶ Schormann: Academia Ernestina, S. 246f.

³⁷ Stefan Brüdermann: Der Aufklärungsphilosoph Thomas Abbt in Rinteln und Bückeburg, in: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 90 (2018), S. 77–99, hier S. 81–91; Hans Erich Bödeker: Thomas Abbt. Patriot, Bürger und bürgerliches Bewußtsein, in: Rudolf Vierhaus: Bürger und Bürgerlichkeit im Zeitalter der Aufklärung, Heidelberg 1981, S. 221–254.

Opfer. Der einzige konkrete Erfolg dieser Phase war die Berufung Abbts, der 1765 wieder ging und 1766 starb, doch in seinen ab 1768 publizierten Briefen bittere Urteile über Rinteln hinterließ.³⁸

„Je stärker die Verfallserscheinungen der schaumburgischen Hochschule wurden, desto mehr Pläne zu ihrer Abhilfe entstanden“, schreibt Schormann über die Zeit bis 1801.³⁹ Der Göttinger Theologe Johann David Michaelis griff 1768 in seinem Werk „Raisonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland“ die kleinen Universitäten an.⁴⁰ Der Rintelner Professor Johann Matthäus Hassencamp antwortete darauf 1772 mit einer Gegenschrift⁴¹ und 1786 in einem an die Regierung gerichteten Gutachten.⁴² Er versucht, die Stärke Rintelns als kleine relativ preisgünstige Universität herauszustellen, verweist auf den üblichen Zwang, an der Landesuniversität zu studieren und kommt so zu einer realistischen Perspektive ange-sichts übermächtiger Konkurrenz der Göttinger Aufklärungsuniversität. Doch die Reformpläne bleiben unbeachtet, nicht einmal die oben beschrie-bene Situation der Bibliothek gelingt es zu verbessern. Stattdessen kommt bereits in hessischer Zeit der Gedanke auf, die Rintelner Universität in der Marburger aufgehen zu lassen. Im Oktober 1801 sandte der Juraprofessor Christian Wiederholt dem Universitätskurator auf dessen Anforderung ein Gutachten über die Auflösung der Universität Rinteln.⁴³

Dieser Gedanke griff die ökonomischen Überlegungen in Michaelis' Räsonnement auf, denn Michaelis sah die größeren Universitäten mit Studenten gedeihen, die im Durchschnitt jährlich 300 Taler zur Verfügung haben und damit fähige Professoren und ihre vielfältigen Lehrveranstaltungen finanzie-ren, während an die kleinen Universitäten nur arme Studenten kommen, die auf Freitische und Stipendien angewiesen sind, nach einem simplen „Brotstudium“ suchen und der Universität wenig einbringen.⁴⁴

Deren Basis war zudem gefährdet, denn 1774 erließ die hessische Regie-rung ein Studierverbot für Kinder von Bürgern, Bauern und Dienstboten, analog zu ähnlichen Regelungen in anderen Ländern, um der vermeintli-chen oder tatsächlichen Überfüllung akademischer Berufe entgegen zu

³⁸ Schormann: *Academia Ernestina*, S. 250–253; Brüdermann: *Abbt*, S. 82–84.

³⁹ Ebd., S. 254.

⁴⁰ Johann David Michaelis, *Raisonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland*, 4 Bde., 1768–1776.

⁴¹ [Johann Matthäus Hassencamp], Ein anderer mit kleinen Akademien sympathisieren-de Räsonneur in einigen gegen das Räsonnement über die protestantischen Universitä-ten in Deutschland gerichteten Briefen, Frankfurt und Leipzig 1772.

⁴² Schormann: *Academia Ernestina*, S. 254–256.

⁴³ Ebd., S. 260. Das Gutachten im Wortlaut ebd. S. 358–382.

⁴⁴ Schormann: *Academia Ernestina*, S. 260–266.

steuern.⁴⁵ Angehörige dieser Stände sollten jetzt nur noch durch eine eigene Prüfung die Studienerlaubnis erlangen. Solche Regelungen mussten natürlich die kleinen „Arme-Leute-Universitäten“ besonders treffen. Zudem wurde Mitte des 18. Jahrhundert preußischen Untertanen, also auch aus dem nahegelegenen ehemaligen Bistum Minden, der Besuch auswärtiger Universitäten untersagt.⁴⁶

Der Versuch, zur Kompensation dieser Nachteile ein kameralistisches Institut in Rinteln zu gründen, stützte sich ausgerechnet auf die höchst zweifelhafte Persönlichkeit des Professors Johann Christoph Erich von Springer, der sich selbst als den „fruchtbarsten Schriftsteller in Deutschland“ bezeichnete, und blieb lediglich ein Plan.⁴⁷ Von der Regierung nicht akzeptiert wurden Vorschläge, ein Lehrerseminar, eine landwirtschaftliche Versuchsdomeine, ein Predigerseminar oder ein orientalisches Institut einzurichten.⁴⁸ Der wissenschaftliche Ertrag der Professoren war dagegen weit überwiegend in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sehr überschaubar. Bezeichnend war es, dass Thomas Abbt mit seinen brieflich kritischen Bemerkungen über Rinteln und den Professorenstand überhaupt noch am meisten Aufmerksamkeit bekam und sogar polemische Antworten Rintelner Professoren auslöste.⁴⁹

Schlussphase

1801 hatte die Ernestina noch 30 Studenten und ganze vier Immatrikulationen in einem Halbjahr.⁵⁰ Mit dem Tod von Kahler und Rullmann im Juni 1804 war zunächst die ganze Theologische Fakultät unbesetzt. Von den drei Juristen waren zwei mit anderen Ämtern versorgt, ein dritter aus den Mitteln der Familienprofessur Wippermann. Insgesamt gab es Ende Juni 1805 neun Lehrkräfte, von denen nur drei ausschließlich auf ihre Professur angewiesen waren. Also war das eigentlich ein sehr geeignetes Zeitfenster, um den Schlussstrich zu ziehen. Trotz der vorherigen deutlichen Überlegungen zur Aufhebung der Universität werden aber noch 1805/1806 neue Berufungen getätig, ohne dass deshalb ein klares Reformkonzept zu erkennen wäre.

⁴⁵ Schormann: *Academia Ernestina*, S. 264. Vgl. Hans-Georg Herrlitz: *Studium als Standesprivileg. Die Entstehung des Maturitätsproblems im 18. Jahrhundert*, Frankfurt/Main 1973.

⁴⁶ Schormann: *Academia Ernestina*, S. 267.

⁴⁷ Ebd., S. 270.

⁴⁸ Ebd., S. 271f.

⁴⁹ Ebd., S. 269–285.

⁵⁰ Ebd., S. 292.

re.⁵¹ Vermutlich sind die Neuberufungen einfach auf die Beharrungskraft von Verwaltungshandeln zurückzuführen.

Am Ende war dann tatsächlich Napoleon, um es mit einem umgedrehten Nipperdey-Zitat zu sagen.⁵² 1806 waren die Strukturen des Alten Reiches Geschichte, im November 1807 fand sich die Landgrafschaft Hessen-Kassel im neugegründeten Königreich Westfalen wieder. Dessen Innenminister, ein französischer Beamter namens Simeon, konstatierte im Juli 1808, dass ein Staat von zwei Millionen Einwohnern nicht fünf Universitäten (Göttingen, Halle, Helmstedt, Rinteln, Marburg) brauche.⁵³ Die Rintelner Professoren wussten, was die Stunde geschlagen hatte, und wandten sich im Dezember 1807 mit einem Bittschreiben an König Jérôme.⁵⁴ Ganz verloren schien ihre Sache noch nicht, denn Johannes von Müller, der Generaldirektor des öffentlichen Unterrichts, wollte zunächst die Existenz aller Universitäten sichern. Der Intendant der Grande Armee in Minden, Charles Sicard, wurde als Verbündeter für die Sache der Universität gefunden. Er schlug den Juristen Christian Wiederholz als neuen Kanzler der Universität vor. Diese Personalie offenbarte aber nur die Risse im Kollegium. Inzwischen sah auch Johannes von Müller, dass er Rinteln nicht würde halten können. Die Bildungspolitik hatte im Königreich Westfalen einen schweren Stand, hatte doch König Jérôme einmal geäußert, alles was er brauche, seien „Ignoranten und Soldaten“.⁵⁵

Zunächst wurde die Selbstverwaltung der Universitätseinkünfte beendet, ohnehin ein Überbleibsel vormoderner Staatlichkeit. Die Universität hatte keinen Zugriff mehr auf ihren ehemaligen Besitz, die Professoren sollten staatliche Gehälter bekommen, die allerdings von Ende September 1808 bis April 1809 nicht ausgezahlt wurden. Trotzdem schöpften die Professoren bei einem huldvollen Besuch des Königs im nahen [Bad] Nenndorf noch einmal Hoffnung. Der Schwebezustand der Angelegenheit hing damit zusammen, dass die Stadt Rinteln ihr Schicksal beim Wegfall der Universität in den schwärzesten Farben malte. Immerhin war auch gerade die Garnison abgezogen worden. Es waren allerdings die Professoren, die meinten, mit der

⁵¹ Schormann: *Academia Ernestina*, S. 292f.

⁵² Thomas Nipperdey: *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983, S. 11: „Am Anfang war Napoleon.“ Vgl. Dieter J. Weiß: *Das große Universitätssterben um 1800*, in: Jens Brüning/Ulrike Gleixner: *Das Athen der Welfen. Die Reformuniversität Helmstedt 1576–1810*, Wolfenbüttel 2010, S. 78–85.

⁵³ Karl Knoke: *Niederdeutsches Schulwesen zur Zeit der französischen-westfälischen Herrschaft 1803–1813*, Berlin 1915, S. 164.

⁵⁴ Universitätsarchiv Marburg 310 Nr. 8729. Zitiert nach Carsten Lind, *Die Aufhebung der Universität Rinteln*, in: Stefan Brüdermann/Marian Füssel (Hg.), *400 Jahre Universität Rinteln*, Göttingen 2024 (in Druckvorbereitung).

⁵⁵ Knoke, *Niederdeutsches Schulwesen*, S. 130.

Schließung der Universität würde Rinteln „zu einem öden und leeren Dorfe hinabsinken“.⁵⁶ Am 29. Mai 1809 verstarb aber der relativ wohlwollende Generaldirektor von Müller, dessen Nachfolger Freiherr von Leist setzte nun die Konzentration der Universitätslandschaft um. Mit dem Dekret vom 10. Dezember 1809 wurde die Universität Rinteln ebenso wie Helmstedt aufgehoben und mit den weiter existierenden Universitäten Göttingen, Halle und Marburg „verbunden“. Zuletzt hatte Rinteln 43 Studierende, davon 17 Theologen und 23 Juristen. Die vorhandenen zwölf Professoren wurden sozusagen „evaluiert“, nur drei fanden in Halle und Marburg Verwendung. Unter den übrigen konnten sich mehrere Professoren anderen Ämtern widmen.

Derselbe Christian Wiederholt, der in seinem Gutachten 1801 mit Verweis auf den schlechten Zustand der Universität für ihre Auflösung plädiert hatte, bat nach dem Ende des Königreichs Westfalens im neuen Kurhessen um ihre Wiedererrichtung, indem er behauptete, sie habe selbst 1807 noch 65 Studenten gehabt, ein Drittel davon Ausländer. Doch, wie so viele Schriftstücke in den letzten Jahrzehnten der Universitätsgeschichte, wurde auch dieses stillschweigend „ad acta“ gelegt.⁵⁷ Das alte Universitätsgebäude wurde 1875 abgerissen, sodass bis auf die Universitätskirche keine baulichen Zeugnisse mehr in Rinteln vorhanden sind. Aber so eindrucksvoll wie in Helmstedt wären sie ohnehin nicht gewesen. Aus der Perspektive des Archivars ist besonders bedauerlich, dass auch das vermutlich schon zu Zeiten der Universität schlecht gepflegte Archiv nach der Auflösung vernichtet wurde.⁵⁸

Ausschlaggebend für die Schließung waren also mehrere Faktoren, die zum Teil lang wirkten: Der von Beginn an geringe Einzugsbereich der Universität, zudem mit Schwerpunkt auf weniger „lukrativen“ Studenten, die Schwächung der Universität durch den langen 30jährigen Krieg in der Gründungsphase, die Schwächung der Finanzbasis durch die Landesteilung Schaumburgs, daraus folgend die Konkurrenz mit der anderen hessischen Landesuniversität Marburg. All diese Faktoren führten dazu, dass die Universität Rinteln ungeachtet ihrer zeitweise gegebenen Qualitäten und der Reformansätze ständig im Krisenmodus war. Die Schließung 1810 war vor diesem Hintergrund zwar ein externer Faktor, aber er beendete eine prekäre Situation. Immerhin: Statt der Universität wurde in der Stadt Rinteln 1816/17 ein Gymnasium errichtet, das als „Ernestinum“ bis heute den Namen der ehe-

⁵⁶ Schreiben von Prorektor und Professoren vom 14.4.1809 (Universitätsarchiv Marburg 310 Nr. 8729, zit. nach Lind, Aufhebung).

⁵⁷ Schormann: Academia Ernestina, S. 300.

⁵⁸ Hubert Höing (Hrsg.): Übersicht über die Bestände des Niedersächsischen Staatsarchivs in Bückeburg, Göttingen 2004 (Veröffentlichungen der Niedersächsischen Archivverwaltung 57), S. 133f.

maligen Universität trägt.⁵⁹ Die Stadt Rinteln aber überstand das Ende der Universität, sie ist heute die mit Abstand einwohnerstärkste Stadt im kleinen Schaumburg.

⁵⁹ Willy Hänsel (Hrsg.): Das Rintelner Gymnasium im Spiegel der Zeit 1817–1967. Festschrift zur 150-Jahr-Feier, Rinteln 1967.

„Möge der Schutzgeist ... über dem Musensitz walten!“

Die Nichtschließung der Universität Marburg um 1800

Christina Stehling

Mit dem im Titel genannten Aufruf schloss Professor Karl W. Justi seinen im Jahr 1812 verfassten Aufsatz zur Marburger Universität.¹ Damit verbunden war sein Wunsch, die Universität möge auch knapp 300 Jahre nach ihrer Gründung fortbestehen. Er selbst hatte erst drei Jahre zuvor eine existenzielle Krise eben dieser Universität miterlebt. Seit der Mitte des 18. Jahrhunderts wurde mehrfach über eine mögliche Schließung der Universität diskutiert, und auch während der Zeit des Westphälischen Königreichs stand deren Weiterbestehen erneut zur Debatte.² Obwohl zahlreiche andere Landesuniversitäten Ende des 18. Jahrhunderts aufgehoben wurden, gelang es der Marburger Universität mehrfach, ihre Existenz zu sichern. Bislang wurde von der Forschung der Fokus vorwiegend auf die Schließungen und das sogenannte Universitätssterben gelegt, weniger auf das Weiterbestehen und den Prozess der Krisenbewältigung,³ gleichwohl bietet diese Herangehensweise neuen Fokus.

¹ Karl Wilhelm Justi: Die Universität zu Marburg, in: Westfalen unter Hieronymus Napoleon 9 (1812), S. 44–81, S. 81.

² Bereits im 17. Jahrhundert war der Bestand der Universität Marburg durch Erbstreitigkeiten der Häuser Hessen-Kassel und Hessen-Darmstadt gefährdet, die zur Gründung der Universität Gießen durch Hessen-Darmstadt führten. Zur Landesteilung vgl. Manfred Rüdersdorf: Ludwig IV. Landgraf von Hessen-Marburg, 1537–1604, Mainz 1991; Volker Press: Hessen im Zeitalter der Landesteilung (1567–1655), in: Walter Heinemeyer (Hg.): Das Werden Hessens. Hauptband, Marburg 1986 (Veröffentlichung der Historischen Kommission für Hessen), S. 267–332. Zur Wiedererrichtung der Universität Marburg vgl. Gerhard Menk: Johann Heinrich Dauber. Der Erneuerer der Marburger Universität nach dem Dreißigjährigen Krieg, in: Jörg Jochen Berns (Hg.): Marburg-Bilder, Marburg 1995 (Marburger Stadtschriften zur Geschichte und Kultur), S. 241–264.

³ Siehe hierzu beispielsweise Matthias Asche: Das „große Universitätssterben“ in den Jahrzehnten um 1800. Zu Reformbedürftigkeit und Reform(un)fähigkeit deutscher Universitäten im Zeichen von Aufklärung und Utilitarismus, in: Rainer Pöppinghege/Dietmar Klenke (Hg.): Hochschulreformen früher und heute – zwischen Autonomie und gesellschaftlichem Gestaltungsanspruch, Köln 2011 (Abhandlungen zum Studenten- und Hochschulwesen), S. 25–48; Laetitia Böhm: Halle und Wittenberg im Fadenkreuz bei „Massensterben“ deutscher Universitäten am Ende des Alten Reichs. Vergleichende Aspekte zur Neugestaltung der Hochschullandschaft, in: Wieland Berg (Hg.): Vorträge und Abhand-

Für das Beispiel der Marburger Universität drängt sich fast schon die Frage auf, warum sie zu keinem Zeitpunkt, vor allem aber nicht im Jahr 1809, geschlossen wurde, obwohl mehrfach ihre Existenz in Frage gestellt und konkrete Überlegungen zur Schließung diskutiert wurden. Um dieser Frage nachzugehen, werden zunächst die Ursachen, die von den Zeitgenossen für die immer wiederkehrenden Krisen benannt wurden, ermittelt und wird nach strukturellen Gründen für die krisenhaften Situationen gesucht. In einem zweiten Schritt liegt der Fokus auf den Bewältigungsstrategien, mit denen es unterschiedlichen Akteuren gelang, den Fortbestand der Universität zu sichern. Dabei wird anhand der chronologischen Entwicklung gezeigt, dass Ursachen und Bewältigungsstrategien der Existenzbedrohung über den Verlauf des 18. bis ins 19. Jahrhundert hinweg – unabhängig von der jeweiligen politischen Situation – eine gewisse Kontinuität aufwiesen.

Die gefährdete Existenz der Marburger Universität im 18. Jahrhundert

1750er und 1760er Jahre: Zwei Universitäten sind eine zu viel?

Anlass zur Sorge um die Marburger Universität gab es nicht einmal einhundert Jahre nach ihrer Wiedererrichtung. Im Jahr 1749 erreichte die Universität ein Schreiben des Landgrafen, in dem der Prorektor nach einem ungewöhnlich hohen Abgang von Studenten aufgefordert wurde, zu erklären, welche Gründe es dafür gäbe und wie insbesondere zukünftig einer solchen Entwicklung vorgebeugt werden könne.⁴ Die einzelnen Voten der Professoren stimmen darin überein, dass die Studenten, die im Sommer 1749 die Universität verlassen hatten, größtenteils nicht etwa an eine andere Universität gewechselt, sondern die meisten vielmehr ihr Studium sofort oder in Kürze beendet hätten. Weiter vermuteten die Professoren persönliche,

lungen zur Wissenschaftsgeschichte 2001/2002, Halle (Saale), Stuttgart 2006 (Acta historica Leopoldina), S. 73–164; Dieter J. Weiß: Das große Universitätssterben um 1800, in: Jens Brüning/Ulrike Gleixner/Nico Dorn (Hg.): Das Athen der Welfen. Die Reformuniversität Helmstedt 1576–1810, Wiesbaden 2010 (Ausstellungskataloge der Herzog-August-Bibliothek), S. 78–85. Eine Ausnahme bildet z.B. Sandra Haas: Die Ökonomisierung der Universitäten und das Universitätssterben um 1800. Untersuchungen am Beispiel der Universität Freiburg, in: Elizabeth Harding (Hg.): Kalkulierte Gelehrsamkeit. Zur Ökonomisierung der Universitäten im 18. Jahrhundert, Wiesbaden 2016 (Wolfenbütteler Forschungen), S. 177–194.

⁴ UniA Marburg, Best. 305 a, Nr. 4145: Betr. den im Jahr 1749 sich ereigneten Abgang der Studenten und wie solchem vorzubeugen und der Academie aufzuhelfen. Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf das in der Akte enthaltene Umlaufschreiben unter den Professoren.

aber auch ökonomische und politische Gründe, die für die niedrigen Immatrikulationszahlen in Marburg verantwortlich waren.

Zunächst scheine die neu gegründete Universität Göttingen aus Sicht von Eltern und Studenten als attraktiv, ja die Studenten seien geradezu neugierig auf Göttingen. Angesichts der in Marburg stattgefundenen Teuerung und dem damit einhergehenden Mangel an Brennholz fiele die Entscheidung für eine junge, moderne Universität sicherlich umso leichter. Erschwerend käme nach Auffassung der Professoren hinzu, dass die in den Jahren 1743 in Erlangen und 1745 in Braunschweig gegründeten Bildungseinrichtungen von studierwilligen Einheimischen bevorzugt würden und diese daher nicht mehr als potenzielle Studenten für Marburg zur Verfügung stünden. Darüber hinaus sei die Universität Marburg auch wenig attraktiv, da freigewordene Lehrstühle überhaupt nicht oder nicht zeitnah besetzt würden. Besonders mache sich bemerkbar, dass die angrenzenden Territorien ihre Studenten verpflichtet hatten, mindestens zwei Jahre an einer heimischen Universität zu studieren. Das galt zwar auch für Hessen-Kassel, allerdings sei dies „nicht durchs ganze Land anbefohlen worden, so ist solche[s] ohne effect geblieben.“⁵ Die von der Professorenschaft propagierten Lösungsansätze lagen in der Aufforderung, freiwerdende Stellen zügig nachzubesetzen und vor allem die Medizinische Fakultät mit einer anatomischen Sammlung und einem Botanischen Garten zeitgemäß auszustatten und damit aufzuwerten.

Die Entwicklung der Studentenzahlen blieb auch in den 1750er Jahren hinter den Erwartungen zurück, der Ausbruch des Siebenjährigen Krieges, in dem die Stadt Marburg erhebliche Schäden erlitt, trug sein Übriges dazu bei. Kurz nach seinem Regierungsantritt bat Landgraf Friedrich II. den Leipziger Professor Johann Christoph Gottsched im Jahr 1761 aufgrund dessen Erfahrungen und Kenntnissen der Universitätslandschaft um Rat, „wie einer Universität durch gute Anstalten aufzuhelfen sei“.⁶ Gottsched legte in dreizehn Abschnitten dar, welche Voraussetzungen seiner Meinung nach erfüllt sein sollten. Die für Marburg zentrale Aussage lag in der Empfehlung Gottscheds, dass es besser sei, die vorhandenen Ressourcen in einer Universität zu bündeln, statt weiterhin zwei kleine, wenig erfolgreiche Landesuniversitäten zu haben.⁷ Das Spektrum der weiteren Vorschläge reichte von der Frage der Qualität der Dozenten über die Notwendigkeit von Publikationen

⁵ Ebd. Dieser Aspekt findet sich insbesondere im Votum Professor Johann Joachim Schröders.

⁶ HStAM, Best. 5, Nr. 20281: Vorschläge von Johann Christoph Gottsched zur Verbesserung der Universität Marburg. Hier und im Folgenden wird zitiert nach Wilhelm Dersch: Beiträge zur Geschichte der Universität Marburg im Zeitalter der Aufklärung, in: Zeitschrift für hessische Geschichte und Landeskunde 54 (1924), S. 161–203.

⁷ Neben der Universität Marburg gehörte zur Landgrafschaft auch die Universität Rinteln.

bis hin zur Empfehlung von Stipendien und Freitischen. Am Ende des Papiers hielt Gottsched fest: „Auf besondere Vorschläge, die Marburg und Rinteln selbst beträfen, kann man sich in Ermangelung genauer Kenntniß derselben hier nicht einlaßen.“⁸ Seine tatsächliche Unkenntnis der Marburger Situation wird beispielsweise daran deutlich, dass der Universität Gründer Landgraf Philipp bereits im Jahr 1529 in Marburg eine Stipendiatenordnung erlassen hatte, Stipendien und Freitische also schon vorhanden waren.⁹ Die Empfehlungen Gottscheds zielten kaum auf die spezifischen Marburger Verhältnisse ab und zogen zunächst keine weiterreichenden Konsequenzen nach sich.

1770er und 1780er Jahre – Marburg oder Kassel?

Nur wenige Jahre später musste die Marburger Universität erneut um ihr Fortbestehen fürchten. Nach einer vorausgegangenen Hungersnot in den Jahren von 1770 bis 1772 wandten sich Marburger Bürger im Jahr 1774 mit einer Bittschrift an den Landesherrn und schilderten ihre prekäre ökonomische Situation, deren Grund sie unter anderem darin sahen, dass die Zahl der Studenten an der Universität weiter gesunken, die städtische Wirtschaft von ihrer Struktur her aber auf die Universitätsangehörigen angewiesen war.¹⁰ Bereits in den Jahren 1741 und 1752 hatte die Marburger Stadtbürgerschaft in zwei Suppliken die ökonomischen Auswirkungen der niedrigen Universitätsfrequenz beklagt.¹¹

Die im Jahr 1775 in Kassel angestellten Überlegungen zur Universität Marburg beinhalteten allerdings weniger Strategien zur Steigerung der Frequenz, sondern vielmehr eine mögliche Schließung der Universität. Der Ge-

⁸ Zitiert nach Dersch, Beiträge zur Geschichte, S. 203. In den bisherigen Arbeiten wird der fehlende Bezug zur konkreten Situation Marburgs bis heute kaum oder gar nicht berücksichtigt, vgl. Dersch, Beiträge zur Geschichte; Heinrich Hermelink/Siegfried A. Kaehler: Die Philipps-Universität zu Marburg 1527–1927. Fünf Kapitel aus ihrer Geschichte (1527–1866), Marburg 1927, S. 415f.; Kristin Langefeld: Zwischen Collegium, Kämpfrasen und Kaffeehaus. Lebenswelt. Alltag und Kultur Marburger Studenten im 18. Jahrhundert, Marburg 2023 (Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte), S. 78.

⁹ Walter Heinemeyer: Pro studiosis pauperibus. Die Anfänge des reformatorischen Stipendiatenwesens in Hessen, in: Walter Heinemeyer (Hg.): Studium und Stipendium. Untersuchungen zur Geschichte des hessischen Stipendiatenwesens, Marburg 1977 (Veröffentlichung der Historischen Kommission für Hessen), S. 77–100.

¹⁰ StadtA MR, Best. Marburg 2 B, Nr. 462: Nahrungszustand der Stadt.

¹¹ Weitere Bittschriften der Stadt Marburg an die landgräfliche Regierung ergingen in den Jahren 1774, 1782, 1786 sowie 1803, in denen jeweils die Lage der Universität und die damit verbundenen negativen ökonomischen Auswirkungen auf die Stadtbevölkerung thematisiert wurden. Vgl. hierzu Gerald L. Soliday: Die Marburger Studentenschaft und die hessische Bildungspolitik im 18. Jahrhundert, in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 61 (2011), S. 59–86, S. 61.

Emil Ludwig Hombergk zu Vach (1720–1783)



Gemälde von Chretien Louis Goltz (ungesichert), 1750;
Bildarchiv Foto Marburg / Foto: Thomas Scheidt, Verena
Heil, Daniela Frank

tung zögerlich, woran auch eine Neuausrichtung des Carolinums mit Angeboten, die besonders junge Adelige in die Residenzstadt ziehen sollten, nichts ändern konnte.¹² Schlieffens Vorstellung war, die Marburger Universität nach Kassel zu überführen. So könne das „unselige Mittelding zwischen Universität und Ritterschule“¹³ in Kassel aufgewertet werden, während die Universität von der profunden Ausstattung des Carolinums mit der Sammlung an anatomischen Präparaten, naturwissenschaftlichen Geräten und Laboren und dem Botanischen Garten profitieren könne. Aus Kasseler Perspektive war es eine erfolgversprechende Aussicht, aus zwei wenig profitablen Bildungsanstalten eine Konkurrenz zu Göttingen zu schaffen.

Derart positiv wurde die Situation in Marburg nicht gesehen. In einem ausführlichen Gutachten erörterte der Vizekanzler der Marburger Universität

¹² Vgl. hierzu insbesondere Eberhard Mey: Der zukünftige Gelehrte und Hofmann. Lehrangebot und Studenten am Collegium Carolinum in der Regierungszeit Friedrich II., in: Heide Wunder/Christina Vanja/Karl-Hermann Wegner (Hg.): Kassel im 18. Jahrhundert. Residenz und Stadt, Kassel 2000 (Kasseler Semesterbücher Studia Cassellana), S. 191–211.

¹³ HStAM, Best. 5, Nr. 7851: Erwägungen wegen der Verlegung der Universität zu Marburg nach Kassel. Die weiteren Ausführungen des Absatzes beziehen sich auf die Schreiben von Schlieffens und Hombergk zu Vachs in dieser Akte.

neralleutnant Martin Ernst von Schlieffen, der erst im Jahr 1772 zum Staatsminister unter Landgraf Friedrich II. ernannt worden war, schlug die Zusammenlegung der Universität Marburg mit dem Collegium Carolinum in Kassel vor. Das Collegium Carolinum, das im Jahr 1709 von Landgraf Carl von Hessen-Kassel gegründet worden war, diente ursprünglich der Vorbereitung auf ein Universitätsstudium und wurde 1738 um eine Ausbildungsstätte für Militärarchirurgen erweitert. Trotz guter finanzieller Ausstattung verlief die Entwicklung der Bildungseinrich-

Aemilius Ludwig Hombergk zu Vach die Frage, ob die Verlegung der Universität Marburg nach Kassel eher nutze oder schade. Es dürfte wenig überraschen, dass Hombergk zu Vach die Verlegung der Universität ablehnte. Seine Argumentation erfolgte auf unterschiedlichen Ebenen. Zunächst argumentierte er pädagogisch, dass die Residenzstadt nur unnötige Ablenkungen für die Studenten mit sich brächte, wohingegen für ein erfolgreiches Studium Muße nötig sei. Dann ordnete er die Universität Marburg in die Universitätslandschaft um Hessen-Kassel ein und führte insbesondere Göttingen und Gießen als die Universitäten an, die für eine solche Entscheidung in den Blick genommen werden müssten. Göttingen habe nicht nur eine gute finanzielle Ausstattung und verfüge über namhafte Dozenten, auch die Bibliothek sei den beiden der hessischen Bildungseinrichtungen deutlich überlegen. Diese Voraussetzungen erschwerten nach Ansicht Hombergk zu Vachs den Betrieb einer erfolgreichen Universität in nächster Nachbarschaft bzw. erforderten massives finanzielles Engagement der Landgrafschaft.

Von einer Verlegung profitieren würde dagegen die Universität Gießen. Schon jetzt – so Hombergk zu Vach – würden in Gießen nicht nur hessendarmstädtische Studenten und solche aus anderen Territorien studieren, sondern auch Studenten aus Hessen-Kassel. Angesichts der in Kassel deutlich höheren Lebenshaltungskosten, so prognostizierte der Vizekanzler, würden die Studenten lieber in das nahe Gießen wechseln als in die Residenzstadt zu ziehen. Die besondere Beziehung zur Nachbaruniversität des „alte[n] Marburg[s] als die Mutter von Giessen“¹⁴ betont er dabei besonders.

Ein weiteres zentrales Argument Hombergk zu Vachs lag in der Bedeutung der Universität für die Stadt Marburg. Er führte an, dass es mit Abzug der Universität nach Kassel in Marburg zu einer ökonomischen Krise käme, da seiner Schätzung nach den Marburger Gewerbetreibenden und Bürgern jährlich 49.000 Gulden oder Reichstaler¹⁵ fehlen würden, die die Universitätsangehörige in der Stadt ausgaben, und prognostizierte weitere Klagen der Bürgerschaft. Die von Schlieffen angedachte Kompensation durch die zusätzliche Stationierung eines Regiments in der Marburger Garnison hielt Hombergk zu Vach für nicht ausreichend.¹⁶ Die Überlegungen blieben auch in dieser Situation zunächst folgenlos, die Bildungseinrichtungen in Kassel und Marburg blieben bestehen.

¹⁴ Ebd.

¹⁵ Hombergk zu Vach verzichtete darauf, den Währungsunterschied deutlich zu machen. Ein Reichstaler entsprach einem Wert von 1,5 Gulden.

¹⁶ Zur Diskussion im Jahr 1775 vgl. auch Dersch, Beiträge zur Geschichte, S. 168–170; Hermelink/Kaehler, Philipps-Universität, S. 417.

Die Debatte um den Zustand der Marburger Universität war danach keineswegs beendet, was der im Jahr 1782 verfasste Bericht des Advocatus Fisci Kunckel an den Kurator der Universität Marburg, den Staatsminister von Fleckenbühl gen. Bürgel, belegt. Hier wies Kunckel auf die Notwendigkeit hin, die Zahl der Studenten zu erhöhen, wobei er die Vorzüge von Marburg als Studienort deutlich hervorhob. Es bestünde eine unmittelbare ökonomische Abhängigkeit von der Universität, da für die Bevölkerung die „einzige Nahrung ... in dem Betrieb der Professiones und dem daher folgenden Gewerbe [bestehe], so aber da dieses durch Abnahme der Universitaet abgehen, so muß einer nach dem anderen verarmen“.¹⁷

Knapp ein Jahr später wandte sich der von Göttingen neu nach Marburg berufene Johann Heinrich Christian von Selchow, der eine Professur in der Juristischen Fakultät sowie die Position des Vizekanzlers übernahm, nur kurze Zeit nach seinem Dienstantritt in Marburg mit Verbesserungsvorschlägen an die Landesregierung. So sollte der Kanzler der Universität Aemilius Ludwig Hombergk zu Vach abgelöst werden, der nach Ansicht von Selchows seinen Aufgaben nicht mehr nachkommen könne. Außerdem wies er auf die Notwendigkeit einer Anatomie und eines Botanischen Gartens für Marburg hin.¹⁸

Auch der Kasseler Professor Johann Wilhelm Casparson führte im Jahr 1784 in einem Schreiben Aspekte auf, die sich seiner Meinung nach negativ auf die Entwicklung der Marburger Universität auswirkten. So solle „nach den Marburg[er] Statuten ... kein Professor ein Collegium privatum über Wissenschaften lesen worauf der andre eine nominal Professur hat.“¹⁹ Dies schränke einerseits Studierende zu sehr ein und verhindere andererseits die Konkurrenz der Professoren untereinander. Letztlich führe die Praxis, die andernorts schon längst aufgehoben sei, dazu, dass „die Universitaet ... bey den besten Anstalten einen üblen Namen“²⁰ bekäme. Ein vorübergehendes Ende fanden die Diskussionen um die Universität Marburg und ihren Fortbestand im Jahr 1785. Nach dem Tode Landgraf Friedrichs II. wurden die meisten der Professoren des Kasseler Collegium Carolinum nach Marburg versetzt. Ebenso wurden wissenschaftliche Einrichtungen wie die anatomische Sammlung sowie der botanische Garten nach Marburg verlegt. Das Carolinum selbst wurde im Jahr 1791 geschlossen.

¹⁷ HStAM, Best. 5, Nr. 7831: Bericht des Advocatus Fisci Kunckel an den Kurator der Universität Marburg, Staatsminister v. Bürgel, über die Notwendigkeit der Hebung der Universität, auch von dem Gesichtspunkte des sinkenden Wohlstandes der Bürgerschaft aus.

¹⁸ HStAM, Best. 5, Nr. 7835: Vorschläge des Geh. Rats und Vizekanzlers v. Selchow zur Hebung der Universität Marburg.

¹⁹ HStAM, Best. 5, Nr. 7833: Vorschlag des Rats und Professors Casparson an den Staatsminister v. Bürgel zur Hebung der Universität Marburg.

²⁰ Ebd.

Ursachen und Strategien

Ob die Klagen über zu wenige Studenten oder über den Verlust an Reputation der Universität: die Beschwerden, die von unterschiedlichen Akteuren in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts vorgebracht wurden, waren vielfältig. Es entsteht fast der Eindruck, es handele sich nicht mehr um singuläre Ereignisse, vielmehr durchziehen Kritik und mögliche Vorschläge zur Verbesserung mehrere Jahrzehnte, ohne dass es tatsächlich spürbare und nachhaltige Veränderungen gab. Das Fortbestehen der Universität Marburg war ab dem Jahr 1749 bis zur Schließung des Collegium Carolinums immer wieder unsicher. Auffällig ist, dass bestimmte Argumente sich nahezu fortlaufend durch die Debatte ziehen. Dabei war ein zentraler Aspekt der Mangel an Studenten, infolgedessen die Stadtbevölkerung ökonomische Einbußen erlitt. Weitere Aspekte waren ebenso die Konkurrenz durch die Universität Göttingen wie die Feststellung der unzureichenden finanziellen Ausstattung der Universität und damit zusammenhängend auch das Fehlen von Einrichtungen, die an anderen Universitäten zum Standard gehörten.

Die Zahl der Studenten, die sich jährlich neu in Marburg immatrikulierten, lag in den 1740er und 1750er Jahren zwischen 60 und 111. Während des Siebenjährigen Krieges kamen über vier Jahre lediglich zwischen 30 und 60 Studenten neu nach Marburg. Dauerhafte Rückgänge waren in den 1770er Jahren zu verzeichnen, in denen sich regelmäßig nur noch zwischen 50 und 65 Studenten neu immatrikulierten. Demgegenüber konnte für Göttingen nach den Gründungsjahren schnell das Doppelte an neuen Studenten konstatiert werden, in den 1770er Jahren bereits das Fünffache.²¹

Eine Strategie, in Marburg die Zahl der Studenten zu stabilisieren und zu erhöhen, lag in der Verfügung, dass hessische Landeskinder zunächst an einer der beiden Landesuniversitäten in Marburg oder Rinteln studieren müssen.²² Diese wurde aber – wie oben ausgeführt – nicht konsequent umgesetzt und blieb so ohne nachhaltigen Effekt. Kontraproduktiv hingegen wirkte sich die allgemeine Beschränkung des Studiums für Söhne von Bürgern und Bauern in Hessen-Kassel aus, die im Jahr 1774 beschlossen wurde. Da-

²¹ Franz Eulenburg: Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Berlin 1904/1994, S. 295–297.

²² „Edict, daß die heßische Unterthanen, welche studiren wollen, sich keiner Promotion zu getröstten haben sollen, wofern sie nicht zuvor wenigstens zwey Jahre in Marburg oder Rinteln studiret, sodass wie es mit den Beneficiis, insbesondere dem Möllenbeckischen und den Ferien zu halten“ vom 12. Juli 1731, in: Sammlung kurhessischer Landes-Ordnungen und Ausschreiben nebst dahin gehörigen Erläuterungs- und anderen Rescripten, Resolutionen, gemeinen Bescheiden und dergleichen, hg. von Christoph Ludwig Kleinschmidt, Cassel 1782, S. 52f. Im Jahr 1771 wurde die Verordnung erneuert.

mit sollte das „überhandnehmende Studiren“²³ eingeschränkt werden, gleichzeitig verloren die Hochschulen aber potentielle Studenten.

Bei ihrer Wiedererrichtung im Jahr 1653 war die Universität Marburg mit einer umfangreichen Dotation ausgestattet worden, die ihr sowohl Einkünfte aus Renten und Kapitalvermögen als auch in Form von Naturalien durch die Nutzung von ehemaligem Klosterbesitz sicherten. Die Einnahmen aus den ehemaligen Klostervogteien durch den Verkauf von Naturalien waren jedoch insbesondere in Kriegszeiten, aber auch aufgrund schlechter Ernten unsicher, was insbesondere als Folge des Siebenjährigen Krieges eine finanzielle Unterstützung durch die Landgrafschaft erforderlich machte.²⁴

Unter diesen finanziellen und daraus folgenden sachlichen Bedingungen konnte Marburg nicht ernsthaft mit Göttingen konkurrieren. Zwar unterstützte der jeweilige Landgraf die Universität bei finanziellen Engpässen mehrfach, ein weitergehendes Interesse, zukunftsorientierte Investitionen in Gebäudebestand oder Ausstattung oder gar eine strategische landesherrliche Universitätspolitik lassen sich aber kaum erkennen. In der Literatur werden die Jahre zwischen 1740 und 1786 als „Jahrzehnte der Stagnation“²⁵ der Universität beschrieben. Fehlendes Interesse des Landesherrn an seinen Universitäten wurde schon für die Regierungszeit Landgraf Carls konstatiert, setzte sich aber fort bis zum Tode Landgraf Friedrichs II. im Oktober 1785 und zeigte nicht nur Auswirkungen im Hinblick auf die Universitätsfinanzen, sondern dahingehend, dass es nahezu keine inhaltlichen Reformen des Lehrbetriebs der Universität Marburg gab.²⁶ Der finanziell beschränkte Spielraum der Universität wird insbesondere in der vergleichsweise geringen Besoldung der Professoren ebenso wie in der dürftigen Ausstattung der Universitätsbibliothek deutlich.²⁷

²³ „Verordnung, wodurch das bey den Bürgers= und Bauren=Söhnen allzusehr überhandnehmende Studiren eingeschränkt worden“ vom 2. Juli 1774, in: Sammlung kurhessischer Landes-Ordnungen und Ausschreiben nebst dahin gehörigen Erläuterungs- und anderen Rescripten, Resolutionen, gemeinen Bescheiden und dergleichen, hg. von Christoph Ludwig Kleinschmidt, Cassel 1790, S. 769f.

²⁴ Katharina Schaal: Die Finanzierung der Universität Marburg in der frühen Neuzeit, in: Andreas Hedwig (Hg.): Finanzpolitik und Schuldenkrisen 16.–20. Jh., Marburg 2014, S. 73–91, S. 86.

²⁵ Hermelink/Kaehler, Philipps-Universität, S. 388.

²⁶ Carsten Lind: Die Universitätspolitik Landgraf Carls, in: Holger Th. Gräf/Christoph Kampmann/Bernd Küster (Hg.): Landgraf Carl (1654–1730). Fürstliches Planen und Handeln zwischen Innovation und Tradition, Marburg 2017 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen), S. 168–174; Rudolf Brieger: Eine Klage der Marburger Bürgerschaft über den Verfall der Universität im Jahr 1803 und die Ursachen des Rückgangs, in: Zeitschrift für hessische Geschichte und Landeskunde 56 (1927), S. 280–346.

²⁷ Während die jährliche Professorenbesoldung in den Jahren zwischen 1761–1771 insgesamt zwischen 6.000 und 7.000 Reichstalern lag, betrugen die jährlichen Ausgaben für

Damit erfüllte die Universität Marburg bereits seit der Mitte des 18. Jahrhunderts die Gründe, die in der Literatur als zentral für das Universitätssterben um 1800 gelten, wie die beschränkte Leistungsfähigkeit, die teilweise durch die unzureichenden finanziellen Ressourcen bedingt war, fehlende Reformbereitschaft, fehlende Nachfrage nach Studienplätzen aufgrund der Vielzahl an Studienmöglichkeiten.²⁸ Trotz aller Mängel, die der Universität Marburg attestiert wurden, existierte sie auch an der Wende zum 19. Jahrhundert noch. Neben den Bemühungen von Vertretern von Stadt und Universität um ihr Weiterbestehen war hierfür der Beginn der Regierungszeit Landgraf Wilhelms IX. ausschlaggebend. So profitierte die Universität Marburg von der Entscheidung, das Kasseler Collegium Carolinum zu schließen sowie Professoren und Einrichtungen nach Marburg zu verlegen, und erlebte in den späten 1780er Jahren eine Renaissance.²⁹

Kontroverse und Konkurrenz – Universität Marburg zu Beginn des 19. Jahrhunderts

Die drohende Schließung im Jahr 1809

Mit der Besetzung Hessen-Kassels durch napoleonische Truppen und der Errichtung des Königreichs Westphalen war das Fortbestehen der Universität erneut ungewiss. Zwar war König Jérôme bei seinem Zug durch Marburg mit einem Fackelzug feierlich von Stadt und Universität empfangen worden und hatte sich auch von der Universität berichten lassen,³⁰ letztlich stand aber der Weiterbetrieb der fünf Universitäten Helmstedt, Rinteln, Halle, Göttingen und Marburg im Gebiet des Königreichs Westphalen in Frage. Angesichts der teilweise geringen Auslastung und der durch die Universitäten verursachten Belastung des Staatshaushaltes wurde bereits im Jahr 1808 über eine mögliche Schließung von drei oder vier Hochschulen nachgedacht, wie der Generaldirektor des öffentlichen Unterrichts Johannes von Müller im November in einem Brief an den Göttinger Professor Christian Gottlob Heyne schrieb.³¹

Bücher zwischen 9 und 113 Reichstaler, die jährlichen Baukosten lagen zwischen null und 1.614 Reichstalern. Vgl. hierzu Schaal, Finanzierung, 2014, S. 90.

²⁸ Asche, Universitätssterben, 2011; Weiß, Universitätssterben, 2010; Böhm, Halle und Wittenberg, 2006.

²⁹ Vgl. hierzu insbesondere „Der Universitätsbereiser“. Friedrich Gedike und sein Bericht an Friedrich Wilhelm II. Mitgeteilt von Richard Fester, Berlin 1905 37; Dersch, Beiträge zur Geschichte.

³⁰ Arthur Kleinschmidt: Geschichte des Königreichs Westfalen, Gotha 1893 (Geschichte der europäischen Staaten), S. 19f.

³¹ Friedrich Thimme: Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover. Unter der französisch-westfälischen Herrschaft 1806–1813, Bd. 2, Hannover/Leipzig 1895, S. 284.

Insbesondere Marburg als kleine Universität schien in Gefahr zu sein, so jedenfalls die Sorge der Marburger Bürger, die im Mai 1808 eine diesbezügliche Eingabe bei der Regierung gemacht hatten. Der in Marburg ansässige Präfekt für das Werra-Departement, Friedrich Ludwig Freiherr von Berlepsch, hingegen war zuversichtlich gestimmt, schließlich sei eine Professur neu besetzt worden, drei Professoren hätten zugesagte Besoldungserhöhungen erhalten. Dies alles könnte kaum als Anzeichen einer drohenden Schließung gewertet werden.³² Doch mit seiner Annahme lag Berlepsch falsch, im Jahr 1809 wurde intensiv über die Schließung von Universitäten im Königreich Westphalen debattiert.

Aus Marburger Sicht waren die Professoren Robert und Ullmann, der Präfekt von Berlepsch sowie der Generaldirektor des öffentlichen Unterrichts von Müller zentrale Akteure in diesem Prozess.

Johannes Müller empfing im März 1809 die Nachricht, dass der König von ihm zeittnah ein Konzept zur Weiterführung bzw. Schließung der Hochschulen verlange.³³ Müller, dessen Interesse eher darin bestand, die Universitäten fortzuführen, wandte sich in einem Brief an seinen Bruder und berichtete ihm, er sei mit seinen „Instituten eben jetzt in der größten Krise“.³⁴ Eine mögliche Schließung der Marburger Universität hatte vielfältige Reaktionen ausgelöst, von denen Müller seinem Bruder zwei Wochen später berichtete:

„Briefe bekam ich, – die ohne Thränen nicht zu lesen waren. Von andern die Bitte, wenn sie verpflanzt werden sollten, doch mit ihren Collegen zusam-

Johannes von Müller (1752–1809)



Gemälde von Anton Wilhelm Tischbein 1787/88
Foto: Gleimhaus Halberstadt

³² Steffen Arndt/Margret Lemberg: Friedrich Ludwig Freiherr von Berlepsch und die Universität Marburg im Königreich Westphalen, in: Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde 113 (2008), S. 191–206, hier: S. 200.

³³ Thimme, Die inneren Zustände, S. 290.

³⁴ Johannes von Müller sämmtliche Werke, herausgegeben von Johann Georg Müller, Lebensgeschichte. Siebenter Theil, Tübingen 1812, Brief vom 3. April 1809, S. 401.

men zu bleiben. Die Stadt sandte eine Deputation. Ueberall, auch hier [d.i. Kassel, d. Verf.] frug man mit Kummer um Marburg. Ich habe darüber mancherlei Verdruß, doch, wie gesagt, ich hoffe.“³⁵

Der zweite zentrale Akteur, Friedrich Ludwig von Berlepsch, hatte sich – unter Umgehung des Dienstweges über von Müller – in einem Schreiben direkt an den König gewandt, um sich für Stadt und Universität einzusetzen. Er argumentierte nicht nur mit der abzusehenden Verarmung der Stadtbevölkerung, sondern führte aus, dass die Aufhebung der Universität insbesondere potentielle Studenten des Werra-Departements vom Studium ausschlösse, da es ihnen aufgrund des Preisniveaus nicht möglich sei, an einer Universität des Königreichs ein Studium aufzunehmen und prognostizierte, die „Abschaffung der Universität Marburg [sei] zwangsläufig schädlich für die öffentliche Stimmung“.³⁶ Außerdem bestärkte Berlepsch die Universität, zeitgleich zwei Vertreter nach Kassel zu schicken und dort direkt bei Müller und Innenminister Siméon vorzusprechen, der Überlegungen zur Aufhebung der Universität aber verneinte. Der Versuch einer Audienz bei König Jérôme scheiterte daran, dass Siméon befürchtete, eine kurz zuvor erfolgte Desertierung von Soldaten eines Regiments bei Marburg, die den König gerade beschäftigte, könne sich negativ auf das Anliegen der Vertreter der Universität auswirken, zumal davon „gar keine Rede sey.“³⁷

Mit dem Tode Johannes von Müllers im Mai 1809 verloren Stadt und Universität einen Fürsprecher, denn sein Nachfolger als Generaldirektor des öffentlichen Unterrichts Leist befürwortete die Auflösung der Universität Marburg im Staatsrat. Dort kam es zu heftigen Diskussionen mit Berlepsch, der inzwischen nicht mehr Präfekt des Werra-Departements, sondern Mitglied des Staatsrats war und einer Schließung entgegengrat. Sowohl die Sitzung im September als auch die im Oktober mussten ohne Ergebnis vertagt werden, und erst in einem königlichen Dekret vom 10. Dezember 1809 wurde die Entscheidung verkündet: Marburg blieb erhalten, Rinteln und Helmstedt aber wurden geschlossen.³⁸

Ursachen und Strategien

Im Gegensatz zu den krisenhaften Situationen im 18. Jahrhundert ging es bei der Debatte um den Erhalt der Marburger Universität nicht mehr um

³⁵ Ebd., Brief vom 18. April 1809, S. 403f.

³⁶ Brief von Berlepschs an König Jérôme vom 03. April 1809, zitiert nach: Arndt/Lemberg, Berlepsch (2008), S. 201.

³⁷ UnIA Marburg, Best. 305 a, Nr. 4613: Die Gerüchte, daß der Universität eine Suppression bevorstehe, nebst definitiver Bestätigung.

³⁸ Thimme, Die inneren Zustände, S. 292.

die Frage, ob die Landesuniversität in Kassel oder Marburg angesiedelt sein sollte, vielmehr stand grundsätzlich zur Diskussion, ob im ehemals hessen-kasselischen Territorium eine Universität erhalten bleiben sollte. Die Hauptgründe für eine mögliche Schließung lagen – wie auch schon im 18. Jahrhundert – in den niedrigen Studentenzahlen und den notwendigen finanziellen Ressourcen, die zum Erhalt der Universität erforderlich waren. Verglichen mit Helmstedt und Rinteln konnte Marburg zwar mehr Studenten gewinnen, lag aber bei den Neueinschreibungen um ein Vielfaches unter denen der Universitäten Halle und Göttingen.³⁹ Ebenso deutlich erkennbar war der Unterschied zwischen den Universitäten bei der Anzahl der Professoren, von denen es zwölf in Rinteln, 20 in Helmstedt, 29 in Marburg, aber 40 in Göttingen und 43 in Halle gab.⁴⁰

In der Debatte war bereits früh von Johannes von Müller angeführt worden, dass die Schließung der Universitäten Rinteln, Helmstedt und Marburg zu erheblichen ökonomischen Schwierigkeiten in den jeweiligen Städten führen würde. Die Marburger Bürgerschaft nahm ihre bereits im 18. Jahrhundert erfolgreiche Strategie der Einreichung von Suppliken wieder auf. Unterstützt wurde sie vor allem vom Präfekten von Berlepsch, der eine Bittschrift direkt beim König einreichte.⁴¹

Müller brachte als weiteres Argument gegen eine Aufhebung die dann fälligen Pensionszahlungen für die Dozenten vor, wobei seiner Auffassung nach die Universitäten Rinteln und Helmstedt über ausreichende finanzielle Ressourcen zum Weiterbetrieb aus ihrem Vermögen verfügten, lediglich der Universität Marburg sei dies nicht möglich.⁴² Die Entscheidung über die zu schließenden Universitäten unterlag einerseits klar ökonomischen Motiven. Kosten-Nutzen-Überlegungen standen hierbei im Vordergrund, nicht aber mögliche Reformen des Universitätswesens nach französischem Vorbild.⁴³ Rein ökonomisch betrachtet wäre eine Aufhebung der Marburger Universität folgerichtig gewesen.⁴⁴

Aber religiöse und (bildungs-)politische Aspekte beeinflussten die Entscheidung. Bereits bei der ersten Besetzung Marburgs durch französische Trup-

³⁹ Asche, Universitätssterben, 2011, S. 33; Eulenburg, Frequenz, S. 298f.

⁴⁰ Karl Knoke: Niederdeutsches Schulwesen zur Zeit der französisch-westfälischen Herrschaft 1803–1813, Berlin 1915 (Monumenta Germaniae paedagogica), S. 164.

⁴¹ Die Reaktion der Universitätsstädte auf die Überlegungen zur Schließung fehlen in der Literatur fast völlig. Eine Ausnahme in Bezug auf Marburg bildet Kleinschmidt, Geschichte des Königreichs, S. 329f.

⁴² Böhm, Halle und Wittenberg, 2006, S. 117; Thimme, Die inneren Zustände, S. 291.

⁴³ Böhm, Halle und Wittenberg, 2006, S. 125.

⁴⁴ Ebd., S. 118. Zur Bedeutung ökonomischer Faktoren bei Universitätsschließungen siehe Haas, Ökonomisierung, 2016.

pen im Jahr 1806 war der Universität mittels eines Schutzbürges ihr Fortbestand zugesichert worden, was durchaus als Argument diente, dass eine Schließung nicht möglich sei. Zudem war die Marburger Universität die einzige Universität des Königreichs Westphalen, deren Statuten aus dem Jahr 1653 sie als dezidiert reformierte Universität auswiesen. Es verwundert nicht, dass ihr Weiterbestehen ein Anliegen des reformierten Schweizers von Müller war, der selbst Theologie studiert hatte und aus einer Pfarrerfamilie stammte.⁴⁵ Dieses Alleinstellungsmerkmal und der von Müller konstatierte „gute Ruf“⁴⁶ Marburgs konnte insbesondere für Studenten aus anderen Territorien attraktiv sein, auch wenn es der Marburger Universität bisher nicht gelungen war, dies für sich zu nutzen.

Dass die Marburger Universität letztlich nicht geschlossen wurde, wird in der Literatur nicht nur den Akteuren Müller und Berlepsch zugeschrieben, sondern auch damit begründet, dass König Jérôme mit Stadt und Universität positive Erinnerungen verbinde, während die Studenten der Universität Helmstedt die bei einer Huldigung genutzte Fahne mit Tinte verschmutzt hatten, was der König als Affront aufgefasst haben soll.⁴⁷ Auch in ihrem Bericht wiesen die beiden Marburger Professoren Robert und Ullmann darauf hin, dass ein Gespräch mit dem König nicht angeraten sei, da aktuelle Geschehnisse emotionale Einflüsse auf dessen Meinungsbildung haben könnten. Wie nach der zweifachen Verschiebung im Staatsrat der Entscheidungsprozess Jéromes verlief, welche Faktoren ihn tatsächlich beeinflussten, ist bislang nicht geklärt.

Kontinuitäten und Brüche

Vergleicht man die Debatte um eine Schließung der Universität im 18. mit der des 19. Jahrhunderts, zeigen sich ähnliche Muster: Der geringe finanzielle Spielraum der Universität erlaubte nur wenige Investitionen und beschränkte die Möglichkeiten der Gewinnung von Professoren. Gerade im Werben im auswärtige Studenten konnte Marburg kaum mit anderen Universitäten mithalten. Dies führte zu geringen Studentenzahlen, die sich einerseits durch fehlenden Konsum auf die Gewerbetreibenden in der Stadt auswirkten und andererseits Anlass zu Überlegungen gab, die Universität

⁴⁵ Knoke, Niederdeutsches Schulwesen, S. 158; Thimme, Die inneren Zustände, S. 291.

⁴⁶ Böhm, Halle und Wittenberg, 2006, S. 117.

⁴⁷ Insbesondere Arndt/Lemberg sehen Berlepsch als entscheidenden Akteur. Dabei wird die wesentliche Vorarbeit Müllers allerdings zu wenig in den Blick genommen. Knoke, Niederdeutsches Schulwesen, S. 166. Der in Marburg im Sommer 1809 stattgefunden Aufstand, an dem auch Mitglieder der Universität beteiligt waren, wirkte sich nicht negativ aus.

zu schließen. Allerdings ging es im Jahr 1809 nicht mehr um die Frage, ob und an welchem Ort ein oder zwei Universitäten in Hessen-Kassel bestehen sollten, sondern vielmehr stand zur Debatte, ob überhaupt eine Universität Bestand haben könnte.

Während im 18. Jahrhundert Vertreter von Universität und Stadt als Hauptakteure auftraten, spielte 1809 das persönliche Engagement Berlepschs und Müllers eine wesentliche Rolle bei der Entscheidung für Marburg. Die Frage der Wirtschaftlichkeit war insbesondere bei der Debatte Anfang des 19. Jahrhunderts relevant. Im 18. Jahrhundert finanzierte sich die Universität vorrangig aus Eigenmitteln, die ihr über Dotationsen bei der Wiedererrichtung zur Verfügung gestellt worden waren. Dadurch war der Universitätsbetrieb grundsätzlich sichergestellt, ohne dass der Staatshaushalt belastet wurde. Das Weiterbestehen der Universität, auch mit einer geringen Anzahl an Studenten, ermöglichte dem Landgrafen die Ausbildung von reformierten Pfarrern und Beamten und war ein für die Stadt Marburg wichtiger Wirtschaftsfaktor. Darüber hinaus war der Fortbestand als älteste bestehende protestantische Universität eine Frage der Repräsentation.

Auch wenn im Jahr 1809 aus ökonomischen Gründen vieles für eine Schließung Marburgs sprach, konnte sich der Universitätsstandort zu neuer Blüte entwickeln. Professoren aus Rinteln und Helmstedt wurden nach Marburg versetzt, die Universitätsbibliothek erhielt umfangreiche Buchbestände, einen neuen Botanischen Garten sowie ein lange gewünschtes akademisches Krankenhaus. Innerhalb der Marburger Universitätshistoriographie gelten die Jahre des Königreichs Westphalen als diejenigen, in denen die lange vor allem finanziell vernachlässigte Hochschule mittels hoher Investitionen ihre Lehr- und Lernbedingungen stark verbessern konnte.⁴⁸

⁴⁸ Margret Lemberg: [...] für ihr Bestes zu Kräften sorgen. Die Universität Marburg im Königreich Westphalen, in: Andreas Hedwig/Klaus Malettke/Karl Murk (Hg.): Napoleon und das Königreich Westphalen. Herrschaftssystem und Modellstaatspolitik, Marburg 2008 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen), S. 223–238; Hermelink/Kaehler, Philipps-Universität, S. 479–507.

Existenzkrise und Fortbestand der Universität Freiburg um 1800

Sandra Haas

Um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert reduzierte sich die Zahl der Universitäten drastisch. Existierten im Alten Reich im Jahr 1797 noch 38 Universitäten, so bestanden im Jahr 1818 nur noch 18.¹ Infolge der politischen und territorialen Veränderungen der Revolutions- und der Napoleonischen Kriege sowie aufgrund von ökonomischen Überlegungen wurden im Rahmen des sogenannten Universitätssterbens viele Universitäten geschlossen.² Franz Eulenburg bewertete die Universitätsschließungen in seiner lange Zeit grundlegenden Schrift „Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart“ von 1906 als einen unabdingbaren Prozess, in dem lediglich kleine, nicht überlebensfähige Universitäten geschlossen wurden.³ Diese Aussage suggeriert, dass vor allem prekäre Hochschulen vom Universitätssterben betroffen waren und dass die Universitäten, die fortbestanden, nicht um ihre Existenz fürchten mussten.

Mittlerweile ist in der Forschung hingegen anerkannt, dass generell von der „bisher schwerste[n] Existenzkrise des Hochschulwesens traditioneller Struktur“ auszugehen ist.⁴ Mit dieser Existenzkrise waren also auch fortbestehende Universitäten konfrontiert. Im Folgenden soll dies am Beispiel der Universität Freiburg, die am Ende das Universitätssterben überlebt hat,

¹ Vgl. Sandra Haas: Die Ökonomisierung der Universitäten und das Universitätssterben um 1800. Untersuchungen am Beispiel der Universität Freiburg, in: Elizabeth Harding (Hg.): Kalkulierte Gelehrsamkeit. Zur Ökonomisierung der Universitäten im 18. Jahrhundert, Wiesbaden 2016, S. 177–194, S. 177. Matthias Asche: Das „große Universitätssterben“ in den Jahrzehnten um 1800. Zu Reformbedürftigkeit und Reform(un)fähigkeit deutscher Universitäten im Zeichen von Aufklärung und Utilitarismus, in: Rainer Pöppinghege/Dietmar Klenke (Hg.): Hochschulreformen früher und heute – zwischen Autonomie und gesellschaftlichem Gestaltungsanspruch, Köln 2011, S. 25–48, S. 26.

² Vgl. Dieter J. Weiß: Das große Universitätssterben um 1800, in: Jens Bruning/ Ulrike Gleixner (Hg.): Das Athen der Welfen. Die Reformuniversität Helmstedt 1576–1810, Wolfenbüttel 2010 (Ausstellungskatalog der Herzog August Bibliothek Nr. 92), S. 78–85.

³ Vgl. Franz Eulenburg: Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Leipzig 1906, S. 183.

⁴ Laetitia Boehm: Einführung, in: Ders./Reiner A. Müller (Hg.): Universitäten und Hochschulen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Eine Universitätsgeschichte in Einzeldarstellungen, Düsseldorf 1983, S. 9–31, S. 23.

aber sowohl unter habsburgischer Herrschaft im späten 18. Jahrhundert als auch unter badischer Herrschaft im frühen 19. Jahrhundert gefährdet war, dargelegt werden. Der Beitrag möchte dabei insbesondere den aktiven Umgang der Universität mit der Existenzbedrohung herausarbeiten, d.h. darlegen, welche Argumente sie für sich vorbrachte und wie sie versuchte, Fürsprecher für sich zu gewinnen.⁵

Existenzgefährdung in habsburgischer Zeit: Die Bildungsreformen unter Kaiser Joseph II.

Die katholische Universität Freiburg, die 1457 von Erzherzog Albrecht VI. gegründet wurde, stand nahezu 350 Jahre unter Landesherrschaft des Hauses Habsburg. Durch umfangreiche Reformen des Studienwesens ab den 1750er Jahren unter Erzherzogin Maria Theresia und später unter ihrem Sohn Kaiser Joseph II. wurde sie zwar im Geiste der Aufklärung modernisiert, aber auch zu einer Staatsanstalt umgewandelt, deren einstige Autonomie dabei stark eingeschränkt wurde.⁶ Nach dem Landesherrschtswechsel und dem Übergang zu Baden 1806 verklärte die Professorenschaft ihre habsburgische Vergangenheit, so z.B. in einer Rede des Prorektors Johann Mathias Alexander Ecker im März 1807, in der er über die Professoren der Hochschule sagte:

„Dreyhundert fünfzig Jahre hatten sie und ihre Vorfäder unter dem sanften Zepter der großmütigen Beherrschter Oesterreichs glücklich durchlebt; Ihnen dankten sie festgegründete Existenz, zugängliches Auskommen und mächtigen Schutz; unter ihnen blühte dieses Institut, und trug, mit frohem Bewußtseyn dürfen wir es sagen, reiche Früchte.“⁷

Ausgeblendet blieb dabei die Tatsache, dass die Freiburger Universität zu Beginn der 1780er Jahre massiv unter Druck geriet, geschlossen zu werden, denn ihr damaliger Landesherr Joseph II. plante, Einsparungen bei Universitäten durchzuführen und sah Schließungen von mehreren Universitäten vor, die in höhergestellte Gymnasien umgewandelt werden sollten. In dem

⁵ Der Beitrag basiert auf dem Vortrag, der im Rahmen des hier dokumentierten Workshops gehalten wurde. Wesentliche Erkenntnisse zum Thema hat die Autorin bereits 2016 publiziert, vgl. Haas, Die Ökonomisierung, S. 177–194.

⁶ Vgl. Dieter Speck: Die Freiburger Universität und das „Joch der Reform“, in: Achim Aurnhammer/Wilhelm Kühlmann (Hg.): Zwischen Josephinismus und Frühliberalismus. Literarisches Leben in Südbaden um 1800, Freiburg 2002, S. 499–513, S. 506f.

⁷ Rede des Prorektors Ecker bei der Einführung des Kurators im März 1807, in: Hans Gerber: Der Wandel der Rechtsgestalt der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau seit dem Ende der Vorderösterreichischen Zeit. Ein entwicklungsgeschichtlicher Abriß, Bd. II: Urkunden-Anhang, Freiburg o.J. [1957], S. 351–356, S. 351f.

Entschluss vom 29. November 1781, in dem er Gottfried van Swieten zum Präsidenten der obersten Studienbehörde ernannte, legte Joseph II. fest:

„1. Sollen hinfür die grossen Universitäten auf 3 in den Oesterr. und Böhmisichen Landen eingeschränkt werden, nämlich Wienn, Prag und eine in Gallitzien. Die Insprugger, die Brünner und die Freyburger cessiren, und werden nachher 2. In diesen nämlichen Provinzen und noch einigen anderen nur Gymnasien, in welchen doch auch die Jura tradiret werden, mit viel weniger Professoren jedoch, und aus keinem medicinischen Fache, wohl aber einer chirurgischen und Hebammenschule bestehen“.⁸

Die Freiburger Universität gehörte neben Innsbruck und Brünn also explizit zu den Universitäten, die nicht weiter fortbestehen sollten.

Im Folgenden soll gezeigt werden, wie die Universität dieser Existenzbedrohung begegnete. Schon 1768 schrieb der Göttinger Professor Johann David Michaelis in seiner Schrift „Raisonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland“, dass, wenn eine Universität in ihrer Existenz bedroht ist, sie dies nicht teilnahmslos hinnehmen werde: „Eine aus so vielen Personen bestehendes Collegium wird auch vermutlich die Kunst schon besitzen, alle auf seine Aufhebung abzielende Anschläge bey dem Minister zu vereiteln.“⁹

Und in der Tat blieb auch die Universität Freiburg nicht tatenlos. In einem Bittschreiben an den Kaiser von 1782 gab sie ihrer Sorge Ausdruck, dass sie das Gerücht vernommen habe, dass ihre Aufhebung bevorstünde.¹⁰ In dem Schreiben wurde eine wirtschaftliche Argumentationslinie verfolgt, und die Universität betonte, dass ihr Erhalt nur von Vorteil sein könne und welche zentrale Bedeutung sie für die österreichischen Vorlande habe. Es wurde darauf verwiesen, dass sich die Universität durch ihre Fundationsgelder selbst finanziere: „Bekannter Massen ist die hohe Schule zu Freyburg so fundiret, dass sie keines Beytrags aus dem aerario fisci bedarf; sie unterhält sich durch die Gnade ihres Stifters selbst.“¹¹

Zugleich betonte die Universität, dass diese Gelder bei ihrer Aufhebung nicht automatisch in die Staatskasse fließen würden: „Uns sey es genug EE vorzulegen, dass wir den beträchtlichsten Theil unsrer Fundation von fremden Zuflüssen beziehen, und dass diese Zuflüsse bey jeder anderer Verwen-

⁸ Anweisung von Joseph II., zitiert nach: Rudolf Kink: Geschichte der Kaiserlichen Universität zu Wien, Bd. 1: Geschichtliche Darstellung der Entstehung und Entwicklung der Universität bis zur Neuzeit. Sammt urkundlichen Beilagen, Wien 1854, S. 545f.

⁹ Johann David Michaelis: Raisonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland, Erster Theil, Frankfurt/Leipzig 1768, S. 248f.

¹⁰ Vgl. Bittschreiben der Universität 1782, in: Gerber, Der Wandel, S. 292–297, S. 292.

¹¹ Ebd., S. 293.

dung theils aufhören, theils erschweret werden müssten.“¹² Die Universität griff in ihrer Argumentation zudem den mercantilistische Grundgedanken der Geldzirkulation auf. Neben der Erwähnung, wie viele Gelder durch ihre Existenz und durch die in Freiburg lebenden Studenten in Umlauf gebracht werden, warnte sie vor den Folgen, die bei ihrer Aufhebung für Stadt und Region eintreten würden:

„Die Aufhebung der hiesigen hohen Schule würde in unsren Vorlanden zwey Ubel verursachen, wodurch das Schicksal der vorländischen Unterthanen unendlich verschlimmert würde; den Mangel des Zuflusses von Ausländern, die auf der hiesigen Universität verzehren, und den bedrückenden Aufwand, den die Vorländer auf den Unterhalt ihrer Söhne an entlegenen Universitäten machen müssten, welcher Aufwand ganz aus der Cirkulation unsers ohnehin mässigen Geldvorraths kommen würde. [...] Da es sicher ist, dass itzt bey der geringern Zahl über 40 000 fl. durch die jährliche Verzehrung mittelst unserer Akademie in Umlauf kommen; da bey Aufhebung dieser Akademie nicht nur dieser Umlauf gehemmt, sondern an Fondationen Renten von mehreren Tausend Gulden, ohne den sehr nahmhaften Kapitalfond mitzurechnen aus den österreichischen Erbländern wandern würden; ... folglich die Aufhebung die betrübtesten Folgen für unsre Vorlanden haben müsste“.¹³

Im Bittschreiben der Universität nahmen ökonomische Argumente also eine zentrale Rolle ein.

Aber nicht nur die Universität war aufgeschreckt und setzte sich für ihren Erhalt ein. Die vorderösterreichischen Landstände und die Stadt Freiburg sprachen sich ebenfalls gegen die Schließung der Universität aus.¹⁴ Die Stadt Freiburg sandte eine Bittschrift nach Wien, worin es hieß:

„Der Staat gewinnt bei Aufhebung der hießigen hohen Schule nichts, er verliert. Das Schicksal der vorländischen Untertanen würde dadurch unendlich verschlimmert, und zwar a) wegen Mangels an Zufluß von Ausländern, die auf die hiesige Universität verziehen, b) wegen des drückenden Aufwandes, den die Vorländer auf den Unterhalt ihrer Söhne an entlegenen Universitäten machen müssen. Im Gegenteil kann die hiesige Hochschule dem Staat vorteilhaft sein, sowie sie den Vorlanden unentbehrlich ist.“¹⁵

Auffällig ist die nahezu identische kameralistische Beweisführung von Universität und Stadt. Möglicherweise tauschten sich Universität und Stadt da-

¹² Ebd., S. 294.

¹³ Ebd., S. 295, 297.

¹⁴ Vgl. Hermann Mayer: Aus der badischen Frühzeit der Universität Freiburg i.Br., in: Zeitschrift der Gesellschaft für Beförderung der Geschichts-, Altertums- und Volkskunde von Freiburg, dem Breisgau und den angrenzenden Landschaften, 39/40, 1927, S. 167–194, S. 170.

¹⁵ Zitiert nach: Ebd.

rüber auch aus, welche Argumente für den Erhalt der Universität zielführend seien.

Die Argumentationsstrategie ist auch vor dem Hintergrund der damals geführten Debatte zur Wirtschaftlichkeit von Universitäten zu sehen. Insbesondere der Göttinger Professor Johann David Michaelis war einer der einflussreichsten Autoren, der die Aufhebung von kleinen und wirtschaftlich unrentablen Universitäten empfahl. Seine Schrift „Raisonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland“ war 1781 für die Universitätsbibliothek angeschafft worden und dürfte der Freiburger Professorenschaft bekannt gewesen sein.¹⁶

Im Ergebnis war die Universität in ihren Bemühungen um ihren Erhalt erfolgreich. Anders als Innsbruck, Graz oder Brünn wurde sie nicht geschlossen. Dabei scheinen insbesondere die wirtschaftlichen Argumente hinsichtlich der Eigenfinanzierung und der Bedeutung der Universität für Vorderösterreich verfangen zu haben: Sie fanden den Zuspruch des Vorsitzenden der Studienhofkommission, Gottfried van Swieten, der Joseph II. die Fortführung der Hochschule empfahl.¹⁷ Gleichwohl macht dieser letztlich abgewendete Gefährdungsmoment deutlich, dass die Universität Freiburg nicht erst in der Zeit des Universitätssterbens um 1800, sondern bereits in den 1780er Jahren konkret von der Schließung bedroht war.

Existenzgefährdung in badischer Zeit: Herrschaftswechsel und Rationalisierung des badischen Universitätswesens

Die Universität Freiburg erlebte um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert eine unruhige Zeit. Die Belastungen der Koalitionskriege schwächten ihre Finanzen und störten immer wieder den Universitätsbetrieb.¹⁸ Zugleich kam es gleich zweimal in kurzer Zeit zu einem Landesherrschaftswechsel. 1803 wechselte der Breisgau und damit auch die Universität Freiburg zunächst von Österreich zu Modena. Die Herrschaft des Herzogs von Modena

¹⁶ Vgl. Peter Schmidt: Die Universität Freiburg i.Br. und ihre Bibliothek in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Freiburg 1987, S. 8; Haas, Die Ökonomisierung, S. 185.

¹⁷ Vgl. Gerald Grimm: Elitäre Bildungsinstitution oder „Bürgerschule“? Das österreichische Gymnasium zwischen Tradition und Innovation. 1773–1819, Frankfurt a. M. 1995, S. 197–199; Simon Karstens: Lehrer – Schriftsteller – Staatsreformer. Die Karriere des Joseph von Sonnenfels (1733–1817), Wien/Köln/Weimar 2011, S. 383; Haas, Die Ökonomisierung, S. 185.

¹⁸ Vgl. Ernst Pfister: Die finanziellen Verhältnisse der Universität Freiburg von der Zeit ihrer Gründung bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts, Freiburg 1889, S. 103–108, 115 und 122–124; Hermann Mayer: Die Universität Freiburg in Baden in der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts, Teil 1: 1806–1818, Bonn 1892, S. 11–13.

war nur ein Zwischenspiel, das gerade einmal zwei Jahre dauerte. Auch in dieser Zeit war die Universität in Sorge um ihren Fortbestand.¹⁹ Zu ihren größten Existenzkrisen kam es jedoch mit dem Wechsel der Landesherrschaft zum Fürstentum Baden (1806). Unter badischer Regierung war die Universität in einem Jahrzehnt gleich mit zwei existenziellen Gefährdungsmomenten konfrontiert.

Der erste Gefährdungsmoment setzte mit dem Herrschaftswechsel ein und erstreckte sich über den Zeitraum vom Dezember 1805 bis Mai 1806. Heikel für den Fortbestand der Universität war insbesondere die Tatsache, dass in Baden bereits eine Landesuniversität existierte, nämlich die Universität Heidelberg. Sie war 1803 mit der Kurpfalz an Baden gekommen und war von der Regierung sehr rasch reorganisiert und zu einer badische Staatsanstalt umgebaut worden.²⁰ Es erschien also mehr als fraglich, dass eine zweite Universität gebraucht würde. Der damalige Prorektor der Universität, Johann Mathias Alexander Ecker, beschrieb 1807 rückblickend die Situation folgendermaßen:

„Mit ängstlich pochenden Herzen versammelten sich die bestürzten Väter dieser hohen Schule vor einem Jahr oft in diesen heiligen Hallen; mit bangen wehmütigen Bliken sahen sie auf zu den Bildern ihrer erhabenen milden Stifter und Wohlthäter. [...] Das Schicksal riß mit gewaltiger Hand unser Land und mit ihm die Albertina von Staaten Oesterreichs los; doch sie gab es einem Fürsten dessen Weisheit, liberale und humane Gesinnungen ganz Europa preißt. Trost, großer Trost lag zwar in diesem Gedanken, aber nicht Beruhigung für uns. Der neue Suverain hatte vor wenigen Jahren mit großen Kosten eine ihm heimgefallene gesunkene hohe Schule neu errichtet, und reich begabt; zwey Universitäten scheinen den ersten Anblick nach für seine Staaten zu viel.“²¹

Einstweilen setzten sich die Schließungsüberlegungen nicht durch, und die Frage, ob in Baden zwei Universitäten existieren sollten, wurde zugunsten der Weiterexistenz beider Hochschulen beantwortet.

Im zweiten Gefährdungsmoment, kaum zehn Jahre später, kam die Frage jedoch erneut auf. Im Dezember 1816 hieß es, die Regierung wolle die Universität Freiburg schließen. Auslöser war das Ansinnen der Stadt Freiburg, anstelle von Konstanz Bischofsstadt zu werden. Vor dem Hintergrund der Aufwertung als Bischofsstadt wurde erneut gefragt, ob die Stadt daneben auch eine Universität benötige und sich der badische Staat zwei Universitä-

¹⁹ Vgl. Haas, Die Ökonomisierung, S. 185–187.

²⁰ Vgl. Eike Wolgast: Phönix aus der Asche? Die Reorganisation der Universität Heidelberg zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Friedrich Strack (Hg.): Heidelberg im säkularen Umbruch. Traditionsbewußtsein und Kulturpolitik um 1800, Stuttgart 1987, S. 35–60.

²¹ Zitiert nach: Gerber, Der Wandel, S. 352.

ten leisten solle.²² Die Universität Freiburg drohte den Rationalisierungsbestrebungen im badischen Universitätswesen zum Opfer zufallen. Aufgrund aktiver Bemühungen von Stadt und Universität gelang es im Ergebnis, die Universität Freiburg zu erhalten.

Dabei dürfte eine wesentliche Rolle gespielt haben, dass es für den bikonfessionellen Staat Baden sinnvoll gewesen war, neben der protestantischen Universität Heidelberg mit Freiburg auch weiterhin über eine katholische Universität zu verfügen. Mit der badischen Verfassung vom August 1818, mit der beide Universitäten Verfassungsrang errangen, konnte sie ihre Fort-

existenz als gesichert ansehen.²³ Zudem hat Großherzog Ludwig 1820 mit finanziellen Zusagen auch in ökonomischer Hinsicht die weitere Existenz der Universität gefestigt; seither hat die Universität einen Doppelnamen und nennt sich in Erinnerung an ihren Gründer Erzherzog Albrecht VI. und ihren „zweiten“ Gründer Großherzog Ludwig „Albert-Ludwigs-Universität“.²⁴

Von Interesse ist nun, wie die Universität Freiburg in den beiden Gefährdungsmomenten unter badischer Herrschaft ih-

*Großherzog Ludwig von Baden (1763–1830),
der „zweite“ Gründer der Universität Freiburg*



Quelle: UAF D13/415

²² Vgl. Dagmar Kicherer: Rektoren auf Lebenszeit: Karl Erzherzog von Österreich und Ludwig Großherzog von Baden, in: Freiburger Universitätsblätter, 137, 1997, S. 87–97, S. 93.

²³ So in § 21 oder § 27. Vgl. Verfassungsurkunde für das Großherzogtum Baden, 22.8. 1818, in: Hans Fenske: 175 Jahre badische Verfassung, Karlsruhe 1993; Ders: Konflikte, kontinuierlicher Aufstieg: Die Universität von 1806 bis 1914, in: Bernd Martin (Hg.): Festchrift 550 Jahre Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Bd. 3: Von der badischen Landesuniversität zur Hochschule des 21. Jahrhunderts, Freiburg/München 2007, S. 28–43, S. 33.

²⁴ Vgl. Haas, Die Ökonomisierung, S. 192.

rer Schließung entgegenwirkte. In beiden Krisensituationen verhielt die Universität sich nicht passiv, sondern setzte sich massiv für ihren Erhalt ein. So wurde bereits am 31. Dezember 1805, also wenige Tage nach dem Preßburger Frieden, im Konsistorium der Universität darüber debattiert, wie die neue badische Landesherrschaft zu ihrem Fortbestand stehen würde. Um ohne großen Zeitverlust einer möglichen Aufhebung entgegentreten zu können, wurde der Beschluss gefasst, eine Übersicht über den Verfassungszustand der Universität anzufertigen:

„Die wirklichen Zeitumstände, wo man nächster Tagen unter eine neuen Landesherrschaft kommen werde, erfordern, daß man sich darauf gefaßt mache, und jene Verfügungen vorbereitungsweise treffe, welche zu Aufrechterhaltung der hohen Schule erforderlich sind. In dieser Absicht haben S. M. ein zusammengesetztes Consistorium am 31ten v. M. gehalten, in welchem dieser Gegenstand in Überlegung genommen und abgeschlossen wurde.“²⁵

Auch 1816 verfiel die Universität nicht in Resignation, vielmehr wurde in der Konsistoriumssitzung der Universität am 20. Dezember 1816 die Akten von den beiden bereits beschriebenen Gefährdungsmomenten 1781 und 1806 eingesehen, um Argumente für den Fortbestand der Lehranstalt zu sammeln.²⁶

Die Universität sah die Stadt in beiden Gefährdungsmomenten als einen wichtigen Verbündeten an. Tatsächlich machte sich die Stadt immer wieder für den Erhalt der Universität stark und schickte bei drohender Aufhebung städtische Vertreter an den badischen Hof, um ein Stimmungsbild bezüglich Aufhebungsabsichten zu erlagen und sich für den Fortbestand der Universität einzusetzen. Die Universität drang hierbei auf bestmögliche gegenseitige Abstimmung. Dies zeigte sich im Januar 1816 nach der Rückkehr des städtischen Vertreters Ferdinand Weiß von seiner Reise an den badischen Hof nach Karlsruhe. Die Universität warf der Stadt vor, „daß von Seiten der Stadt, welche doch so viele Interessen vorstellen könnte, die Sache nicht mit mehr Energie betrieben werde.“²⁷ Die Universität beanstandete, dass sie über die Reise nach Karlsruhe gar nicht informiert war und sie sich gewünscht hätte, dass man eine gemeinsame Deputation in die badische Residenzstadt geschickt hätte. Zudem sei esdürftig gewesen, dass lediglich ein

²⁵ Übersicht über den Verfassungszustand der Universität beim Übergang zu Baden. 8. Januar 1806, in: Gerber, Der Wandel, S. 332–344, S. 332f.

²⁶ Vgl. Mayer: Die Universität Freiburg in Baden, S. 89.

²⁷ Hermann Mayer: Bemühungen der Stadt Freiburg um die Erhaltung ihrer Universität in den Jahren 1816–1818. Eine Jahrhunderinnerung, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Beförderung der Geschichte-, Altertums- und Volkskunde von Freiburg dem Breisgau und den angrenzenden Landschaften, 22, 1917, S. 105–129, S. 117f.

Vertreter in der Sache geschickt worden sei.²⁸ Im Januar 1818 sendete die Stadtverwaltung dann auch eine Deputation bestehend aus mehreren Vertretenen, was dem Wunsch der Universität entsprach.²⁹ Immer wieder versuchte die Universität, die Stadt zu mobilisieren, um gemeinsam für den Fortbestand einzutreten.

Darüber hinaus erachtete die Universität es als wichtig, dass Mitglieder der Professorenschaft selbst am badischen Hof vorstellig wurden, um bei angesehenen, einflussreichen Persönlichkeiten für die Sache der Universität zu werben. Anfang des Jahres 1806 reisten so der Prorektor der Universität, Johann Baptist Weißegger von Weißenbeck, der Medizinprofessor Johann Mathias Alexander Ecker und Johann Georg Jacobi, Professor der Schönen Wissenschaften und erster protestantischer Professor an der Universität, in die Residenzstadt Karlsruhe. Neben Besuchen bei badischen Ministern und Räten erhielten sie auch eine Audienz bei ihrem neuen Landesherren, dem Kurfürsten Karl Friedrich von Baden.³⁰ Professor Johann Georg Jacobi bewertete die Reise als Erfolg und schrieb seinem Freund und Briefpartner Konrad Gottlieb Pfeffel am 11. März 1806 „von dem Erfolg unserer Deputation nach Carlsruhe“. Er berichtete:

„Die Aufhebung war schon beschlossen. Durch unsre Vorstellungen erhielten wir, dass die Regierung auf dieselbe, von welcher sie ganz irrite Begriffe hatte, aufmerksam wurde und versprach, die Sache genauer zu untersuchen. Man kann sich eben so wenig entschließen, Heidelberg untergehen zu lassen, als zwey Universitäten zu haben. Es wird darauf ankommen, ob wir unsre Einkünfte in Schwäbisch Oestreich, auf welche Württemberg Ansprüche macht retten.“³¹

Auch beim Gefährdungsmoment 1816 wurden Deputationen der Universität an den badischen Hof geschickt. Am 27. Dezember 1816, also eine Woche nach der bereits oben erwähnten Plenarsitzung des Konsistoriums, trafen die Professoren Johann Adolf Theophil Schaffroth und Gustav Friedrich Wucherer in Karlsruhe ein, wo sie unter anderem mit Staatsrat Johann Anton Guignard, Minister Karl Wilhelm Freiherr Marschall von Bieberstein, Staatsrat Johann Ludwig Klüber, dem Minister für auswärtige Angelegenheit, Karl Freiherr von Hacke, und auch mit Großherzog Karl Ludwig selbst über die Schließungsgerüchte sprachen.³²

²⁸ Vgl. ebd., S. 118.

²⁹ Vgl. ebd., S. 120.

³⁰ Vgl. Mayer: Die Universität Freiburg in Baden, S. 4.

³¹ Theodor Schoell: Johann Georg Jacobi's Briefe an Pfeffel, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, 50, 1896, S. 36–80, S. 75.

³² Vgl. Mayer: Die Universität Freiburg in Baden, S. 89; Kicherer: Rektoren auf Lebenszeit, S. 93f.

Neben der persönlichen Darlegung der Interessen der Universität an offizieller Stelle in Karlsruhe war die Gewinnung von Fürsprechern über Netzwerkarbeit etwas, das die Universität in den beiden Gefährdungsmomenten sehr intensiv betrieb. Dazu gehörte auch, dass das Konsistorium 1806 es als empfehlenswert ansah, dem badischen Übernahmekommissar Carl Wilhelm Ludwig Friedrich von Drais sogleich nach seiner Ankunft in Freiburg die Aufwartung zu machen. Der Prorektor und zwei Dekane sollten dabei die Universität in ein gutes Licht rücken.³³

Als sich zeigte, dass es für den Erhalt der Universität von großem Vorteil war, wenn die universitären Besitzungen in Württemberg bei der Universität verblieben, versuchte die Universität gezielt, hierfür Fürsprecher zu gewinnen. Dabei wandte man sich insbesondere an Gesprächspartner, die gute Kontakte zur bei der Klärung hiesiger Grenzfragen eine wichtige Rolle spielenden französischen Regierung hatten. Einer davon war der französische Kommissar für der Breisgau und die Ortenau, Jean Nicolas de Monard. Dank seiner Empfehlung und Vermittlung gelang es, weitere hilfreiche Kontakte zu knüpfen. Die Universität konnte mit Hilfe Monards im März 1806 gleich zweimal bei Divisionsgeneral Henry Clarke, von dem man sich wiederum Fürsprache in Paris erhoffte, eine Unterredung wahrnehmen, um ihr Anliegen vorzutragen.³⁴ Parallel gab es Bemühungen, auch Erzherzog Karl, der seit 1796 Ehrenrektor der Universität Freiburg war, sowie Kurkanzler Karl Theodor von Dalberg in Regensburg um ihren Beistand zu bitten.³⁵ Auch 1817 wandte sich die Universität wieder hilfesuchend an verschiedene Persönlichkeiten, wie zum Beispiel an ihren ehemaligen Landesherren Kaiser Franz I. und an Papst Pius VII.³⁶

Ein auffälliges Muster in den Bemühungen der Universität in beiden Gefährdungsmomenten unter badischer Herrschaft ist, dass sie neben dem konfessionellen Aspekt stets ökonomische Argumente für ihren Erhalt vorgebrachte. Bei ihren Verhandlungen am badischen Hof 1806 wurde den Vertretern der Freiburger Universität verständlich gemacht, dass die neue Landesherrschaft sich keine zwei Universitäten auflasten wollte, die man letzten Endes beide mit Staatsgeldern finanzieren musste. Auch wurde auf die geringe Landesgröße verwiesen, die es nicht zuließe, gleich zwei badische Universitäten fortexistieren zu lassen.³⁷ Um den wirtschaftlichen Bedenken entgegenzutreten, argumentierte die Universität ihrerseits ökonomisch und machte Standortvorteile geltend: Für das Fürstentum Baden würde ihre

³³ Vgl. Gerber, *Der Wandel*, S. 333.

³⁴ Vgl. Mayer: *Die Universität Freiburg in Baden*, S. 4.

³⁵ Vgl. ebd.

³⁶ Vgl. ebd., S. 89; Kicherer: *Rektoren auf Lebenszeit*, S. 94.

³⁷ Vgl. Universitätsarchiv Freiburg, UAF A 65/67.

Aufhebung einen eindeutigen Verlust bedeuten, da Freiburg – im Gegensatz zu Heidelberg – mitten in Baden läge. Folglich würden die Gelder der Studenten und Universitätsangehörige nicht außerhalb der Landesgrenzen abfließen, wie es bei Heidelberg teilweise der Fall sei. Zudem könne die Situation der Universität Freiburg mit weitaus weniger Geld optimiert werden als die der Universität Heidelberg.³⁸

Die gleiche Argumentationsführung verwendete die Universität auch in ihrer Existenzkrise zehn Jahre später. Erneut hob sie ihre wirtschaftliche Nützlichkeit hervor. Der Freiburger Professor Karl von Rotteck fertigte für die Universität eine Schrift an, die mit rechtlichen, konfessionellen und ökonomischen Argumenten für den Erhalt der Universität eintrat und an wichtige Akteure in Karlsruhe geschickt wurde.³⁹ Rottecks Schrift legte dar, weshalb das Großherzogtum Baden mitnichten zu klein für zwei Universitäten sei und warum die Freiburger Hochschule keinesfalls geschlossen werden dürfte. Dabei betonte Rotteck die Bedeutung, die die Universität für die Region habe:

„Seit 1456, also seit dreihundert ein und sechzig Jahren, gehört die ausdrücklich für Freiburg gestiftete Universität dieser Stadt und der sie in weitem Kreis umgebenden Landschaft an. Seit dieser langen Zeit ... sind die geistigen und pekuniären Früchte dieser Stiftung Stadt und Land zu gutem gekommen; in hundert und hundert Kanälen für Einzelne, für Familien und Gemeinden segenbringend, unversieglich sind die Wohlthaten derselben ausgeströmt; sie ist durch ihre von Geschlecht zu Geschlecht aufgehäuften, durch fortwirkenden mittelbaren Einfluß sich vervielfältigenden Gaben wahrhaft die ernährende Mutter, und durch die in alle bürgerlichen und Erwerbs-Verhältnisse und in's innerste Leben dieses Volkes gedrungene Gewohnheit solchen Empfangs und Segens, das eigentliche Prinzip seiner bürgerlichen Wohlfahrt, ja seiner Erhaltung geworden.“⁴⁰

Anschaulich erläuterte Rotteck anhand einer Übersicht, welche Summen durch die Aufhebung der Universität Freiburg für Stadt, Region und dem Land Baden verloren gehen würde. So rechnete er zum Beispiel vor, wieviel Gelder durch die Studenten in Stadt und Region flossen:

„Die Zahl der Studierenden mag nach einem mittlern Durchschnitt auf 300 angenommen werden. Wenn jeder im Durchschnitt 300 fl. jährlich verzehrt (gewiß eine mäßige Annahme, aber auch für die hießigen Jünglinge gültig, als welche sonst die gleiche Summe auswärts verzehren und sonach der Zirku-

³⁸ Vgl. ebd.

³⁹ Vgl. Karl von Rotteck: Für die Erhaltung der Universität Freiburg. Aus Auftrag des Prorektors und Consistoriums, Freiburg 1817.

⁴⁰ Ebd., S. 10.

lation dieses Landes entziehen würden), so gibt dies eine Summe von 90.000 fl.“⁴¹

Insgesamt würde die Summe 200.000 fl. betragen, so Rotteck:

„Es ist wohl ein sehr mäßiger Anschlag, wenn das Total dieser jährlichen Nutzungen zu 200.000 fl. geschätzt wird. Diese Summe wird aber in so vielen kleinen Theilen und verschiedenen Kanälen über Stadt und Land ausgegossen, vervielfältigt sich durch die Wirkung der Cirkulation zwischen allen Klassen der Einwohner, und bringt mittelbar durch den gesteigerten Werth der Häuser, der Grundstücke, Miethzinse und Arbeiten so mannigfaltig erhöhten Gewinn, daß ihr eigentlicher Werth für den Wohlstand der Provinz ganz unschätzbar wird.“⁴²

Ebenso wurden Standortvorteile gegenüber Heidelberg hervorgehoben:

„Da der wohlthätige Einfluß einer Universitätsstadt auf Wohlhabenheit und Geldcirculation wie von einem Mittelpunkt aus in einem Kreise statt hat, so fällt bei Heidelberg wieder ein großer Theil der Umkreisung in's Ausland, und was dergestalt verloren geht, ist nicht nur für die einzelnen Unterthanen, sondern auch für den Staat verloren.“⁴³

Darüber hinaus wurde erneut argumentiert, dass bei einer Schließung der Universität die Einkünfte aus ihren württembergischen Besitzung an Württemberg verloren gehen würden.⁴⁴ Ferner wurden die Kosten der Universität im Vergleich zu Heidelberg herunterspielte:

„Heidelberg kostet den Staat alljährlich eine große Summe, welche wir ohne Gefahr der Ueberschätzung zu 60.000 fl. annehmen. Freiburg kostet nichts, um zu bestehen wie bisher. Mit dem dritten Theil des für Heidelberg Verwendeten würde aber die Freiburger hohe Schule so blühend und glänzend werden können, als irgend eine in Deutschland.“⁴⁵

Resümee

In der Zusammenschau wird deutlich, dass die Universität Freiburg zu den gefährdeten Hochschulen in der Zeit des Universitätssterbens gehörte, auch wenn sie am Ende nicht geschlossen wurde. Es gab drei massive Gefährdungsmomente, nämlich 1781 (unter habsburgischer Herrschaft) sowie 1806 und 1816 bis 1818 (unter badischer Herrschaft). Dabei zeigt der erste

⁴¹ Ebd., S. 11.

⁴² Ebd., S. 12.

⁴³ Ebd., S. 17.

⁴⁴ Vgl. ebd., S. 12.

⁴⁵ Ebd., S. 18.

Gefährdungsmoment, dass es bereits Ende des 18. Jahrhunderts eine Art Vorphase des Universitätssterbens gab.⁴⁶

Der Universität Freiburg versuchte in allen drei Gefährdungsmomenten, aktiv gegen die drohende Schließung vorzugehen. Dabei sind parallele Handlungsmuster erkennbar. Die Universität suchte jeweils die Zusammenarbeit mit der Stadt, betrieb Lobbyarbeit bei Hof und Regierung, suchte wichtige Akteure für sich zu gewinnen und setzte, neben rechtlichen und konfessionellen Begründungen, vor allem auf ökonomische Argumente, mit denen sie ihre Nützlichkeit für Staat und Gemeinwesen unterstrich. Im Ergebnis überlebte die Universität Freiburg so das Universitätssterben.

⁴⁶ So wurden 1782 die habsburgischen Universitäten Innsbruck, Graz und Brünn/Olmütz, 1789 die mecklenburgische Universität Bützow und 1794 die „Hohe Karlsschule“ in Stuttgart geschlossen. Vgl. Asche: Das „große Universitätssterben“, S. 28, 34.

Die Bayerische Universitätspolitik an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert

Das Schicksal der Universität Bamberg als Beispiel

Regina Meyer

„Bey unsrer ersten Durchreise durch Franken wuste Schelling schon, daß man auf ihn ein sehr bestimmtes Augenmerk für Würzburg und die neue Ordnung der Dinge gerichtet habe, doch verzögerte sich die lezte Entscheidung, weil hier so gar manches im Politischen zu entscheiden war, ehe es an eine Einrichtung für die Universität ging‘, so schreibt Caroline Schelling, die Ehefrau des Philosophen Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, Anfang 1804 im Rückblick auf das vergangene Jahr in einem Brief an Luise Gotter.“¹

In der Mitte des folgenden Absatzes, nach einer Beschreibung der Reiseroute des frischvermählten Paars, berichtet sie, dass noch Anfang November 1803 „einige Wochen über Ungewißheit obwaltete, ob nicht alles [d.h. auch die Universität, d. Verf.] nach Bamberg verpflanzt würde“.² Wäre dieses Ergebnis so gekommen, wäre es den beiden Schellings sicher nicht ungelegen gekommen, da sich Caroline in Bamberg wohlfühlt und Friedrich Wilhelm Joseph mit dem über Bamberg und sein Umland hinaus bekannten Arzt Adalbert Friedrich Marcus freundschaftlich verbunden ist.³

¹ Erich Schmidt (Hg.): Caroline. Briefe aus der Frühromantik. Zweiter Band, Bern 1970, S. 378. Der gesamte auf den 4. Januar 1804 datierte Brief an Luise Gotter findet sich in Schmidt (Hg.), Briefe, S. 377–381.

² Schmidt (Hg.), Briefe, S. 379.

³ Die freundschaftliche Verbundenheit zwischen Friedrich Wilhelm Joseph Schelling und Adalbert Friedrich Marcus findet u.a. ihren Ausdruck in dem immer wieder regen Briefwechsel zwischen den beiden Denkern; vgl. hierzu z.B. Friedrich Wilhelm Joseph Schelling: Aus Schellings Leben. In Briefen. Erster Band 1775–1803, herausgegeben von G. L. Plitt, Hildesheim/Zürich/New York 2003, S. 456–457; S. 469–475. Adalbert Friedrich Marcus selbst wird 1753 als Sohn eines jüdischen Kaufmanns geboren. Nach seinem Medizinstudium mit anschließender Promotion in Göttingen sowie darauf folgender zweijähriger praktischer Ausbildung am Juliuspital in Würzburg konvertiert er zum katholischen Glauben und wird Hofrat und Leibarzt des Fürstbischofs Franz Ludwig von Erthal. Auf seine Initiative hin wird 1789 das Allgemeine Krankenhaus in Bamberg gegründet als eine der modernsten Einrichtungen hinsichtlich der Verbindung von Therapie, Lehre und Forschung seiner Zeit. Neben seiner Tätigkeit als Direktor des Bamberger Krankenhauses wirkt Marcus ab 1793 zudem als Medizinprofessor an der Bamberger Universität. 1802 gründet er neben anderen Folgeeinrichtungen für aufgelöste fürstbischöfliche Wohlfahrtseinrichtungen eine Medizinisch-chirurgische Schule als Nachfolgerin für die Medizi-

Aus heutiger Perspektive heraus ist bekannt, dass die Entscheidung letztlich zugunsten eines Universitätsstandorts Würzburg, nicht Bamberg gefallen ist. In vielen Darstellungen wird dabei von einer argumentativ eindeutigen und wenig diskursiven Entscheidungsfindung für Würzburg ausgegangen bzw. ein wenig differenziertes Bild hinsichtlich der Faktoren, die die Entscheidung beeinflussten, gezeichnet. Deshalb soll im Folgenden einerseits der Frage nachgegangen werden, ob die Weichen zur Schließung der Bamberger Universität tatsächlich von Anfang an so eindeutig gestellt waren; andererseits soll aber auch am Beispiel des Schicksals der Theologischen Fakultät als Institution und der dort lehrenden Professoren ein Versuch unternommen werden, die Auswirkungen einer solchen Schließung in den Blick zu nehmen.

Hierfür wird zunächst in einem ersten Schritt kurz die politische Landschaft, die sich an der Wende zum 19. Jahrhundert im fränkischen Raum signifikant verändert, dargestellt. Anschließend wird nach der von den politischen Machthabern vertretenen Bildungspolitik, die die Grundlage für die Frage nach der Schließung entweder der Universität Würzburg oder der Bambergs bildet, gefragt. Dabei kommen nicht nur die (bildungs)politischen Entscheidungen kurz vor bzw. nach der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert zur Sprache, sondern es wird auch auf die Entwicklung und inhaltliche Ausrichtung der *Academia Ottoniana*⁴ bzw. Universität Bamberg eingegangen. Darauf aufbauend beschäftigt sich der dritte Teil dieses Beitrags mit der Universität Bamberg: die Vorgänge rund um ihre Schließung sowie das Schicksal der Theologischen Fakultät und ihrer Professoren nach Aufhebung der Universität.

nische Fakultät. Bis zu seinem Tod 1816 wirkt Marcus in verschiedenen Funktionen in Bamberg; vgl. hierzu Engelhardt Dietrich von: Marcus, Adalbert Friedrich, in: Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon 44 (2022), Sp. 809–897 und die dort angegebene weiterführende Literatur.

⁴ Bis etwa 1735/40 und dem damit verbundenen schrittweisen Ausbau von einer Zwei- zu einer Vierfakultäten-Universität spricht man von der *Academia Ottoniana*. In den darauf folgenden Jahren bis etwa 1773/76 kann man einen Wandel im Sprachgebrauch feststellen: zunächst werden *Academia Ottoniana* und Universität nahezu synonym verwendet, anschließend erhält die Bezeichnung als Universität den Vorzug. Ab spätestens 1782/83 wird fast ausschließlich von der Universität Bamberg in Abgrenzung zur vorhergehenden, vorrangig jesuitisch geprägten *Academia Ottoniana* gesprochen. Im Beitrag wird dieser Sprachgebrauch weitgehend übernommen.

Veränderungen der politischen Landschaft an der Wende zum 19. Jahrhundert

Im Gebiet des heutigen Frankens existieren um 1800, neben anderen von weltlichen Machthabern regierten Städten und Territorien, seit ihrer Konsolidierung im 14. und 15. Jahrhundert die drei (geistlichen) Hochstifte Würzburg, Bamberg und Eichstätt. In diesen nimmt der vom Domkapitel gewählte Bischof eine Doppelfunktion sowohl als weltlicher Herrscher als auch als oberster geistlicher Herr ein.⁵ Für die *Academia Ottoniana* in Bamberg und ihr Schicksal verantwortlich zeichnet das Hochstift Bamberg, das allerdings im 17. und 18. Jahrhundert eng verbunden ist mit dem Hochstift Würzburg, da sich in diesem Zeitraum lange Phasen der Personalunion finden, d.h. beide Hochstifte ein und demselben Fürstbischof unterstehen, verbunden mit der Vorherrschaft eines adeligen Hauses.⁶

Die für mehrere Jahrhunderte relativ stabile politische Struktur des fränkischen Reichskreises des Heiligen Römischen Reichs wird durch die Französische Revolution, die napoleonische Zeit und die damit verbundene veränderte Ordnung im heutigen Deutschland grundlegend umgewälzt. Durch den ersten und zweiten Koalitionskrieg (1792–1802) und der damit verbundenen sog. Franzosenzeit betreibt das Kurfürstentum Bayern entweder den Versuch, seine Neutralität zu wahren, oder es geht verschiedene Bündnisse ein, u.a. mit Frankreich. Schauplatz zahlreicher kriegerischer Auseinandersetzungen in dieser Zeit sind die fränkischen Hochstifte Würzburg und Bamberg. Neben direktem Aufeinandertreffen verschiedener Truppen bzw. Heere in Form von Schlachten, Scharmützeln u.ä. müssen von den Hochstiften Ressourcen sowohl finanzieller als auch materieller und personeller Art gestellt werden; hinzu kommen zahlreiche Einquartierungen von französischen, österreichischen, preußischen und/oder bayerischen Soldaten in Bamberg und Würzburg – je nach aktueller politischer und militärischer Lage.⁷

⁵ Zu den Besonderheiten sowie positiven wie negativen Aspekten zu den Hochstiften vgl. u.a. Kurt Andermann: Die geistlichen Staaten am Ende des Alten Reichs, in: Historische Zeitschrift 271 (2000), S. 593–619.

⁶ Aus diesem Grund lassen sich einige Entwicklungen, Auseinandersetzungen und auch Reformbemühungen, die die *Academia Ottoniana* betreffen, nur verstehen, wenn man das Geschick der Universität Würzburg in die Überlegungen mit einbezieht. Dies wird im Folgenden bei der Frage nach der fränkischen Bildungspolitik und der Auseinandersetzung um die Schließung der Universität Bamberg immer wieder direkt oder indirekt von Bedeutung sein.

⁷ Für die politische Situation im Allgemeinen vgl. u.a. Heinz Duchhardt: Europa am Vorabend der Moderne. 1650–1800, Stuttgart 2003 (Handbuch der Geschichte Europas 6) und Wolfgang von Hippel/Bernhard Stier: Europa zwischen Reform und Revolution. 1800–1850, Stuttgart 2012 (Handbuch der Geschichte Europas 7). Zu den Ereignissen und

Der am 9. Februar 1801 geschlossene Friede von Lunéville zwischen Frankreich und den Fürsten des Heiligen Römischen Reichs sorgt für die Einkehr einer gewissen Ruhe im Gebiet des heutigen Frankens. Als Kompensation für die im Friedensvertrag an Frankreich abzutretenden linksrheinischen Gebiete erhalten die deutschen Fürsten geistliche und kleinere weltliche Territorien. Im Fall des Kurfürstentums Bayern werden diesem die drei fränkischen Hochstifte sowie die Reichsstadt Nürnberg inklusive zugehöriger Territorien zugesprochen. Auch wenn die militärische und z.T. auch verwaltungsbezogene Inbesitznahme dieser Territorien in Form von Säkularisation bzw. Mediatisierung durch Bayern schon nach dem Frieden von Lunéville beginnt, bildet die rechtliche Grundlage erst der Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803.⁸ Ruft die Säkularisation der Hochstifte von Seiten der Fürstbischöfe auch keinen nennenswerten Widerstand hervor, so nehmen viele Untertanen – sicherlich auch aus Furcht vor den damit verbundenen Veränderungen in vielen Bereichen – diesen Vorgang durchaus mit Bedauern wahr, wie beispielsweise der Eintrag in die Sterbematrikel von Burgkunstadt zeigt:

„Halte ein, Wanderer! Weinend und klagend betrauert ganz Deutschland den Abschluß des Friedens. Am 23. November 1802 starb nach einjährigem Todeskampf, vom Schlagfuß gerührt, das Fürstbistum Bamberg unter seinem Fürstbischof Christoph Franz von Buseck. Totengräber war der bayerische Gesandte von Asbeck. Das gleiche Los erlitten alle deutschen Mitenträger – den von Mainz ausgenommen, den man noch weiter dahinsiechen ließ. So vergeht die Herrlichkeit der Welt.“⁹

Folgen im Fränkischen Reichskreis und in Bayern vgl. u.a. Matthias Winkler: Noth, Tränen und Excesse aller Art. Bamberg in der Epoche der Koalitionskriege, 1792–1815, in: Mark Häberlein (Hg.): Bamberg im Zeitalter der Aufklärung und der Koalitionskriege, Bamberg 2014 (Bamberger historische Studien 12), S. 271–347; Peter Kolb/Ernst-Günter Kreinig (Hgg.): Unterfränkische Geschichte. Band 4. Vom Ende des Dreißigjährigen Krieges bis zur Eingliederung in das Königreich Bayern. 2 Teilbände, Würzburg 1998/1999; Peter Claus Hartmann: Bayerns Weg in die Gegenwart. Vom Stammesherzogtum zur Freistaat heute, Regensburg ²2004.

⁸ Die Regelung für Bayern erfolgt in § 2 des Hauptschlusses der außerordentlichen Reichsdeputation vom 25. Februar 1803 (vgl. Ernst Rudolf Huber (Hg.): Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte. Band 1: Deutsche Verfassungsdokumente 1803–1850, Stuttgart ³1978, S. 1–28, hier S. 2–3).

⁹ Der lateinische Originaleintrag mit integriertem Chronostichon lautet: „Siste viator!
Sancta fLens tota DoLet GerMania paCe. Obiit anno Domini 1802 23ia Novembri tactus
apoplexia et annum integrum agrotizans Principatus Episcopalis Bambergensis sub Prin-
cipe suo Episcopo Christophoro Francisco de Buscek, sepultus a Ministro Legato Bavario
co de Asbeck. Quo fato occubueru simul – uno Moguntino excepto, cui aegre vivere licuit –
Germani quoscumque mitra coronat.“ Sowohl die deutsche Übersetzung als auch das la-
teinische Original werden zitiert nach Johannes Kist: Fürst- und Erzbistum Bamberg. Leit-
faden durch ihre Geschichte von 1007 bis 1960, Bamberg ³1962, S. 130f.

Bayerische und fränkische Bildungspolitik 1773–1808

Neben den politisch bedingten bzw. initiierten Veränderungen ist für das Wohl und Wehe von Universitäten und anderen Schulen immer auch die Bildungspolitik der jeweilig Regierenden von herausragender Bedeutung. Um die durchaus komplexe Problemstellung, die mit der Frage nach Schließung oder Erhalt der Universität Bamberg verbunden ist, erfassen zu können, ist ein Blick auf zwei Akteure notwendig. Zum einen soll daher in einem ersten Teil dieses Punktes der Blick auf die Bildungspolitik der Bamberger (Fürst)Bischöfe Franz Ludwig von Erthal (1779–1795) und Christoph Franz von Buseck (1795–1802/05) gerichtet werden; zum anderen blickt der zweite Teil auf die bildungspolitischen Weichenstellungen im Kurfürstentum Bayern, die schlussendlich maßgeblich die Universitätspolitik in Franken bestimmten.

*Franz Ludwig von Erthal (1730–1795, links) und
Christoph Franz von Buseck (1724–1805, rechts)*



Künstler unbekannt. ©Hampel Fine Art Auctions

Die Bamberger Fürstbischöfe und ihre Universität

Prägend im Bereich der Bildungspolitik und dem damit verbundenen Streben nach Reform der Bamberger (Voll)Universität ist neben seinen Vorgängern im Amt, die bereits wichtige Weichenstellungen zum Ausbau der *Academia Ottoniana* vornahmen, vor allem der seit 1779 in Personalunion regierende Fürstbischof von Bamberg und Würzburg, Franz Ludwig von Erthal.

Sein Nachfolger dagegen, der 1795 in den Augen der Öffentlichkeit und der Bayerischen Gesandtschaft beim Fränkischen Reichskreis mitunter wegen seines Alters überraschend gewählte Christoph Franz von Buseck, steht für das Ende der Personalunion und setzt auch in bildungspolitischer Hinsicht kaum eigene Akzente.¹⁰

Bis zur Auflösung des Jesuitenordens 1773 und damit der Aufhebung des weitgehend von diesem geprägten Bildungsmonopols geht eine Reform des Bildungswesens in den beiden Hochstiften Würzburg und Bamberg (fast) immer vom jeweils regierenden Fürstbischof aus. Vor 1773 zeigen Reformmaßnahmen nur bei „persönliche[m] Interesse der geistlichen Regenten“ in unterschiedlichem Umfang Erfolg, nach 1773 kommt es zu einer zunehmenden Institutionalisierung der Bemühungen um eine Bildungsreform.¹¹ So richtet der Würzburger und zugleich in Personalunion Bamberger Fürstbischof Adam Friedrich von Seinsheim (1755/57–1779) im selben Jahr eine Schulkommission als beratendes Gremium für das niedere und höhere Schulwesen, nicht aber für die Belange der beiden Universitäten ein. Diese sich der Reform des Schul- und Bildungswesens im Sinne der Aufklärung verpflichtende Kommission arbeitet verschiedene Vorschläge diesbezüglich aus, erlangt aber erst unter Franz Ludwig von Erthal weitgehende Handlungsfreiheit, als dieser 1783 sämtliche Trivialschulen unter Aufsicht und damit direkten Einfluss der Schulkommission stellt; zusätzlich kommt es 1783/84 als Ergänzung des bisherigen Schulwesens zur Einrichtung von zwei Mädchenschulen in Bamberg. Die Reichweite der Schulkommission erweitert sich 1791 nochmals, als ihr die Oberaufsicht über das gesamte Schulwesen und damit auch die Zuständigkeit für alle Reformen im niederen und höheren Bildungswesen übertragen wird. Damit eng verbunden ist die Errichtung eines (verpflichtend zu besuchenden) Schullehrerseminars, die da-

¹⁰ Für die Ausführungen in diesem Punkt und zur Vertiefung vgl. u.a. Günter Christ: Das Hochstift Bamberg und die Aufklärung, in: Harm Klutting u.a. (Hg.): Katholische Aufklärung – Aufklärung im katholischen Deutschland, Hamburg 1993 (Studien zum achtzehnten Jahrhundert 15), S. 369–409; Dieter J. Weiss: Das exemte Bistum Bamberg 4. Die Bamberger Bischöfe von 1693 bis 1802, Berlin/Boston 2016 (Germania Sacra, Dritte Folge 12); Bernhard Spörlein: Die ältere Universität Bamberg (1648–1803). Studien zur Institutionen- und Sozialgeschichte. 2 Bde., Berlin 2004 (Spektrum Kulturwissenschaften 7); Karl Josef Lesch: Neuorientierung der Theologie im 18. Jahrhundert in Würzburg und Bamberg, Würzburg 1978; diverse Beiträge in Franz Machilek (Hg.): Haus der Weisheit. Von der Academia Ottoniana zur Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Katalog der Ausstellungen aus Anlaß der 350-Jahrfeier, Bamberg 1998 sowie in Renate Baumgärtel-Fleischmann (Hg.): Franz Ludwig von Erthal. Fürstbischof von Bamberg und Würzburg 1779–1795, Bamberg 1995.

¹¹ Klaus Guth: Frühaufklärung in Franken. Reform des Studiums der Philosophie und Theologie an den Universitäten Würzburg und Bamberg, in: Machilek (Hg.): Haus der Weisheit, S. 122–128, hier S. 126.

rauf abzielt, den Bildungsgrad der später als Lehrerinnen und Lehrer Tätigen zu verbessern.

Die Reformbemühungen auf universitärer Ebene setzen in Bamberg schon in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ein. Ab 1735 wird die 1586 als *Collegium Ernestinum* gegründete, zu Beginn des 17. Jahrhunderts in jesuitische Hand übergebene *Academia Ottoniana* schrittweise zu einer Vier-Fakultäten-Universität ausgebaut.¹² So kommt es bereits unter Fürstbischof Friedrich Karl von Schönborn (1729–1746) zur Errichtung einer juristischen Fakultät, in den Jahren 1769–1776 wird darüber hinaus die medizinische Fakultät aufgebaut. Bereits vor Aufhebung des Jesuitenordens wird von verschiedenen Seiten Kritik am Studium verbunden mit z.T. sehr konkreten Verbesserungsvorschlägen geübt. Neben dem Bemühen um das Durchsetzen des Verbots des Diktierens in Vorlesungen zugunsten der Verwendung von Lehrbüchern drehen sich Reformbestrebungen beispielsweise um die Stärkung der historischen Disziplin oder die Art und Weise der Rezeption aufgeklärten Gedankenguts.

Nach der Aufhebung der Jesuiten geht die Universitätsreform für viele nicht zügig genug voran, was insbesondere daran festgemacht wird, dass es zunächst kaum inhaltliche und methodische Neuerungen gibt. Dies ändert sich grundlegend erst mit dem Regierungsantritt Franz Ludwigs von Erthal, der sich während seiner gesamten Zeit auf dem Bamberger Fürstbischofsstuhl um die Reform dieser Universität bemüht. So verfügt er zunächst, dass die Schulkommission auch für die Reform der Philosophischen Fakultät, der akademische Senat für die der anderen drei Fakultäten Sorge zu tragen habe. Orientiert an den Studienreformen in Wien und Würzburg erfolgt 1782/83 eine Studienreform für die Universität Bamberg, die sich primär an die philosophische und theologische Fakultät richtet.¹³ Es kommt zur Einführung aufgeklärter Philosophie und Theologie in Curriculum und – soweit von den jeweiligen Lehrstuhlinhaber rezipiert – Denken bei gleichzeitiger Abkehr von einer spätscholastischen Ausrichtung; zugleich wird der zu lehrende Stoff auf vier Jahre verteilt, neue, an den Wiener und Würzburger Usus orientierte Lehrbücher eingeführt und der Fächerkanon ergänzt.

Durch die Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung an der medizinischen Fakultät und der Zusammenkunft von Vertretern aufgeklär-

¹² Bis zu diesem Zeitpunkt ist zwar ein kaiserliches Privileg zur Errichtung einer Vier-Fakultäten-Universität in Bamberg vorhanden, faktisch existieren aber nur eine philosophische und eine theologische Fakultät, die sich (fast) vollständig in jesuitischer Hand befinden.

¹³ Eine Reform der juristischen und medizinischen Fakultät ist zu diesem Zeitpunkt – gerade auch aufgrund ihrer erst sehr kurz zurückliegenden Gründung und den dort auf modernstem Stand lehrenden Professoren – nur in sehr eingeschränktem Umfang notwendig.

ter Philosophie und Theologie an den jeweiligen Fakultäten wird die Bamberger Universität nach ihrer erfolgreichen Reform am Ende des 18. Jahrhunderts als eine Einrichtung auf der Höhe der Zeit wahrgenommen. Dies kann als ein Grund dafür gesehen werden, weshalb der deutsche Lehrer und Reiseschriftsteller Carl Gottlob Küttner festhält: „Sie wissen, daß die Bisthümer Bamberg und Würzburg, nebst den Erstiftern Maynz und Salzburg, für die aufgeklärtesten geistlichen Länder in Deutschland gelten, und unter diejenigen gezählt werden, die durch eine ziemliche Reihe von Jahren am besten regiert worden sind.“¹⁴

Das Bayerische Bildungs- und Universitätswesen

Beim Blick auf das Kurfürstentum Bayern, dem zweiten wichtigen Akteur in den Diskussionen um 1800, setzen Veränderungen im Bildungs- und Universitätswesen und damit verbunden in der Bildungs- und Universitätspolitik bereits unter Kurfürst Max III. Joseph (1745–1777) ein. Nach Aufhebung der Jesuiten wird das Vermögen der Bayerischen Ordensprovinz 1773 in den sog. Jesuitengeldfonds transferiert; dieser dient bis 1781 dem Unterhalt des Bildungswesens (inkl. der Universität Ingolstadt-Landshut¹⁵) und der Durchführung einer Reform von Schul- und Bildungswesen. Aufgrund vorhandener Personalnot verbleiben aber einige Ex-Jesuiten in ihren Stellungen in den Schulen und an der Landesuniversität, was mitunter zu Auseinandersetzungen mit anderen Professoren führt. Zudem werden ab 1773 Vorschläge Johann Adams von Ickstatt zur Reform der Universität Ingolstadt umgesetzt, die u.a. Straffung des Unterrichtswesens, Aufwertung der Philosophie und neue Lehrbücher und Lehrinhalte umfasst.¹⁶

¹⁴ Carl Gottlob Küttner: Reise durch Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen und einen Theil von Italien in den Jahren 1797, 1798, 1799. 4. Theil, Leipzig 1804, S. 367.

¹⁵ In die für die Frage der Universitätsschließungen zu behandelnde Zeit fällt auch die Translokation der 1472 gegründeten bayerischen Landesuniversität Ingolstadt nach Landshut im Jahr 1800. Wenn im Folgenden der gesamte relevante Zeitraum in den Blick genommen wird, wird von der Universität Ingolstadt-Landshut gesprochen, bei Bezug auf die Zeit vor/nach 1800 wird von der Universität Ingolstadt bzw. Landshut gesprochen.

¹⁶ Zur bayerischen Bildungs- und Universitätspolitik vgl. u.a. Laetitia Boehm: Bildung und Wissenschaft in Bayern im Zeitalter Maximilian Josephs, in: Hubert Glaser (Hg.): Krone und Verfassung. König Max I. Joseph und der neue Staat, München 1992, S. 186–220; Hartmann, Bayerns Weg; Peter Claus Hartmann: Kultur und Bildung in Bayern von der Säkularisation bis zum Ende der Regierung Ludwigs I. (1800–1848), in: Peter März (Hg.): Kulturstaat Bayern. 19. und 20. Jahrhundert, München 1997, S. 11–29; Winfried Müller: Universität und Orden. Die bayerische Landesuniversität Ingolstadt zwischen der Aufhebung des Jesuitenordens und der Säkularisation (1773–1803), Berlin 1986 (Ludovico-Maximilianeum 11).

Die Situation und das Bemühen um Reformen verändert sich mit Regierungsantritt des Kurfürsten Karl Theodor (1777–1799). Zur Versorgung adeliger (unehelicher) Söhne gründet er 1781 die Bayerische Zunge des Malteserordens, die durch Umwidmung des Jesuitenfonds finanziert wird. Die Frage nach der Aufsicht des Schulwesens wird gelöst, indem Karl Theodor die Prälatenorden in die Pflicht nimmt und diesen sowohl die Finanzierung als auch die Bereitstellung von Lehrpersonal überantwortet. Neben weiteren mehr oder weniger erfolgreichen Reformen des Studiums an der Universität Ingolstadt fällt in die Regentschaft Karl Theodors die Aufdeckung des Geheimbundes der Illuminaten.¹⁷ Diese führt zu einer restriktiveren, z.T. anti-aufklärerischen Bildungspolitik, die einerseits darin ihren Ausdruck findet, dass den Prälatenorden faktisch die inhaltlichen und personellen Gestaltungsmöglichkeiten zunehmend mehr beschnitten werden, andererseits dass jeder Professor einen Illuminateneid abzulegen hat.

Zur Umgestaltung Bayerns zu einem modernen Staat, in die auch das Bildungs- und Universitätswesen einbezogen ist, kommt es unter Kurfürst Max IV. Joseph, dem späteren König Max I. Joseph (1799–1825), und seinem leitenden Minister Maximilian Josef Freiherr (Graf) von Montgelas (1799–1817). Mit seinen Maximen Verstaatlichung, Liberalisierung, Säkularisierung und Praxisorientierung beseitigt Montgelas innerhalb des bayerischen Staates vorhandene Sondergewalten, nicht nur von ständischen Interessengruppen, sondern auch im kirchlichen Bereich. Bei letzterem betreffen die Maßnahmen neben der kirchlichen Grundherrschaft auch die Ausbildung künftiger Geistlicher. Im Bereich der Bildung wird ein struktureller Wandel im Form von Zentralisierung und personellen Umschichtungen angestoßen, der auf eine Stärkung staatlicher Eingriffsrechte und Kompetenzen abzielt. Die Universitätsreform von 1799 verdeutlicht das Verständnis des Kurfürsten und seines Ministers: der Professor ist in erster Linie ein Staatsdiener und hat zum Wohl und Nutzen des Staates zu handeln, die Universität ist ein Erziehungsinstitut im Sinn eines verlängerten Armes der Staatsgewalt; dem Wohl und Nutzen des Staates hat sich daher jegliche Bildung unterzuordnen.

Eine Ausweitung der Zielsetzung Montgelas im Sinne einer (Neu)Ordnung aller vorhandenen Strukturen auf eine einheitliche, zentralistische Herrschaftsorganisation hin erfolgt im Zug der territorialen und konfessionellen Ausweitung Bayerns in den Jahren 1801–1803. Zu einem Brennpunkt der Aufmerksamkeit wird in dieser Zeit das Schul- und Hochschulwesen und

¹⁷ Zum Illuminatenorden, dessen Aufdeckung und die sich daraus ergebenden Folgen vgl. Richard van Dülmen: Der Geheimbund der Illuminaten. Darstellung. Analyse. Dokumentation, Stuttgart 1975; Manfred Agethen: Geheimbund und Utopie. Illuminaten, Freimaurer und deutsche Spätaufklärung, München 1984 (Ancien Régime. Aufklärung und Revolution 11).

dessen Reform. Angestrebte Ziele der Politik sind neben der wirtschaftlichen Sanierung des bayerischen Staates eine Modernisierung von Lehrsystem und Verwaltung, Entkonfessionalisierung und die Beseitigung der universitären Eigenrechte zugunsten einer straffen staatlichen Leitung. Bis 1808 kommt es so zum Aufbau eines „verstaatlichte[n], konfessionell partätisch organisierte[n], berufspraktisch ausgerichtete[n] Ausbildungswesen[s] auf allen Ebenen“, bei dem auch der Einfluss des französischen Konzepts der Spezialschulen erkennbar ist.¹⁸

Konkret gefasst bedeutet die territoriale Ausweitung des Kurfürstentum Bayerns im Bereich der höheren Studienanstalten einen enormen Zuwachs. Die Universitäten Würzburg, Dillingen, Bamberg und Altdorf werden ebenso bayerisch wie die Lyzeen Freising, Passau, Augsburg und Eichstätt. Was die dargestellte Bildungspolitik für die einzelnen Universitäten und das dortige Lehrpersonal bedeutet, soll im Folgenden am Beispiel der Universität Bamberg und den dort lehrenden Theologie-Professoren überlegt werden.

Das Schicksal der Universität Bamberg als Beispiel

Von Anfang an steht bei der Frage nach dem Umgang mit den zahlreichen an das Kurfürstentum gefallenen Universitäten und Hochschulen für die Bayerische Regierung Folgendes fest: „Da theils der Mangel an hinreichenden Fonds, theils mehrere andere Gründe Uns bewogen haben, für Unsere dermaligen Erbstaaten nur zwey Universitäten bestehen zu lassen“,¹⁹ verbindet sich damit gleichzeitig die Frage, welche denn diese zwei sein sollten. Schnell bekannt ist, dass es sich bei der einen um die bisherige Landesuniversität Ingolstadt-Landshut handelt, als zweite Würzburg oder Bamberg im Gespräch ist.

¹⁸ Laetitia Boehm: Bildung und Wissenschaft in Bayern im Zeitalter Maximilian Josephs, in: Hubert Glaser (Hg.): Krone und Verfassung. König Max I. Joseph und der neue Staat, München 1992, S. 186–220, hier: S. 206.

¹⁹ Allerhöchstes Reskript vom 3. November 1803, zitiert nach Franz Machilek: Das Schicksal der Bamberger Universität am Ausgang des Alten Reiches, in: Berichte des Historischen Vereins Bamberg 134 (1998), S. 27–52, hier: S. 47. Das vollständige Reskript befand sich auch nach den schweren Zerstörungen Würzburgs noch im dortigen Staatsarchiv; im Zusammenhang der Wiederbegründung der Universität Bamberg ist dieses amtlich verschickt worden und seither verschollen. Daher wird hier auf bei anderen Autoren zitierte Ausschnitte aus diesem zurückgegriffen.

Welche Universität soll geschlossen werden – Bamberg oder Würzburg?

Nach der zumeist reibungslosen Eingliederung der Hochstifte Bamberg und Würzburg in das bayerische Territorium erfährt man dort von dem gerade angeführten Plan seitens der (neuen) Regierung, im gesamtbayerischen Territorium nur zwei Universitäten zu erhalten. Dies führt im Endeffekt zu einem Wettbewerb zwischen Bamberg und Würzburg.²⁰

Sicherlich in der Entscheidungsfindung für oder gegen Bamberg nicht zu unterschätzen ist die bessere Kommunikation Würzburgs mit den zuständigen Beamten in München und vor Ort in Form von Briefen, Glückwunschschreiben, persönlichen Gesprächen etc. Ab dem Moment des Bekanntwerdens des Plans von nur zwei Landesuniversitäten bemühen sich verschiedene Würzburger Stellen, darunter Bischof und Domkapitel sowie Universitätsangehörige, um den Erhalt der Universität Würzburg.

In Bamberg aber ergibt man sich nicht einfach passiv diesem Plan, sondern insbesondere die Verantwortlichen an der Universität und universitätsnahen Einrichtungen setzen sich bewusst für den Fortbestand der Bamberger Universität als zweiter Landesuniversität neben der Universität Ingolstadt-Landshut ein. Daneben findet man bei Bischof und Domkapitel zunächst eine gewisse Resignation, die erst relativ spät zu einem (zumindest ansatzweisen) Einsatz für den Erhalt der Universität führen. Die Ergebnisse der Initiativen und Überlegungen werden u.a. an die beiden bayerischen Beamten – Franz Wilhelm von Asbeck, kurfürstlicher Generallandeskommissar für Bamberg, und Georg Friedrich Zentner, geheimer Referendar im Department für geistliche Angelegenheiten, zuständig für das bayerische Schul- und Bildungswesen – gesandt.²¹

²⁰ Relativ schnell entschieden wird über das Schicksal der Universitäten Dillingen und Altdorf. Dillingen wird bereits 1803, Altdorf schließlich 1809 als Universität aufgehoben. Während die gesamte universitäre Ausbildung und das Inventar Altdorfs nach Erlangen transferiert und in die dortige Universität integriert wird, verbleibt in Dillingen ein Lyzeum, das weite Teile des Lehrkörpers und Inventars der ehemaligen Dillinger Universität übernimmt.

²¹ Für die Ausführungen in diesem Punkt und zur Vertiefung vgl. Spörlein: Die ältere Universität Bamberg; Georg Michael Weber: Betrachtungen über die katholischen Universitäten in Franken, Bamberg 1803, Bay HStA München Minn 23921; Heinrich Weber: Geschichte der gelehrten Schulen im Hochstift Bamberg von 1007–1803, in: Berichte des Historischen Vereins Bamberg 42 (1880), S. 1–312; Euchar-Franz Schuler: Die Bamberger Kirche im Ringen um eine freie Kirche im freien Staat. Das Werden und Wirken des Bamberger Kirchenrechters und Kirchenpolitikers Franz Andreas Frey (1763–1820) in den Auseinandersetzungen mit dem Josephinistischen Staatskirchentum, in: Berichte des Historischen Vereins Bamberg 115 (1979), S. 5–426; Machilek: Schicksal der Bamberger Universität.

Ehemaliges Karmelitenkloster in der Au: Sitz der ersten Universität Bamberg



Innenhofaufnahme des auch um 1800 durch die Universität genutzten Gebäudes, hier in den 1970er Jahren. Die heutige Anschrift „An der Universität 2“ verweist auch auf die aktuelle universitäre Nutzung des Gebäudekomplexes. Quelle: Universitätsarchiv Bamberg, Sign. XIV G 901

In verschiedenen Denkschriften und Briefen, von denen wohl die *Betrachtungen über die katholischen Universitäten in Franken* des Bamberger Juraprofessors Georg Michael Weber die ausführlichste darstellt, sammelt man Argumente für den Verbleib der Universität in Bamberg. So wird zunächst deren räumliche Lage ins Feld geführt: Für die katholischen Landeskinder des ehemaligen Hochstifts Bamberg sowie umliegender Gebiete ist keine andere katholische Universität in der Nähe; daher ist diese zur Gewährleistung der Ausbildung des Seelsorgenachwuchses von Notwendigkeit. Weiterhin wird diesbezüglich angeführt, dass auch die medizinische und juristische Fakultät als Bildungsanstalt mit Strahlkraft auf das ostbayerische Gebiet und darüber hinaus wirkt, was bei einer räumlichen Verlegung nach Würzburg so nicht mehr gegeben ist. Als zweites Argument wird die Modernität des Studiums ins Feld geführt: Nach den Reformen in allen Fakultäten befindet man sich in allen Studiengängen auf der Höhe der Zeit, im Bereich der Medizin nimmt die Verbindung von theoretischer und praktischer Ausbildung sogar eine Spitzenposition innerhalb des deutschsprachigen Raums ein. Ebenso von Bedeutung ist das Argument, dass die Lebenserhaltungskosten in Bamberg geringer sind als anderen Universitätsstandorten, was Studierenden und Lehrenden gleichermaßen zugutekomme.

Daneben fördert die von Asbeck am 4. Februar 1803 veranlasste Aufstellung der wissenschaftlichen und finanziellen Verhältnisse der Universität

Bamberg anhand eines vorgegebenen Fragenkatalogs²² zu Tage, dass nicht alle in den Schriften aufgeführten positiven Faktoren die vorhandenen Probleme zudecken können. Auch wenn die Universität Bamberg als ausgezeichnete Bildungsstätte belegt ist, stehen dem zwei Probleme gegenüber: einerseits die niedrige Studierendenfrequenz, die allerdings nicht die zentrale Rolle in den Diskussionen einnimmt; andererseits das viel gewichtigere Problem der Finanzierung. Im letzteren Bereich hat Bamberg gegenüber der weitgehenden finanziellen Selbstständigkeit der Würzburger Universität das Nachsehen.

Trotz der verschiedenen Bemühungen wird im Sommer 1803 deutlich, dass die Schließung der Bamberger Universität nicht verhindert werden kann. Sein Bedauern darüber teilt Georg Friedrich Zentner Schelling in einem Brief mit: „Es war mir leid, daß ich die Verlegung der Uni[ver]sität Würzburg nach Bamberg, wie Eure Wohlgeborenen, und mehrere andere ihnen würdigste Collegen mit dem Grafen v. Thürheim gewünscht hatten, nicht bewirken konnte.“²³ Damit aber verbunden ist die Frage, was mit der zur Schließung bestimmten Universität und ihrer Glieder geschieht: Wird sie vollständig aufgehoben oder unter Einfluss französischer Vorbilder in Spezialschulen aufgesplittet?

Die Fakultäten, die einen Fürsprecher für die Umwandlung in eine Spezialschule vorweisen können, können es bewerkstelligen, als eine solche weiter zu existieren. So kann der oben erwähnte Arzt Adalbert Friedrich Marcus, seit 1793 auch Professor der Medizin, bereits im April 1803 über das Fort-

²² Erhoben werden sollen innerhalb einer Frist von 14 Tagen folgende Aspekte der wissenschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse: „1. eine vollständige Beschreibung / a) ihrer Einkünfte, b) der darauf liegenden, ständigen und außerordentlichen Lasten, c) ihrer Verwaltungsart. / 2. ein genaues Verzeichnis sämmtlicher Lehrer in einer Tabelle mit Bemerkung / a) ihres Standes, b) ihres Alters, c) ihrer Lehrfächer, und in wie weit sie als Schriftsteller oder durch andere Arbeiten und welche sich ausgezeichnet haben. / 3. ein Verzeichnis der bei der Universität bestehenden Nebenpersonen mit Bemerkung ihrer Verrichtungen und Gehälter. / 4. die Zahl der Studierenden mit Ausscheidung der In- und Ausländer, dann der Candidaten in jeder Fakultät. / 5. Ob ganz- oder halbjährige Curse bestehen. / 6. Ob für Inländer ein bestimmter Lehrplan vorgeschrieben sey, welcher mit dem Gymnasium zusammenhange. / 7. Ob die Vorlesungen gratis oder gegen Entrichtung gewisser Honorarien gehalten werden. / 8. In welchem Zustande sich die Universitäts-Attribute, als Bibliothek, Naturalien-physikalisches Cabinet, Anatomisches Theater, Clinicum befinden, / a) ob sie vollständig seyen, b) was ihnen noch abgehe und c) ob und welche Fonds dafür vorhanden seyen. / 9. Ob alle Lehrfächer hinreichend besetzt seyen und bei welchen die merkbarsten Lücken sich zeigen. / 10. In wie weit das Locale von Bamberg für eine Universität daselbst besondere Vorzüge habe.“ (zitiert nach Weber: Geschichte der gelehrt Schulen, S. 152f.).

²³ Georg Friedrich Zentner an Schelling vom 22. November 1803, in: Friedrich Wilhelm Joseph Schelling, Briefe und Dokumente. 3. 1803–1809, herausgegeben von Horst Fuhrmann, Bonn 1975, S. 26f., hier: S. 26.

bestehen der medizinischen Fakultät in Form einer Spezialschule für Medizin berichten:

„In Bamberg bleibt eine praktisch-klinische Schule, an deren Spitze ich mich stelle, die ich als Schoßkind pflegen, warten und großziehen will. Mein Streben geht dahin, die Bamberger Schule so einzurichten, daß kein deutscher Jüngling nöthig hat, mehr nach Wien zu gehen.“²⁴

Im Juni 1803 gelingt es dann, Bischof Christoph Franz von Buseck von der Notwendigkeit zu überzeugen, sich für eine Umwandlung der Philosophischen und Theologischen Fakultät zu einem Lyzeum beim obersten Beamten in Franken, Friedrich Karl von Thürheim, einzusetzen. In Busecks Namen sendet das Bamberger Generalvikariat ein Schreiben an Thürheim:

„Nach einem so ziemlich allgemeinen Gerücht, welches durch Vermuthungen zum Theil einige öffentliche Ereignisse Wahrscheinlichkeit gewinnt, soll man gesonnen seyn, mit Aufhebung der Universität dahier auch das studium philosophicum und theologicum einzuziehen und nach Würzburg als den künftigen Ort der Universität zu verlegen. So weit hochfürstl. Gnaden entfernt sind, in die landes Einrichtungen auf je eine Art sich einzumischen, so halten höchst Sie es doch höchst ihren bischöfl. Pflichten schuldig, bei einer auf diese Art zu treffenden Einrichtung einige Bemerkung Sr. Excellenz mitzutheilen. Höchstdenselben liegt als Bischofen die Pflicht auf, für die Erhaltung jener Anstalten zu sorgen, wodurch die geistigen Zwecke realisiert werden können.“²⁵

Das ist erfolgreich. Verbunden mit weiteren Initiativen wird 1804 ein Lyzeum in Bamberg eingerichtet. Einzig die juristische Fakultät wird im Zuge der Schließung der Universität nicht in eine Spezialschule umgewandelt, sondern ihre Hörer müssen nach Landshut oder Würzburg wechseln, ihre Professoren neue Anstellungen suchen.²⁶

²⁴ Dr. Marcus an Schelling vom 30. April 1803, in: Schelling: Aus Schellings Leben, S. 456–457, hier: S. 457.

²⁵ Zitiert nach Weber: Geschichte der gelehrten Schulen, S. 154.

²⁶ So z.B. der Professor für Pandekten, Nikolaus Thaddäus Gönner, der an der bayerischen Landesuniversität Ingolstadt-Landshut weiterhin wirken kann (vgl. z.B. Gerd Wehner: Von Bamberg über Ingolstadt und Landshut nach München: Nikolaus Thaddäus Gönner (1764–1827), in: Machilek (Hg.): Haus der Weisheit, S. 204–208). Bei seinem Weggang bemüht man sich nicht um eine Nachbesetzung des Lehrstuhls, sondern hält sich an die 1768 vom Göttinger Professor Johann David Michaelis formulierte Vorgehensweise: „Wenn man den Entschluß gefasset hat, eine Universität eingehen zu lassen, so mache man stillschweigends damit den Anfang, die erledigten Profeßionen nicht wieder zu besetzen. Man gebe zugleich allen, die es suchen und auswärtige Vocationen haben, ungeweigert den Abschied, und befördere selbst einige, die man brauchen kann, in andere Bedienungen.“ (Johann David Michaelis: Raisonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland, Frankfurt/Leipzig 1768, S. 288).

Das Schicksal der Professoren der Theologischen Fakultät

Was eine solche Schließung für den vorhandenen Lehrkörper einer Universität bedeutet, soll zum Abschluss noch kurz am Beispiel der Theologischen Fakultät in den Blick genommen werden.²⁷ Die Umwandlung der Theologischen Fakultät in ein Lyzeum trägt bei einigen Professoren sicherlich zur Beruhigung bei, bei anderen dagegen ist genau das Gegenteil der Fall.

Insgesamt lassen sich hinsichtlich der Frage, was das Schicksal der einzelnen Professoren betrifft, drei Gruppen unterscheiden: fortgesetzte Lehrtätigkeit am Lyzeum – Ausscheiden aus der Lehrtätigkeit – Wechsel an andere Universitäten.²⁸ Zahlenmäßig wahrscheinlich die größte Gruppe bilden diejenigen Professoren, die in unterschiedlicher Funktion (z.B. als Professor, Bibliothekar, Direktor) an das zum Studienjahr 1804 neu errichtete Lyzeum übernommen werden. Dort können sie in den meisten Fällen weiterlehrnen, allerdings ohne Garantie, ihr universitäres Lehrfach weiter vertreten zu können. Hinzu kommt durch die Umwandlung der universitären Fakultät in ein Lyzeum der Verlust der Graduierungsrechte und eine – z.T. erhebliche – Reduzierung des Gehalts; ergänzt wird dies allerdings um die Verpflichtung zur Übernahme von seelsorgerischen Tätigkeiten. Bei dieser Gruppe ist bei einigen Professoren zu beobachten, dass sich ihre Position aufgrund der Enttäuschung wegen des vergeblichen Einsatzes für den Verbleib der Universität in Bamberg deutlich verändert: vom Eintreten für eine aufgeklärte, moderne Theologie verbunden mit der Befürwortung von Reformen hin zu einer stärkeren Romorientierung und Papsttreue.²⁹

Ein weiterer nicht geringer Anteil sind diejenigen, die Pfarrstellen übernehmen. Gründe hierfür sind neben vorhandener Enttäuschung ein fehlendes Angebot zur Übernahme ans Lyzeum bzw. zum Wechsel an eine andere universitäre Fakultät. Außerdem spielen bei dieser Personengruppe oft auch fortgeschrittenes Alter oder vorhandene Erkrankungen, aus denen eine nur eingeschränkte Verwendung am Lyzeum angenommen wird, sowie an der

²⁷ Ebenso interessant wäre es, die Konsequenzen der Schließung einer Universität für die Studierenden und die nicht-professoralen Angehörigen zu bedenken. Weder dies noch der Blick auf die Professoren aller Fakultäten kann an dieser Stelle geleistet werden.

²⁸ Grundlage für die folgenden Ausführungen bilden der Bamberger Professorinnen- und Professorenkatalog (<https://www.uni-bamberg.de/universitaet/profil/geschichte-und-tradition/persoenlichkeiten/bamberger-professorinnen-und-professorenkatalog/>; 19.7.2023) und die Kurzbiographien der Universitätslehrer in Spörlein, Die ältere Universität Bamberg, S. 1099–1338.

²⁹ Dies trifft u.a. auf Johann Friedrich Batz (zunächst Professor für Moraltheologie, dann Direktor des Lyzeums), Andreas Gross (zunächst Professor für Rhetorik und Dogmatik, dann Professor für Pädagogik am Lyzeum) und Andreas Franz Frey (Professor für Kirchenrecht) zu.

Universität vorhandene Mehrfachbesetzungen eines theologischen Faches eine Rolle.³⁰

Diejenigen Professoren, die an eine andere Universität wechseln, lassen sich nicht im Allgemeinen behandeln, sondern für sie sind jeweils Einzelfalluntersuchungen durchzuführen. Als Beispiel sei hier kurz auf Michael Schlosser verwiesen. Bis zur Aufhebung der Universität wirkte er in Bamberg als Professor für orientalische Sprachen, Kirchengeschichte, Exegese und Dogmatik. 1803 wird Schlosser dann als Professor für orientalische Sprachen und Exegese aufgrund vorhandener Vakanz in Würzburg an die dortige Universität versetzt. Dieser Übergang ist aber keineswegs reibungslos, sondern es finden sich Konflikte auf verschiedenen Ebenen, so z.B. die Frage nach der akademischen Selbstbestimmung auf Seiten der Würzburger Fakultät und Universität oder die Frage nach Integration in das neue Kollegium auf Ebene der betroffenen Personen.

Zusammenschau

Anders als bei den anderen Universitäten, die von den Plänen der bayerischen Regierung betroffen sind, stellt Bamberg einen gewissen Sonderfall dar. Denn der Standort Bamberg wird tatsächlich als Alternative zu Würzburg erwogen, wenn er sich auch nicht durchsetzen kann. Zugunsten Würzburgs spricht letztendlich sicherlich einerseits die Ausstattung durch eine gesicherte Finanzierung, andererseits spielt aber auch die gezieltere Lobbyarbeit Würzburgs eine Rolle bei der Entscheidung; dieser müsste man jedoch in Zukunft noch gezielter nachgehen.

Das Schicksal Bambergs hätte sich auch anders wenden können, wenn Würzburg früher zu einem Sonderfall geworden wäre: Denn von 1805 bis 1814 gehört Würzburg und die dortige Universität zum Großherzogtum Toskana, nicht zu Bayern. Wegen dieses „toskanischen Intermezzos“ kommt es dazu, dass die erst 1810 an Bayern gefallene Universität Erlangen erhalten bleibt und 1815 schließlich in Bayern nicht wie ursprünglich geplant zwei, sondern drei Landesuniversitäten existieren. Insgesamt also wäre es durchaus möglich gewesen, dass die Wochen der Ungewissheit, die Caroline Schelling in ihrem Brief anspricht, zu einem anderen Ergebnis führen: bayerische Landesuniversitäten in Ingolstadt-Landshut und Bamberg, Schlie-

³⁰ Dies trifft u.a. auf Georg Geuss (zunächst Professor für Dogmatik, dann Pfarrer in Bauernach, Königsfeld und Pettstadt), Johann Georg Franz Xaver Sauer (zunächst Professor für Dogmatik, dann Pfarrer in Schlicht) und Johann Heinrich Seuberth (zunächst Professor für Dogmatik, dann Pfarrer in Hallerndorf und Forchheim) zu.

ßung aller anderen an Bayern gefallenen Universitäten inklusive Würzburg und Erlangen.

Die ausgelagerte Modernisierung

Oder: Ein Universitätsexperiment an der oberen und unteren Warnow, in Bützow und Rostock

Hans-Uwe Lammel

So viel ich weiß, hat bislang in der frühneuzeitlichen Universitätshistoriographie allein Matthias Asche die Frage gestellt, wie sich ein so kleines, vorrangig agrarisch geprägtes und durch die Wirren und Belastungen des Siebenjährigen Krieges durchgeschütteltes Land wie Mecklenburg für drei Jahrzehnte zwei Universitäten leisten konnte.¹ Ebenso wenig wurde Verwunderung darüber geäußert, dass es die kleinere, die Neugründung in Bützow – die innovativere Einrichtung² – nicht geschafft hat, weiter zu bestehen, stattdessen 1789 ihre Lehrtätigkeit einstellte, so dass Studenten und einige Professoren von Bützow nach Rostock zogen, gleichsam von einem Tag auf den anderen, als ob sich alles erledigt hätte, weswegen man einst die Besonderheiten eines Neubeginns auf sich genommen hatte: der unerträglich gewordene Streit mit dem Landesherrn über die Gestaltung der Studien, die geringe Zahl an Studenten, ein eingeschränktes Budget.³

Wie aus diesem Einstieg ersichtlich wird, teile ich nicht die Einschätzung, dass sich die Gründung der Bützower Anstalt als eine „der wissenschaftlich und finanziell kostspieligsten Fehlleistungen landesherrlicher Bildungspolitik“ erwiesen habe,⁴ und stelle die These auf, dass sich mit dem Bild des

¹ Matthias Asche: Die mecklenburger Hochschule Bützow (1760–1789) – nur ein Kuriosum der deutschen Universitätsgeschichte? Versuch einer Neubewertung, in: Jahrbuch für Universitätsgeschichte, Bd. 9: Die Universitäten des Alten Reiches in der Frühen Neuzeit, hg. von Winfried Müller, Stuttgart 2006, S. 133–147. Die Bibliographie zur Bützower Universität siehe ebd., S. 134–135.

² Hans-Uwe Lammel: ‚Warnow-Athen‘ und mecklenburgisches Jerusalem. Die Stadt Bützow und ihre Universität, in: Marc von der Höh (Hg.): Traditionen. Zäsuren. Dynamiken. 600 Jahre Universität Rostock, Wien, Köln, Weimar 2019, S. 241–267.

³ U[vo] Hölscher: Urkundliche Geschichte der Friedrichs-Universität zu Bützow, in: Jahrbücher des Vereins für Mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde 50, 1885, S. 1–110; Matthias Asche: Von der reichen hansischen Bürgeruniversität zur armen mecklenburgischen Landeshochschule. Das regionale und soziale Besucherprofil der Universitäten Rostock und Bützow in der Frühen Neuzeit (1500–1800) (Contubernium 52), Stuttgart 2000, 2. Aufl. 2010; Günter Camenz: Die Herzoglichen, Friedrichs-Universität und Pädagogium zu Bützow in Mecklenburg, Bützow 2004, und Lammel (Anm.2).

⁴ Asche, Hochschule Bützow (Anm. 1), S. 142.

Herzog Friedrich von Mecklenburg-Schwerin



Gemälde von Christoph Friedrich Reinhold Lisiewsky, 1782, Öl auf Leinwand, 31,5 x 24 cm. Staatliches Museum Schwerin, Inv.-Nr. G 1068.
Dankbar bin ich Prof. Dr. Torsten Fried, Schwerin, für die großzügige Unterstützung bei der Beschaffung der Druckvorlage

,Universitätssterbens‘ um 1800 diese mecklenburger Vorgänge nur bedingt fassen lassen.⁵ Weitere Faktoren müssen mit bedacht werden. Dahinter verbirgt sich das, vielleicht gegenüber dem Kompatronat der Stadt Rostock immer noch zu nachgiebige, viel größer gedachte und in der Umsetzung in gewisser Weise inkonsequente Projekt der Umgestaltung des Kirchen- und Schulwesens.

Nicht erst Landesherr Herzog Friedrich von Mecklenburg⁶ betrieb eine Modernisierung des Schulwesens und der höheren Bildung. Bereits sein Vater

⁵ Laetitia Boehm, die diese Metapher geprägt hat und sie wenigstens in dem Titel ihres Beitrags in Anführungsstrichen setzt, hatte in der Tat nicht die 1760er Jahre im Blick, sondern diejenigen um 1800 und später. Siehe dies.: Halle und Wittenberg im Fadenkreuz beim „Massensterben“ deutscher Universitäten am Ende des Alten Reichs. Vergleichende Aspekte zur Neugestaltung der Hochschullandschaft, in: Wieland Berg, Sybille Gersten garbe, Andreas Kleinert und Benno Parthier (Hg.): Vorträge und Abhandlungen zur Wissenschaftsgeschichte 2001/2002 (Acta Historica Leopoldina 46), Stuttgart 2006, S. 73–164. Mecklenburg kommt nicht vor, im Text spricht Boehm von „Universitätsauflösungen“.

⁶ Matthias Asche: „Friedrich, Ruhm und Trost der Deinen, O, wie warest Du so gut.“ Herzog Friedrich von Mecklenburg-Schwerin (1756–1785) – Möglichkeiten und Grenzen eines frommen Aufklärers, in: Matthias Manke und Ernst Münch (Hg.): Verfassung und Le-

Herzog Christian Ludwig II. hatte sich mit diesen Fragen beschäftigt, ohne sie zu klären. Die Reform sollte alle Bildungseinrichtungen umgreifen, doch bildete die Landesuniversität einen Schwerpunkt innerhalb der angestrebten Veränderungen. Einerseits hatte sich die Rostocker Hochschule als resistent gegenüber Veränderungswünschen des Herzogs erwiesen; andererseits hatten das sich mitten im Krieg befindliche Land und das seit dem Jahrhundertbeginn zunehmende studentische Armutsproblem die Existenzialität der Finanzierung der Einrichtung noch klarer werden lassen.⁷ Modernisierung und Reformierung der Hochschule meint an dieser Stelle vor allem die bessere Vorbereitung der Absolventen auf die Übernahme von landeseigenen geistlichen und öffentlichen Ämtern. Für die Ausbildung hatte das die Konsequenz erstens, in der Lehre stärker jenen Wissensgebieten, in denen die eigene Beobachtung, die Autopsie, unabdingbar geworden war, Rechnung zu tragen. Das betraf nicht nur Medizin und Naturforschung, sondern alle philologischen Fächer und die Theologie selbst. Johann David Michaelis sah 1768 das Eigentliche, worauf es im Studium ankommt, darin, zu lernen „selbst zu denken“.⁸ Und zweitens wurde eine Aufwertung der Lehrgebiete der *artes liberales* und die Ergänzung ihres Kanons durch weitere Fächer mit dem Ziel der Bildung einer den anderen Fakultäten gleichberechtigten Philosophischen Fakultät, deren Lehrangebote ein höherer Stellenwert in der Ausbildung aller Studenten einzuräumen war, angestrebt.

Ich werde an dieser Stelle ausdrücklich, wenn ich von der Gründung der Hochschule in Bützow spreche, den von der Historiographie des 19. Jahrhunderts erfundenen Pietismusstreit, der zur Gründung der *Fridericana* geführt haben soll, nicht in den Blick nehmen. Dass es einen Zusammenhang gegeben haben mag zwischen der Ablehnung des Pietisten Christian Albrecht Döderlein durch die Rostocker lutherisch-orthodoxen Theologen 1758 – übrigens waren es alles rätliche Professoren, die sich der Besetzung einer vom Herzog finanzierten Professur entgegenstellten⁹ – mit der Gründung

benzwirklichkeit. Der Landesgrundgesetzliche Erbvergleich von 1755 in seiner Zeit, Lübeck 2006, S. 225–260.

⁷ Siehe dazu Ulrich Rasche: Zur Finanzierung und Ökonomisierung der deutschen Universitäten in der Frühen Neuzeit. Modelle, Grundmuster, transzentrale Effekte, Universitätstypen und die Ausdifferenzierung der deutschen Universitätslandschaft, in: Elizabeth Harding (Hg.): Kalkulierte Gelehrsamkeit. Zur Ökonomisierung der Universitäten im 18. Jahrhundert (Wolfenbütteler Forschungen 148), Wiesbaden 2016, S. 81–112, der S. 103 die Immatrikulationen für die Zeiträume 1651 bis 1800 und 1741 bis 1800 gegenüberstellt.

⁸ [Johann David Michaelis]: Raisonnement über die protestantischen Universitäten in Deutschland, Bd. 1, Frankfurt und Leipzig 1768, S. 91.

⁹ Zur Unterscheidung von rätlichen und herzoglichen Professoren in Rostock siehe unten den nachfolgenden Absatz.

der Einrichtung in Bützow, ist recht wahrscheinlich. Er diente aber nach unserem heutigen Wissen lediglich als Anlass zur Beendigung einer schon sehr viel länger währenden Auseinandersetzung.

Es ging um nicht mehr und nicht weniger als die Frage des Rechts des Herzogs bei der Regelung der Belange der Universität angesichts eines seit dem 16. Jahrhundert mit der *Formula Concordiae* festgeschriebenen Kompatronats der Stadt Rostock.¹⁰ Zu diesem Zeitpunkt, 1758, war ein seit der Gründung der Rostocker Universität schwelender Konflikt zwischen dem Landesherrn und der Stadt über die Hoheitsrechte, aber vor allen um die Finanzierung der Hochschule, wieder aufgebrochen. Die Rostocker Hochschule verkörperte seit ihrer Gründung eine Mischform aus dem Typus einer Stadtuniversität und demjenigen einer Fürstenuniversität. Die gefundene Kompatronatsregelung war indes von Anfang an spannungsreich.¹¹ Die *Formula Concordiae* von 1563 stellte die Universität zwar auf eine „völlig neue Rechts- und Finanzgrundlage“.¹² Das Patronat hatte der Herzog, er dotierte die Hochschule mit 3000 fl. jährlich, die Stadt erhielt das Kompatronat und trug jährlich mit 500 fl. zum Unterhalt bei. Die „durchgreifendste Veränderung der Rostocker Universitätsverfassung“ bestand allerdings in der Schaffung zweier Professorenkollegien, dem *Collegium Professorum Ducalium* und dem *Collegium Professorum Senatorium*.¹³ Damit gab es nach wie vor genügend Zündstoff, um sich zu streiten. Döderleins Berufung erfolgte auf eine herzogliche Professur, die Widersacher waren – wie schon erwähnt – rätlische Professoren.

Allerdings erwiesen sich die äußeren Bedingungen, um das Patronat gegenüber der Stadt zu behaupten, als nicht sehr günstig, so dass Friedrich auf einen weiteren Prozess gegen die Stadt vor dem Reichskammergericht in Wetzlar verzichtete.¹⁴ Wie delikat und heikel sein Tun war, darüber muss sich der Herzog durchaus bewusst gewesen sein, denn er erwartete nicht nur für die Gründung einer Hochschule in Bützow die Zustimmung des Kai-

¹⁰ Asche, Bürgeruniversität (Anm. 3), S. 56–63.

¹¹ Matthias Asche: Universität und Stadt im Spätmittelalter und in der Frühen Neuzeit. Überlegungen zu einem wenig bekannten Kapitel der deutschen Universitätsgeschichte am Beispiel Rostocks und Bützows, in: Michael Maaser (Hg.): Stadt, Universität, Archiv. Frühjahrstagung der Fachgruppe 8 des VDA (Schriftenreihe des Frankfurter Universitätsarchivs 2), Göttingen 2009, S. 89–116, hier 94, mit weiterführender Literatur. Asche meint, dass diese Rostocker Festlegungen – bei allen Unterschieden – noch am ehesten vergleichbar seien mit denen der Trierer Hochschule.

¹² Asche, Bürgeruniversität (Anm. 3), S. 56.

¹³ Ebd.

¹⁴ Hölscher (Anm. 3), S. 5.

sers, die er im Übrigen auch bekam.¹⁵ Die nach Wien gerichtete Bitte um Approbation des Neugründungsplanes zeigte den Reformhorizont des Unterfangens. Aber sein Plan war zweischrittig. Er wollte nicht nur eine neue Universität mit vier Fakultäten nach dem Vorbild der Georgia Augusta in Göttingen ins Leben rufen, sondern die in Rostock bereits bestehende, 1419 von Papst Martin V. genehmigte Einrichtung der höheren Bildung schließen, die ihm offenbar nicht zeitgemäß mehr erschien und sich seinen Reformwünschen verschloss.

Es gab eine Reihe von Faktoren, die auch ihm bewusst waren und dazu nötigten zu handeln. Bei der Entscheidung vieler Sachfragen hatte er keinen großen Spielraum. Seinem Wunsch, Rostock schließen zu dürfen, ist Wien nicht gefolgt, während gegen eine Neugründung der Kaiser nichts einzuwenden hatte. Sie kostete Mecklenburg 3036 1/2 Goldgulden. Das Patent traf im Oktober 1758 ein.¹⁶ In der Urkunde hieß es, dass die Errichtung einer neuen blühenden Universität nicht nur der Förderung der Wissenschaften nützlich sei, sondern auch den in „seinem Lande darniederliegenden Handel und Verkehr“ heben werde.¹⁷ In den Kriegswirren hielt der Herzog den Besitz des Diploms geheim, ließ indes aber die Einrichtung der Anstalt in Bützow vorbereiten und vorantreiben.

Die Probleme im Vorfeld

Der Rostocker Rechtsprofessor und spätere Kurator von Bützow G.R. Schmidt hatte in einem die Gründung einer neuen Universität betreffenden *Pro Memoria* vom 24. September 1758 allein die Kosten für Rostock mit jährlich 6.000 Taler berechnet, die Gehälter mit 9.000 Taler, von denen 4.000 die Stadt Rostock beisteuerte. Bei einer Neugründung sollte auf Pracht der Gebäude keinen Wert gelegt werden, lediglich Konzil und Anatomie sollten „hübsche, zweckentsprechende Räume“ vorfinden. Für Professoren und Studenten war an bequeme Wohnungen gedacht. Wichtiger war ihm die Besol-

¹⁵ Während es dem mecklenburgischen Gesandten in Wien Gottfried Rudolf Ditmar (1716–1795) schien, dass durch den Entzug des herzoglichen Anteiles die Rostocker Hochschule von selbst aufhören würde zu existieren, warnte G. R. Schmidt „aufs Dringlichste vor der Concurrenz mit der alten anziehungsvollen Musenstadt“. Später, 1783, machte Schmidt Ditmar den Vorwurf, beim Kaiser nicht entschieden genug – was die Schließung Rostocks anging – vorgegangen und damit für den Streit verantwortlich zu sein. Hölscher (Anm. 3), S. 13.

¹⁶ Ebd., S. 5. Wortlaut der Urkunde ebd., Anm. 1.

¹⁷ Sed etiam collapsi Commerci restauratione consumptionisque penuria tollenda et sublevanda per Universitatis erigendae florem prospici queat.

dung der Lehrer, denn es sollten Männer von „weltbekanntem Ruf“ gewonnen werden.

Für 600 bis 1.000 Taler seien „wohlgeschickte Leute“ zu haben. Da es auf die Qualität des Lehrkörpers ankäme, sollte die Zahl der Professuren klein gehalten werden: nur drei Theologen, drei Juristen, zwei Mediziner und vier Philosophen.¹⁸ Von den fürstlichen Professoren empfahl er als noch brauchbar Döderlein, Mantzel, Detharding, Karsten, Aepinus und Carpow. Für die Inauguration der neuen Hochschule war ein feierlicher Rahmen und das Beisein von Gelehrten aus ganz Deutschland vorgesehen; Schmidt veranschlagte dafür 2.000 Taler. Die Auseinandersetzung mit Rostock sollte Aepinus mit Mantzel als juristischem Beistand führen. Schmidts Einschätzung zu Folge seien große Hindernisse nicht zu erwarten, da die Rostocker froh sein würden, „das lästige Institut“ zu verlieren. Nur „Handwerker und Krämer“ würden die Schließung bedauern, die „Herren vom Rath aber“ seien „schon oft mit ihren Klagen herausgefahren“; Krämer und Handwerker, weil es sie kränkte, dass Rektor und Konzil bei mancher Gelegenheit „ihrem Hochmuth eine Grenze gesetzt“, die Ratsherren, weil es sie ärgerte, dass die „reichen Mädchen lieber Doctoren als Kaufleute“ zum Manne nahmen.¹⁹

Döderlein fiel die Aufgabe zu, das vom Herzog günstig aufgenommene *Pro memoria* zu begutachten. Eine Verringerung des Etats sei nur durch den Einsatz auch „tüchtiger außerordentlicher Professoren“ zu erreichen. Die damit erzielten Einsparungen sollten für die „ganz unentbehrliche Professur für Oekonomie und Cameralien“ eingesetzt werden, die es in Rostock beispielsweise nicht gab. Neben diesem wichtigen Hinweis auf die Einrichtung einer für das Wissenschaftsverständnis des 18. Jahrhunderts wichtig gewordenen Lehrkanzel, kam Döderlein aber auch auf das innere Wesen der neuen Universität zu sprechen: „Religion und Tugend“ müssten ebenso „fortgepflanzt“ werden wie „gründliche Gelehrsamkeit“. Aus den Universitäten seien „Satansschulen und *Seminariis nequitiae*“ geworden, wovon der Staat die traurigsten Folgen sehe: Irreligiosität und corruptio morum, ein Verfall der Sitten.²⁰

Döderlein ging es um die „Aufrechterhaltung der Religion“, so dass die Stiftung einer „solchen recht christlichen Universität“ „großen Beifall und Segen“ „durch die ganze protestantische Christenheit finden“ werde. Die Gesetze und Vorschriften sollten so ausgearbeitet werden, dass die Professoren in „Lehre und Wandel“ Vorbilder der Jugend werden.

¹⁸ Hölscher (Anm. 3), S. 14.

¹⁹ Ebd.

²⁰ Ebd., S. 15. Hervorh. i. O.

Sehr deutlich wurde Döderlein, als er auf die Disziplinierung der Studenten zu sprechen kam. Da ein ordentliches Leben seine Basis in einem geordneten Fleiß fände und die aller meisten Studenten nicht wüßten, wie sie ihre Studien einzurichten hätten, sollte jede Fakultät eine *Regula studiorum* aufstellen und jedem Studenten am Ende jedes Semesters nach durchgeföhrttem Examen von den Dekanen ein Zeugnis seines Fleißes und seiner Fortschritte gegeben werden. Darüber hinaus war für jeden Studenten wenigstens die Absolvierung des *triennium* (drei Jahre) angedacht. Damit wollte man besonders in der Theologie verhindern, das Studium als „Nebending“ anzusehen. Jeder Student in jedem Semester sollte ein Kolleg über praktische Theologie hören; und zur Vermeidung von Kollisionen der wichtigsten Vorlesungen wurde ein Stundenplan in Aussicht gestellt.

Hierin „Speners und Franckes Sinn“ zu entdecken,²¹ scheint mir überzogen. Zentrales Motiv war die Hebung der allgemeinen Bildung im Lande, wozu die Theologie einen wichtigen Beitrag zu leisten hatte. So wundert es nicht, wenn Döderlein sich besonders – auch im Interesse des Herzogs – damit beschäftigte. Die meisten Theologen, so Döderlein, bewarben sich schon nach zwei bis drei Semestern um Pfarrämter, ohne gründliche Einsicht in die praktische Theologie erlangt zu haben. „Brotjäger“ nennt Döderlein sie, für die die „Kunst der Predigt“ die einzige Notwendigkeit sei.²²

Dieser Plan erlebte einen Rückschlag, als Döderlein in Rostock von der Theologischen Fakultät abgelehnt wurde. Als vom Herzog eingesetzter Professor musste er von ihr rezipiert werden, was die Fakultät bisher unter der Annahme pietistischer Glaubenssätze bei Döderlein verweigert hatte. Döderlein kündigte zum 28. August 1759 eine Disputation „Über die Vorzüge der biblischen vor der scholastischen Theologie“ an. Die Universität betrachtete das als Dreistigkeit, und das Manuskript zuvor dem Dekan vorzulegen – entsprechend den Statuten – bat die Fakultät Döderlein. Der Eklat war da, als Döderlein erklärte, dass für ihn als noch nicht aufgenommenen Professor die Fakultätsstatuten keine Gültigkeit besäßen. Und er erwirkte vom Herzog ein Mandat, dass die Professoren sich der bevorstehenden Disputation nicht in den Weg stellen und unterlassen sollten, sein „ungnädiges Mißfallen noch stärker zu reizen“.²³

Wenn man die Druckfassung der Disputationsrede von Döderlein nachliest, fragt man sich, woran der „nie gehörte [den Redner unterbrechende und ihn bis zum Ende am Lesen hindernde] Lärm und Skandal“ während der

²¹ Ebd., S. 16.

²² Döderlein schlägt nach dem Vorbild Tübingens die Gründung eines theologischen Seminars vor, wofür die Zinsen des Konviktorienfonds (20.000 Taler) zu verwenden seien. Hölscher (Anm. 3), S. 17.

²³ Weiteres bei Hölscher, S. 17f., und Asche, S. 72f. (beide Anm. 3).

Veranstaltung Anstoß nahm.²⁴ Sollten es die Angriffe auf den Rationalismus sein, die den Tumult hervorgerufen haben?²⁵ Wohl kaum. Eher die Aufforderung, auf der Grundlage des biblischen Originals zu arbeiten, was solide Sprachkenntnisse unter anderem im Griechischen und Hebräischen voraussetzte.

Warum Bützow?

Matthias Asche hat darauf hingewiesen, dass sich die Rostocker Hochschule seit dem späten 16. Jahrhundert zu einer „auf Verwandtschafts- und Klientelstrukturen aufbauenden, typisch protestantischen *Familienuniversität* mit quasi-erblichen Lehrstühlen und Lehrstuhlexpektanzen“ entwickelt hatte.²⁶ Dabei reichte in diesen Strukturen, wie er ausführte, das Verwandtschafts- und Bekanntschaftsgeflecht der Rostocker Professoren in die führenden Gelehrtengeschlechter, die Pastoren- und Beamtenfamilien des Landes sowie die Rostocker Ratsherrenfamilien hinein.²⁷ Asche sieht in den Klientelstrukturen den Grund für die Verhinderung durchgreifender Lehrplanreformen und die Zementierung des lutherisch-orthodoxen Charakters der Hochschule.²⁸ Das habe auch an der Wende zum 18. Jahrhundert die Aufnahme aufgeklärten Gedankenguts gehemmt.²⁹

Dass für eine Infragestellung dieser Strukturen eine Weitung des Toleranzgedankens eine wichtige Voraussetzung war, habe ich schon anderenorts dargestellt.³⁰ Sicherlich darf dieser Aspekt nicht überbewertet und keinesfalls in der Weise verstanden werden, dass Friedrich eine pietistische Universität im Auge hatte. Ein in dieser Richtung motivierter Schritt wäre den Zeitgenossen höchst veraltet vorgekommen, und man denke nur an das ausdrücklich genannte Vorbild Göttingen, das so gar nicht dazu passen würde. Aber der Pietismus verfügte über eine paar Ziele, die denen der Aufklä-

²⁴ Hölscher (Anm. 3), S. 19.

²⁵ Christian Albrecht Döderlein: [F]eyerliche Rede von den hohen Vorzügen der biblischen Theologie vor der Scholastischen, welche er beym Antritt seines academischen Lehr-Amtes gehalten. Aus der lateinischen Handschrift ins deutsche übersetzt, und mit einer Nachschrift an die Herren Studiosos von seinen academischen Vorlesungen begleitet, Halle: Johann Christian Grunerten, [ca. 1760].

²⁶ Asche, Hochschule Bützow (Anm. 1), S. 135. Hervorh. i.O.

²⁷ Ebd.

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd.

³⁰ Lammel (Anm. 3).

rung nahestanden.³¹ Den Kern bildete die Selbstbestimmung des menschlichen Subjekts.³² Bei den Mecklenburger Vorgängen stellte der Pietismus gleichsam die Irritation und den Störfaktor im System, das sich auf neue Weise zusammensetzen lassen sollte und aufgeklärten Bildungsoptionen eine Chance gab, dar. Als wichtig darf dabei – und hierbei wird die Bezugnahme auf das Göttinger Modell klarer – eine angestrebte gute Mischung aus allgemeinen, persönlichkeitsbildenden Wissensinhalten und für ein künftiges Wirkungsfeld vorbereitenden, speziellem Wissen, also eine Reform des höheren Bildungswesens mit dem Ziel der Heranbildung von Führungsältern und Beamten für den Staat angesehen werden. In dieser Weise ist für Mecklenburg auch die parallele Einrichtung eines Pädagogiums und einer Waisenschule eben auch in Bützow zu bewerten.³³

Aber nehmen wir noch einmal das Stichwort Toleranz auf. Dieser Faktor sollte bei einer Entscheidung für einen geeigneten Standort – neben Bützow waren anfänglich Parchim und Güstrow im Gespräch, alles Städte mit jüdischen Gemeinden –, der im Vergleich zu Rostock eine größere Aufgeschlossenheit und Anziehungskraft erwarten ließ, nicht zu gering angesetzt werden. Jüdische Studenten waren in Rostock nicht zugelassen, auch wenn zu den Rostocker Messen und Jahrmarkten, allen voran der Rostocker Pfingstmarkt, in der Stadt koscher gekocht wurde, um beim Handel auch an den Waren der in der unmittelbaren Umgebung Rostocks lebenden jüdischen Händler und Kaufleute teilhaben zu können.³⁴ Erst 1745 war es in Prag auf Anweisung von Kaiserin Maria Theresia zur Ausweisung der Juden gekommen, das katholische Köln duldet keine Juden und hatte 1714 auch die Protestanten vertrieben, ebenso 1731/32 der Erzbischof von Salzburg, der nahezu 20.000 von ihnen „auf brutale Weise“ des Landes verwies.³⁵

Von seinen pietistischen Überzeugungen her brachte Friedrich von Mecklenburg-Schwerin eine Wertschätzung von Toleranz mit. Und sicher war Bützow die Stadt, in der der Toleranzgedanke besonders greifbar geworden

³¹ Siegfried Wollgast: Ehrenfried Walther von Tschrinhaus und die deutsche Frühaufklärung (Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig. Philol.-hist. Klasse 128,1), Berlin 1988, S. 15–21.

³² Ebd., S. 15.

³³ Camenz (Anm. 3).

³⁴ Steffi Katschke: Jüdische Studenten an der Universität Rostock im 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur jüdischen Bildungs- und Sozialgeschichte, in: Hans-Uwe Lammel und Gisela Boeck (Hg.): Jüdische kulturelle und religiöse Einflüsse auf die Stadt Rostock und ihre Universität (Rostocker Studien zur Universitätsgeschichte 28), Rostock 2014, S. 29–40, bes. 30–34.

³⁵ Mordechai Breuer: Frühe Neuzeit und Moderne, in: ders. und Michael Graetz: Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit, Bd. 1, Tradition und Aufklärung 1600–1780, München 2000, S. 149.

Herzogin Sophie Charlotte von Mecklenburg-Schwerin

Gemälde von Georg David Matthieu, Öl auf Leinwand, 145 x 100 cm, Staatliche Schlösser, Gärten und Kunstsammlungen Mecklenburg-Vorpommern, Inv.-Nr. G 191.
Ich danke Prof. Dr. Torsten Fried, Schwerin, für die großzügige Unterstützung bei der Beschaffung der Druckvorlage.

Die Fürstin hält eine Cister auf dem Schoss, ein Zupfinstrument mit flachem Boden, Drahtsaiten und einem durchdringenden Klang. Wahrscheinlich eine Art Baßcister, wie sie im 18. Jh. noch einigermaßen beliebt gewesen ist. Die Baßcister hieß Pandora (oder engl. „Bandora“) und wurde gerne zum Continuo-Spiel eingesetzt. Der Berliner Musikwissenschaftlerin und Spezialistin für historischen Instrumentenbau Dr. Annette Otterstedt (1951–2020) danke ich in ganz besonderer Weise für die Informationen zu diesem Instrument



war, ein Verdienst der reformierten Herzogenwitwe Sophie Charlotte (geb. 1678),³⁶ an deren Hof vor allem Hessen tätig waren: die Stadt besaß eine kleine katholische Gemeinde, eine kleine jüdische Gemeinde, eine deutsche reformierte und eine französisch-reformierte Gemeinde. Dieses Miteinander der Bekenntnisse und Religionen spiegelte sich auch in der Studentenschaft an der Universität wider.³⁷

Ob dafür die liberale Kultur am Bützower Hof die entscheidende Rolle gespielt hat, kann im Moment immer noch nicht recht beantwortet werden. Als Sophie Charlotte die Bestallung von Joachim Gumpertz (Chaim Friedberg) und Nathan Hirsch als Hofagenten betrieb, regte sich jedenfalls in der

³⁶ Eckhart G. Franz: Das Haus Hessen. Ein biographisches Lexikon, Darmstadt 2012, Nr. HK 35, S. 119f.

³⁷ Małgorzata Anna Maksymiak und Hans-Uwe Lammel: Die Bützower jüdischen *Doctores medicinae* und der Orientalist O. G. Tychsen. Kontakte – Beziehungen – Netzwerke, in: Rafael Arnold, Michael Busch, Hans-Uwe Lammel und Hillard von Thiessen (Hg.): Der Rostocker Gelehrte Oluf Gerhard Tychsen (1734–1815) und seine internationalen Netzwerke, Hannover 2019, S. 115–133.

Stadt Widerstand.³⁸ Die Herzogin verstarb bereits 1749. Inwieweit dieser religiösen Offenheit des Hofes eine *longue durée* beschieden war, muss näher untersucht werden. Dass sich der Herzog für die Durchführung seiner Reformpläne diese Zusammenhänge nutzbar mache, darf als wahrscheinlich gelten. Als geradezu emblematisch darf mit dem Blick auf Rostock der Entschluss, 1760 eine neue Universität genau an diesem Ort, an der oberen Warnow, ins Leben zu rufen, aufgefasst werden. Religiöse Toleranz brachte in dieser Zeit eine Belebung des Handels und des Handwerks mit sich. Und das waren Rahmenbedingungen, die Bützow würde gut gebrauchen können, so dass die Stadt dem Verhandlungsführer Professor Mantzel gegenüber erklärte, dass alles nach den Vorstellungen für eine neue Hochschule eingerichtet werden können. Eines war von großem Vorteil: Einen Wunsch nach einem Kompatronat von Seiten der Stadt Bützow hatte der Herzog hier nicht zu befürchten.

Dass die Einrichtung an der unteren Warnow weiterbestand und Unterricht für Studierende aller Fakultäten erteilte, wurde zu einem Webfehler im herzoglichen Projekt, der nicht vorauszusehen war und am Ende schwer zu Buche schlagen sollte, da die Aufrechterhaltung zweier Anstalten der höheren Bildung sich als nicht finanziert herausstellte.

Die Armenuniversität Rostock

Zunächst ein paar Bemerkungen zum Reformbedarf in Rostock, wie er sich aus den Quellen fassen lässt. Aus einem Vorgang aus dem Jahr 1750 wird bereits deutlich, dass der Hof eine Verbesserung der Rostocker Studien wünschte. Und das in vielerlei Hinsicht. Seit spätestens der Mitte des 17. Jahrhunderts fielen die Rostocker Einschreibungen kontinuierlich unter den Reichsdurchschnitt.³⁹ In den 1740er und 1750er Jahren machten sie nicht einmal mehr die Hälfte davon aus. Die Zahl armer Studenten nahm zu. Die Attraktivität der Hochschule war zurückgegangen. Bei Studentenzahlen zwischen 50 und 80 pro Jahr suchten die Professoren nach Mitteln und Wegen, um Einbußen bei den Kolleggeldern zu minimieren. Dabei waren unschöne Konkurrenzen entstanden, die den Lehrbetrieb behinderten und in die die Studenten mit hineingezogen wurden. Unter dem Titel „Die aus Veranlassung der Herzoglichen Verordnung vom 26. September 1750 vorgenommenen Abstimmungen über die für die Studirenden nützlichste Einrichtung

³⁸ [Leopold] Donath: Geschichte der Juden in Mecklenburg von den ältesten Zeiten (1266) bis auf die Gegenwart (1874); auch ein Beitrag zur Kulturgeschichte Mecklenburgs. Nach gedruckten und ungedruckten Quellen, Leipzig 1874, S. 107f., Reprint Vaduz/Liechtenstein 1993.

³⁹ Asche, Bürgeruniversität (Anm. 3), S. 530, Anhang Tab. 1.

der Vorlesungen“ unterbreitete der Prorektor Aepinus – der Herzog selbst war zu diesem Zeitpunkt Ehrenrektor – am 5. Oktober des gleichen Jahres seinen Kollegen eine Reihe von Veränderungsforderungen des Landesherrn.⁴⁰ Für Aepinus muss es sich um eine recht dringliche Angelegenheit gehandelt haben, die auf keinen Fall unbearbeitet liegen gelassen werden durfte, denn er hat sich, wie er schreibt, mehrere Male aus dem Krankenbett quälen müssen, um seine Vorstellungen zu den herzoglichen Wünschen zu Papier zu bringen. Gleichzeitig war ihm klar, dass eine Klärung der Absichten und eine Einlösung dieser Forderungen eine Aufgabe für seinen Nachfolger bleiben werde. Aber ganz offenbar schien es ihm wichtig, sich diesem Wunsch des Herzogs noch in der Funktion des scheidenden Prorektors zu widmen, was seiner Meinungsäußerung ein stärkeres Gewicht verlieh.

Der Herzog wünschte ein „Reglement“ mit folgenden Festlegungen: (1) die Vorlesungen sollten so eingerichtet werden, dass die Studenten „alle Arten ihnen nöthiger Wissenschaften bequemlich erlernen können.“ (2) Ihnen sollte die „Freiheit“ gelassen werden, „nach Gefallen und Befinden“ sich die Dozenten auszuwählen. (3) Allen Dozenten sollten „Werbungen, und Anlockungen“ für ihre Lehrveranstaltungen in der Studentenschaft „ernstl. untersaget“ sein. (4) „[H]arte Strafen“ wurden ihnen angedroht, wenn sie sich zu „Werbungen“ gebrauchen liessen. Allein diese vier Wünsche nach Veränderungen im Lehrbetrieb zeigen, wo die Universität stand und an welcher Stelle Veränderungsbedarf vonnöten war.

Besonders auffällig war die zunehmende, später auch in Bützow greifbare studentische Armut. Indikator dafür bildete die Einrichtung von Freitischen. Dabei sollten sich die Studenten der „Wohltat des Freitisches“ bewusst sein und sich durch einen „besonderen Studieneifer“ auszeichnen.⁴¹ Das Rostocker Konvikt, dessen Ordnung 1754 erneuert wurde, wurde auch zur Quelle von Bereicherung. Abgesehen von den Klagen der Kommensalen über schlechte Verpflegung und Hygiene in den Gasthäusern, die von einer sich verschlechternden finanziellen Situation bei der Unterstützung armer Studenten Zeugnis ablegen, wiesen die Verantwortlichen auf ausbleibende Zahlungen aus den Korngefällen hin.⁴² Dieser Geldtopf gab aber auch Anlaß für unsachgemäße Nutzung. Denn zu einer Reduzierung der Freitischstellen kam es angesichts der leeren herzoglichen Taschen und der damit im Zusammenhang stehenden „übliche[n] Praxis“ der Professoren, zur Aufbesserung ihrer unregelmäßig gezahlten Gehälter gelegentlich die Konviktskasse

⁴⁰ Universitätsarchiv Rostock (künftig UAR), RXA 12/1, Akademische Vorlesungen, 1581–1789. Dokumente sind nicht foliiert.

⁴¹ Asche, Bürgeruniversität (Anm. 3), S. 433.

⁴² Ebd.

in Anspruch zu nehmen.⁴³ Zwischen 1719 und 1760 konnten nach den Berechnungen von Matthias Asche in Rostock höchstens 24 Konviktoren verpflegt werden, während beispielsweise in Halle 1712 156 Freitische für arme Studenten existierten.⁴⁴ Somit lag in Rostock der Anteil armer Studenten an der Gesamtbesucherzahl bei rund 15 Prozent. Asche geht davon aus, dass die Zahl vermutlich noch höher lag, da nicht alle bedürftigen Studenten am Freitisch beteiligt werden konnten.⁴⁵ Die wachsende Bedürftigkeit von Studierenden war zu einem Problem geworden, mit ihr einher ging Unmündigkeit und Abhängigkeit, auch finanzielle, von den Professoren, wollte man das Studium erfolgreich absolvieren.

Prorektor Aepinus betrachtete die „Willens-Meinung“ des Herzogs als „pro norma“ gesetzt, d. h. er identifizierte sich mit diesen Forderungen, die auch Ausdruck davon waren, mit der zunehmenden Zahl armer Studenten umzugehen, wie seine den Kollegen unterbreiteten Vorschläge zeigen. Das eingeforderte, aber noch zu erarbeitende „Reglement“ sollte dem Herzog „zur gnädigsten Approbation“ „eingeschickt“ werden.

Im Kern ging es um eine Umstrukturierung der Studien insgesamt, die gewährleisten sollte, dass alle Studenten die Möglichkeit hatten, Vorlesungen der Philosophischen Fakultät zu besuchen. So sollte laut Aepinus die „aus den Collisionen der Stunden entstehende Beschwerlichkeit, so wie mögl. gehoben werden; das beste dabey wäre dieses, wenn z. B. für die philosophischen *Collegia*“, die „ja doch wohl alle hören sollen und müssen, der Nachmittag bestimmt würde, sodann aber in den höhern Facultäten, die nothwendigste Collegia, alle morgens gelesen werden, aber es könnte auch umgekehrt seyn“. „[D]arüber [müsste] man sich vergleichen.“ „Alle *Collegia thetica* [gemeint ist die Theologie], *exegetica*, *biblica*, *historie ecclesiastica*, *institutionalia*, *pandectalia*, *historica*, müsten denn des morgens; und nachmittags alle *Logica*, *Metaphysica*, *Ius naturae*, *Mathesis*, *Linguae orientales* gelesen werden. Die übrigen *Collegia theologica*, als *Symbolica*, *polemica*, *patristica* pp. und *juridica*, als das *jus feudale*, *Germ. Can. Criminale*, die *practica* in beyden Facultäten“, könnten dann wohl nachmittags gehalten werden, weil die „Auditores derselben schon billig die *philosophica maxime necessaria* können und müssen durchgehört“ haben. Eben so könnten die „*practica philosophica*, idem die *Oratoria*, und die aesthetischen Wissenschaften“ auch morgens vorgetragen werden, weil die „Auditores derselben, gleichfalls schon die nöthigsten Wissenschaften in *Facultatibus superioribus* müssen absolviert“ haben. Die Medizinprofessoren würden „denn

⁴³ Ebd.

⁴⁴ Ebd. Johannes Conrad: Die Statistik der Universität Halle während der letzten 200 Jahre ihres Bestehens, Jena 1894, S. 70.

⁴⁵ Ebd.

ihre Stunden auch Vormittags nehmen“. Auf diesem Wege, der „viel zum guten Aufnehmen der Akademie beytragen“ werde, „müsste es denn betändig gehalten werden.“

Weitere Veränderungen zielten auf das Verhalten und die Information der Studenten. Sie sollten dahingehend mit einbezogen und gelenkt werden – auch durch Strafandrohung –, das konkurrentielle Spiel der Professoren nicht zu unterstützen und dabei gar mitzumachen. Das umfasste ihre „Er-mahn[ung]“, bei ihrer „Ankunft fleissig alle *Docentes pro hospite* zu besuchen, und anzuhören, und sodann nach ihrer Fähigkeit sich selbst zu wählen“, als auch das Aufgeben der Gepflogenheit einer Ausgabe von „*Zettul[n]*“ zu Beginn der Collegia. Zusätzlich wurde vorgeschlagen, alle halbe Jahre, „4 Wochen *ante terminum*“, einen „*Catalogus Lectionum*“ zu drucken. Für die Privatdozenten wurde indes an die Möglichkeit gedacht, „auch 3 oder vier Wochen *ante terminum*“ ihren „*Zettul*“ anschlagen zu lassen.

Als ausgeschlossen galt, dass der Lehrende mit seinen „*Auditoribus*“ einen „solchen *Contract*“ schloss, wonach durch die Zahlung „einer gewissen Summe“ den Studenten garantiert wurde, „alle *Collegia*, die sothaner *docens* liefert, bey ihm hören [zu] können“. Vielmehr sollte ein „jeder *auditor*“ „darin völlig seine Freiheit“ behalten. Eine Ausnahme bildeten die *Privatis-sima*, die „ihre besondern *Contracte*, wie sonst, für sich behalten.“ Das Ho-norar für die Lehrveranstaltungen sollte bestimmt werde, „kein *docens* darf weder darüber noch darunter fordern; doch wird die genereusité [sic] der *Auditorum* dadurch nicht eingeschränkt.“ Dass sich 1758 Rektor Mantzel nochmals mit diesen Fragen auseinandersetzen musste, zeigt, dass es keine Bereitschaft des Rostocker Lehrkörpers zur Veränderung gab.⁴⁶

Die Neugründung, die keine werden sollte

Es ist unzweifelhaft so, dass bei Neugründung einer Universität der Gedanke der Veränderung und des Bessermachens den ausschlaggebenden Impuls bildete. Das betraf sowohl das Verhältnis des Landesherrn zur Einrich-tung, seine Möglichkeiten, finanziell und inhaltlich gestalterisch Einfluss zu nehmen, als auch die Verortung des Instituts in der Welt der Gelehrsamkeit, in der europäischen Universitätsszene. Für Bützow, in Gegenüberstellung zu Rostock, könnte man diesen Vergleich durch die einfach zu stellende, indes weit weniger leicht zu beantwortende Frage grundieren, was in Bützow besser gemacht werden sollte. Eben sind die Fragen der Organisation der Studien und das Verhältnis von Professoren und Studenten angesprochen worden. Dabei sah man Änderungsbedarf. Hierzu gehörte auch sowohl die

⁴⁶ UAR (Anm. 39).

Beziehung der Professorenschaft zum Landesherrn – Aufsässigkeit und Widerständigkeit sollten minimiert werden – als auch der Inhalt der Lehre: Für die Medizin waren der anatomische Unterricht an der Leiche und am Lehrbuch, der klinische Unterricht am Krankenbett, die Arbeit im botanischen Garten und im chemischen Laboratorium gemeint. Für die Philosophische Fakultät waren Professuren für Orientalistik, Mathematik, Logik und Metaphysik, Ökonomie und Kameralwissenschaften, Geschichte sowie Natur- und Völkerrecht vorgesehen, während in Rostock rätliche Professuren für Griechische Sprache, Moral, Physik und Metaphysik und Niedere Mathematik fortbestanden.⁴⁷ In der Astronomie ging es in Bützow um die Arbeit im Observatorium, und als Grundlage für die Tätigkeit aller spielte die Schaffung einer brauchbaren Bibliothek eine große Rolle, die am 7. November 1772 als erste Öffentliche Bibliothek in Mecklenburg-Schwerin in Gegenwart des Herzogs mit einer Rede von Tychsen eröffnet wurde.⁴⁸ Ihr Bestand umfasste 1789 14.134 Bände und 189 Handschriften.⁴⁹

Schloss Bützow, Sitz der Universität (Zustand 2014)



Quelle: Wikimedia Commons

⁴⁷ Asche, Hochschule Bützow (Anm. 1), S. 139–140.

⁴⁸ Der Abdruck der Rede bei Camenz (Anm. 3), S. 127–142.

⁴⁹ Ebd., S. 107.

Darüber hinaus gab es deutliche Anzeichen dafür, dass der Landesherr stärker, als es ihm bisher möglich gewesen war, Einfluss auf die Geschehnisse innerhalb der Hochschule zu nehmen wünschte. Jede Rücksicht auf ein städtisches Kompatronat, das in Rostock Veränderungswünsche in Frage zu stellen in der Lage war, fiel in Bützow nunmehr weg. Die Einsetzung des ehemaligen Rostocker Rechtsprofessors Johann Peter Schmidt zum Kurator von Bützow hatte u. a. das Ziel, Phänomene wie Erb-Professuren und Lehrstuhlexpektanzen zu vermeiden, und kann sicher auch als ein Anzeichen gelten, wie die Jurisprudenz die Theologie als Leitwissenschaft ablöste.⁵⁰

Trotzdem kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass des Herzogs Friedrich Elan, seitdem das Fortbestehen der Einrichtung in Rostock unabwendbar schien, schnell erlahmte, und er vielen Dingen ihren Lauf ließ. So arbeiteten die Fakultäten mit vorübergehenden Statuten, die Medizinische Fakultät bis zum Schluss, obgleich der Kaiser die Festlegung von Statuten ausdrücklich zugelassen hatte. Dass Sparzwänge bei allen Entscheidungen des Landesherrn eine wichtige Rolle gespielt haben könnten und sie geprägt haben, darf als sicher gelten. Obgleich während der Kriegszeit die Universität Rostock ihre „Privilegien nicht mehr ausüben und insbesondere keine akademischen Grade mehr verleihen“ konnte⁵¹ – auch die Insignien wurden nach Bützow überführt und für die neue Hochschule ein eigenes Siegel geprägt –, wurde sie formal nicht geschlossen. Als klar war, dass das Budget für zwei Hochschulen aufzubringen sein würde, versuchte Friedrich zunächst in Rostock zu sparen. So verbot er, weiterhin die Hebungen für das Rostocker Konvikt zu zahlen,⁵² was das studentische Armenproblem erheblich vergrößert haben dürfte. Überhaupt spricht einiges dafür, dass des Herzogs Entscheidung für die zweite Einrichtung im Nachhinein wie aus dem Affekt heraus zustande gekommen zu sein erscheint. So gab es – wenn man von dem seit 1749 leerstehenden und noch herzurichtenden Schloss der Herzogswitwe Sophie Charlotte in Bützow absieht – keinerlei bauliche Voraussetzungen für die Einrichtung von Räumlichkeiten für Rektor und Dekane und für die Durchführung eines regulären Unterrichts in Bützow, als die Studenten und Professoren, von denen einige aus Rostock, aber auch neue Studenten und Professoren, kamen. Und daran sollte sich bis 1789 kaum etwas ändern.

Der zweite wichtige Aspekt, der hier genannt zu werden verdient, ist, dass der Herzog angesichts eines ersten frequentiellen Tiefpunkts, tatsächlich zu – wenn auch halbherzigen – Verhandlungen über eine „Rückverlegung“

⁵⁰ Notker Hammerstein: Akademien und Universitäten, in: Historische Zeitschrift 278, 2004, S. 591–623, hier 603.

⁵¹ Asche, Hochschule Bützow (Anm. 1), S. 138.

⁵² Asche, Bürgeruniversität (Anm. 3), S. 433.

nach Rostock bereit war. Zu diesem historischen Zeitpunkt – kurz nach der Gründung der Hochschule in Bützow und angesichts der riesigen Hindernisse, sie in Gang zu setzen, und der Tatsache, dass die Rostocker Einrichtung weiterbestand –, scheint mir der von Asche gebrauchte Terminus „Rückverlegung“ an dieser Stelle angebracht. Demgegenüber kann man nach 29 Jahren des Bestehens der Bützower Anstalt kaum mehr von einer „Rückverlegung“ sprechen. Asche sah seinerzeit den gesamten Vorgang von 1760 als „Spaltung“ an.⁵³ Unter dieser Sicht macht der Begriff Sinn. Diese Wortwahl geht auf den Nachfolger Friedrichs, seinen Neffen Friedrich Franz, zurück, die aber eher dazu diente, das, was dort im Jahr der Französischen Revolution in Mecklenburg vollzogen wurde, nämlich eine Universitätsschließung, zu bemänteln bzw. dissimulieren.

Man muss allerdings daran erinnern, dass die ursprüngliche Absicht des Onkels darin bestanden hatte, Rostock zu schließen und eine neue mecklenburgische Landesuniversität in Bützow zu eröffnen. Als klar war, dass Mecklenburg zwei Universitäten haben würde, war von diesem Plan kaum noch etwas übriggeblieben. So blieb nur die Flucht nach vorn, eine Verbesserung der Attraktivität der Hochschule in Bützow für Studenten, indem beispielsweise ein Konvikt für zunächst zwölf Studenten dort eingerichtet wurde, während anfänglich nur von drei herzoglich dotierten Freitischstellen die Rede war. Diese Maßnahme scheint zunächst auch Erfolg gehabt zu haben. Zwischen dem zum Wintersemester 1769/70 eröffneten Konvikt und dem kurzfristigen Anstieg der Bützower Einschreibungen um etwa 30 Prozent gibt es einen Zusammenhang.⁵⁴

Dem Bützower *Reglement für die Frey-Tische* waren Disziplinargesetze beigefügt, die nach dem Muster der Universität Göttingen entworfen waren.⁵⁵ Die §§ 16 und 17 der Konviktoristengesetze sahen vor, dass die nutzniegenden armen Studenten dem Inspektor in jedem Semester die Liste der besuchten Kollegien vorlegen sollten. Auf der Liste war die Unterschrift des jeweiligen Professors erforderlich. Am Ende des zweiten Jahres sollte gemäß den allgemeinen Studiengesetzen eine Disputation abgehalten werden.⁵⁶

Für die Umsetzung der Ausgangsidee Friedrichs, dass ein Konvikt zur Hebung der studentischen Disziplin und des Studienniveaus beitragen würde, waren die Möglichkeiten bald ausgeschöpft. Die durch Finanzierung ermutigten Studenten waren durchweg arm. Damit setzte sich ein seit dem frühen 18. Jahrhundert schon für Rostock zu beobachtender Trend auch in Büt-

⁵³ Asche, Universität und Stadt (Anm. 11), S. 96. So auch Hölscher (Anm. 3), S. 107, der von „Wiedervereinigung der getrennten Akademien“ sprach.

⁵⁴ Asche, Bürgeruniversität (Anm. 3), S. 434.

⁵⁵ Ebd., S. 435.

⁵⁶ Ebd., S. 435–436.

zow fort, dass an der mecklenburgischen Landesuniversität nur noch diejenigen jungen Leute studierten, die auf „eine Anstellung im Lande angewiesen“ oder so bedürftig waren, dass sie sich „ein Studium außerhalb Mecklenburgs“ nicht leisten konnten. Zwar stieg die Frequenz Bützows, aber das geschah zugunsten des Pauperes-Anteils, der nach den Berechnungen von Matthias Asche nunmehr rund 50 Prozent innerhalb der Bützower Studentenschaft ausmachte.⁵⁷

Im Jahre 1764 beschrieben die Bützower Professoren Oluf Gerhard Tychsen und Ferdinand Ambrosius Fidler in einem Gutachten den Zustand der *Friedriciana*: „Als etwas locales“ stellten sie dar, dass „unsere gesamte allhir studirende Jugend aus Landes Kindern“ und „solchen jungen Leuten“ besteht, die bisher entweder „auf Schulen sind vernachlässigt“ und einer „wüsten Lebensart gewohnt“ worden oder die sich entschlossen haben, in Bützow „ihre erste academischen Jahre zuzubringen“ und „allhir von der ihnen angewohnten Freiheit einen üblichen Gebrauch“ machen. Wegen der geringen Frequenz würden sich alle Studenten untereinander kennen und seien deshalb zu Ausschweifungen aller Art leicht verführbar. Es verwundert nicht, dass als Urheber der „studentischen Zügellosigkeiten“ in den Akten immer wieder die Konviktoristen genannt werden, machten sie doch den größten Teil der Studentenschaft aus.⁵⁸

An dieser Stelle muss aber noch eine andere Besonderheit in Bützow erinnert werden. Zwar waren auch in Rostock nach dem Dreißigjährigen Krieg die Studentenzahlen rückläufig, die Verbundenheit mit der Stadtbevölkerung blieb indes erhalten, wie die nicht in gleichem Maß zurückgehenden Einschreibungen der Rostocker Bürgerkinder bis 1760 zeigen. Hinzugefügt sei, dass derjenige, der es sich leisten konnte, seine Kinder nach Halle, Göttingen und Straßburg schickte, Einrichtungen, mit denen die Rostocker Hochschule nicht mehr konkurrieren konnte.⁵⁹ Für Bützow kann man diese Beobachtung auch machen, eine Nutzung der Hochschule für höhere Studien von Bützower Bürgerkindern. Allerdings war der Effekt wesentlich geringer bei einer Bevölkerungszahl von 1.000 in Bützow.⁶⁰ Angesichts dieser Sachlage erstaunt es wenig, dass die Historiographie des 19. Jahrhunderts gerade die ständigen „herzoglichen Ermahnungen zu Sittsamkeit und Disziplin“ als Zeugnisse für ein wildes Studentenleben in Bützow und für das

⁵⁷ Asche, Bürgeruniversität (Anm. 3), S. 436.

⁵⁸ Zahlreiche archivalische Belege bei ebd., S. 436, Anm. 150.

⁵⁹ Asche, Universität und Stadt (Anm. 11), S. 109. In Rostock blieben die armen Theologiestudenten zurück.

⁶⁰ Ebd., S. 107–108, Tabb. 1 und 2. U. Hölscher: Die Stadt Bützow, in: Jahrbücher des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde 25, 1885, S. 108–110, hier 108.

Scheitern des herzoglichen Projekts herangezogen hat.⁶¹ Das passte so gut und schien eben einigen Universitätshistorikern nur zu plausibel – „pietistische“ Gründung und zügellose Studenten –, um Anlässe für einen Niedergang einer Einrichtung der höheren Bildung im 18. Jahrhundert zu beschreiben.

Überdies machte Friedrich die Professoren für das studentische Treiben verantwortlich, was dazu beigetragen hat, dass nur sechs von zehn Bützower Professoren in Rostock übernommen wurden.⁶² Es schien ihm schon „an und für sich [...] unbegreiflich und sonderbar, daß ihr nicht vermögend zu seyn scheinet, eine Handvoll Leute, an der Zahl 36 Personen, unter welchen doch wohl der halbe Theil ruhig und sittsam“ sei, in „Zucht und Ordnung zu halten“, hieß es in einem herzoglichen Reskript vom 18. Juli 1778.⁶³ Die Schuld sah er in der Zerstrittenheit des Lehrkörpers, dessen Angehörige für die Studenten nur als schlechtes Vorbild dienen konnten.⁶⁴

Zu seinem Reformprogramm gehörte auch die Aufbesserung der Professorengehälter, die Besetzung vakanter Lehrstühle und der Erlass eines *Disziplinar-Reglements*.⁶⁵

Friedrich hatte von Anfang an dafür gesorgt, die Lehrpositionen in Bützow attraktiv zu machen. Ihm war es auch gelungen, renommierte Gelehrte bzw. junge Gelehrte in die Stadt zu holen, die dort größere Ausstrahlung entfalten konnten, wie Oluf Gerhard Tychsen, den Döderlein aus Halle kannte, von dort mitbrachte und der erst in Bützow seinen Magister machte. Tychsens Interessen für alte Sprachen, altorientalische Numismatik und Paläographie besaßen europäisches Format und erlaubten ihm, zu einem Netzwerk von bedeutenden Gelehrten zu gehören.⁶⁶ Der an der Juristischen Fakultät lehrende Historiker Eobald Toze entwickelte durch die Integration von Bosius' *status rerum* und *notitia rerum publicarum* in die „Staatsge-

⁶¹ Asche, Bürgeruniversität (Anm. 3), S. 436. Die beteiligten Studenten gehörten vor allem der Theologischen und Juristischen Fakultät an. Bei den Medizinern und Philosophen betrug der Anteil an Konviktoristen 1 %. Ebd., S. 441–443 und Tab. 15. Zu Tychsen siehe Hans-Uwe Lammel und Michael Busch: Haskala, Pietismus und der Rostocker Orientalist Oluf Gerhard Tychsen (1734–1815), in: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden 27, 2017, H. 1, S. 195–238, und Arnold u. a. (Hg.) (Anm. 37), Tychsen.

⁶² Camenz (Anm. 3), S. 99.

⁶³ UAR B 13d/5, zitiert nach Asche, Bürgeruniversität (Anm. 3), S. 437.

⁶⁴ Ebd., S. 437. Von „Animositaeten selbst in Kleinigkeiten“, „Ausfälle[n] gegeneinander [...] in zum Theil ungesitteten Ausdrücken“ sowie von „Heftigkeit und Unfreundlichkeit unter den Collegen, vornämlich auch alle weibische Herunterlassung gegen die Studiosos mit Verunglimpfung des dritten“ ist in einem Reskript „Irrungen im Collegio“ vom 16. Oktober 1775 die Rede. UAR, B 2/10 Nr. 72, S. 90ff., zitiert nach Asche, ebd.

⁶⁵ Ebd., S. 434.

⁶⁶ Siehe dazu zuletzt Arnold u. a. (Hg.) (Anm. 37), Tychsen.

schichte Europas“ und ihre Verbindung mit Pufendorfs Staatsinteressenlehre in einem mehrbändigen Werk die „Staatenkunde“ zur „Neuesten Staatengeschichte“ weiter.⁶⁷

Als ein frühes Beispiel für die Rezeption anwendungsbezogener Fächer kann die nach Göttinger Vorbild vollzogene Einrichtung eines Lehrstuhls für Ökonomie und Kameralistik gelten, die mit dem zweiten Lehrstuhlinhaber, Franz Christian Lorenz Karsten, ihre Wirksamkeit entfaltete. Dass nur sehr wenige Studenten das Angebot angenommen haben, hat weniger mit Karsten zu tun, der 1789 nach Rostock wechselte, als mit den Interessen der Studenten und der Attraktivität von Standort und Universität. Nicht zu vergessen den Philosophen Johann Nikolaus Tetens,⁶⁸ der aus Göttingen nach Bützow kam und auch als Wegbereiter der theoretischen Psychologie gilt.⁶⁹

Diese positive Bilanz ließe sich fortführen. Es spricht Universitätshistoriographisch für sich, dass 1986 in einem Aufsatz über Naturgeschichte und Mineralogie im Ostseeraum Rostock – von Bützow ganz zu schweigen – als Standort und Einrichtung gar nicht auftaucht, und als die für den baltischen Bereich im 18. Jahrhundert einflussreichsten Hochschulen Uppsala und Königsberg beschrieben werden.⁷⁰ Die Zeit der hansischen Samtuniversität war spätestens seit dem letzten Hansetag in der Mitte des 17. Jahrhunderts vorbei. Hinzu kam, dass sich im nördlichen Reich das Netz der Universitäten verdichtete mit ebenfalls negativen Auswirkungen für den Standort Rostock. Der Charakter der Einrichtung wandelte sich zur Landesuniversität, die sich diesen Bedingungen anpassen musste. Nun setzte Bützow neue Akzente.

⁶⁷ Gabriella Valera: Statistik, Staatengeschichte, Geschichte im 18. Jahrhundert, in: Hans Erich Bödeker, Georg G. Iggers, Jonathan B. Knudsen und Peter H. Reill (Hg.): Aufklärung und Geschichte. Studien zur deutschen Geschichtswissenschaft im 18. Jahrhundert (Veröffentlichungen des MPI für Geschichte 81), Göttingen 1986, S. 119–143, hier 136.

⁶⁸ Siehe zu ihm Lammel (Anm. 3), S. 248, und Johann Christoph Schwab: Ausführliche Erörterung der von der Königl. Akademie der Wissenschaften zu Berlin für das Jahr 1791 vorgelegten Frage: „Welches sind die wirklichen Fortschritte, die die Metaphysik seit Leibnitzens und Wolffens Zeiten in Deutschland gemacht hat?“, in: Königl. Preuss. Akademie der Wissenschaften (Hg.): Preisschriften über die Frage: Welche Fortschritte hat die Metaphysik seit Leibnitzens und Wolffs Zeiten in Deutschland gemacht?, Berlin, S. 1–170, hier 90–102, sowie Ernst Cassirer: Die Philosophie der Aufklärung, Tübingen 1932, S. 166–177.

⁶⁹ Literatur dazu bei Asche, Hochschule Bützow (Anm. 1), S. 141, Anm. 39.

⁷⁰ Lisbet Koerner: Daedalus Hyperboreus: Baltic Natural History and Mineralogy in the Enlightenment, in: William Clark, Jan Golinski und Simon Schaffer (Hg.): The Sciences in Enlightened Europe, Chicago und London 1999, S. 389–422, hier 392.

Schlussbetrachtung

Als Herzog Friedrich Franz die Notbremse zog, 1788 der Neue Grundgesetzliche Erbvertrag mit Rostock in § 184 die „Translokation“ der Universität von Bützow nach Rostock festlegte und am 27. April 1789 das förmliche Ende der Universität Bützow da war, ging ein aufschlussreiches Experiment *in vivo* zu Ende. Unser Beispiel verweigert sich einer Zuordnung zu den von Heinz Kathe seinerseits entwickelten fünf Typen von Auflösungen.⁷¹ Das Problem der Finanzierung von zwei Hochschulen auf einem Territorium war zu diesem Zeitpunkt eher selten.⁷² Trotzdem wäre es völlig verfehlt, eine durchweg negative Bilanz zu ziehen.

Dem Herzog gelang es, durch das Fehlen eines Kompatronats in Bützow einen größeren Gestaltungsspielraum zu erlangen und die Privilegien einer Familienuniversität erst gar nicht aufkommen zu lassen. Es waren vorrangig jüngere und junge Professoren, die nach Bützow kamen, in der Mehrzahl nicht aus Mecklenburg, allerdings zum Teil nur wenige Jahre in Bützow blieben. Aepinus ging noch in den 1760er Jahren nach Rostock zurück – er hatte von Anfang Zweifel an dem Bützower Projekt des Herzogs –, während Toze bis zur Schließung blieb. Hier zeichnet sich das Bild einer neuen Mobilität ab, wie es für das 19. Jahrhundert bedeutsam werden sollte. Der Fächerkanon konnte modernisiert werden.

Auffällig ist eine Disziplinierung in zweifacher Weise: zum einen eine stärkere Einflussnahme und Kontrolle des Studien- und allgemeinen Verhaltens der Studenten, und zum anderen ein verbessertes Lehrangebot, das sich am Standard der sich herausbildenden Disziplinen orientierte. Die Rolle einzelner Fakultäten muss noch untersucht werden. Das betrifft besonders die Theologische Fakultät, wo mit Fidler und Peter Andreas Müller, wenn auch nur kurzzeitig, zwei Gestalten wirkten, deren Gelehrsamkeit schon von den Zeitgenossen in Frage gestellt wurde. Es ist richtig, dass die Medizinische Fakultät einige Semester gar keine Hörer hatte. Am Mangel an Leichen für die anatomische Unterweisung wird es nicht gelegen haben. Schaarschmidt kam vom Berliner *Collegium medico-chirurgicum* und besaß große Erfahrung in der Vermittlung anatomischen Wissens auch außerhalb des Anatomiesaals. Viel entscheidender war das Fehlen eines Krankenhauses in der Stadt, in dem eine Unterweisung am Krankenbett hätte durchgeführt wer-

⁷¹ Heinz Kathe: Die Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg 1815–1817, in: Hermann-J. Rupieper (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg 1502–2002, Halle 2002, S. 46–67, hier 50 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Kathe-2002_Uni_Vereinigung-1.pdf).

⁷² Frederic Gross: Konkurrenz zweier (un)gleicher Schwestern in einem Land unter Ökonomisierungsdruck. Die Universität Tübingen und die Hohe Karlsschule in Stuttgart, in: Harding (Hg.), Gelehrsamkeit (Anm. 7), S. 195–216.

den können. Es ist zu vermuten, dass Detharding und die weiteren Medizinprofessoren ihre Studenten zu den städtischen Krankenbesuchen mitnahmen, soweit die bürgerliche Klientèle dies zuließ. Über die gewachsene Bedeutung der Juristischen Fakultät wurde schon einiges gesagt. Mantzel gründete die *Mecklenburgische Gelehrte Gesellschaft*, und Adolf Friedrich Reinhard rief 1775 die *Kritischen Sammlungen zur neuesten Geschichte der Gelehrsamkeit* ins Leben, an denen sich fast alle Professoren beteiligten und die sich als Gegenstück zur Berliner *Allgemeinen Deutschen Bibliothek* im Sinne eines „Trutz-Berlins“ und eines „Warn[ow] Athens“ verstanden.⁷³

Wenn man anschaut, in welcher Weise die Bützower Erfahrungen der Veränderung und Modernisierung in die Rostocker Universität nach 1789 eingeflossen sind, so kann man mit einer gewissen Berechtigung abschließend vermuten, dass die Rostocker Universität ohne die Anstalt in Bützow nicht überlebt hätte.

⁷³ Lammel (Anm. 3), S. 250.

Auf der Suche nach dem Neubeginn

Zur preußischen Universitätspolitik in der Krise um 1800

Hans-Christof Kraus

Krise der Universitäten

Am Ende des 18. Jahrhunderts befand sich das deutsche Universitätswesen in einer tiefen Krise, die auf eine ganze Reihe verschiedenster Ursachen zurückging: Überalterung der akademischen Formen und Lehrinhalte, unzureichende Finanzmittel, verbreitete Korruption und Vetternwirtschaft – letztere vor allem in den traditionellen „Familienuniversitäten“ wie etwa Tübingen oder Leipzig –, ebenfalls eine immer stärkere Ausdifferenzierung der einzelnen Disziplinen und Wissenschaftszweige im beginnenden Aufstieg der modernen Naturwissenschaften und schließlich auch eine allzu praxisferne Berufsausbildung vor allem der angehenden Staatsdiener in den Bereichen von Staat, Verwaltung, Lehramtstätigkeit und geistlicher Praxis. Hinzu kamen die weitreichenden politischen Veränderungen im Kontext des langsamens, aber unaufhaltsamen Zerfalls des Alten Reiches und seit 1789/90 ebenfalls die gravierenden Auswirkungen der Französischen Revolution im damaligen Deutschland. Viele der kleinen und kleinsten Landesuniversitäten erwiesen sich nun als nicht mehr lebensfähig oder auch – spätestens seit der großen politischen „Flurbereinigung“ im Zuge des sogenannten Reichsdeputationshauptschlusses – als schlichtweg überflüssig.¹

Im Königreich Preußen, wo man seit dem frühen 18. Jahrhundert auf das Konzept der – vorrangig für die eigenen „Landeskinder“ gedachten – Landesuniversität gesetzt hatte, befand sich das akademische Bildungswesen

¹ Dazu u. a. René König: Vom Wesen der deutschen Universität [zuerst 1935], 2. Aufl. Wiesbaden 2021, S. 3–45; Rainer A. Müller: Geschichte der Universität. Von der mittelalterlichen Universitas zur deutschen Hochschule, München 1990, S. 66–71; Thomas Ellwein: Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wiesbaden 1997, S. 111–115; Hartmut Boockmann: Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität, Berlin 1999, S. 182–191; Wolfgang E. J. Weber: Geschichte der europäischen Universität, Stuttgart 2002, S. 154f.; Hans-Albrecht Koch: Die Universität. Geschichte einer europäischen Institution, Darmstadt 2008, S. 113–128; guter Überblick ebenfalls bei Notker Hammerstein: Universitäten, in: Notker Hammerstein/Ulrich Herrmann (Hg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. II: 18. Jahrhundert, München 2005, S. 369–400, hier S. 390–394.

ebenfalls in einer sehr unbefriedigenden Lage. Die neben Göttingen bekannteste Aufklärungsuniversität Deutschlands, nämlich Halle (gegründet 1694), stand zwar mit knapp eintausend Studenten und einem durchaus ansehnlichen Lehrkörper noch immer an der Spitze der preußischen Hochschulen, doch an den anderen Universitäten des Landes sah es eher trübe aus: Die alte Königsberger Universität, die damals noch den weitaus berühmtesten Gelehrten des Landes, Immanuel Kant, zu ihren akademischen Lehrern zählen konnte, verfügte nurmehr über ein Drittel der studentischen Frequenz von Halle; ähnlich waren die Verhältnisse an den anderen damals zu Preußen gehörenden, ebenfalls sehr kleinen Hochschulen: Frankfurt an der Oder, Erlangen und Duisburg.²

Eine zeitweilig mehr angedachte als geplante Universitätsneugründung in Thorn oder in Kulm, vorgesehen ausschließlich für die neuen polnischen Untertanen in den durch die beiden Teilungen Polens von 1793 und 1795 zu Preußen gekommenen Landesteilen, kam aus finanziellen und anderen Gründen nicht zustande.³ In der Folge der politischen Umbrüche und der territorialen Neuordnungen der Jahre 1803 bis 1805 erlangte das Königreich für kurze Zeit zwar noch vier weitere Universitäten: Erfurt, Münster, Paderborn und (ab 1805) auch noch Göttingen. Doch nach der schweren militärischen Niederlage gegen das napoleonische Frankreich und dem anschließenden Friedensschluss zu Tilsit (1807), durch den das preußische Staatsgebiet halbiert wurde,⁴ gingen dem Land nicht nur sämtliche der kürzlich hinzugewonnenen kleineren Universitäten verloren, sondern auch noch seine wichtigste Hochschule, nämlich Halle. Erst die Neugründung einer Universität in der Hauptstadt Berlin – sie erfolgte nach mehreren Jahren der Vorbereitung im Jahr 1810 – konnte diesen Verlust wieder ausgleichen.

Eine allgemeine Erneuerung des gesamten Systems der akademischen Bildung im Königreich erschien in den Jahren um 1800 jedoch noch aus anderen Gründen dringend erforderlich. Die Einschränkung der Religionsfreiheit – und damit auch der Freiheit der akademischen Forschung und Lehre – durch das im Jahr 1788 erlassene Religions- und Zensuredikt des Ministers

² Zur preußischen Bildungsgeschichte noch immer umfassend und grundlegend Wolfgang Neugebauer: Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Otto Büsch (Hg.), Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. II, Berlin – New York 1992, 605–798, hier S. 644–651.

³ Dazu die Hinweise (aus den preußischen Staatsakten) bei Hans-Christof Kraus: Die Gründung der Universität Berlin im Kontext der allgemeinen Bildungsentwicklung um 1800, in: Bärbel Holtz (Hg.), Krise, Reformen – und Kultur. Preußen vor und nach der Katastrophe von 1806 (Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte N. F., Beiheft 11), Berlin 2010, S. 171–190, hier S. 182–184.

⁴ Hierzu ausführlich jetzt Sven Prietzel: Friedensvollzug und Souveränitätswahrung. Preußen und die Folgen des Tilsiter Friedens 1807–1809 (Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, 53), Berlin 2020.

Johann Christoph von Woellner, dessen Auswirkungen auch Kant zu spüren bekommen hatte,⁵ war neben anderen Missständen eine zentrale Ursache für studentische Unruhen an mehreren preußischen Hochschulen gewesen. Woellners Nachfolger im Amt des Ministers für Justiz und Chefs des geistlichen Departements, Julius Eduard von Massow,⁶ sah sich deshalb genötigt, im Juli 1798 eine königliche Verordnung „wegen Verhütung und Bestrafung der die öffentliche Ruhe störenden Excesse der Studirenden“ zu erlassen, um den – vermutlich auch durch die Folgewirkungen der Revolution in Frankreich veranlassten – Tumulten an verschiedenen Universitäten des Landes Einhalt zu gebieten.⁷

Schon im Jahr 1795 hatten führende Gelehrte und Schriftsteller des Landes, die sich in der weit über die Grenzen Preußens hinaus bekannten Berliner „Mittwochsgesellschaft“ versammelten, eingehend über die damals verbreitete Auffassung diskutiert,

„daß Universitäten in unserem Zeitalter entbehrlich wären, weil theils ihr Zweck auf andere und bessere Weise erreicht werden kann, theils mehr Uebels dadurch gestiftet werde als Gutes befördert werde, und daß, wenn sie doch ferner bestehen sollten, wenigstens die scholastische Einteilung in Facultäten und das Monopol, welches in jeder die Wissenschaft mit ihrer Lehre treibe, aufhören müsse“⁸

Diese Debatte, an der sich seinerzeit führende Vertreter des Berliner Geisteslebens und der preußischen Spätaufklärung beteiligten, unter anderem

⁵ Vgl. Fritz Valjavec: Das Woellnersche Religionsedikt und seine geschichtliche Bedeutung, in: derselbe: Ausgewählte Aufsätze, München 1963, S. 294–306; umfassend jetzt Uta Wiggemann: Woellner und das Religionsedikt. Kirchenpolitik und kirchliche Wirklichkeit im Preußen des späten 18. Jahrhunderts (Beiträge zur historischen Theologie, 150), Tübingen 2010.

⁶ Zu Massow und seiner bildungsreformerischen Tätigkeit siehe vor allem Gerd Roellecke: Julius von Massow als „Kultusminister“ (1798–1806). Preußische Bildungspolitik zwischen Wöllner und Humboldt, in: Hans Hattenhauer/Götz Landwehr (Hg.), Das nachfriderizianische Preußen 1786–1806. Rechtshistorisches Kolloquium 11.–13. Juni 1987 Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (Motive – Texte – Materialien, 46), Heidelberg 1988, S. 363–381; Manfred Schneider: Julius Eberhard Wilhelm Ernst von Massows Beitrag zur Bildungsreform in Preußen (1770–1806) (Europäische Hochschulschriften, R. XI, Bd. 701), Frankfurt a. M. u. a. 1996; vgl. ebenfalls Helmut Schelsky: Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen, Reinbek bei Hamburg 1963, S. 24f., 42–44.

⁷ Vgl. Roellecke, Julius von Massow, S. 374; Schelsky, Einsamkeit und Freiheit, S. 24f.

⁸ Adolf Stölzel, Die Berliner Mittwochsgesellschaft über Aufhebung oder Reform der Universitäten (1795), in: Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte 2 (1889), 201–22, hier 204; vgl. dazu auch König, Vom Wesen der deutschen Universität, S. 14–17; Horst Möller: Vernunft und Kritik. Deutsche Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 1986, S. 232–234; derselbe: Fürstenstaat oder Bürgernation. Deutschland 1763–1815, Berlin 1989, S. 354f.; ebenfalls Hammerstein, Universitäten, S. 393.

Friedrich Nicolai, Erich Biester, Leopold Friedrich von Göckingk und Carl Gottlieb Svarez,⁹ endete zwar mit einem mehrheitlichen Votum für die Beibehaltung der Universität als Institution, doch es wurden gleichzeitig umfassende und durchgreifende Reformen angemahnt.

Und drei Jahre später, wiederum 1798, veröffentlichte im Kontext der allgemeinen Debatte über die Zukunft der Universitäten auch Immanuel Kant seine letzte Schrift „Der Streit der Facultäten“,¹⁰ in der er zwar eine grundstürzende *institutionelle* Veränderung innerhalb der Hochschulen ablehnte, jedoch den Anspruch der Philosophischen Fakultät betonte, ihren bisher letzten Platz in der alten fakultären Rangordnung mit dem ersten zu tauschen: Denn allein die Philosophische Fakultät bewege sich, so Kant, im Rahmen uneingeschränkter geistiger Freiheit, „weil sie für die *Wahrheit* der Lehren, die sie aufnehmen oder auch nur einräumen soll, stehen muß“, und deshalb werde künftig genau diese Fakultät „als frei und nur unter der Gesetzgebung der Vernunft, nicht der Regierung stehend gedacht werden müssen“.¹¹ Kant erhob damit also faktisch den Anspruch, dass die Philosophie von den Disziplinen der drei „oberen“ Fakultäten als (um einen modernen Begriff zu gebrauchen) universitäre *Leitwissenschaft* anzuerkennen sei, weil sie allein den Maßstab einer vernunftgeleiteten wissenschaftlichen Wahrheitsfindung definieren könne.¹²

Suche nach Alternativen

Als spätestens seit 1792/93 das institutionell überalterte und strukturell funktionsunfähig gewordene Alte Reich unter dem Einfluss der politischen und bald auch kriegerischen Verwicklungen mit dem revolutionären Frankreich in immer rascheren Niedergang geriet, setzte zugleich ein großes Universitätssterben in Deutschland ein, dem die Hälfte der damals etwa fünf- und vierzig deutschen Hochschulen zum Opfer fallen sollten, darunter Straßburg, Stuttgart, Bonn, Köln, Mainz, Bamberg, Helmstedt, Paderborn, Altdorf

⁹ Diese Debattenbeiträge sind abgedruckt bei Stölzel, Die Berliner Mittwochsgesellschaft, 203–222.

¹⁰ Immanuel Kant: Der Streit der Facultäten, in: derselbe: Gesammelte Schriften, Akademie-Ausgabe, Bd. VII, Berlin 1907 u. ö., S. 1–116; zum biographischen und geistesgeschichtlichen Kontext siehe auch Ernst Cassirer: Kants Leben und Lehre, Darmstadt 1977, S. 428–434.

¹¹ Kant: Der Streit der Facultäten, S. 27.

¹² Vgl. ebenda, S. 28: „Auf einer Universität [...] muß eine philosophische Facultät sein. In Ansehung der drei obren dient sie dazu, sie zu controlliren und ihnen eben dadurch nützlich zu werden, weil auf *Wahrheit* (die wesentliche und erste Bedingung der Gelehrsamkeit überhaupt) alles ankommt; die *Nützlichkeit* aber, welche die oberen Facultäten zum Behuf der Regierung versprechen, nur ein Moment vom zweiten Range ist“.

und Salzburg.¹³ Angesichts dieser Lage erschien eine Erneuerung der noch bestehenden größeren akademischen Bildungsanstalten als geradezu unausweichlich. Drei sehr unterschiedliche Modelle boten sich hierfür an:

- *Erstens* ein Weiterbestehen der Universitäten in ihrer bisherigen Form, die allerdings dort, wo es nötig schien, zu reformieren oder institutionell zu ergänzen sein sollten; dieses Programm lautete also: vorsichtige Reform statt Neubegründung.
- *Zweitens* eine entschiedene, grundstürzende institutionelle Neubildung der Universitäten, die zwar in ihrer Eigenschaft als Volluniversitäten – im Sinne der alten Idee der *universitas litterarum* – erhalten bleiben, jedoch in ihren institutionellen Formen grundlegend verändert werden sollten.
- Und *drittens* wiederum, als radikalste Lösung, die vollständige Auflösung und Abschaffung der Universitäten zugunsten von Spezialschulen für die Ausbildung in allen akademischen Berufssparten.

Was das letztgenannte Modell anbetrifft, muss daran erinnert werden, dass gerade im Königreich Preußen (und innerhalb Deutschlands keineswegs nur dort) bereits während des gesamten 18. Jahrhunderts eine ganze Reihe von speziellen Fachschulen begründet worden war.¹⁴ Erwähnt seien an dieser Stelle lediglich die in Berlin ansässigen, um 1800 zumeist noch vergleichsweise jungen Ausbildungsstätten: die Bergakademie, die Tierarzneischule, die Ausbildungsstätte für Militärärzte (die sog. Pépinière) und die Bauakademie.¹⁵ Die künftige Entwicklung der zentralen Ausbildungsinstitutionen schien, wenn auch nur auf den ersten Blick, in Preußen ebenfalls auf den damals bereits vom revolutionären Frankreich beschrittenen Weg einer weitgehenden Abschaffung der alten Universität als zentraler Bildungsinstitution zu verweisen.

Als wichtigster Promotor einer derartigen umfassenden Bildungsveränderung in Preußen versuchte sich, wenigstens für kurze Zeit, seit 1798 der Minister Julius Eduard von Massow zu profilieren.¹⁶ Er vertrat, in positiver An-

¹³ Vgl. Müller, Geschichte der Universität, S. 66; Schelsky, Einsamkeit und Freiheit, S. 22. Von diesem Universitätssterben war – infolge des Niedergangs der geistlichen Staaten des Alten Reiches – in besonders starkem Maße das katholische Deutschland betroffen, hierzu grundlegend: Laetitia Boehm: Katholizismus, Bildungs- und Hochschulwesen nach der Säkularisation, in: dieselbe: Geschichtsdenken, Bildungsgeschichte, Wissenschaftsorganisation (Historische Forschungen, 56), Berlin 1996, S. 777–822, bes. S. 800–803.

¹⁴ Vgl. Neugebauer: Das Bildungswesen in Preußen, S. 650f.

¹⁵ Vgl. Schelsky, Einsamkeit und Freiheit, S. 37.

¹⁶ Siehe zu Massow neben den oben in Anm. 6 genannten Arbeiten von Roellecke und Schneider auch die Angaben zur Berufskarriere bei Rolf Straubel: Biographisches Hand-

knüpfung an Ideen des Pädagogen und Bildungsreformers Heinrich Stephani, die Idee einer Abschaffung der Universität – für ihn nur „ein monströser Zusammenwuchs mehrerer Schulen“¹⁷ – und deren Ersatz durch berufsbezogene Fachschulen, wobei ihm allerdings bald klar geworden zu sein scheint, dass unter den gegebenen Umständen dieses Ziel so bald nicht zu erreichen sein würde. So begann er um 1800 seine Reformbemühungen zuerst im Rahmen einer institutionellen Neuordnung der bedeutendsten Landesuniversität, der Fridericana zu Halle.¹⁸

Die von ihm vorgesehene komplette Abschaffung der korporativen Universitätsverfassung, die Einschränkung der bisher geltenden weitgehenden Forschungs- und Lehrfreiheit sowie die Einführung einer strikten zeitlichen Begrenzung des Studiums auf nicht mehr als sechs Semester stieß jedoch nicht nur in Halle auf entschiedenen Widerstand. Im Bestreben, den vermeintlichen „Ballast der universitären Tradition“,¹⁹ darunter auch die in seiner Sicht weitgehend nutzlosen „toten Sprachen“, abzuwerfen, verfolgte Massow indessen auch weiterhin das – von ihm nun zeitlich nach hinten verschobene – Endziel einer vollständigen Aufhebung der Universitäten, die künftig, in etwa fünfzig Jahren, durch spezielle Fachakademien für alle akademischen Berufe ersetzt werden sollten.²⁰ Nach seinen Vorstellungen musste das Ziel idealerweise darin bestehen, „im Gegensatz zur Universität [eine] höchst spezielle, also im besten Sinne berufliche Bildung auf universitärem Niveau“²¹ anzubieten.

Massow, der von Max Lenz in seiner großen Berliner Universitätsgeschichte nicht zu Unrecht als „Fanatiker der Nützlichkeit“²² bezeichnet worden ist, konnte sich mit seinen Ideen und Plänen, auch in deren gemäßigter Fassung, am Ende nicht durchsetzen. Nach nur vier Jahren Amtstätigkeit wechselte er als Chef der obersten preußischen Gerichte, des Berliner Kammergerichts und ein Jahr später des Obertribunals, in den Justizdienst, und 1807 wurde er in den Ruhestand versetzt.²³ Nach der katastrophalen Nie-

buch der preußischen Verwaltungs- und Justizbeamten 1740–1806/15 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 85), München 2009, S. 624f.

¹⁷ Schelsky, Einsamkeit und Freiheit, S. 43.

¹⁸ Ausführlich zu Massows Plänen und Aktivitäten: Schneider, Massows Beitrag, S. 352–366, und aus der älteren Literatur auch König, Vom Wesen der deutschen Universität, S. 39–45, sowie Schelsky, Einsamkeit und Freiheit, S. 42–46.

¹⁹ Schneider, Massows Beitrag, S. 356.

²⁰ Vgl. ebenda, S. 357 („Übergangsfrist von 50 Jahren für die völlige Umgestaltung“).

²¹ Ebenda, S. 367.

²² Max Lenz: Geschichte der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Bd. I, Halle a. S. 1910, S. 38, Anm. 1.

²³ Straubel: Biographisches Handbuch, S. 625.

derlage Preußens gegen Frankreich, die im Tilsiter Frieden von 1807 gipfelte, war es innerhalb der damaligen hohen Berliner Beamenschaft vor allem der Kabinettsrat Carl Friedrich von Beyme, ein enger Mitarbeiter König Friedrich Wilhelms III. in dessen Geheimem Zivilkabinett, der sich nicht nur für die Beibehaltung der Institution Universität als solcher, sondern vor allem auch für eine Neugründung in Berlin einsetzte – vorrangig als Ersatz für das nach 1806 verlorene gegangene Halle und ebenfalls für die mittlerweile dahinsiechende kleine Universität in Frankfurt an der Oder.²⁴

Mittlerweile lehrten in Berlin bereits einige der aus Halle vertriebenen angesehenen Professoren, darunter der Philologe Friedrich August Wolff, der Theologe Friedrich Daniel Schleiermacher und der Jurist Theodor Schmalz; sie alle waren entschlossen, nicht mehr an die bald schon wiedereröffnete, nun zum – von Napoleons Bruder Jérôme regierten – Königreich Westphalen gehörende Universität Halle zurückzukehren. Diese Hochschullehrer, dazu noch der aus Jena kommende Philosoph Johann Gottlieb Fichte, hatten schon 1806 damit begonnen, in Berlin öffentliche akademische Vorlesungen abzuhalten.²⁵

Aber auch schon vorher, kurz nach der Jahrhundertwende, hatte Beyme mit dem ihm bekannten Berliner Schriftsteller und früheren Prinzenerzieher Johann Jakob Engel, einem führenden Vertreter der Spätaufklärung in Preußen, über eine Hochschulgründung in Berlin beraten. Eine von Engel erbete-ne Denkschrift hierzu, die dieser am 13. März 1803 lieferte,²⁶ sprach sich zwar für eine Beibehaltung der Universitäten aus, forderte jedoch deutliche Reformen ein, so u.a. eine ersatzlose Abschaffung der „eigene[n] Gerichtsbarkeit, die auf Universitäten viel Unheil gestiftet“ habe; auch könne man, fügte er hinzu, künftig „einen Rektor mit seiner eingebildeten hohen Würde und den akademischen vergoldeten Zeptern ... füglich entbehren“.²⁷ Engel

²⁴ Zu Beymes Aktivitäten ausführlich Lenz, Geschichte der Universität zu Berlin, Bd. I, S. 24–147; zu Person und Werk ebenfalls Werner von Beyme: Carl Friedrich von Beyme, Berlin 1987, und die Angaben bei Straubel: Biographisches Handbuch, S. 80.

²⁵ Vgl. dazu neben der älteren Darstellung von Lenz, Geschichte der Universität zu Berlin, Bd. I, S. 138–142, auch Hans-Christof Kraus: Theodor Anton Heinrich Schmalz (1760–1831) – Jurisprudenz, Universitätspolitik und Publizistik im Spannungsfeld von Revolution und Restauration (*Ius Commune; Sonderhefte: Studien zur europäischen Rechtsgeschichte*, Bd. 124), Frankfurt am Main 1999, S. 108–110 u. a.

²⁶ Johann Jakob Engel: Denkschrift über Begründung einer großen Lehranstalt in Berlin (13. März 1802), erneut abgedruckt in: Ernst Müller (Hg.), Gelegentliche Gedanken über Universitäten von J. J. Engel, J. B. Erhard, F. A. Wolf, J. G. Fichte, F. D. E. Schleiermacher, K. F. Savigny, W. v. Humboldt. G. F. W. Hegel, Leipzig 1990, S. 6–17; dort auch (ebenda, S. 5f.) Engels Brief an Beyme vom 13.3.1802; zum Autor vgl. Alexander Košenina (Hg.), Johann Jakob Engel (1741–1802). Philosoph für die Welt, Ästhetiker und Dichter, Hannover-Laatzen 2005.

²⁷ Die Zitate: Engel, Denkschrift über Begründung, S. 14, 15f.

schlug zudem einen Zusammenschluss der schon bestehenden Königlichen Akademie der Wissenschaften mit der neu zu begründenden Lehranstalt vor, um in der gegenwärtigen Krisenzeit Synergieeffekte erzielen und finanzielle Mittel des Staates einsparen zu können.²⁸

Planspiele und Entwürfe für den Neubeginn

Die schwere Niederlage Preußens von 1806/07 änderte jedoch alles. Der Verlust der Universität Halle forcierte nun entschieden die Vorbereitungen zur Begründung einer neuen Hauptstadtuniversität. Von einigen der aus Halle nach Berlin gekommenen, bereits in der Hauptstadt lesenden Professoren forderte Beyme um die Mitte des Jahres 1807 Entwürfe und Denkschriften an, um mit Hilfe neuer Ideen und Konzepte seitens ausgewiesener akademischer Praktiker die Berliner Gründung vorantreiben zu können.²⁹ Im Vordergrund stand dabei, wie die meisten dieser Denkschriften zeigen, fast immer die Frage, welche Elemente der traditionellen Universität beibehalten, welche ersatzlos abgeschafft und welche wiederum durch neue Einrichtungen ersetzt werden sollten. Das von Massow wenige Jahre zuvor noch favorisierte Spezialschulkonzept, das kurz- oder langfristig auf eine Abschaffung der Universität als Institution hinauslief, spielte schon jetzt keine Rolle mehr – vermutlich nicht nur aus konkurrierenden konzeptionellen oder ideenpolitischen Motiven, sondern wohl auch aus finanziellen Gründen. Denn für das anspruchsvolle Projekt einer grundstürzenden, völligen Neuordnung des akademischen Ausbildungswesens im soeben erst territorial halbierten und vom Sieger ausgeplünderten Königreich Preußen standen einfach keine Mittel mehr zur Verfügung.

Friedrich August Wolf, der angesehenste klassische Philologe im damaligen Deutschland,³⁰ plädierte in seinen für Beyme bestimmten, vergleichsweise knapp ausfallenden „Vorschlägen“³¹ wie vor ihm bereits Engel für eine Zusammenlegung von alter Akademie und neuer Universität, und er sprach sich ebenfalls dafür aus, „den schlechten *esprit de corps*“ der alten Universi-

²⁸ Vgl. ebenda, S. 16.

²⁹ Lenz, Geschichte der Universität zu Berlin, Bd. I, S. 81–85 u. a.

³⁰ Vgl. Axel Horstmann: Die „Klassische Philologie“ zwischen Humanismus und Historismus. Friedrich August Wolf und die Begründung der modernen Altertumswissenschaft, in: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 1 (1978), S. 51–70.

³¹ Friedrich August Wolf: Vorschläge, wie ohne irgendeinen neuen Aufwand statt der jetzt verlorenen zwei am besten dotierten Universitäten eine für hiesige Lande und für ganz Deutschland wichtige Universität von größerer Anlage gestiftet und in kurzer Zeit in Gang gebracht werden könnte (August 1807), Neuabdruck in: Müller (Hg.), Gelegentliche Gedanken über Universitäten, S. 44–54.

tät nicht weiter zu tradieren. Zwar ließe sich in mehr als einer Hinsicht „an der altertümlichen Organisation der Universitäten verschiedenes ändern und modifizieren, ohne doch das *alte wesentlich Gute* zu zerstören“. Was das Letztgenannte anbetraf, so argumentierte der bedeutende Altertumswissenschaftler denn auch ganz ungeniert *pro domo*, indem er ebenfalls forderte, die Universität dürfe „nicht anders als lateinisch schreiben (in öffentlichen Schriften), lateinisch disputieren usw., in keinem Falle anders, weil eine Abweichung von der Regel hier bald zur Vernichtung der alten Ordnung führt“³² – und die sollte nach Wolfs Meinung doch unbedingt vermieden werden.

Sehr ausgeprägte institutionelle Reformen forderte hingegen der ebenfalls aus Halle nach Berlin gewechselte Jurist Theodor Schmalz, der vor seiner Berufung an die *Fridericiana* bereits in Königsberg gelehrt hatte und deshalb das preußische Universitätswesen sowie dessen Probleme und Gebrechen sehr genau kannte.³³ Es sei, merkte er gleich zu Beginn seiner Denkschrift³⁴ an, ebenso ratsam wie nützlich, bei der Errichtung einer neuen Hochschule „alle Formen des alten Universitätswesens fallen zu lassen, welche einen Zunftgeist nähren, oder pedantischen Prunk, der ehemals Würde und Ansehen geben möchte, iezt [sic] aber lächerlich macht“.

Die neu zu begründende „allgemeine Lehranstalt“ – den Begriff Universität vermißt er – dürfe vor allem keine Korporation alten Stils mehr sein, sondern eine Staatsanstalt: „Nur *liberalere Form*, nur kein *Magnificus*, keine *Jurisdiction*, keine Zunft unter dem Namen Facultät!“. Demgemäß sollten die alten Fakultäten abgeschafft, dafür durch insgesamt sieben neue „Classen“ ersetzt werden – eine Philosophische, eine Mathematische, eine Physische, eine Philologisch-historische, eine Theologische, eine Staatswissenschaftliche (iuridische) und eine Medizinische. Jede dieser Classen sollte nicht etwa durch einen von seinen Kollegen gewählten Dekan, sondern durch einen vom König auf Lebenszeit ernannten „Direktor“ geleitet werden.

Fichte und Schleiermacher wiederum, die beide sehr umfangreiche und detaillierte Denkschriften lieferten,³⁵ stellten ihr Konzept stärker auf inhaltli-

³² Die Zitate: ebenda, S. 51f.

³³ Vgl. Kraus: Theodor Anton Heinrich Schmalz, S. 43–87 u. passim.

³⁴ Theodor Anton Heinrich Schmalz: [Erste Denkschrift zur Berliner Universitätsgründung, 2. August 1807], Abdruck in: ebenda, S. 636–641, hieraus die folgenden Zitate. Im Herbst 1808 legte er noch eine zweite Denkschrift vor, die erst 1999 veröffentlicht wurde (in: ebenda, S. 642–655), hier jedoch unberücksichtigt bleiben kann.

³⁵ Johann Gottlieb Fichte: Deduzierter Plan einer in Berlin zu errichtenden höhern Lehranstalt, die in gehöriger Verbindung mit einer Akademie der Wissenschaften stehe (1807), Neudruck in: Die Idee der deutschen Universität. Die fünf Grundschriften aus der Zeit ihrer Neubegründung durch klassischen Idealismus und romantischen Realismus, Darmstadt 1956, S. 125–217; Friedrich Schleiermacher: Gelegentliche Gedanken über

che und methodische Aspekte der akademischen Forschung und Lehre ab. In seinem „Deduzierte[n] Plan einer zu Berlin errichtenden Höheren Lehranstalt, die in gehöriger Verbindung mit einer Akademie der Wissenschaften stehe“, knüpfte Fichte in starkem Maße an die bereits 1798 von Kant in seinem „Streit der Fakultäten“ entwickelten Ideen an, indem er das eigentliche Ziel einer Universität im anspruchsvollsten Sinne darin erkennen wollte, „eine Schule der Kunst des wissenschaftlichen Verstandesgebrauches“³⁶ zu werden. Die Aufgabe einer „höheren Gelehrtenenschule“ bestehe demgemäß zuerst und vor allem in der Vermittlung und Anwendung „der Kunst der Kritik, des Sichtens des Wahren vom Falschen, des Nützlichen vom Unnützen, und das Unterordnen des minder Wichtigen unter das Wichtige“.³⁷ Nachdrücklich plädierte Fichte zudem für die Einrichtung einer einzigen Zentraluniversität des Landes; der Ausdruck „Provinzial-Universität“ sei schon als Begriff in sich widersprüchlich, da „die Universalität das Besondere aufhebt“. Nicht nur aus diesem Grund sei es dringend zu empfehlen, „daß ein Staat von Rechts wegen auch nur eine Universität haben sollte“. Demgemäß müssten „die anderen in der preußischen Monarchie vorhandenen Universitäten eingehen, und die Fonds derselben zu unserer Anstalt gezogen werden“³⁸.

Friedrich Schleiermacher schließlich hob in seinen 1808 niedergeschriebenen „Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn nebst einem Anhang über eine neu zu errichtende“ ähnlich wie vor ihm Kant und Fichte vor allem auf die „Idee der Wissenschaft“ ab, deren Vermittlung im Mittelpunkt der Tätigkeit jeder Universität, die diesen Namen verdiene, stehen müsse: Jedem erfolgreichen Universitätsabsolventen sollte es gewissermaßen „zur Natur werde[n], alles aus dem Gesichtspunkt der Wissenschaft zu betrachten, alles Einzelne nicht für sich, sondern in seinen nächsten wissenschaftlichen Verbindungen anzuschauen, und in einen großen Zusammenhang einzutragen in beständiger Beziehung auf die Einheit und Allheit der Erkennt-

Universitäten in deutschem Sinn nebst einem Anhang über eine neu zu errichtende (1808), in: ebenda, S. 219–308.

³⁶ Fichte: Deduzierter Plan, S. 131. Zu Fichtes Gedanken vgl. auch Wilhelm G. Jacobs: Johann Gottlieb Fichte. Eine Biographie, Berlin 2012, S. 170–172.

³⁷ Fichte: Deduzierter Plan, S. 132.

³⁸ Die Zitate ebenda, S. 189; zur Begründung führt Fichte einen auch heute noch keineswegs unaktuellen Gedanken an, ebenda, S. 188: „Das Bestreben, die Schule und Universität recht nahe am väterlichen Hause zu haben, und in dem Kreise, in welchem man dumpf und bewußtlos aufwuchs, ebenso dumpf fortzuwachsen und in ihm sein Leben hinzubringen, ist unseres Erachtens zuvörderst entwürdigend für den Menschen; denn dieser soll einmal herausgehoben werden aus alle den Gängelbändern, mit denen die Familien- und Nachbar- und Landmannsverhältnisse ihn immerfort tragen und heben, und in einem Kreise von Fremden, denen er durchaus nichts mehr gilt, als was er persönlich wert ist, ein neues und eignes Leben zu beginnen“.

nis, daß sie lernen, in jedem Denken sich der Grundgesetze der Wissenschaft bewußt zu werden, und eben dadurch das Vermögen selbst zu forschen, zu erfinden und darzustellen, allmählich in sich herausarbeiten“; eben hierin bestehe das eigentliche „Geschäft der Universität“.³⁹ Gleichzeitig unterstrich er ebenfalls die Bedeutung der traditionellen *universitas litterarum*, wenn er die Notwendigkeit betonte, dass „in jedem Gebiet das Enzyklopädische, die allgemeine Übersicht des Umfanges und des Zusammenhangs als das Notwendigste voranschickt, und zur Grundlage des gesamten Unterrichts“⁴⁰ gemacht werden müsse.

Johann Gottlieb Fichte (1762–1814)



Quelle: Universitätsbibliothek Leipzig; Bilddatei: ubl0015-0010; Aufn.-Datum: 2009

Friedrich Schleiermacher (1768–1834)



Quelle: Stiftung Stadtmuseum Berlin, Inventarnummer VII 83/312 w

Von den meisten der anderen Denkschriften unterschied sich Schleiermachers Entwurf allerdings in dem Plädoyer für eine möglichste Reduzierung staatlicher, d. h. außerwissenschaftlicher Reglementierung der Hochschulen. Die „natürliche Richtung der Universitäten“ gehe vielmehr dahin, „den allmählich vorherrschend gewordenen Einfluß des Staates wieder in seine natürlichen Grenzen zurückzuweisen, und dagegen immer mehr den Charakter des wissenschaftlichen Vereins in diesen ihm zunächst angehörigen Anstalten hervortreten zu lassen“. Ja, der bedeutende Theologe betonte so-

³⁹ Die Zitate: Schleiermacher, Gelegentliche Gedanken über Universitäten, S. 238; vgl. hierzu auch Kurt Nowak: Schleiermacher. Leben, Werk und Wirkung, Göttingen 2001, S. 179–186.

⁴⁰ Schleiermacher, Gelegentliche Gedanken über Universitäten, S. 239.

gar ausdrücklich den „demokratischen“ Charakter jeder wissenschaftlichen Gemeinschaft, die diesen Namen verdiente, und er trat dementsprechend auch mit Nachdruck für eine demokratisch verfasste neue Universität ein – entweder in der Form einer „persönliche[n] Repräsentation aller eigentlichen Mitglieder“, die den „öffentlichen Körper“ konstituierten, oder als „engerer Ausschuß“, bestimmt ausschließlich „durch freie Wahl“.⁴¹ Mit anderen Worten: Die Neuordnung der Universität sollte aus ihr selbst heraus erfolgen, getragen durch den Willen und bestimmt durch den Anspruch aller ihrer Angehörigen auf eine genuin freie, selbstbestimmte und in diesem Sinne demokratische innere Verfassung.

Mit diesen bemerkenswerten Ideen war Schleiermacher seiner Zeit weit voraus, dennoch ist es nicht zu erkennen, dass seine Gedanken wenigstens teilweise einflossen in die wesentlich von Wilhelm von Humboldt formulierte Gründungskonzeption der neuen Universität Berlin.

Eine Hauptstadtuniversität

Natürlich ging es in der Vorbereitungsphase der neu zu gründenden preußischen Hauptstadtuniversität nicht nur um Geist und Bildung, nicht nur um Wissenschaft und Forschung – dafür waren die Zeiten, in denen das Königreich Preußen um sein politisches Überleben kämpfen musste, einfach zu ernst. Das eigentliche Ziel bestand, aus politischer Perspektive gesehen, vor allem darin, durch energische Förderung von Wissenschaft und Bildung im Kontext der Gründung einer neuen Universität dem bedrängten Staatswesen frische Kräfte zuzuführen, ihm eine neue, nicht nur im engeren Sinne wissenschaftliche, sondern vor allem auch erfolgsorientierte, praktisch tätige Elite heranzubilden, um damit den angestrebten künftigen politischen Wiederaufstieg des Landes vorzubereiten.

In genau diesem Sinne ist auch das berühmte „Königswort von Memel“ zu verstehen, also jene Bemerkung, die König Friedrich Wilhelm III. am 10. August 1807 gegenüber einer Delegation von einigen aus Halle angereisten Professoren machte, die den Monarchen damals an seinem Zufluchtsort an der äußersten östlichen Staatsgrenze des Landes aufsuchten, wohin der preußische Hof infolge des Vorrückens der französischen Truppen hatte fliehen müssen. Als die in Memel eingetroffenen Professoren ihn baten, die von Napoleon inzwischen geschlossene Universität Halle⁴² doch nach Berlin

⁴¹ Alle Zitate: ebenda, S. 272f.

⁴² Zu den Vorgängen, die am 20. Oktober 1806 zur von Napoleon persönlich angeordneten sofortigen Schließung der Universität Halle führten, siehe Kraus: Theodor Anton Heinrich Schmalz, S. 91–93.

zu verlegen, lehnte der König dies mit Blick auf mögliche politische Verwicklungen zwar ab, erklärte aber gleichzeitig, dass in Berlin eine vollkommen neue Universität gegründet werden solle. Er fügte nach der Überlieferung des zur Delegation gehörenden Theodor Schmalz die Worte hinzu: „Der Staat muß durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat“.⁴³ Diese schon seinerzeit rasch bekannt gewordene Formulierung (deren Authentizität später gelegentlich zu Unrecht bestritten worden ist) wurde in gewisser Weise zum Motto der Konstituierung der schließlich 1810 begründeten neuen Universität Berlin, die eben nicht eine bloße Nachfolgeinstitution der zeitweise geschlossenen Fridericana zu Halle oder der bald darauf tatsächlich aufgelösten Universität zu Frankfurt an der Oder sein sollte.⁴⁴

Um 1807/08 wurde in der preußischen Hauptstadt und danach im ganzen Land das Vorhaben der Gründung einer neuen Universität in Berlin bald allgemein bekannt. Als bald erhob sich eine heftige öffentliche Debatte – pro und contra – hierüber, die zeigte, wie umstritten das Projekt war. Ein anonym schreibender Autor veröffentlichte 1808 eine Broschüre mit dem Titel „Soll in Berlin eine Universität seyn? Ein Vorspiel zur künftigen Untersuchung dieser Frage“, in der er das Projekt einer Hauptstadtuniversität strikt ablehnte; sein Hauptargument lautete, die Wissenschaften könnten sich in Berlin nicht ungestört entfalten, namentlich würden die Studenten durch die mannigfachen Zerstreuungen der Großstadt von ihren eigentlichen Pflichten viel zu sehr abgelenkt. Zwar müsse sehr bald ein Ersatz für das verlorene Halle gefunden werden, doch sei es notwendig, so der Anonymus weiter,

„daß diese neue oder erneuerte Universität in irgend einer *Mittelstadt*, von gesunder und wo möglich schöner Lage, nicht aber in Berlin, angelegt werde. Vielleicht eignet sich dazu *Frankfurt* vor allen andern. Die dortige Universität bedarf der Regeneration und die Stadt des Ersatzes für die Wunden, die ihr der Krieg geschlagen hat“.⁴⁵

Auch einen im Ton recht bösen Seitenheib gegen einen angeblich oberflächlichen und damit wissenschaftsfeindlichen „Berlinismus“ konnte sich der ungenannte Verfasser nicht verkneifen.⁴⁶ In anderen deutschen Staaten gab es übrigens ebenfalls starke Vorbehalte gegen die Einrichtung einer Univer-

⁴³ Zitiert nach: ebenda, S. 98; vgl. 99ff.

⁴⁴ Der Ausspruch des Königs habe, so Lenz, Geschichte der Universität zu Berlin, Bd. I, S. 78, „von jeher als das eigentlich schaffende Wort für unsere Hochschule gegolten und ihr für alle Zeiten das geistige Gepräge verliehen“.

⁴⁵ [Anonym], Soll in Berlin eine Universität seyn? Ein Vorspiel zur künftigen Untersuchung dieser Frage, Berlin 1808, S. 105f.

⁴⁶ Vgl. ebenda, S. 84f.

sität in der Hauptstadt; so lehnte etwa zur gleichen Zeit der bayerische Kurfürst Max Joseph den Wunsch nach einer Verlegung der bayerischen Landesuniversität nach München „aus Furcht vor Studentenunruhen“ entschieden ab.⁴⁷

Die seit Rudolf Köpke und Max Lenz oft beschriebene Gründungsgeschichte der Berliner Universität⁴⁸ kann an dieser Stelle nicht referiert werden, nur soll noch einmal auf die politischen und geistig-ideellen Zusammenhänge dieser Gründung verwiesen werden. Denn es muss ja gewichtige Gründe dafür gegeben haben, dass man in Preußen den französischen Weg einer Abschaffung der Universitäten und einer radikalen Neugestaltung des höheren Bildungswesens eben *nicht* ging und dass man ebenfalls einen konsequenten inneren Umbau der – weiterbestehenden – Universität als Institution, wie er etwa in Bayern unter dem Regiment von Maximilian Graf Montgelas in Würzburg und Landshut zeitweilig versucht wurde,⁴⁹ ausdrücklich verhinderte. Das noch ein Jahrzehnt zuvor, um 1800 von Julius Eduard von Massow favorisierte Konzept der Spezialhochschulen vermochte sich im Königreich Preußen, trotz der auch hier deutlich sichtbar werdenden allgemeinen Krise der Universitäten und der akademischen Bildung, nicht durchzusetzen.

Nicht durch die Zerschlagung der noch vorhandenen alten Universitäten, sondern mittels einer beispielhaften, im besten Fall als Modell und Vorbild dienenden neuen Universität sollte angesichts der allgemeinen *politischen* Misere – keineswegs nur mit Blick auf die Misere des Bildungswesens – ein in ganz Deutschland wahrzunehmendes Zeichen der inneren Erneuerung gesetzt werden. Genau dieses Motiv bestimmte auch den offiziellen Antrag auf die Errichtung einer Universität in Berlin, den Wilhelm von Humboldt im Juli 1809 beim König stellte – nunmehr in seiner Eigenschaft als neuer Di-

⁴⁷ Eberhard Weis: Montgelas. Eine Biographie 1759–1838, Bd. II, München 2008, S. 613.

⁴⁸ Rudolf Köpke: Die Gründung der Königlichen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin, Berlin 1860; Lenz, Geschichte der Universität zu Berlin, Bd. I, S. 148–304; zusammenfassend jetzt auch Kraus: Die Gründung der Universität Berlin, *passim*; neueste Darstellung im Rahmen der mehrbändigen Gesamtgeschichte der Universität zum zweihundertjährigen Jubiläum: Heinz-Elmar Tenorth: Eine Universität zu Berlin – Vorgeschichte und Einrichtung, in: derselbe (Hg.), Geschichte der Universität Unter den Linden, Bd. I: Gründung und Blütezeit der Universität zu Berlin 1810–1918, Berlin 2012, S. 3–75. Zur Bedeutung und Kritik dieses Werkes vgl. Hans-Christof Kraus: Von der Friedrich-Wilhelms- zur Humboldt-Universität 1810–2010. Bemerkungen zur neuen Darstellung der Berliner Universitätsgeschichte, in: Blätter zur deutschen Landesgeschichte 151 (2015), S. 637–650.

⁴⁹ Vgl. Weis, Montgelas II, S.613–619; wichtig hierzu ebenfalls noch Laetitia Boehm: Die körperschaftliche Verfassung der Universität in ihrer Geschichte, in: dieselbe: Geschichtsdenken, Bildungsgeschichte, Wissenschaftsorganisation (*Historische Forschungen*, 56), Berlin 1996, S. 715–741, bes. S. 732f.; dieselbe: Universitätsreform als historische Dimension, in: ebenda, S. 743–776, bes. S. 769–771.

rektor der Sektion für Kultus und Unterricht im preußischen Innenministerium.

Das Vertrauen, heißt es in diesem Text,⁵⁰ „welches ganz Deutschland ehemals zu dem Einflusse Preussens auf wahre Aufklärung und höhere Geistesbildung hegte“, sei durch den politischen Niedergang der Gesamtnation (offenkundig eine Anspielung auf die von Napoleon erzwungene Auflösung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation im Sommer 1806) keineswegs gesunken, sondern gestiegen. Denn man habe inzwischen – heißt es weiter mit Blick auf die seit 1807 begonnenen Stein-Hardenbergschen Reformen – auch außerhalb Preußens erkennen können,

„welcher Geist in allen neuen Staats-Einrichtungen Ew. Königl. Majestät herrscht, und mit welcher Bereitwilligkeit, auch in großen Bedrängnissen, wissenschaftliche Institute unterstützt und verbessert worden sind. Ew. Königl. Majestät Staaten können und werden daher fortfahren von dieser Seite den ersten Rang in Deutschland zu behaupten und auf seine intellectuelle und moralische Richtung den entschiedensten Einfluss auszuüben“.

Zu eben jenem Vertrauen habe nicht zuletzt

„der Gedanke der Errichtung einer allgemeinen Lehranstalt in Berlin beigebracht. Nur solche höhere Institute können ihren Einfluss auch über die Gränzen des Staates hinaus erstrecken. Wenn Ew. Königl. Majestät nunmehr diese Einrichtung feierlich bestätigen und die Ausführung sicherten; so würden Sie ... einen neuen Eifer und neue Wärme für das Wiederaufblühen Ihrer Staaten erregen, und in einem Zeitpunkte, wo ein Theil Deutschlands vom Kriege verheert, ein anderer in fremder Sprache von fremden Gebietern beherrscht wird, der deutschen Wissenschaft eine vielleicht kaum noch gehoffte Freistatt eröfnen“.⁵¹

Ideengeber Wilhelm von Humboldt

Man könnte etwas zugespitzt sagen, dass Humboldt in dem von ihm entworfenen neuen Universitätskonzept – das später bekanntermaßen keineswegs in seiner Gänze, sondern nur partiell umgesetzt wurde – seine eige-

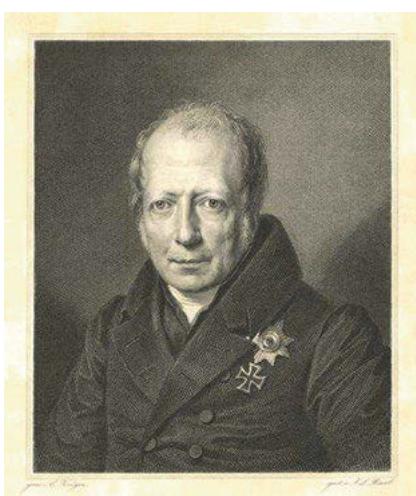
⁵⁰ Wilhelm von Humboldt: Werke, hg. v. Andreas Flitner / Klaus Giel, Bde. I-V, Darmstadt 1982, hier Bd. IV: Schriften zur Politik und zum Bildungswesen, S. 113–120 (Antrag auf Errichtung der Universität Berlin, 24.7.1809).

⁵¹ Ebenda, S. 113f.; siehe hierzu auch Siegfried A. Kaehler, Wilhelm von Humboldt und der Staat. Ein Beitrag zur Geschichte deutscher Lebensgestaltung um 1800, 2. Aufl. Göttingen 1963, S. 229ff., bes. S. 231; Eduard Spranger: Wilhelm von Humboldt und die Reform, des Bildungswesens, 2. Aufl. Tübingen 1960, S. 199–210; Friedrich Schaffstein: Wilhelm von Humboldt. Ein Lebensbild, Frankfurt a. M. 1952, S. 216–230; Schelsky, Einsamkeit und Freiheit, S. 66ff. u. passim.

nen Vorstellungen mit den von ihm positiv rezipierten Ideen der wichtigsten Denkschriften im Vorfeld der Berliner Universitätsgründung verbunden hat. Die folgenden Punkte, formuliert vor allem in seiner 1810 verfassten Denkschrift „Ueber die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“⁵² waren ihm besonders wichtig; sie können deshalb auch als die tragenden Grundpfeiler der später einmal so bezeichneten – sehr wirkungsreichen und bis heute allerdings auch keineswegs unumstrittenen – „Humboldtschen Universitätsidee“ angesehen werden:

Erstens die Idee vom Primat der Wissenschaft. Nicht etwa der vordergründige Nutzen der akademischen Lehre und Forschung für Staat und Gesellschaft steht für Humboldt im Vordergrund, sondern zuerst einmal die „reine Idee der Wissenschaft“, der alle wissenschaftlichen Anstalten *vorrangig* zu dienen haben.⁵³ Hieraus ergibt sich das (nachmals ebenfalls berühmt gewordene) Konzept einer engen Verbindung von Einsamkeit und Freiheit. Lediglich der Universität sei vorbehalten, schreibt Humboldt, „was nur der Mensch durch und in sich selbst finden kann, die Einsicht in die reine Wissenschaft“. Voraussetzung genau hierfür sei jedoch „nothwendig Freiheit, und hülfreich Einsamkeit“ – gemeint in dem Sinne, dass in einer wahren Universität weniger das „Kollegienhören“ wesentlich sei, sondern die Tatsache, „dass man in enger Gemeinschaft mit Gleichgestimmten und Gleichaltrigen, und dem Bewusstseyn, dass es am gleichen Ort eine Zahl schon vollendeter Gebildeter gebe, die sich nur der Erhöhung und Verbreitung der Wissenschaft widmen, eine Reihe von Jahren sich und der Wissenschaft lebe“.⁵⁴ Wissenschaft trägt ihren Wert und ihren Zweck also in sich selbst.

Wilhelm von Humboldt (1767–1835)



Quelle: Universitätsbibliothek Leipzig — Porträtstichsammlung (Leipzig), Inventarnummer: 23/244

⁵² Humboldt: Werke IV, S. 255–266.

⁵³ Ebenda, IV, S. 255.

⁵⁴ Diese Zitate aus dem „Litauischen Schulplan“ (September 1809), ebenda, IV, S. 187–195, hier S. 191.

Zweitens die Einheit von Lehre und Forschung. Während es die Schule „nur mit fertigen und abgemachten Kenntnissen“ zu tun habe, müsse auf der Universität die Einführung in die Wissenschaft, in das wissenschaftliche Denken und Arbeiten, im Vordergrund stehen, denn es sei geradezu, wie Humboldt es mit einer für ihn sehr charakteristischen Formulierung ausdrückt, eine „Eigenthümlichkeit der höheren wissenschaftlichen Anstalten, dass sie die Wissenschaft immer als ein noch nicht ganz aufgelöstes Problem behandeln und daher immer im Forschen bleiben“⁵⁵ müssten. Das heißt: Anspruchsvolle wissenschaftliche Lehre ist ohne direkte Teilhabe der Lernenden am immerwährenden Prozess der gelehrten Forschung nicht denkbar.

Drittens die Beibehaltung der *universitas litterarum* und damit die eindeutige Absage an die Idee einer institutionellen Sonderung der einzelnen Wissenschaften und Disziplinen im Rahmen eines Spezial- oder Fachschulsystems. In den „höheren wissenschaftlichen Anstalten“ sei, so Humboldt, das Prinzip der Einheit und der Vollständigkeit der Wissenschaften ausschlaggebend, denn „die eine sucht die andere von selbst und beide setzen sich von selbst, worin das Geheimnis jeder guten wissenschaftlichen Methode besteht, in die richtige Wechselwirkung“.⁵⁶

Viertens die strikte Vermeidung einer Einflussnahme des Staates auf die Angelegenheiten der Wissenschaft. Es sei, betont Humboldt, „immer hinderlich“, wenn der Staat sich in eine Sache hineinmische, „die ohne ihn unendlich besser gehen würde“. Was man als höhere wissenschaftliche Anstalten bezeichnen könne, sei daher im Grunde, „von aller Form im Staate losgemacht, nichts Anderes als das geistige Streben der Menschen, die äussere Musse oder inneres Streben zur Wissenschaft und Forschung hinführt“⁵⁷. Das Selbstdenken des Gelehrten bedarf also keiner staatlichen Aufsicht, keiner Beeinflussung und erst recht keiner Bevormundung.

Fünftens habe der Staat allerdings die materielle Existenzgrundlage der Universitäten und höheren wissenschaftlichen Anstalten sicherzustellen. Denn da es nun einmal „in der positiven Gesellschaft äussere Formen und Mittel für jedes irgend ausgebreitete Wirken geben“ müsse, sei es seine Pflicht, „diese auch für die Bearbeitung der Wissenschaft heranzuschaffen“.⁵⁸ Die *dauerhafte* Finanzierung der neu zu gründenden Universität stellte sich Humboldt allerdings als einmaligen Akt vor: Es sei am zweckmäßigsten, heißt es im Antrag auf die Gründung der Hauptstadtuniversität, „wenn die

⁵⁵ Humboldt: Werke IV, S. 256.

⁵⁶ Ebenda, IV, S. 259.

⁵⁷ Die Zitate ebenda, IV, S. 257, 256.

⁵⁸ Ebenda, IV, S. 257.

Universität und die mit ihr verbundenen Institute ihr jährliches Einkommen durch Verleihung von Domainen-Gütern erhielten“.⁵⁹ Auf diese Weise sollte die durch den Staat errichtete neue Lehranstalt also auf Dauer finanziell unabhängig vom Staat werden.

Sechstens müsse dem Staat „die Ernennung der Universitätslehrer ... ausschließlich vorbehalten bleiben“⁶⁰ – und nicht den Fakultäten. Das scheint auf den ersten Blick im Widerspruch zur von Humboldt in anderen Kontexten erstrebten relativen Autonomie der Hochschulen zu stehen, doch ihm geht es hier um etwas anderes – nämlich um die Sicherung wissenschaftlicher Exzellenz. In genau diesem Sinne habe der Staat „nur zu sorgen für Reichthum (Stärke und Mannigfaltigkeit) an geistiger Kraft durch die Wahl der zu versammelnden Männer und für die Freiheit ihrer Wirksamkeit“.⁶¹ Die Freiheit der gelehrten Arbeit an den Universitäten müsse deshalb nach *beiden* Seiten hin verteidigt werden: zum einen gegen alle Versuche einer direkten oder indirekten Einflussnahme des Staates auf die Wissenschaften ebenso wie zum anderen gegen einen im Kern wissenschaftsfeindlichen Corpsgeist und eine damit verbundene Klüngel- und Klientelwirtschaft an den Hochschulen selbst. Die Freiheit der Wissenschaft hat über allem zu stehen.

Und *siebtens* schließlich die Überzeugung, dass, wenn die Unabhängigkeit der Hochschulen nach innen und außen gesichert und die Freiheit der Wissenschaft garantiert ist, der allgemeine Nutzen der Universitäten für den Staat sich am Ende von selbst einstellt. Denn wenn Wissenschaft als solche immer *auch* Nutzen bringt, dann stehen die Hochschulen stets „in enger Beziehung auf das praktische Leben und die Bedürfnisse des Staates“.⁶² Nur darf dieser eben nicht versuchen, die Universitäten von vornherein im Hinblick auf die eigenen Erwartungen und Bedürfnisse zu organisieren, sondern er muss eine inhaltlich freie und materiell ausreichend abgesicherte wissenschaftliche Tätigkeit ermöglichen – der allgemeine Nutzen stellt sich in diesem Fall nach Humboldt schon bald von selbst ein.

Im Großen und Ganzen lässt sich sagen, dass die Humboldtsche Universität, wie man sie wohl nennen kann, sich zwar nicht kurzfristig, aber doch langfristig als das große Erfolgsmodell der deutschen Universitäts- und Wissenschaftsentwicklung im 19. Jahrhundert erwiesen hat. Das zuerst auch in Preußen angedachte System einer Spezialausbildung inklusive einer Abschaffung der Universität als Institution, das man im revolutionären Frank-

⁵⁹ Ebenda, IV, S. 117.

⁶⁰ Ebenda, IV, S. 264.

⁶¹ Ebenda, IV, S. 259.

⁶² Ebenda, IV, S. 263.

reich zu verwirklichen versuchte, erwies sich dagegen als kompletter Fehlschlag; Frankreich kehrte später zum Universitätsmodell zurück.

Der Erfolg des damals durchaus auch als Vorbild gedachten Berliner Universitätsmodells gründet vielmehr darin, dass es sich als Ergebnis einer *echten* Reform erwies, indem die damaligen Hochschulgründer einerseits bestimmte Bestandteile und Charakteristika der alten Universität – etwa die Einheit der *universitas litterarum* oder das System der Fakultäten – nicht einfach über Bord warfen, sondern übernahmen, diese jedoch mit neuem Geist erfüllten, und indem sie andererseits wichtige Neuerungen einführten, etwa das Ziel der Einheit von Forschung und Lehre und das grundlegende Prinzip einer nicht nur utilitaristisch verstandenen Freiheit der Wissenschaft. Die gewachsene korporative Verfassung der alten Universität wurde in der Tat als solche nicht beseitigt, sondern, wie richtig bemerkt wurde, „erneut konsolidiert“⁶³ – und zwar nicht zuletzt deshalb, weil nur eine von staatlichen Einflüssen und Eingriffen weitestgehend freie Universität auch eine ungehinderte, an der Sache orientierte und *in diesem Sinne* ebenfalls wirklich „freie“ Forschung und Lehre ermöglichen kann. Hierin besteht wohl das wichtigste und in seinen Grundgedanken noch immer aktuelle Erbe der preußischen Universitätspolitik des frühen 19. Jahrhunderts im Allgemeinen und der bildungs- und universitätspolitischen Ideen Wilhelm von Humboldts im Besonderen.

⁶³ Boehm: Die körperschaftliche Verfassung der Universität, S. 735.

Eine „glückliche Mittelstraße“?

Das theologische Profil der Leucorea im Zeitalter des „Universitätssterbens“ um 1800

Adrian Grave

Das Jahr 2017 brachte für die Lutherstadt Wittenberg in erster Linie einen Grund zum Feiern. Gefeiert wurde – ob historisch gesichert oder nicht – das 500-jährige Jubiläum des Thesenanschlags Martin Luthers als Beginn des Weltereignisses der Reformation.¹ Eine differierende Perspektive wurde freilich von universitätsgeschichtlichen Akteuren eingenommen. So erinnerte die Ausstellung „Die combinierte Akademie“ in der Zentralen Kustodie der Martin-Luther-Universität an die 1817 vollzogene Vereinigung der Leucorea in Wittenberg mit der Fridericana in Halle und das damit einhergehende Ende des eigenständigen Universitätsstandorts an der Elbe.²

Die politisch-militärischen Entwicklungen, die zu diesem für die Stadt Wittenberg in seinen Folgen bis heute spürbaren Ereignis führten, sind von verschiedener Seite eingehend beleuchtet worden. Die entsprechenden Analysen unterscheiden sich hierbei kaum. Der Leucorea in Wittenberg wurde demnach der Festungscharakter der Stadt zum Verhängnis, welcher sich für die Universität zuletzt in den Napoleonischen Kriegen als fatal erweisen sollte. Die Wittenberger Professoren nahmen aufgrund der kriegsbedingten Missstände entweder Rufe an auswärtige Universitäten an oder verhandelten mit dem königlich-sächsischen, später mit dem neuen preußischen Landesherrn über eine Translokation der Universität. Die Vereinigung mit der Fridericana erfolgte schließlich am 21.6.1817.³

¹ Vgl. zu dieser Frage zuletzt Benjamin Hasselhorn/Mirko Gutjahr: Tatsache! Die Wahrheit über Luthers Thesenanschlag. Leipzig 2018. Zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Reformation anlässlich des Jubiläums siehe Klaus Fitschen, Marianne Schröter, Christopher Spehr und Ernst-Joachim Waschke (Hg.): Kulturelle Wirkungen der Reformation, 2 Bde., Leipzig 2018 (Leucorea-Studien zur Geschichte der Reformation und der Lutherischen Orthodoxie 37).

² Vgl. Michael Ruprecht/Anja Bugaiski: Die combinierte Akademie. Die Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle. Jubiläumsausstellung der Zentralen Kustodie 13. April 2017 bis 9. Juli 2017, Halle 2017.

³ Vgl. etwa Heinz Kathe: Festung oder Universität. Die Standortdiskussion der Wittenberger Professoren im Jahre 1813, in: Stefan Oehmig (Hg.): 700 Jahre Wittenberg. Stadt Universität Reformation, Weimar 1995, S. 249–254 sowie ders.: Die Vereinigung der Univer-

Neben diesem auf externe Gründe verweisenden Deutungsangebot wurde freilich im 19. und frühen 20. Jahrhundert ein weiterer Erklärungsansatz für den Untergang der Wittenberger Universität von Vertretern der borussischen Geschichtsschreibung favorisiert. Autoren wie der hallesche Universitätsgeschichtsschreiber Wilhelm Schrader oder der in Berlin ausgebildete Historiker Franz Eulenburg attestierten der Leucorea eine mangelnde akademische Leistungsfähigkeit, sodass die dortige Universität bereits Jahre vor der Schließung „schon längst ... ihre Bedeutung und ihre Anziehungskraft verloren“ habe⁴ und „ganz heruntergekommen“ gewesen sei.⁵ Derlei Einschätzungen führten dazu, dass auch im weiteren Verlauf des 20. Jahrhunderts die Leucorea vor allem als zentraler Wirkungsort reformatorischer Akteure des 16. Jahrhunderts untersucht wurde.

Forschungen zu den folgenden über zweihundert Jahren Universitätsgeschichte besitzen dagegen bis heute Seltenheitswert.⁶ Gerade für die Epoche der Aufklärung ordnete eine über Jahrzehnte dominante universitätsgeschichtliche Deutung die Leucorea implizit einer großen Gruppe rückständiger Einrichtungen zu. Diesen angeblich verknöcherten Universitäten wurden die als aufgeklärt eingeschätzten Neugründungen Halle und Göttingen antithetisch gegenübergestellt, welche die Zukunft in Richtung der modernen Lehr- und Forschungsuniversität gewiesen haben, wie sie schließlich in Berlin umgesetzt worden sei.

Nachdem diese wirkmächtige universitätshistorische Erzählung in den vergangenen Jahren immer stärkerer Kritik unterzogen worden war, änderte sich auch die Perspektive der Forschung auf die Entwicklungen an der Wittenberger Leucorea im Zeitalter der Aufklärung.⁷ Es konnte hierbei insbesondere auf die Arbeiten des Magdeburger Archivars Walter Friedensburg zurückgegriffen werden, der die Leucorea für den Zeitraum des beginnenden 19. Jahrhunderts „in erfreulichem Aufstieg“ sah.⁸ Matthias Asche hat

sitaten Halle und Wittenberg 1815–1917, in: Hermann-Josef Rupieper (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität 1502–2002, Halle 2002, S. 46–67.

⁴ Wilhelm Schrader: Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle, Bd. 2, Berlin 1894, S. 51.

⁵ Franz Eulenburg: Die Frequenz der deutschen Universitäten von ihrer Gründung bis zur Gegenwart, Leipzig 1906, S. 183.

⁶ Vgl. allerdings zuletzt Daniel Bohnert: Wittenberger Universitätstheologie im frühen 17. Jahrhundert. Eine Fallstudie zu Friedrich Balduin (1575–1627), Frankfurt a.M. 2017 (Beiträge zur historischen Theologie 183).

⁷ Vgl. zu dieser Erzählung wie auch ihrer Kritik die Beiträge in Andreas Pečar/Marian Füssel (Hg.): Aufklärungsuniversitäten im Alten Reich. Halle, Göttingen und der Wandel der deutschen Universität im 18. Jahrhundert, Berlin und Boston 2024 (Hallesche Beiträge zur Europäischen Aufklärung 73).

⁸ Vgl. Walter Friedensburg: Geschichte der Universität Wittenberg, Halle 1917, S. 616f.

zuletzt auf die solide Frequenz der Wittenberger Universität in diesem Zeitraum hingewiesen, sodass unter Berücksichtigung der Immatrikulationszahlen kleinerer, nicht aufgelöster Universitäten eine Aufhebung bzw. Vereinigung der Leucorea keineswegs unumgänglich gewesen sei.⁹

Der Weg einer solchen quantifizierenden Einordnung soll allerdings in diesem Beitrag nicht beschritten werden. Er setzt sich vielmehr zum Ziel, über eine Analyse der konkreten Lehrinhalte und der damit einhergehenden Auseinandersetzungen ein Schlaglicht auf das akademische Profil der Leucorea kurz vor ihrer Vereinigung mit der Fridericana zu werfen. Derartige Untersuchungen existieren bisher kaum,¹⁰ sodass etwa Heinz Kathe 2002 lediglich die Einschätzung des Dresdener Oberhofpredigers Franz Volkmar Reinhard wiedergeben konnte, welcher nach einer Visitation der Leucorea 1810 von der „glückliche[n] Mittelstraße“ sprach, auf der sich die Leucorea bewege. Dieser eingeschlagene Weg führe gemäß Reinhard dazu, dass die Universität eine „Neuerungssucht“ vermeide, „ohne hinter den Fortschritten des Zeitalters zurückzubleiben“.¹¹

Der vorliegende Beitrag möchte sich in der Frage nach den verhandelten Lehrinhalten auf die Wittenberger Universitätstheologie beschränken. Dieses Studienfach genoss einerseits an der Leucorea einen traditionell hohen Stellenwert und unterlag zugleich allgemein im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert zahlreichen dynamischen Veränderungen, die zu einem tiefgreifenden Wandel dieses akademischen Wissensfeldes führten.¹² Auch in dieser Hinsicht markiert die Arbeit von Walter Friedensburg den bis heute wesentlichen Forschungsstand zur Leucorea. Friedensburg geht hierbei von einem mehrstufigen, linearen Prozess zu einer immer stärkeren aufklärerischen Prägung der theologischen Fakultät aus.

⁹ Vgl. Matthias Asche: Wittenberg, Halle und die Umbrüche des alten deutschen Universitätswesens am Beginn des 19. Jahrhunderts, in: Andreas Ranft/Michael Ruprecht (Hg.): Universität und Stadt. Sichtbarkeit, Lebensform, Transformation, Halle 2018 (Forschungen zur hallischen Stadtgeschichte 25), S. 133–156, hier S. 136.

¹⁰ Eine Ausnahme bildet Andreas Pečar: Die Universitäten Halle und Wittenberg – Aufbruch versus Beharrung? Ein Vergleich der Vorlesungsverzeichnisse der Juristischen Fakultäten, in: Ders./Daniel Fulda (Hg.): Innovationsuniversität Halle? Neuheit und Innovation als historische und als historiographische Kategorie, Berlin u.a. 2020 (Hallesche Beiträge zur europäischen Aufklärung 63), S. 195–225.

¹¹ Zitiert nach Kathe, Vereinigung, S. 47.

¹² Vgl. für einen Einstieg Albrecht Beutel: Kirchengeschichte im Zeitalter der Aufklärung, Göttingen 2009.

Aufgeklärte Theologie in Wittenberg

Eine erste Rezeption aufklärerischer Konzepte habe Friedensburg zufolge mit der Berufung Karl Christian Tittmanns zum ordentlichen Professor im Jahr 1775 eingesetzt. Die Tätigkeit Franz Volkmar Reinhards, der vor seiner Berufung an den Dresdner Hof an der philosophischen und der theologischen Fakultät der Leucorea lehrte, bedeutete wiederum den „Durchbruch“ der Aufklärung in der Wittenberger Universitätstheologie. Schließlich habe der Tod des „letzten Orthodoxen“ Friedrich Wilhelm Dresde und die darauf folgende Berufung Heinrich Gottlieb Tzschriners zum ordentlichen Professor den letzten Entwicklungsschritt dargestellt, welcher „1805 dem Einzug des ‚eigentlichen Rationalismus‘ Bahn brach“.¹³ Rationalismus verstand Friedensburg hierbei als Synonym zur Aufklärung, deren Leitkategorie die menschliche Vernunft darstelle. Neuere Darstellungen akzentuieren in ähnlicher Weise das wesentliche Merkmal des theologischen Rationalismus als konsequente Infragestellung der christlichen Offenbarung, wobei die Vertreter dieser Richtung im Wesentlichen den erkenntnistheoretischen Lehren Immanuel Kants gefolgt seien.¹⁴

Nach Volker Leppin kann ein signifikanter Rückgang dogmatischer und kontroverstheologischer Lehrveranstaltungen zugunsten „praktischer“ Fächer wie der Katechetik und Homiletik als Kennzeichen eines aufgeklärten theologischen Lehrbetriebs gelten.¹⁵ Wendet man diese Kriterien auf die Verhältnisse in Wittenberg an, dann bestätigen die Ergebnisse zunächst grundsätzlich die Aussagen Friedensburgs. So sank etwa der Anteil kontroverstheologischer Lehrveranstaltungen an allen angebotenen theologischen Kollegien von 15 Prozent in den 1760er Jahren auf nur noch fünf Prozent in den 1770er Jahren. Die Wittenberger Universitätstheologie erreichte somit in diesem Fach ähnliche Werte wie die Fakultäten in Halle und Göttingen. In den 1780er Jahren verschwand die Kontroverstheologie gänzlich aus dem

¹³ Vgl. Friedensburg, Universität Wittenberg, S. 557–560, rezipiert durch Heiner Lück: Alma Leucorea. Eine Geschichte der Universität Wittenberg 1502 bis 1817, Halle 2020, S. 203ff. Siehe für kurze biographischen Darstellungen der in dem vorliegenden Beitrag genannten Wittenberger theologischen Professoren Armin Kohnle/Beate Kusche (Hg.): Professorenbuch der Theologischen Fakultät der Universität Wittenberg 1502 bis 1815/17, Leipzig 2016 (Leucorea-Studien zur Geschichte der Reformation und der Lutherischen Orthodoxy 27).

¹⁴ Vgl. Friedensburg, Universität Wittenberg, S. 555, sowie Beutel, Kirchengeschichte, S. 160.

¹⁵ Vgl. Volker Leppin: Auf dem Weg zur Konstitution des Fächerkanons. Zum Vorlesungsprogramm der theologischen Fakultät Jena 1749–1854, in: Thomas Bach (Hg.): *Gelehrte Wissenschaft. Das Vorlesungsprogramm der Universität Jena um 1800*, Stuttgart 2008 (Pallas Athene 26), S. 59–69. Leppin gibt allerdings zu bedenken, dass es sich bei seinen Ausführungen lediglich um eine erste „Skizze“ handelt, vgl. ebd., S. 59.

Lehrangebot der Leucorea, während der dogmatische Unterricht ebenfalls einen signifikanten Bedeutungsverlust erfuhr. An der Fridericana und der Georgia Augusta wurde demgegenüber die kontroverstheologische Lehre erst fünf bzw. zehn Jahre später eingestellt. Zudem verblieb in diesem Zeitraum der Anteil dogmatischer Lehrveranstaltungen am gesamten Lehrangebot der Fakultäten auf einem hohen Niveau. Während die Katechetik an allen drei genannten Universitäten über die gesamte zweite Hälfte des 18. und den Beginn des 19. Jahrhunderts ein Nischenfach blieb, stellte die Homiletik an der Leucorea ein zentrales akademisches Wissensfeld dar und wurde etwa in den 1790er Jahren anteilmäßig dreimal so häufig wie an der durch den Pietismus geprägten Universität Halle unterrichtet.¹⁶

Als zentraler Träger dieser an der Leucorea angebotenen katechetischen und homiletischen Lehrveranstaltungen kann der ordentliche Professor der Theologie, Pastor der Wittenberger Stadtpfarrkirche und Generalsuperintendent Carl Ludwig Nitzsch eingeordnet werden. Nitzsch lehrte seit den 1790er Jahren beide Fächer nach Lehrbüchern, deren Autoren sich der Philosophie Immanuel Kants verpflichtet sahen. Hierbei handelte es sich um den „Grundriß der allgemeinen Katechetik nach Kantischen Grundsätzen“ des Göttinger Theologen Johann Friedrich Graeffe und die „Anleitung zum populären Kanzelvortrag“ des Jenaer Theologieprofessors Johann Wilhelm Schmid.¹⁷

Die supranaturalistische Wende um 1800

Unter Berücksichtigung dieses Befundes erscheint es auf den ersten Blick geboten, Friedensburgs These einer immer größeren Öffnung der Wittenberger Universitätstheologie zum Rationalismus zu bestätigen. Indessen zeigt eine Analyse der überlieferten Wittenberger Vorlesungsverzeichnisse, dass ab der Wende zum 19. Jahrhundert im theologischen Lehrbetrieb

¹⁶ Vgl. hierzu Adrian Grave: Aufklärung in der Lehre? Universitätstheologie in Halle, Göttingen und Wittenberg 1736–1813, in: Pečar/Füssel (Hg.), Aufklärungsuniversitäten, S. 145–165.

¹⁷ Johann Friedrich Graeffe: Grundriß der allgemeinen Katechetik nach Kantischen Grundsätzen, nebst einem kurzen Abriss der Geschichte der Katechetik von dem entferntesten Alterthume bis auf unsere Zeiten. Zum Gebrauche akademischer Vorlesungen, Göttingen 1796 sowie Johann Wilhelm Schmid: Anleitung zum populären Kanzelvortrag. Zum Gebrauch bey akademischen Vorlesungen, 3. Bde., Jena 1787–1790. Vgl. zu Schmid Friedrich Wilhelm Graf: Art. „Schmid, Johann Wilhelm“, in: Traugott Bautz (Hg.): Biographisch-Bibliographisches Kirchenlexikon, Bd. 9, Herzberg 1995, Sp. 391–428, bes. 410f. Siehe zur Lehre Nitzsch nach diesen beiden Lehrbüchern etwa UAHW, Rep. 1, Nr. 433, Bl. 244r und 256r (Lektionskataloge für das Wintersemester 1798/1799 sowie das Sommersemester 1799).

nachhaltige Entwicklungen einsetzen, die sich implizit und explizit gegen diese theologische Strömung richteten. So wuchs etwa in diesem Zeitraum der Anteil dogmatischer Kollegien am gesamten Lehrangebot der Fakultät wieder signifikant an, wobei dieser Zuwachs insbesondere auf ein verstärktes Angebot seitens der Privatdozenten zurückzuführen ist.¹⁸ Zwar wurde um die Jahrhundertwende ergänzend das Fach der Dogmengeschichte dauerhaft in den theologischen Lehrbetrieb integriert, jedoch führte eine verstärkte geschichtliche Behandlung der verschiedenen Glaubenslehren gerade nicht zu einer Historisierung und einhergehenden, als vernunftgeleitet beschriebenen Relativierung der überlieferten Dogmenbestände. So fügte der mit Abstand am häufigsten in diesem Fach rezipierte Lehrbuchautor Johann Christian Wilhelm Augusti seinen Ausführungen zum Trinitätsdogma die Wertung hinzu, dass „verständige und billigdenkende Theologen ... schon längst geurtheilt [haben], dass man die Dreyeinigkeitslehre als ein Geheimnis glauben und nicht erklären ... dürfe.“¹⁹ Dogmengeschichte wurde demnach in Wittenberg vor allem dazu genutzt, die überzeitliche Gel tung der überlieferten Dogmen gegen Kritik an der christlichen Offenbarung zu erweisen. Dieser Befund korrespondiert mit der Einführung des Lehrfachs der (christlichen) Apologetik durch den Privatdozenten Heinrich Leonhard Heubner, welche ebenfalls in diesen Zeitraum fällt.

Der aus dem Erzgebirge stammende Heubner hatte sich nach dem Besuch der kurfürstlichen Landesschule Pforta 1799 in Wittenberg immatrikuliert und an der Leucorea zunächst Philosophie studiert. Heubners eigentliches Interesse galt jedoch schon bald der Theologie. So verteidigte er bereits als philosophischer Magister im Rahmen einer unter dem Vorsitz des Kirchenhistorikers Johann Matthias Schroeck gehaltenen Disputation die lutherische Rechtfertigungs- und Satisfaktionslehre.²⁰ Zwar könne ohne Tugend kein Glaube gedacht werden, allerdings sei es zugleich ausgeschlossen, dass der Vollzug guter Werke auch nur den geringsten Einfluss auf die göttliche Sündenvergebung ausüben könne. Vielmehr sei es die durch Christus er-

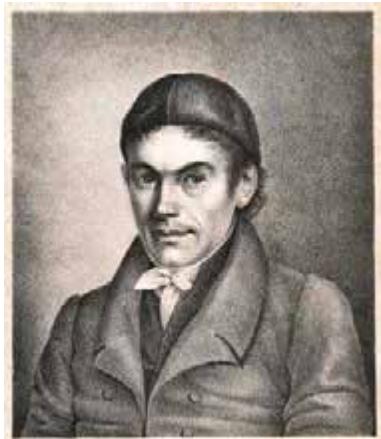
¹⁸ Circa 20 Prozent der Lehrveranstaltungen theologischer Privatdozenten in Wittenberg sind im Zeitraum von 1800 bis 1812 diesem Fach zuzurechnen. Dies ergibt eine Auswertung der in UAHW, Rep. 1, Nr. 435 aufbewahrten Lektionskataloge. Insgesamt stieg der Anteil dogmatischer Veranstaltungen an allen Lehrveranstaltungen der Fakultät im Vergleich zu den letzten beiden Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts um ein gutes Drittel auf circa 13 Prozent an.

¹⁹ Vgl. Christian Wilhelm Augusti: Lehrbuch der christlichen Dogmengeschichte, Leipzig 1805, S. 228f. Siehe zu Augusti auch Michael Adolph Lipps: Dogmengeschichte als Dogmenkritik. Die Anfänge der Dogmengeschichtsschreibung in der Zeit der Spätaufklärung, Bern (u.a.) 1983 (Basler und Berner Studien zur historischen und systematischen Theologie 48), S. 163ff.

²⁰ Vgl. Heinrich Leonhard Heubner (auctor), Johann Matthias Schroeck (praeses): Historia antiquior dogmatis de modo salutis tenendae et justificationis seu veniae peccatorum a Deo impetrandae instrumentis, particula prima, Wittenberg 1805.

brachte Satisfaktion, durch welche dem reuigen Sünder das Heil zuteilwerde. Implizit wandte sich Heubner somit gegen die unter anderem von Immanuel Kant formulierte Kritik an einer Übertragung persönlicher Schuld auf einen unbeteiligten Dritten zugunsten einer stärker an der lutherischen Orthodoxie orientierten Positionierung.²¹ Nur zwei Jahre später postulierte Heubner in einer exegetisch-historischen Disputation die Existenz der biblischen Wunder gegen naturalistische Erklärungsversuche von Autoren wie Baruch de Spinoza, David Hume oder Jean-Jacques Rousseau.²²

*Heinrich Leonhard Heubner
(1780–1853)*



Quelle: Evangelische Predigerseminar Wittenberg/
Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek

In diesem Zeitraum begann der Adjunkt der philosophischen Fakultät mit dem Angebot apologetischer Vorlesungen, welche er auch später als Bakkalar und außerordentlicher Professor der Theologie halten sollte.²³ Als Grundlage dieser Lehrveranstaltungen gab Heubner in den jeweiligen Lektionskatalogen oft eigene handschriftliche Thesen an. Sowohl das Manuskript Heubners als auch eine durch den Studenten Johann Balassa angefertigte Mitschrift sind überliefert worden und bieten einen ungewöhnlich tiefen Einblick in die durch Heubner im Kolleg vorgetragenen Inhalten und Lehrmeinungen.

Heubner begann seine Ausführungen mit einem Bekenntnis „zu einer Religion, die wir für die einzig wahre, für eine göttlich geoffenbarte halten“.

²¹ Ebd., S. 5–8. Zur aufklärerischen Kritik an der Satisfaktionslehre siehe Gunter Wenz: Geschichte der Versöhnungslehre in der evangelischen Theologie der Neuzeit, Bd. 1, München 1984 (Münchener Monographien zur historischen und systematischen Theologie 9), S. 170–205 sowie 210–275.

²² Vgl. Heinrich Leonhard Heubner: *Miraculorum ab Evangelistis narratorum interpretatio grammatico-historica asserta contra eos, qui e naturae causis illa deducere conantur et ab scriptoribus sacris deducta esse affirmant. Adjectae sunt vindiciae historiae Lazari in vitam a Jesu revocati*, Wittenberg 1807.

²³ Vgl. UAHW, Rep. 1, Nr. 435, fol. 152v sowie 185v (Lektionskataloge für das Sommersemester 1810 und das Wintersemester 1812/1813).

²⁴ Vgl. RFB Wittenberg Sign. Man 7 sowie UAHW, Rep. 45/I, Nr. 2. Der aus Ungarn stammende Balassa immatrikulierte sich am 16.10.1807 an der Leucorea, vgl. Fritz Juntke (Hg.): *Album Academiae Vitebergensis. Jüngere Reihe Teil 3 (1710–1812)*, Halle 1966 (Ar-

Diese christliche Religion grenzte der Wittenberger Dozent kategorisch von rationalistischen Vorstellungen ab:

„Für einen reinen Rationalisten oder Naturalisten kann es gar keine Apologetik geben. Denn was soll denn bewiesen und vertheidigt werden? Die Wahrheit der Lehre? Dies ist geschäft der Philosophie; die Vernunft prüft und entscheidet a priori. – Oder das Ansehen Christi? Es hat kein anderes als welches jeder Wahrheitslehrer hat; und durch sein Zeugniß kann die Wahrheit nicht erst neue Stücke erhalten. [...] Da hat Christus nichts eigen-tümliches voraus vor Socrates, Confucius und dieß giebt ihm noch kein entschiedenes Ansehen von Infallibilität!“²⁵

Das Ziel einer christlichen Apologetik stelle demgegenüber der Beweis einer unmittelbar göttlichen Offenbarung dar. Zu diesem Zweck setzte sich Heubner nach einer kurzen Einführung in Umfang, Geschichte und Hilfsmittel der Apologetik mit der „Critic aller Offenbarung überhaupt“ durch Gelehrte wie Immanuel Kant auseinander.²⁶ Es folgte eine „Critic der merkwürdigsten Offenbarungen, die es außer der biblischen gegeben haben sollte“. Der bei Weitem umfangreichste Teilbereich seiner Vorlesung beschäftigte sich, nach der Zurückweisung aller alternativen Konzepte, mit der „Aufstellung und Prüfung der Beweise für das Ansehen des Christenthums, als der einzige göttlichen Offenbarung“.²⁷

In seinen apologetischen Bemühungen zitierte Heubner mit Vorliebe den bereits erwähnten Franz Volkmar Reinhard.²⁸ Auch der Privatdozent Carl Friedrich Wunder rezipierte die Arbeiten dieses Theologen in seiner akademischen Lehre und bot etwa im Sommersemester 1803 eine Dogmatikvorlesung nach den von Johann Gottfried Berger edierten, von Reinhard bis zu seinem Wechsel nach Dresden 1792 gehaltenen Vorlesungen an.²⁹ Als Oberhofprediger erreichte Reinhard in der kursächsischen Residenzstadt jeden Sonntag ein breites Publikum. Inhaltlich kreisten seine Predigten hierbei um die moralische Vervollkommnung der Hörer sowie den daraus erwachsenen gesellschaftlichen Fortschritt und können als typisch aufklärende

beiten aus der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt in Halle a. d. Saale 5), S. 12.

²⁵ RFB Wittenberg Sign. Man 7, fol. 1; Unterstr. i. O.

²⁶ Vgl. ebd., fol. 8–98 sowie UAHW, Rep. 45/1, Nr. 2, fol. 24–54: Gegen Kant nahm Heubner an, dass es sehr wohl möglich sei, „ein bestimmtes Factum in der Erfahrung für eine göttliche Offenbarung zu erkennen“, vgl. ebd., fol. 31.

²⁷ Vgl. ebd., fol. 54–85 und 86–226 sowie RFB Wittenberg Sign. Man 7, fol. 98–202 und fol. 203–428.

²⁸ Vgl. etwa Heubner/Schroeckh, Historia, S. 8.

²⁹ Johann Gottfried Berger (Hg.): Franz Volkmar Reinhards Vorlesungen über die Dogmatik mit literarischen Zusätzen, Amberg 1801. Vgl. UAHW, Rep. 1, Nr. 434, fol. 124v.

risch eingeordnet werden.³⁰ An der Leucorea hatte sich Reinhard als einer der ersten Dozenten in seiner Lehrtätigkeit mit den Thesen Immanuel Kants beschäftigt.³¹

In den darauffolgenden Jahren mehrten sich jedoch Reinhards Zweifel an den Positionen des Königsberger Philosophen, die er schließlich in der Vorrede zur dritten Ausgabe seiner *Moraltheologie* 1797 offen formulierte. Demnach duldeten die Prinzipien der kritischen Philosophie keine weiteren Autoritäten wie etwa die in der Bibel fixierte christliche Offenbarung neben sich. Diese Position bewertete Reinhard als anmaßend und gab scharfzüngig zu bedenken, „in welche jämmerlichen Spitzfindigkeiten, in welche mehr als scholastische Grübeleyen, sich viele sonst treffliche Köpfe der kritischen Schule bereits verwickelt haben“. Dies sei umso bemerkenswerter, als „noch keine philosophische Schule ... sich mit so großem Selbstvertrauen allgemeingültiger, apodictischer und unwiderleglicher Principien gerühmt [hat], als die kritische“.³²

Drei Jahre nach der Veröffentlichung dieser Aussagen erweiterte Reinhard den Adressatenkreis seiner Kritik. In einer anlässlich des Reformationsjubiläums 1800 gehaltenen Predigt warf er den Vertretern seiner Kirche vor, sich von der Theologie Martin Luthers zugunsten des Rationalismus losgelöst zu haben. Die Vernunft dürfe jedoch nicht den offenbarten Grundsatz der freien Gnade Gottes in Zweifel ziehen, die allen Menschen durch Christus zuteilwerde. Diese Predigt löste ein breites mediales Echo aus und stieß bei den kursächsischen Behörden auf Zustimmung. Reinhards Manuscript wurde abgedruckt und an alle Pfarrer Kursachsens versandt. In einem beiliegenden Reskript wurden die Theologen dazu aufgefordert, die Ansichten des Oberhofpredigers auch in ihren eigenen Predigten zu berücksichtigen.

Wie Christian-Erdmann Schott festgestellt hat, erhielten die Worte Reinhards durch dieses landesherrliche Vorgehen einen „kirchenamtlichen Charakter“.³³ Aufgrund seiner um die Jahrhundertwende vollzogenen theologischen Wende gilt Franz Volkmar Reinhard in der kirchengeschichtlichen Forschung als herausragender Vertreter der theologischen Strömung des sogenannten Supranaturalismus. Dieser auch von den jeweiligen Akteuren als Selbstbezeichnung gebrauchte Begriff beschreibt eine Gruppe von Theo-

³⁰ Vgl. hierzu Christian-Erdmann Schott: Möglichkeiten und Grenzen der Aufklärungsprédigt. Dargestellt am Beispiel Franz Volkmar Reinhards, Göttingen 1978 (Arbeiten zur Pastortheologie 16), S. 96–159.

³¹ Vgl. UAHW, Rep. 1, Nr. 433, fol. 123r (Lektionskatalog für das Sommersemester 1790).

³² Zitiert nach Franz Volkmar Reinhard: System der christlichen Moral. Bd. 1, Reutlingen 1802 (4., verbesserte Auflage), S. XXVI, XXIV sowie XXX–XXXI (Vorwort zur dritten Auflage). Vgl. zu dieser Schrift auch Schott, Möglichkeiten und Grenzen, S. 242–249.

³³ Vgl. ebd., S. 250–263, für das Zitat S. 253.

logen, die in der Auseinandersetzung mit der Philosophie Immanuel Kants die Evidenz einer christlichen Offenbarung erneut zu plausibilisieren versuchte. Kants Kritik des Aussagewerts sinnlicher Erfahrungen stellten die Supranaturalisten den explizit übersinnlichen, mit der menschlichen Vernunft nicht ergründbaren Charakter der in der göttlich inspirierten Bibel tradierten Glaubenslehren gegenüber.³⁴

Franz Volkmar Reinhard befand sich nach der Jahrhundertwende beständig auf der Suche nach Multiplikatoren dieser supranaturalistischen Positionen.

Die Leucorea in Wittenberg nahm in diesen Überlegungen eine herausragende Stellung ein. So setzte er sich 1811 gemeinsam mit den übrigen Oberkonsistorialräten erfolgreich für eine Berufung Heinrich Leonhard Heubners zum außerordentlichen Professor der Theologie in Wittenberg ein. Heubner verfüge demnach über einen „ächten christlichen Glauben“ und sei in der Lage, einen „wahren religiösen Sinn in seinen Zuhörern“ zu wecken.³⁵

Des Weiteren ermunterte Reinhard nach dem Tod Friedrich Wilhelm Dresdes 1805 den damaligen Diakon in Mittweida Heinrich Gottlieb Tzschorner zu einer Bewerbung um die nun vakante vierte theologische Professur. Tzschorner hatte einige Jahre zuvor eine philosophische Adjunktur an der Leucorea innegehabt und in Mittweida eine Apologetik abgefasst, die Reinhard auf dessen Bitte hin mit einem wohlwollenden Vorwort versehen hatte. Er legte die Lektüre dieses Werkes demnach all jenen ans Herzen, die von den Auswirkungen des aktuellen Streites „über die Wahrheit und Göttlichkeit des Christentums“ besorgt

Franz Volkmar Reinhard (1753–1812)



Quelle: Evangelische Predigerseminar Wittenberg/
Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek

³⁴ Vgl. Beutel, Kirchengeschichte, S. 167. Zur Selbstbezeichnung siehe Franz Volkmar Reinhard: Geständnisse seine Predigten und seine Bildung zum Prediger betreffend in Briefen an seinen Freund, Sulzbach 1810, S. 95.

³⁵ Vgl. SächsStA-D, 10025 Geheimes Konsilium, Loc. 04570/04, fol. 220r (Schreiben der Oberkonsistorialräte Reinhard, Tittmann, Kühn und Weber an Friedrich August I. vom 28.11.1811).

seien.³⁶ In seinen Briefen an Tzschrirner versicherte Reinhard nun, diesem „den Weg [zu] bahnen“, falls nicht der Sohn des Oberkonsistorialrats Karl Christian Tittmann, Johann August Heinrich Tittmann, eine Bewerbung um das vakante Amt anstreben sollte.³⁷ Schließlich informierte Reinhard mit Genugtuung im Juli 1805 seinen Schützling, dass die Professur an ihn vergeben werden würde. Eine offizielle Bestätigung erfolgte einen Monat später durch die Bekanntgabe der landesherrlichen Entscheidung an die Universität Wittenberg.³⁸ Als Tzschrirner 1809 an die Universität Leipzig wechselte, wurde im Gegenzug der dort lehrende Theologe Heinrich August Schott sein Nachfolger in Wittenberg. Auch Schott hatte sich um die Gunst Reinhards bemüht und sein homiletisches Lehrwerk dem Dresdener Oberhofprediger gewidmet.³⁹ Als sich Reinhard und Tzschrirner wenig später über die Frage nach einer möglichen Verbindung von Rationalismus und Supranaturalismus zerstritten, publizierte Schott erfolglos eine mögliche Kompromisslösung.⁴⁰

Auch Professoren, an deren Berufung Franz Volkmar Reinhard nicht beteiligt gewesen war, änderten nach den Ereignissen um das Reformationsjubiläum 1800 ihr theologisches Profil erheblich. Ein besonders anschauliches Beispiel bietet Michael Weber, der von 1784 an in Wittenberg als ordentlicher Professor lehrte und nach der Vereinigung an die theologische Fakultät der Universität Halle wechselte. Weber hatte in den 1780er Jahren aus Lehrveranstaltungen eine Dogmatik entwickelt, die er schließlich 1791 unter dem Titel „Theoremata Religionis Christianae“ veröffentlichte. In diesem Lehrbuch lehnte der Wittenberger Theologe zentrale christliche Dogmenbestände ab und sprach beispielsweise statt von einer Erbsünde lieber von einer „natürlichen Fehlerhaftigkeit“ (*vitiositas naturalis*) des Menschen. Auch die lutherische Satisfaktionslehre wurde zugunsten einer eudämonistisch-

³⁶ Vgl. Heinrich Gottlieb Tzschrirner: Geschichte der Apologetik, oder historische Darstellung der Art und Weise, wie das Christenthum in jedem Zeitalter bewiesen, angegriffen und vertheidigt ward, Bd. 1, Leipzig 1805, S. VI. Siehe hierzu auch Christiane Schulz: Spätaufklärung und Protestantismus. Heinrich Gottlieb Tzschrirner (1778–1828). Studien zu Leben und Werk, Leipzig 1999 (Arbeiten zur Kirchen- und Theologiegeschichte 4), S. 65.

³⁷ Vgl. den Brief Reinhards an Tzschrirner vom 25.03.1805 (unsignierter Brief im Archiv der St. Thomas-Matthäi Kirchgemeinde), zitiert nach Schulz, Spätaufklärung, S. 63.

³⁸ Vgl. ebd., S. 66.

³⁹ Siehe Heinrich August Schott: Kurzer Entwurf einer Theorie der Beredsamkeit. Mit besonderer Anwendung auf die geistliche Beredsamkeit; zum Gebrauch für Vorlesungen, Leipzig 1807.

⁴⁰ Vgl. ders.: Ansichten über das Verhältnis des Rationalismus zu dem Supranaturalismus, in: Ders./Heinrich Wohlrat Rehkopf (Hg.): Für Prediger. Eine Zeitschrift zur Belebung der Religiosität durch das Predigtamt, Bd. 2, Leipzig 1811, S. 80–120.

stoischen *tranquilitas animi* aufgegeben, welche Christus durch sein Leiden am Kreuz der Menschheit vor Augen geführt habe.⁴¹

Von einer derartigen Distanzierung von den Dogmen der eigenen Konfession wollte Weber nach der Jahrhundertwende jedoch nichts mehr wissen. Vielmehr gab er 1808 eine Neuedition der lutherischen Bekenntnisschriften heraus und beklagte in diesem Zusammenhang wortreich die neueren Entwicklungen in der protestantischen Theologie. Nicht nur die lutherische Konfession, sondern der Protestantismus insgesamt gelte demnach den meisten Zeitgenossen als obsoletes Relikt einer vergangenen Zeit, welches zugunsten einer Neuausrichtung an der „philosophischen Religion Kants, Fichtes und Schellings“ nunmehr „beerdigt“ werden müsse. Demgegenüber habe Weber es sich zur Aufgabe gemacht, mittels der vorliegenden Neuedition der Bekenntnisschriften zur Ausbildung einer neuen Frömmigkeit beizutragen und somit die gesamte christliche Religion „quasi von den Toten auferstehen zu lassen“.⁴²

Der Konflikt zwischen Reinhard und Nitzsch

Der Trend zu einem supranaturalistischen Lehrprofil erfasste jedoch nicht alle Wittenberger Universitätstheologen. Dies gilt insbesondere für Carl Ludwig Nitzsch, der weiterhin die Katechetik und Homiletik nach den bereits erwähnten, von den Positionen Kants inspirierten Lehrbüchern unterrichtete.⁴³ Nitzsch und Reinhard hatten sich zu Studienzeiten in Wittenberg kennengelernt und standen auch nach Reinhards Berufung nach Dresden in regelmäßiger brieflichem Kontakt. Aus den insgesamt 43 überlieferten Schreiben Reinhards an Nitzsch lässt sich erkennen, wie die theologische Differenz das freundschaftliche Verhältnis der beiden Gelehrten zusehends eintrübte.

Bereits 1789 hatten die Theologen noch in neutralem Ton über den Unterschied zwischen Bewegungs- und Verpflichtungsgründen in Kants Philosophie diskutiert.⁴⁴ Im Dezember 1796 antwortete Reinhard jedoch ablehnend auf den Vorschlag Nitzschs nach einem Mittelweg zwischen Kantischer Philosophie und christlicher Theologie. Demnach lasse sich Erstere

⁴¹ Vgl. Michael Weber: *Theoremata religionis christiana*, Wittenberg 1791, S. 30f. sowie 53–55.

⁴² Vgl. ders. (Hg.): *Libri symbolici Ecclesiae Evangelico-Lutheranae [...]*, Wittenberg 1809, S. III–IV.

⁴³ Vgl. UAHW, Rep. 1, Nr. 435, fol. 39r sowie 84r (Lektionskataloge für das Wintersemester 1802/1803 sowie das Wintersemester 1805/1806).

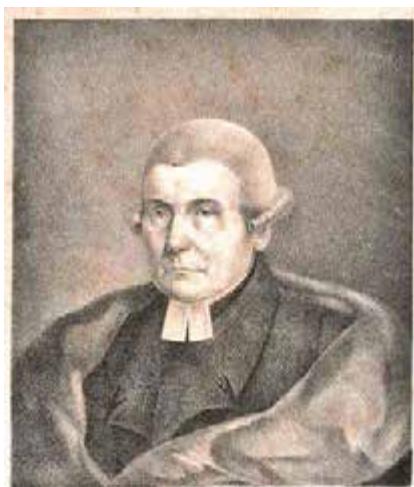
⁴⁴ Vgl. ULB Halle, Yi 7 Nachlass Nitzsch, fol. 3r–4v (Brief vom 28.03.1789).

auf keine Kompromisse ein „und hält den, der ihr etwas abdingen will, für einen Schwachen, der sich erst von ihrer Würde und Unträglichkeit besser unterrichten muß“.⁴⁵ Nitzsch ließ sich indessen von dieser Äußerung nicht entmutigen und veröffentlichte schließlich 1808 eine Edition verschiedener Programmschriften, welche er im universitären Kontext in den vorigen Jahren verfasst hatte. In diesen kurzen Schriften argumentierte Nitzsch erneut für eine Vereinbarkeit von Kants Thesen mit dem christlichen Glauben. Demnach könne einerseits die äußere Form der Offenbarung in Gestalt ihrer biblischen Verkündigung als übernatürlich bezeichnet werden. Der konkrete Inhalt der christlichen Offenbarung sei jedoch nur rational zu begreifen.⁴⁶

Die Lektüre dieser Schrift führte zu einer zornigen Reaktion Reinhardts. In dem entsprechenden Brief vom Juli 1808 warf er Nitzsch vor, „naiv genug“ zu sein, die Auslegung der Bibel nach Kantischen Grundsätzen noch nicht einmal zu verbergen. Es handele sich aber bei den in der Heiligen Schrift tradierten Erzählungen um „Geheimnisse, mein Freund, was ich nun vier und zwanzig Jahre lang ... und zwar ohne alle Zurückhaltung, ohne alles ängstliche Verkleiden gepredigt habe“. Es folgen bittere Vorwürfe:

„Und Sie, mein Freund, was geben Sie uns für die Geheimnisse, die Sie uns nehmen wollen? Eindürftiges Spiel mit Symbolen, ein Bilderwerk, mit welchem sich recht artig spielen lässt, das aber Gottes unwürdig ist“.⁴⁷

Carl Ludwig Nitzsch (1751–1831)



Quelle: Evangelische Predigerseminar Wittenberg/
Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek

⁴⁵ Vgl. ebd., fol. 20r–21v, Zitat 20r–20v. (Brief vom 12.12.1796).

⁴⁶ Vgl. Carl Ludwig Nitzsch: De Iesu, revelationis externae eiusdemque publicae Interpretatione, in: Ders. (Hg.): De revelatione religionis externa eademque publica. Prolusiones academicæ, Leipzig 1808, S. 3–34. Siehe hierzu auch Wilhelm Gaß: Geschichte der protestantischen Dogmatik in ihrem Zusammenhang mit der Theologie überhaupt, Bd. IV, Die Aufklärung und der Rationalismus, Berlin 1867, S. 310f.

⁴⁷ Vgl. ULB Halle, Yi 7 Nachlass Nitzsch, fol. 42r–43v, Zitate fol. 42r sowie 43r (Brief vom 7.12.1808).

Für Nitzsch, der sich von diesen Worten weitgehend unbeeindruckt zeigte, sollte das übernächste Jahr eine ungünstige Wendung bringen. 1810 wurde die 1781 verfügte, ursprünglich für jedes zweite Jahr vorgesehene Praxis einer Visitation der königlich-sächsischen Universitäten wieder aufgenommen. Ein ausdrücklicher Zweck dieser Kontrollen bestand darin, dem Landesherrn besonders fähige Dozenten anzuzeigen, die durch ihre Lehrtätigkeit eine spezielle Sondervergütung in Gestalt einer jährlichen Pension verdient hätten. Hierzu wurde 1783 der sogenannte Pfortaische Resolutionsfonds errichtet, dessen jährliche Erträge in Höhe von 3500 Talern dazu dienen sollten, die durch eine hohe Inflation entwerteten Gehälter der Dozenten aufzubessern und vor allem den Professoren einen standesgemäßen Lebenswandel zu ermöglichen.⁴⁸ Die Wahl des Visitators fiel 1810 auf Franz Volkmar Reinhard, der im Jahr zuvor diesem Jahr zum Vizepräsident des Oberkonsistoriums aufgestiegen war.⁴⁹ Reinhard, der im Vorfeld der Visitation eine Einladung Nitzschs, während des Aufenthalts in Wittenberg in dessen Haus zu wohnen, dankend abgelehnt hatte, attestierte der Universität insgesamt die bereits einleitend angesprochene „glückliche Mittelstraße“.⁵⁰ Aus der theologischen Fakultät empfahl er mit Weber, Schott, Wunder und Heubner gerade diejenigen Dozenten für eine höhere finanzielle Unterstützung, welche in ihrer Lehre und ihren Publikationen Unterstützung für die eigene supranaturalistische Lehrmeinung signalisiert hatten. Dagegen sollte neben Johann Friedrich Schleusner, der bereits eine jährliche Pension von 250 Talern erhielt, Carl Ludwig Nitzsch von einer Aufbesserung der Einnahmen ausgenommen werden. Zwar konnte Reinhard nicht verhehlen, dass Nitzsch „einen ansehnlichen applausum“ unter den Studenten genieße, allerdings wäre sein Unterricht „noch fruchtbarer und gemeinnütziger, wenn er der Kantischen Philosophie, der er ergeben ist, weniger Einfluß auf denselben gestattete“.⁵¹

Mit dieser inmitten von Lobesworten platzierten Aussage gelang es Reinhard tatsächlich, eine höhere finanzielle Unterstützung für Nitzsch zu verhindern. Dieser bezog zwar gerade durch sein Amt als Generalsuperintendent ein durchaus ansehnliches Einkommen, welches allerdings seit Jahrzehnten trotz (kriegsbedingter) Teuerung kaum gewachsen war. Es dürfte

⁴⁸ Vgl. Walter Friedensburg: Urkundenbuch der Universität Wittenberg. 2 Bde., Magdeburg 1926/1927, Bd. 2, S. 456f. mit Anmerkung 1 (Kurfürst Friedrich August III. von Sachsen an das Oberkonsistorium vom 18.10.1781). Siehe zudem auch Friedensburg, Universität Wittenberg, S. 524.

⁴⁹ Vgl. Schott, Möglichkeiten und Grenzen, S. 216.

⁵⁰ Vgl. den Bericht vom 10.12.1810 in Friedensburg, Urkundenbuch, Bd. 2, S. 559–571. Siehe zudem den Brief Reinhards an Nitzsch vom 29.04.1810 in ULB Halle, Yi 7 Nachlass Nitzsch, fol. 63r–64v.

⁵¹ Vgl. die Aufstellung Reinhards vom 12.12.1810 in Friedensburg, Urkundenbuch, Bd. 2, S. 572–583, zu den Theologen 572f.

Nitzsch daher geschmerzt haben, dass sein Amtskollege Michael Weber aufgrund besonderer landesherrlicher Unterstützungsleistungen die eigenen Einkünfte in wenigen Jahren um über 30 Prozent steigern konnte und fast das Einkommensniveau Nitzschs erreichte, obwohl Weber außerhalb seiner universitären Ämter lediglich als Prediger an der Schlosskirche wirkte.⁵² Die theologische Auseinandersetzung blieb währenddessen auch nach Reinhardts Tod 1812 bis unmittelbar vor der Einstellung des Lehrbetriebs an der Universität virulent. So las Heinrich Leonhard Heubner noch im Wintersemester 1812/1813 eine „Kritische Geschichte des Rationalismus“ und bekannte sich somit von Neuem zur supranaturalistischen Lehrmeinung.⁵³

Ausblick

Die Analyse der Wittenberger Universitätstheologie in den letzten Jahrzehnten ihres Bestehens zeigt einerseits, dass aufklärerische Trends und Konzepte durchaus in starkem Maße an der Leucorea rezipiert wurden. Pauschalurteile, die auf eine mangelnde akademische Leistungsfähigkeit der Universität abzielen, müssen mit Blick auf diesen Befund zurückgewiesen werden. Zugleich erscheint auch die These Friedensburgs einer immer stärkeren rationalistischen Durchdringung der theologischen Fakultät korrekturbedürftig. Es konnte vielmehr dargelegt werden, dass ab der Jahrhundertwende die von Dresden eifrig geförderte Rezeption supranaturalistischer Konzepte das akademische Profil der Wittenberger Universitätstheologie maßgeblich prägte.

Eine vergleichbare Entwicklung ist indessen für viele Universitäten zu konstatieren. So wurden sowohl in Leipzig als auch in Tübingen die dogmatischen Vorlesungen Franz Volkmar Reinhardts im theologischen Lehrbetrieb genutzt. Auch für die Universität Jena hat Volker Leppin für das beginnende 19. Jahrhundert eine, wenn auch meist halbherzige, „Redogmatisierung“ konstatiert.⁵⁴ Eine Besonderheit Wittenbergs besteht in diesem Zusammenhang jedoch in dem Gebrauch auffällig aktueller Lehrwerke, die – wie etwa Augustis Dogmengeschichte – an anderen Universitäten erst zu einem spä-

⁵² Weber konnte unter anderem aufgrund erhöhter landesherrlicher Zuschüsse seine Einkünfte zwischen 1802 und 1812 von 669 auf 879 Taler steigern, während Nitzschs jährliche Einnahmen lediglich von 905 auf 950 Taler stiegen, vgl. die entsprechenden Übersichten in UAHW, Rep. 1, Nr. 475, fol. 59v und 61v sowie 104v und 106v.

⁵³ Vgl. UAHW, Rep. 1, Nr. 435, fol. 185v (Lektionskatalog für das Wintersemester 1812/1813).

⁵⁴ Vgl. Leppin, Konstitution des Fächerkanons, S. 66f.

teren Zeitpunkt in die Lehre integriert wurden.⁵⁵ Diese akademische Dynamik Wittenbergs dürfte sich neben der Theologie auch auf weitere Wissensfelder erstreckt haben, wurde allerdings lange Zeit von einem teleologischen, auf das allmähliche „Sterben“ der Leucorea fixierten Forschungsinteresse ignoriert.⁵⁶

Schließlich sollten – trotz der zweifellos tiefgreifenden Auswirkungen des „Universitätssterbens“ um 1800 – die Kontinuitäten, die diese Umbruchphase überdauerten, nicht übersehen werden. So begegnen mit Carl Ludwig Nitzsch und Heinrich Leonhard Heubner zwei zentrale Akteure der Wittenberger Universitätstheologie nach 1817 als Direktoren des als Ersatz für die Universität gegründeten Predigerseminars. Bereits bei der Einrichtung dieser neuen Ausbildungsstätte kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gelehrten. Während Nitzsch den wesentlichen Zweck des Seminars darin sah, die „practische Bildung und Vorbereitung des künftigen Predigers“ zu gewährleisten, erkannte Heubner die zentrale Funktion der neuen Einrichtung in der „Weckung eines christlichen Geistes d.h. eines festen christlichen Glaubens und einer innigen Liebe fürs Christentum“.⁵⁷ Noch 1830 gab Heubner eine Schrift seines Förderers Reinhard neu heraus und sprach sich einmal mehr gegen die rationalistische Vorstellung von Christus als Tugendlehrer aus. Wahrhaft an Christus glauben könne stattdessen nur

⁵⁵ Augusti wurde etwa im Wintersemester 1807/1808 an der königlichen-bayerischen Universität Landshut gelesen, sowie ab 1806 regelmäßig an der Universität Heidelberg, vgl. „Verzeichniss der an der königlichen Ludwig-Maximilians-Universität zu Landshut im Wintersemester 1807–1808 zu haltenden Vorlesungen“, online unter <https://epub.ub.uni-muenchen.de/1308/> (zuletzt abgerufen am 23.7.2023) sowie „Anzeige der Vorlesungen, welche im Winterhalbenjahre 1805/1806 bis Sommerhalbenjahre 1810 auf der Kurfürstlich Badischen Ruprecht-Karolinenischen Universität zu Heidelberg gehalten werden“, Heidelberg, 1805–1810, online unter https://digi.ub.uni-heidelberg.de/diglit/VV1805WS_bis1810SS (zuletzt abgerufen am 23.7.2023). An der Leucorea wurde Augustis Werk von Carl Friedrich Wunder bereits im vorangegangenen Wintersemester 1805/1806 in die Lehre integriert, vgl. UAHW, Rep. 1, Nr. 435, fol. 85v.

⁵⁶ Vgl. etwa die immer noch instruktiven Bemerkungen zur medizinischen Fakultät in Friedensburg, Universität Wittenberg, S. 581ff.

⁵⁷ Vgl. Carl Ludwig Nitzsch: Gemeinschaftliche Vorschläge zu dem in Wittenberg zu errichtenden Prediger-Seminar vom 28.11.1816, Archiv des Predigerseminars Wittenberg, Akte 135, fol. 17–44, hier fol. 17, sowie Heinrich Leonhard Heubner: Vorschläge über das in Wittenberg zu errichtende Prediger Seminarium (18.12.1816), Evangelisches Zentralarchiv, Bestand 7/8677, fol. 158–163, hier fol. 158. Beide Quellen wurden zitiert nach Birgit Weyel: Bildung zur Praxis. Eine Rekonstruktion der Gründungsgeschichte des Predigerseminars Wittenberg im Zeichen der Kirchenverbesserung, in: Hanna Kasparick, Hartmut Kühne, Birgit Weyel (Hg.): Gehrock, T-Shirt und Talar. 200 Jahre Evangelisches Predigerseminar Wittenberg, Berlin 2016, S. 18–58, hier 34f.

der, „der ihn für einen göttlichen Gesandten ... in dem einzigen auf das Schriftwort und Jesu eignes Zeugniß gegründeten Sinne anerkennt.“⁵⁸

⁵⁸ Vgl. Heinrich Leonhard Heubner: Beurtheilung über die Einwendungen gegen die Beweiskraft des Reinhardschen Schlusses; Schärfung desselben, in: Franz Volkmar Reinhard: Versuch über den Plan Jesu, welchen der Stifter der christlichen Religion zum Wesen der Menschen entwarf. Ein Beytrag zu den Beweisen für die Wahrheit dieser Religion. 5. Auflage. Mit Zusätzen und Anhängen versehen von Heinrich Leonhard Heubner, Wittenberg 1830, Anhang VI, S. 490–501, hier 500f. Siehe zu dieser Schrift auch Birgit Weyel: Praktische Bildung zum Pfarrberuf. Das Predigerseminar Wittenberg und die Entstehung einer zweiten Ausbildungsphase evangelischer Pfarrer in Preußen, Tübingen 2006 (Beiträge zur historischen Theologie 134), S. 100.

Das Nachleben der Universität Wittenberg

Peer Pasternack

Für Wittenberg hatte der Verlust seiner Universität vielfältige Auswirkungen – bis hin zu dem Umstand, dass der städtische Singechor einging, „da die Studenten, die bisher die Männerstimmen gestellt hatten, fehlten“. Das wiederum verursachte höchst materiell begründeten Ärger: „Denn der Rektor und Konrektor, sowie der fünfte und sechste Lehrer am Gymnasium hatten mit dem Wegfall des Chores auch die Abgabe verloren, die ihnen alljährlich aus den ersungenen Einkünften zustand.“¹

Parallel aber schloss sich ein Nachleben der LEUCOREA in verschiedenen Dimensionen an. Immerhin: Schon die unmittelbaren Hinterlassenschaften der Wittenberger Universität – Unterlagen, Sammlungen, Gebäude, Personal, Erinnerungen, Symbole usw. – waren zu vielfältig, als dass sie umstandslos hätten zu den Akten gelegt werden können. Hinzu trat aber vor allem die historische Bedeutung der Universität als Ausgangspunkt und, wie man heute sagen würde, Kompetenzzentrum der lutherischen Reformation. Diese Bedeutung sicherte der LEUCOREA ein anhaltendes Interesse auch nach ihrer Aufhebung, das bis heute anhält. Dazu kamen erinnerungskulturelle Bestrebungen in Wittenberg selbst. Das Nachleben der Wittenberger Universität entfaltete und entfaltet sich so in sieben Dimensionen, die im weiteren vorgestellt werden sollen:

- Ausgleichsmaßnahmen für Wittenberg und spätere Neuansiedlungen
- Die ehemalige Wittenberger Universität in „Halle-Wittenberg“
- Gedächtnispflege und die Bewirtschaftung der Aura des Ortes
- Die Überlieferungen
- Dokumentationen und Forschungen zur Universitätsgeschichte
- Spuren im heutigen Stadtraum
- Digital und online

¹ Theodor Knolle: Der Kantor und die Herren Primaner. Ein Kapitel von der Wiederentstehung des Wittenberger Singechors. Nach alten Urkunden erzählt, in: Heimatkalender für den Kreis und die Stadt Wittenberg auf das Jahr 1922, Wittenberg 1922, S. 55f., hier 55.

Nachleben 1: Ausgleichsmaßnahmen für Wittenberg und spätere Neuansiedlungen

Um den Bedeutsamkeitsverlust der Stadt etwas abzumildern, gründete der preußische Staat zunächst drei neue Einrichtungen in Wittenberg: die Königliche Universitätsverwaltung zu Wittenberg zur Betreuung der LEUCOREA-Hinterlassenschaften (1817–1952), das Königliche Predigerseminar (seit 1817) und ein Hebammenlehrinstitut (1818–1904, dieses auch ein verzögertes Echo der Universität, insofern es dort seit 1786 geplant, aber seine Gründung immer wieder vertagt worden war²). Das spätere 19. Jahrhundert brachte dann noch eine weitere Gründung, als das Lutherhaus zum Museum Lutherhalle wurde. Im 20. Jahrhundert folgten Errichtungen mehrerer Institutionen, die auf die Reformations- und Universitätsgeschichte Bezug nahmen und nehmen. Damit konsolidierte sich im Laufe der Zeit in Wittenberg eine reformationshistorische Infrastruktur, bestehend aus Museen, Archiven sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen. Diese wäre nicht entstanden, wäre die Stadt nicht einst der Sitzort der LEUCOREA gewesen.

Fünf Wittenberger Institutionen lassen sich dabei als direkte bzw. indirekte Nachfolgeeinrichtungen der LEUCOREA in Wittenberg selbst klassifizieren, insoweit sie funktional an die Universität anschlossen. Zwei weitere ergaben sich in Halle (Saale). Die fünf Wittenberger Einrichtungen waren bzw. sind

- die *Königliche Universitätsverwaltung zu Wittenberg* (1817–1952), die das Erbe der Universität bewirtschaftete, soweit es in Wittenberg verblieben war. Dazu hatte man aus einem Teil der „Wittenberger Fundation“ einen „Universitätsfonds zu Wittenberg“ gebildet. Zu diesem gehörten das finanzielle Vermögen, die Gebäude, der Grundbesitz, historische Einnahmerechte der Universität in Gestalt von Pachteinnahmen und Naturalabgaben aus zehn Universitätsdörfern sowie an den Ort Wittenberg gebundene Lokalstiftungen;³
- das *Königliche Predigerseminar* (gegr. 1817), das bis 2012 im Augusteum der vormaligen LEUCOREA saß und heute im Wittenberger Schloss sitzt. Es hatte einen großen Teil der Universitätsbibliothek übernommen, nutzt die einstige Universitätskirche (Schlosskirche) als Übungskirche für seine Vikare und (seit 1967) Vikarinnen, kümmerte sich bis 1930 auch um die

² Wolfgang Böhmer/Elisabeth Ehrig: Das Wittenberger Hebammenlehrinstitut, in: dies./Heinrich Kühne, Zur Geschichte des Wittenberger Gesundheits- und Sozialwesens – Teil III. Das 19. Jahrhundert, Wittenberg 1984, S. 31–40, hier 32f. (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/BoehmerEhring_1984_Hebammenlehrinstitut.pdf).

³ Ausführlicher in Peer Pasternack: Nicht nur Resteverwertung. Die Verwendungen der Wittenberger Universitätsfundation nach 1817, Halle-Wittenberg 2022, S. 21–67 (https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/ab_120.pdf).

Lutherhalle und sichert bis heute die Kontinuität theologischer Bildung in Wittenberg;⁴

- die *Lutherhalle* (gegr. 1883) bzw. heute die Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt (gegr. 1997), welche die Wohnhäuser der beiden berühmtesten Professoren der Universität, Luther und Melanchthon, sowie seit 2012 auch das Augusteum-Vorderhaus einschließlich des 1571 errichteten Westflügels des Collegium Augusteum betreibt. Die Anlage ist auch überregional belangvoll: Sie gehört zu den fünf ältesten erhaltenen Kollegienbauten, die für Universitäten im Heiligen Römischen Reich errichtet wurden.⁵ Die Lutherhalle hat sich seit 1930 auch zu einem Forschungsmuseum entwickelt;⁶
- die heutige *Stiftung Leucorea* (gegr. 1994), die mit dem Collegium Fridericianum das Areal bewirtschaftet, auf dem sich einst der wesentliche Teil des Universitätslebens abgespielt hatte;⁷
- die *Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek* (gegr. 2018), die heute die Überlieferung der Universität, soweit sie in Wittenberg verblieben war, zuzüglich seit 1817 hinzugetretener Sammlungsbestände

⁴ Vgl. Otto Dibelius: Das Königliche Predigerseminar zu Wittenberg 1817–1917, Berlin-Lichterfelde o.J. [1917] (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Dibelius-1918_Predigerseminar.pdf); Hanna Kasparick/Hartmut Kühne/Birgit Weyel (Hg.): Gehrock, T-Shirt und Talar. 200 Jahre Evangelisches Predigerseminar Wittenberg, Berlin 2016.

⁵ Die anderen sind das Collegium Georgianum (1496) der Universität Ingolstadt (Gründung 1472), das Collegium Illustre in Tübingen (1588, Universitätsgründung 1477) sowie die Kollegien in Helmstedt (1576, Universitätsgründung 1576) und Altdorf (1575, Universitätsgründung 1578). Vgl. Isabelle Nispel: Das Collegium Augusteum in Wittenberg. Ein Universitätsgebäude der Frühen Neuzeit. Dissertation. Textband, Berlin 2019, S. 200 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Nispel-2019_Bd-1_Text.pdf).

⁶ Vgl. Stefan Laube: Das Lutherhaus Wittenberg. Eine Museumsgeschichte, mit einem Exkurs von Uta Kormeier, Leipzig 2003 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Laube-2003_Lutherhaus_Manuskriptfassung.pdf); Stefan Rhein: Deponieren und Exponieren. Einblicke in das Lutherhaus, in: Jens Hüttmann/Peer Pasterнак (Hg.), Wissensspuren. Bildung und Wissenschaft in Wittenberg nach 1945, Wittenberg 2004, S. 57–70 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Rhein-2004_Lutherhaus.pdf); Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt (Hg.): Mit Leidenschaft. 25 Jahre Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt, Lutherstadt Wittenberg o.J. [2022] (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Laube-2003_Lutherhaus_Manuskriptfassung.pdf).

⁷ Zur einstigen Rolle des Collegiums vgl. Ulrike Ludwig: Das Collegium Fridericianum als akademisches Zentrum der Leucorea. Bau, Nutzung und Alltag, in: Heiner Lück/Enno Bünz/Leonard Helten/Armin Kohnle/Dorothée Sack/Hans-Georg Stephan (Hg.), Das ernestinische Wittenberg. Die Leucorea und ihre Räume, Petersberg 2017, S. 57–90; zur heutigen Stiftung Leucorea vgl. <https://leucorea.de/>.

sichert, bearbeitet und erweitert; neben diversen Sondersammlungen sind das insgesamt 220.000 Bücher.⁸

Daneben wäre die Luther-Gesellschaft 1918 nicht in Wittenberg gegründet worden und 2004 dorthin zurückgekehrt, wäre Wittenberg nicht die Stadt der Reformationsuniversität gewesen.⁹ Auch dass 1927 ein Kirchliches Forschungsheim, das sich dem Dialog von Theologie und Naturwissenschaften widmen sollte,¹⁰ und 1948 die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt in Wittenberg¹¹ gegründet wurden, verdankte sich der Aura des Ortes, ebenso die Gründungen der Cranach-Stiftung 1989/1994, der Stiftung Christliche Kunst Wittenberg 2001 und der Evangelischen Wittenbergstiftung im Jahre 2009, welch letztere wiederum das Zentrum für evangelische Gottesdienst- und Predigtkultur betreibt. Gleiches gilt für drei internationale Bildungsan-

Das Wittenberger Collegium Augsteum, links das Lutherhaus



Foto: HoF Halle-Wittenberg

⁸ Vgl. Matthias Meinhardt: Die Reformationsgeschichtliche Forschungsbibliothek Wittenberg. Eine Einladung, Halle (Saale) 2017.

⁹ Vgl. Johannes Schilling/Martin Treu (Hg.): Die Luther-Gesellschaft 1918–2018. Beiträge zu ihrem hundertjährigen Jubiläum, Leipzig 2018.

¹⁰ Vgl. <https://www.uni-wittenberg.de/1817-1989/wissenschaft-und-hoehere-bildung/kirchliches-forschungsheim/>.

¹¹ Vgl. Heidemarie Wüst (Hg.): Einsichten in Evangelische Akademiearbeit. Gründung und Entwicklung der Evangelischen Akademie in der Kirchenprovinz Sachsen und der Landeskirche Anhalt, Magdeburg 1994; Hans-Jochen Tschiche: „Nun machen Sie man, Pastorche!“. Erinnerungen, Halle (Saale) 1999.

bieter, die in Wittenberg tätig sind: das LWB-Zentrum Wittenberg, das Wittenberg Center for Reformation Studies und das International Lutheran Center at the Old Latin School/International Lutheran Society of Wittenberg.

In Halle gibt bzw. gab es zwei Nachfolgeeinrichtungen der Wittenberger Universität: Zum einen ist das die dortige Universität (gegr. 1694), die ab 1817 als „Vereinigte Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg“ die LEUCOREA-Tradition in sich aufnahm. Zum anderen war dies – als Teil der halleschen Universität – das Kollegium der Professoren der Wittenberger Stiftung. Zu diesen im folgenden.

Nachleben 2: Die ehemalige Wittenberger Universität in „Halle-Wittenberg“

Zwar war am Ende die Wittenberger Hochschule de facto aufgelöst, doch de jure wurde eine Integration in die Hallesche Friedrichs-Universität vollzogen, unter anderem dadurch, dass diese dann Vereinigte Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg hieß.¹² Zunächst fand sich dort 1818 das Kollegium der Professoren der Wittenberger Stiftung gegründet. Der Hintergrund dessen war, dass aus der LEUCOREA eine stattliche Zahl an Benefizien überkommen war, die auf staatlichen und privaten Stiftungen und Zuwendungen beruhten. Deren größerer Teil wurde nach 1817 in Halle als „Wittenberger Stipendien“ ausgereicht. Das Kollaturrecht lag überwiegend bei dem Kollegium. Ihm gehörten sechs der sieben Professoren an, die von Wittenberg nach Halle übergegangen waren. Verstarb einer von diesen, wurde er durch einen halleschen Professor ersetzt. Infolge einer Zentralisierung des Stipendienwesens 1934 wurde das Kollegium weitgehend funktionslos, woran sich auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nichts änderte. 1957 endet die Aktenüberlieferung zum Kollegium, ohne dass es zu einer formellen Auflösung gekommen war.¹³

Möchte man ein Bild von den gesamten finanziellen Begünstigungen, welche die hallesche Universität aus der Vereinigung von 1817 gezogen hat, erhalten, so sind die Wittenberger Stipendien und die Überweisungen der Königlichen Universitätsverwaltung (s.o. Nachleben 1) zu addieren. Das ist zumindest für das erste Jahrhundert der vereinigten Universität möglich; nach

¹² Vgl. Peer Pasternack: Lose gekoppelt. Die Universität Halle-Wittenberg und die Stadt Wittenberg seit 1817: eine Beziehungsgeschichte, Halle (Saale) 2023.

¹³ Letztes Schreiben: Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Der Rektor an Prof. D. Dr. E. Klostermann, Halle (Saale), den 24.7.1957, Universitätsarchiv Halle-Wittenberg (UAHW) Rep. 2, Nr. 214.

dem Ersten Weltkrieg stehen Währungsturbulenzen und mehrere Geldsystemumstellungen der Vergleichbarkeit mit früheren Phasen entgegen. Für die Jahre 1818 bis 1917 ergibt sich, dass die Universität in Halle aus der Wittenberger Fundation Mittel erhalten hat, die in heutigem Wert 36 Millionen Euro oder 360.000 Euro pro Jahr entsprechen.¹⁴ Um die Bedeutung dieser Summen zu erfassen, können die Größenunterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Universität herangezogen werden: Die hallesche Universität des 19. Jahrhunderts war fünfzehnmal kleiner, als es die Martin-Luther-Universität (MLU) der Gegenwart ist.¹⁵ Man kann hier mit Bedauern notieren, dass der halleschen Universität trotz dieser finanziellen Begünstigungen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts nicht mehr gelungen war, als an Bedeutung gegenüber den anderen preußischen Universitäten zu verlieren und zu einer Provinzialuniversität abzusteigen.¹⁶

Neben Geldmitteln gelangten Objektsammlungen sowie große Teile der Wittenberger Universitätsbibliothek und des Universitätsarchivs nach Halle und verstärkten die dortigen Sammlungen.¹⁷ So wurde die hallesche Universitätsbibliothek erst durch den Wittenberger Zuwachs zur größten Bibliothek in Halle, während sie zuvor nach der Marienbibliothek und der Bibliothek der Franckeschen Stiftungen nur die Nummer 3 gewesen war.¹⁸ Andere Wittenberger Ergänzungen waren die zoologischen Präparate, die Sammlung des anatomischen Museums, das Herbarium des Universitätsmechanikers und Botanikers Christian Schkuhr (1741–1811),¹⁹ der 23 Kisten umfassende mathematisch-physikalische Apparat, die in acht Kisten überstellt

¹⁴ Vgl. Deutsche Bundesbank: Kaufkraftäquivalente historischer Beträge in deutschen Währungen. Stand: Januar 2021, o.O. (<https://www.bundesbank.de/resource/blob/615162/3334800ed9b5dcc976da0e65034c4666/mL/kaufkraftaequivalente-historischer-betrag-in-deutschen-waehrungen-data.pdf>).

¹⁵ Zu den Berechnungswegen vgl. Peer Pasternack: Nicht nur Resteverwertung, a.a.O., S. 97f.

¹⁶ Vgl. Hermann-Josef Rupieper: Jubiläen der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 1502–1952, in: Jens Blecher/Gerald Wiemers (Hg.), Universitäten und Jubiläen. Vom Nutzen historischer Archive, Leipzig 2004, S. 71–82, hier 72.

¹⁷ Vgl. Wilhelm Schrader: Die Wittenberger Stiftungen und Sammlungen, in: ders., Geschichte der Friedrichs-Universität zu Halle. Zweiter Teil, Berlin 1894, S. 83–91 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Schrader-1884_WBer-Stiftungen-Sammlungen.pdf).

¹⁸ Karl Klaus Walther: Bibliographie zur Geschichte der Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt zu Halle, Halle/Saale 1963, S. 5.

¹⁹ Vgl. Verzeichniß der getrockneten Pflanzen, die sich in dem Schkuhrischen Nachlaß befinden [1826], Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStA PK), I. HA, Rep. 76, Va Sekt. 8 Tit. X Nr. 19; Uwe Braun/Klaus Werner: Type material in the Herbarium of the Martin-Luther-University Halle-Wittenberg (HAL). *Carex* species in the herbarium of C. Schkuhr, in: Schlechtendalia Bd. 17(2007), S. 33–40 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/BraunWerner-2007_Schkuhr-Herbarium.pdf).

Mineraliensammlung,²⁰ die Sammlungen der Philosophischen Fakultät der LEUCOREA sowie deren Urkunden.²¹ Die nicht völlig konfliktfreie Aufteilung der Wittenberger Sammlungen zog sich bis in die 1840er Jahre hin.

Neben den handfesten Begünstigungen, welche die hallesche Universität aus der Wittenberger Integration bezog, ergaben sich solche symbolischer Art. Der Wittenberger Strang der Universitätsgeschichte ist jubiläumsträchtiger als der hallesche, weil dort Feier- und Gedenkdaten nicht nur aus der Hochschulentwicklung im engeren Sinne zu beziehen sind (Universitätsgründung oder Melanchthons Ankunft in Wittenberg zum Beispiel). Vielmehr gab es häufig eine Verbindung von Universitäts- und reformatorischen Ereignissen, was weitere Feieranlässe generiert (Thesen wider den Ablasshandel, Verbrennung der Bannandrohungsbulle, Veröffentlichung des Septembertestaments oder des Kleinen Katechismus Luthers usw.). Hinzu kommen selbstredend die Geburts- und Todesjahre der berühmten Reformatoren-Professoren.

Die Attraktivität dieser Jahrestage ist aus hallescher Sicht dadurch gesteigert, dass ihre Anlässe meist vor dem Zeitpunkt der halleschen Fridericiana-Gründung 1694 lagen. So bietet sich für die Universität Halle die Chance, sich älter zu machen, als sie eigentlich ist. Infolgedessen werden z.B. immer im Abstand von acht Jahren große Jubiläen begangen, etwa 1994 der 300. und im Jahr 2002 der 500. Jahrestag der Universitätsgründung. Und schließlich hatten die wittenbergisch-reformationsbezogenen Jubiläen ein erheblich höheres Popularisierungspotenzial als hallesche Feieranlässe (Frühaufklärung und Pietismus), jedenfalls solange es ein stabiles protestantisches Milieu gab.

Einiger Aufwand wurde in Halle betrieben, um die Geschichte der Wittenberger Universität zu dokumentieren. So fand sich eine Reihe normativer Quellen ediert.²² Vor allem aber beeindruckt die Publikationsgeschichte der

²⁰ Acta betreff die physikalischen, geographischen, ungarischen, mathematischen und technologischen Sammlungen der vormaligen Universität Wittenberg vom April 1819 bis Mai 1820, GStA PK, I. HA, Rep. 76, VA, Sekt. 8, Tit. X, Nr. 22

²¹ Vgl. Zentrale Kustodie und Universitätsarchiv der Martin-Luther-Universität (Hg.): „Die kombinierte Akademie“. Die Vereinigung der Universitäten Wittenberg und Halle, Halle (Saale) 2017, S. 29 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/RuprechtBugaiski-2017_Combinierte-Akademie.pdf); Friedrich Israël: Das Wittenberger Universitätsarchiv, seine Geschichte und seine Bestände. Nebst den Regesten der Urkunden des Allerheiligenstiftes und den Foundationsurkunden der Universität Wittenberg, Halle a.d.S. 1913, S. 17 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Israel-1913_WB-Universitaetsarchiv.pdf).

²² Vgl. Car. Ed. Förstemann: Liber Decanorum Facultatis Theologicae Academiae Vitebergensis. Ex autographo ed., Leipzig 1838 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Förstemann-1838_Liber-Decanorum-Theolog-Fak.pdf); Hermann Hering (Hg.): Libellus fundationis academiae Vitebergensis A. MDXXXVI, Halle 1882

LEUCOREA-Matrikel. Deren transkribierte Druckfassung geriet zu einem Langzeitprojekt, das den Zeitraum von 1841 bis 1966 in Anspruch nahm, aber auch noch darüber hinaus bearbeitet wurde. Akteure dessen waren durchgehend die hallesche Universitätsbibliothek bzw. historisch interessierte Bibliothekare. Insgesamt absolvierte die Aufbereitung der Wittenberger Matrikel sechs Stufen, um dann aber auch vollständig abgeschlossen zu sein, sich also nicht in die Reihe niemals abgeschlossener Großprojekte einzugliedern.²³ Zudem wurde die Wittenberger Matrikel auch statistisch erfasst und hinsichtlich der Einzugsbereiche der LEUCOREA, also der Herkunft ihrer Studenten, kartografisch aufbereitet.²⁴ 2017 fanden sich die Transkriptionen dadurch ergänzt, dass die hallesche Universitätsbibliothek die komplette, 4.700 Blatt umfassende Matrikel digitalisierte und online stellte.²⁵

Weniger intensiv als die Dokumentationsaktivitäten und vor allem im Zeitverlauf sehr wechselhaft war dagegen die Forschung, die in Halle zur Geschichte der LEUCOREA stattfand.²⁶ Herauszuhaben sind hier aber zwei große Universitätsgeschichten, erschienen 1917 (von dem vormaligen halleschen

(https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Hering-1882_Libel_lus-Fundationis-1.pdf); Julius Köstlin: Die Baccalaurei und Magistri der Wittenberger Philosophischen Fakultät. Aus der Fakultätsmatrikel. 4 Bände, Halle 1887–1891 (<https://www.uni-wittenberg.de/artistische-fakultaet/forschung-artistische-fakultaet/>); Johannes Ficker: Liber Decanorum. Das Dekanatsbuch der theologischen Fakultät zu Wittenberg. In Lichdruck nachgebildet, Halle a.S. 1923 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Ficker-1923_Liber-Decanorum.pdf).

²³ Vgl. Karl Eduard Förstemann u.a.: *Album Academiae Vitebergensis* [Ältere Reihe]. 3 Bde., Leipzig 1841, Halle (Saale) 1894 und 1905 (alle online unter <https://www.uni-wittenberg.de/geschichte/matrikel/>); Bernhard Weißenborn/Fritz Juntke: *Album Academiae Vitebergensis. Jüngere Reihe*, Halle/S. 1934–1966.

²⁴ Gottfried Langer/Charlotte Prokert/Walther Schmidt: *Vom Einzugsbereich der Universität Wittenberg (Kartographische Darstellung und Ortsregister)*. Teil 1: 1502–1648, Halle (Saale) 1967 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/langer-ua-1967_uni-wb-1502-1648.pdf); Gottfried Langer/Charlotte Prokert: *Vom Einzugsbereich der Universität Wittenberg (1502–1812). Kartographische Darstellung Teil II (1649–1812). Ortsregister mit Anhang für die Teile I und II*, Halle (Saale) 1973 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Langer_Prokert-1973_Einzugsbereich_Uni_WB.pdf); Kartenschuber-Inhalt unter <https://www.uni-wittenberg.de/test/>.

²⁵ Eine Übersichtsseite zu deren zehn Bänden gibt es bei der ULB nicht. Daher sei hier auf die Seite <https://www.uni-wittenberg.de/geschichte/matrikel/> verwiesen. Die PDF-Datei der kompletten Matrikel erreicht man unter <https://digital.bibliothek.uni-halle.de/download/pdf/2450785>.

²⁶ Vgl. Ernst Wolf: *Hallische Lutherforschung* (Köstlin, Kattenbusch, Loofs), in: *250 Jahre Universität Halle. Streifzüge durch ihre Geschichte in Forschung und Lehre*, Halle (Saale) 1944, S. 106–108 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Wolf-1944_Hallesche-Lutherforschung_AUCH-IN-Leucorea-Nachleben.pdf); Walter Zöllner: *Forschungen zur Geschichte der Reformationszeit an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg*, in: Heiner Lück (Hg.), *Martin Luther und seine Universität. Vorträge anlässlich des 450. Todestages des Reformators*, Köln/Weimar/Wien 1998, S. 153–160.

Geschichtsprofessor, dann Magdeburger Staatsarchivdirektor Walter Friedensburg [1855–1938], beauftragt von der Universität Halle-Wittenberg) bzw. 2020 (vom halleschen Rechtshistoriker Heiner Lück [*1954], beauftragt von der Stiftung Leucorea).²⁷

In den 1920er Jahren hatte die hallesche Universität ihren Wittenberger Geschichtsstrang in hochschulpolitischen Auseinandersetzungen mobilisiert, da ihre Existenz wiederholt zur Disposition stand. Gründe für die Infragestellungen waren der schleichende Leistungsabfall seit dem 19. Jahrhundert, staatliche Sparanstrengungen infolge der Wirtschaftskrise und ein überdurchschnittlicher Rückgang der Immatrikulationen. Um dem entgegenzuwirken, wurden ab 1927 jährliche Reformationsfeiern in Halle abgehalten, womit sich die sog. hallesche Lutherrenaissance entfaltete.²⁸ In diesem Kontext wird häufig auch die universitäre Namensgebung „Martin Luther“ im Jahre 1933 gedeutet. Allerdings flossen, so Friedemann Stengel, bei der Namenswahl die „deutschnationale, durch die Lutherrenaissance katalysierte Lutherrezeption vor 1933 und die ‚völkische‘ nationalsozialistische und deutsch-christliche Heroisierung Luthers ineinander“.²⁹

In der DDR nahm die Martin-Luther-Universität für sich drei Änderungen in Anspruch, die bei der Pflege des Wittenberger Erbes vorgenommen worden seien: Man habe dem Fortschreiben von Machtpolitik in der Erinnerungskultur, wie es sich in früheren Jubiläen der Universitätsgeschichte gezeigt hätte, ein Ende gesetzt. Ebenso sei die einseitige Konzentration auf die Geschichte der Theologischen Fakultät beendet worden. Und schließlich habe man den Mangel an gemeinsamer Traditionspflege der beiden vereinigten Universitäten erst in der DDR-Zeit behoben.³⁰

²⁷ Walter Friedensburg: Geschichte der Universität Wittenberg, Halle a.S. 1917 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Friedensburg-1917_Geschichte-der-Universitaet-Wittenberg.pdf); Heiner Lück: Alma Leucorea. Eine Geschichte der Universität Wittenberg 1502 bis 1817, Halle (Saale) 2020.

²⁸ Detailliert in Silvio Reichelt: Martin Luther als evangelischer Schutzheiliger. Die Reformationsfeiern an der Universität Halle-Wittenberg 1927–1941. Teil 1: Die Feiern, in: Klaus Tanner/Jörg Ulrich (Hg.), Spurenlese. Reformationsvergegenwärtigung als Standortbestimmung, Leipzig 2012, S. 148–169; Stefan Kranich: Martin Luther als evangelischer Schutzheiliger. Die Reformationsfeiern an der Universität Halle-Wittenberg 1927–1941. Teil 2: Reden und Redner, in: ebd., S. 171–193.

²⁹ Friedemann Stengel: Die Universität und ihr Name – Martin Luther. Kontexte der Verleihung 1933, in: Kirchliche Zeitgeschichte 26(2013), S. 289–318.

³⁰ Heinz Tillmann: 150 Jahre vereinigte Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg – Lehrstätte im Geiste des Humanismus und Fortschritts. Festrede am 19. Juni 1967 auf der Festveranstaltung in Wittenberg anlässlich des 150. Jahrestages der Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg, Halle 1967 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Tillmann-1967_150-J-vereinigte-MLU.pdf).

Nach 1990 gab es verschiedene Überlegungen, ob und wie sich der Wittenberger Standort für die hallesche Universität wiederbeleben lasse. Dies lief dann auf die Gründung einer öffentlich-rechtlichen (Zuwendungs-)Stiftung des Landes hinaus, die locker mit der MLU verflochten wurde: die in Wittenberg ansässige Stiftung Leucorea. Von neun dort ursprünglich angesiedelten Einrichtungen zog die Universität im Laufe der Jahre sechs Einrichtungen wieder zurück nach Halle. Im Zuge diverser Sparrunden ließ sich diese Form der Verbindungsplege nicht dauerhaft aufrechterhalten.

Heute macht die Website der Martin-Luther-Universität mit dem Header „Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Schafft Wissen. Seit 1502“ auf. Erhellende Informationen zu dem „Seit 1502“, die man z.B. unter <https://www.uni-halle.de/universitaet/geschichte/> erwarten würde, fehlen dort allerdings. Auch die Bebilderung des Portals erfolgt ausschließlich mit Halle-Fotos. Andere Universitäten dagegen würden sich in ihren Online-Auftritten wohl nicht die Gelegenheit entgehen lassen, eine Doppelgeschichte mit solcher Symbolkraft ausgiebig zu zelebrieren: die europaweit wichtigste Universität des 16. Jahrhunderts und eine der bedeutendsten Reformgründungen Ende des 17. Jahrhunderts zusammengefasst in einer Institution.

Die regelmäßige Aktivität der MLU in Wittenberg ist heute eine Akademische Disputation, die seit 1993 alljährlich am Reformationstag stattfindet. Diese widmet sich jeweils einem aktuellen Thema der Zeit. Vorgeschaltet ist immer ein farbenfroher Umzug des Akademischen Senats mit Zepter und in Talaren durch die Stadt, der zwar etwas aus der Zeit gefallen wirkt, aber die Wittenberger Öffentlichkeit und ihre Gäste vergnügt.

Nachleben 3: Gedächtnispflege und die Bewirtschaftung der Aura des Ortes

Je weiter die Universität und die von ihr ausgegangene Reformation zurückliegen, desto dichter fand und findet sich der Feierkalender belegt. Universitätsjubiläen wie Reformationsjubiläen sind beständig kürzer getaktet. Anlässe bieten die Jahrestage der Wittenberger Gründung 1502 und der Vereinigung von Wittenberger und Hallescher Universität 1817, die Jubiläen zentraler Ereignisse der lutherischen Reformation, die fast immer auch eine universitätsgeschichtliche Dimension hatten, schließlich die Feier von Geburtstagen und das Gedenken an Todestage der wichtigsten Reformatoren, die wiederum immer auch Professoren der LEUCOREA waren. Wittenberg wurde und wird fortwährend gern dazu genutzt, aktuelle Ereignisse – im Laufe der Zeit auch politisch fragwürdige – genau dort stattfinden zu lassen, um sie durch die historische Aura des Ortes („Das protestantische Rom“) aufzuwerten. Dabei wurden und werden Jubiläen zunehmend weniger des-

Aufstellung zum alljährlichen Umzug des Akademischen Senats der MLU durch Wittenberg anlässlich des Reformationstages, hier im Jahr 2019



Foto: Stadtverwaltung Wittenberg

halb gefeiert, weil früher etwas Interessantes stattgefunden hat, sondern weil nunmehr etwas Interessantes stattfinden soll. Umso näher wir dabei an die Gegenwart kommen, desto stärker geht es darum, sich günstig im Kampf um die knappe Ressource öffentlicher Aufmerksamkeit zu positionieren.

Dass im Zeitverlauf die Zahl der Jubiläen eskalierte, war und ist nicht allein wittenbergspezifisch. Doch setzte dieses Wachstum dort mit der preußischen ‚Lutherisierung‘ der Stadt im 19. Jahrhundert besonders frühzeitig ein. Den Rahmen dafür gab einerseits das wachsende historische Interesse ab, insbesondere im aufstrebenden Bürgertum.³¹ Andererseits wirkte die Entwicklung Luthers zum deutschen Nationalhelden förderlich – mit teils abwegigen Konstruktionen, um das Leben und Wirken des Reformators für je aktuelle, überdies keineswegs einheitliche Zwecke nutzbar zu machen, etwa wenn es hinauslief auf „ein deutsches Credo ..., so als ob Luther 1517 zum Kampf gegen die Franzosen aufgefordert hätte“.³² Jedenfalls hat sich

³¹ Helmar Junghans, Martin Luther und Wittenberg, München/Berlin 1996, S. 158.

³² Hartmut Lehmann: Martin Luther als deutscher Nationalheld im 19. Jahrhundert, in: Luther. Zeitschrift der Luther-Gesellschaft 1/1984, S. 53–65, hier 62. Für den Ersten Welt-

Wittenberg in der Inszenierung von Jubiläen als recht erfolgreich erwiesen. Dadurch ergeben sich zum einen regelmäßige Schübe urbaner Lebendigkeit, wie sie in anderen 50.000-Einwohner-Städten so nicht selbstverständlich ist. Zum anderen blieb die Stadt ein überregional relevanter Fixpunkt in den diversen Jubiläumskalendern.

Dabei führte die personalisierende Konzentration der Reformationsfeiern auf Luther dazu, dass wir hier den Fall des am intensivsten gefeierten Universitätsprofessors der deutschen Hochschulgeschichte vorliegen haben. Zwar steht selbstredend immer seine Rolle als Reformator im Mittelpunkt. Doch wurde und wird die Rolle als Hochschullehrer der LEUCOREA nicht ausgeklammert, war diese doch die sozial legitimierende Basis, von der aus er reformatorisch wirksam wurde – wie es vergleichbar auch für Melanchthon und andere Reformatoren galt.

Exemplarisch kann man sich die ersten 25 Jahre nach dem Epochenbruch von 1989 anschauen. 1993 wurde das 700jährige Stadtjubiläum Wittenbergs begangen, und zwar wesentlich als ein universitätsgeschichtlich relevantes Ereignis.³³ 1997 feierten Wittenberg und die MLU ein Melanchthon-Jahr (500. Geburtstag).³⁴ 1998 ließ sich aus Johannes Wicherns (1808–1881) berühmt gewordener Rede auf dem 1. Deutschen Evangelischen Kirchentag 1848 (der nicht in Wittenberg stattgefunden hätte, wäre dort nicht der Ausgangsort der Reformation gewesen) und der anschließenden Gründung des Deutschen Zentralkausschusses der Inneren Mission – heute: Diakonie – der Anlass eines entsprechenden Festjahres gewinnen.³⁵ 1999 stand ein Katharina-von-Bora-Jahr an (500. Geburtstag).³⁶ 2000 realisierte Wittenberg als Korrespondenzstandort der Weltausstellung EXPO in Hannover ein konfes-

krieg vgl. Dietz Bering: Luther im Fronteinsatz. Propagandastrategien im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2018.

³³ Vgl. Lutherstadt Wittenberg (Hg.): 700 Jahre Wittenberg. Das Buch zum Stadtjubiläum, Lutherstadt Wittenberg 1993; Stefan Oehmig (Hg.): 700 Jahre Wittenberg. Stadt Universität Reformation, Weimar 1995.

³⁴ Vgl. Deutscher Philologenverband (Hg.): Kolloquium Melanchthon. Veranstaltung des Deutschen Philologenverbandes und des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit der Stiftung Leucorea und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg vom 6.-8. Mai 1997 in der Lutherstadt Wittenberg anlässlich des 500. Geburtstags von Philipp Melanchthon, o.O. 1997.

³⁵ Vgl. Festakt zum 150-jährigen Jubiläum und Kirchentag der Diakonie, in: Jürgen Gohde (Hg.), Diakonie Jahrbuch 1999: Solidarität und Solidität, Reutlingen 1999, S. 51–230.

³⁶ Vgl. Martin Treu: „Lieber Herr Käthe“. Katharina von Bora, die Lutherin. Rundgang durch die Ausstellung Lutherhalle Wittenberg 25. März bis 14. November 1999, Wittenberg 1999; ders. (Hg.): Katharina von Bora. Die Lutherin. Aufsätze anlässlich ihres 500. Geburtstages, Wittenberg 1999; Jutta Jahn: „Was sie mehr sein kann – was aber bleibt ...!!!“. Katharina-von-Bora-Ehrung 1998/1999. Ein Rückblick, in: Luther. Zeitschrift der Luther-Gesellschaft 3/2000, S. 151–155.

sionelles Programm.³⁷ 2002 folgte das fünfhundertste LEUCOREA-Gründungsjubiläum,³⁸ 2003 ein Gedenkjahr zum 450. Todestag Lucas Cranach d.Ä.³⁹ und 2008 eine Bugenhagen-Ehrung (450. Todestag)⁴⁰. 2010 gab es eine erneute Melanchthon-Ehrung, als innerhalb der Reformationsdekade das Themenjahr „Reformation und Bildung“ mit dem Gedanken an Melanchthons 450. Todestag verbunden wurde.⁴¹ Auch ein nächstes Cranach-Jahr stand alsbald, 2015, auf dem Feierplan, nun zum 500. Geburtstag des Jüngeren.⁴² 2017 schließlich durfte das Jubiläumsjahr zu 500 Jahre Reformation bewältigt werden⁴³ und, darin versteckt, der 200. Jahrestag der Wittenberg-halleschen Universitätenvereinigung.⁴⁴ 2018 wurde mit einer Veranstaltungsdoppelwoche an „500 Jahre Philipp Melanchthon in Wittenberg“, also die Ankunft Melanchthons 1518, erinnert. 500 Jahre Evangelisches Gesangbuch war 2024 Anlass für eine Konzertreihe „fides cantat“ in Wittenberg und Torgau (und in vielen anderen Städten Deutschlands).⁴⁵ 2025 wird des 500. Todestages von Friedrich dem Weisen, des Gründers der LEUCOREA, gedacht.

³⁷ Vgl. Kirchliches Expo Büro Wittenberg (Hg.): Kirchenpfad. Wege suchen – Orte finden. Die Expo Korrespondenzregion Dessau, Wittenberg, Bitterfeld, Wolfen; Wittenberg 1999.

³⁸ Vgl. Wilfried Grecksch/Udo Sträter (Hg.): 500 Jahre Universität Halle-Wittenberg. Jubiläumskalender, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, o.O. [Halle/S.] 2001; Gunnar Berg/Thomas Bremer/Heinrich Dilly/Hermann-Josef Rupieper/Marianne Schröter/Udo Sträter/Claudia Wagner (Hg.): Emporium. 500 Jahre Universität Halle-Wittenberg. Landesausstellung Sachsen-Anhalt 2002, Halle (Saale) 2002; Hermann-Josef Rupieper (Hg.): Beiträge zur Geschichte der Martin-Luther-Universität 1502–2002, Halle (Saale) 2002.

³⁹ Vgl. Andreas Tacke (Hg.): Lucas Cranach 1553/2003. Wittenberger Tagungsbeiträge anlässlich des 450. Todesjahres Lucas Cranachs des Älteren, Leipzig 2007.

⁴⁰ Vgl. Irene Dingel/Stefan Rhein (Hg.): Der späte Bugenhagen, Leipzig 2011.

⁴¹ Vgl. Luther 2017 – 500 Jahre Reformation/Geschäftsstelle der EKD/Geschäftsstelle „Luther 2017“ (Hg.): Reformation & Bildung. Jahrbuch 2010 Luther 2017 | 500 Jahre Reformation, Wittenberg o.J. [2010].

⁴² Vgl. Roland Enke/Katja Schneider/Jutta Strehle (Hg.): Lucas Cranach der Jüngere. Entdeckung eines Meisters, München 2015.

⁴³ Vgl. Erinnerungen in Text und Bild sichernd: Johann Claussen/Stefan Rhein: Reformation 2017. Eine Bilanz, Leipzig 2017, und Evangelische Kirche in Deutschland (Hg.): Momente 2017. Ein Bildband zum Reformationsjubiläum, Leipzig 2017; problematisierend Hartmut Lehmann: Das Reformationsjubiläum 2017. Umstrittenes Erinnern, Göttingen 2021.

⁴⁴ Vgl. Zentrale Kustodie und Universitätsarchiv der Martin-Luther-Universität (Hg.): „Die kombinierte Akademie“, a.a.O.

⁴⁵ Vgl. Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (Hg.): Fides cantat. Der Glaube singt. 500 Jahre evangelische Kirchenmusik, Lutherstadt Wittenberg 2023 (https://www.fides-cantat.de/files/fides-cantat/download/Fides_Cantat_Broschu%CC%88re.pdf).

Nachleben 4: Die Überlieferungen

Die Überlieferungsgeschichte von Bibliothek und Archiv der LEUCOREA spiegelt die wechselvolle Geschichte der Universität wider: von ihrem Aufstieg über einschneidende politische Veränderungen und Kriegsschäden bis zur Universitätsvereinigung mit Halle 1817 und der Nachgeschichte der Wittenberger Universität. Infolgedessen sind Bestände, Sammlungen und Archivmaterial, die sich auf die LEUCOREA beziehen, heute stark fragmentiert: In mindestens 22 Einrichtungen an 15 Orten kann man fündig werden. Neben den Überlieferungen des Universitätsarchivs, den Beständen der einstigen Universitätsbibliothek und mehreren Objektsammlungen existieren dabei auch zahlreiche weitere Überlieferungen, die mit der LEUCOREA verbunden sind, etwa personenbezogene Sammlungen von Wittenberger Alumni und Professoren.⁴⁶

Chancen, Wittenberger Materialien aus der Universitätsbibliothek, dem Universitätsarchiv und Fakultätsbeständen aufzufinden, eröffnen sich in mindestens sieben Bibliotheken und Archiven. Eine der Einrichtungen befindet sich in Wittenberg selbst, zwei in Halle (Saale) und die weiteren in Dresden, Merseburg, Jena und Weimar, insgesamt also an sechs Orten. Manches war in Wittenberg verblieben – die theologischen und philologischen Bestände der Bibliothek, ein Teil des Universitätsarchivs und die Gemälde- sammlung der Universität – oder wurde, wie das Universitätssiegel von 1502, in die Königliche Kunstkammer zu Berlin überführt.⁴⁷ Archivalien aus der LEUCOREA finden sich heute nicht nur in diversen Archiven, sondern auch in den Beständen verschiedener Bibliotheken. Das betrifft etwa umfangreiche Handschriftensammlungen. Die Dekanatsbücher der Philosophischen, Juristischen und Medizinischen Fakultät werden im Universitätsarchiv Halle aufbewahrt, während sich das der Theologischen Fakultät in der halleschen Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt befindet. Hinzu tritt mittlerweile eine wachsende Zahl virtueller Orte, die mit unterschiedlichen thematischen Fokussierungen einschlägige Bestände digital präsentieren.

Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang auch, dass die erste Wittenberger Bibliothek, die Bibliotheca Electoralis, sich heute im Bestand der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek in Jena (ThULB) befindet und dort mitt-

⁴⁶ Vgl. Peer Pasternack/Daniel Watermann: Verstreut: Die Überlieferungssituation aus und zur Universität Wittenberg. Auffindbarkeit und Zugänge, in: Sachsen und Anhalt. Jahrbuch der Historischen Kommission für Sachsen-Anhalt 2022, Halle (Saale) 2022, S. 211–248.

⁴⁷ Zentralarchiv der staatlichen Museen zu Berlin – Preußischer Kulturbesitz, Bestand Kunstkammer, Signatur: SMB-ZA, I/KKM 44, Erwerbungen für die Sammlung 1823–1829.

lerweile komplett digitalisiert worden ist.⁴⁸ Ebenfalls überliefert und digitalisiert sind in der ThULB vorhandene Wittenberger Handschriften. Die Bibliotheca Electoralis war zwar bereits 1547 erst nach Weimar, dann nach Jena gelangt, als sich im Zuge der Schmalkaldischen Niederlage die Ernestiner auf ihre dortigen Restterritorien zurückziehen mussten. Damit aber sind die Jenenser Bestände für die Erforschung der Wittenberger Universitätsgeschichte des 16. Jahrhunderts bedeutsam, auch wenn sie nicht erst im Zuge der Auflösung der LEUCOREA dorthin gelangt waren.⁴⁹ Ebenso liegt in Jena die Sammlung des Theologen Georg Rörer (1492–1557), der in Wittenberg studiert hatte und zu den engsten Mitarbeitern Martin Luthers zählte, komplett digitalisiert vor.⁵⁰ Ein weiteres Beispiel ist die „Amsdorffiana“, die Sammlung Nikolaus von Amsdorffs (1483–1565). Amsdorff, der sich stets als Vertreter einer unverfälschten Lehre Luthers sah, nahm an sämtlichen konfessionellen Auseinandersetzungen seiner Zeit teil und vertrat seine Positionen in aller Schärfe. Die Amsdorffiana befand sich zunächst im Bestand der ThULB und wurde mittlerweile an das Thüringische Hauptstaatsarchiv in Weimar überführt.⁵¹

Die in Wittenberg verbliebenen Bestände konnten mit der Eröffnung der Reformationsgeschichtlichen Forschungsbibliothek Wittenberg 2018 nicht nur zusammengeführt werden. Vielmehr ließen sich damit für diese auch deutlich bessere Nutzungs- und Bearbeitungsbedingungen als zuvor schaffen.

⁴⁸ Thomas Mutschler: Die Aufbereitung, Digitalisierung und Präsentation der Bibliotheca Electoralis (1502–1547) in der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, in: Irmgard Siebert (Hg.), *Digitalisierung in Regionalbibliotheken*, Frankfurt a.M. 2012, S. 157–172.

⁴⁹ Vgl. Sachiko Kusukawa: *A Wittenberg University Library Catalogue of 1536*, Cambridge 1995. Das Buch liefert eine vollständige Transkription und bibliografische Einordnung des Alphabetischen Katalogs der Kurfürstlichen Universität zu Wittenberg. Der Katalog wurde hauptsächlich 1536 erstellt, enthält aber Ergänzungen bis 1547.

⁵⁰ Vgl. Stefan Michel: Sammler – Chronist – Korrektor – Editor. Zur Bedeutung des Sammlers Georg Rörer (1492–1557) und seiner Sammlung für die Wittenberger Reformation, in: ders./Christian Speer (Hg.), *Georg Rörer. Der Chronist der Wittenberger Reformation*, Leipzig 2012, S. 9–58; Joachim Ott: *Georg Rörer (1492–1557) und sein Nachlass in der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena*, in: ders./Martin Treu (Hg.), *Luthers Thesenanschlag. Faktum oder Fiktion*, Leipzig 2008, S. 47–57; ders.: *Zur Verwaltungsgeschichte der Rörersammlung in Jena*, in: Stefan Michel/Christian Speer (Hg.), *Georg Rörer. Der Chronist*, a.a.O., S. 229–252.

⁵¹ Ediert in Ernst Otto Reichert: *Amsdorff und das Interim. Kommentierte Quellenedition mit ausführlicher historischer Einleitung*, hrsg. von Hans-Otto Schneider, Leipzig 2011; vgl. auch Hartmut Kühne: *Die Weimarer Amsdorffiana-Handschriften. Ein Inventar*, in: Irene Dingel (Hg.), *Nikolaus von Amsdorf (1483–1565). Zwischen Reformation und Politik*, Leipzig 2008, S. 353–372.

Nachleben 5: Dokumentationen und Forschungen zur Universitätsgeschichte

Nach ihrer Auflösung ist die LEUCOREA in intensivierter Weise Gegenstand vielfältiger Forschungen und Publikationen geworden. Ein wesentlicher Grund dessen ist selbstredend, dass hier die Universitätsgeschichte so eng mit der Reformationsgeschichte verwoben war. Im Ergebnis dürfte die LEUCOREA heute die am intensivsten erforschte unter den nicht mehr existierenden Universitäten weltweit sein. Das gilt jedenfalls für die erste Hälfte ihres Bestehens, also die Zeit des reformatorischen Aufbruchs und die der orthodoxen Erstarrung. Das wiederum heißt aber keineswegs, dass sie bereits ‚ausgeforscht‘ sei. Die im 19. Jahrhundert einsetzenden Erkundungen der Universitätsgeschichte halten bis heute an.

Soweit an der halleschen Universität seit dem 19. Jahrhundert Dokumentationen und Forschungen zur LEUCOREA stattgefunden haben, ist darauf bereits oben eingegangen worden (siehe Nachleben 2). Freilich machen diese Aktivitäten nur einen kleineren Teil der einschlägigen Bemühungen um die Wittenberger Universitätsgeschichte aus. Einen annähernden Überblick darüber zu vermitteln, trüge die Gefahr der Uferlosigkeit in sich und muss hier aus Platzgründen unterbleiben. Hinweisen lässt sich aber auf einige Bibliografien und Forschungsüberblicke sowie ein Desiderat.

Für die Zeit bis 1977 hat die Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt die Arbeiten zur Wittenberger Universitätsgeschichte in einer Bibliografie nachgewiesen, dabei die einschlägigen Teile aus der „Bibliographie der deutschen Universitäten“ von Wilhelm Erman und Ewald Horn (1904) einbeziehend.⁵² Die umfangreichsten Nachweise der älteren wie neueren Literatur zur LEUCOREA enthält das 47seitige Literaturverzeichnis in der 2020 vorgelegten Universitätsgeschichte „Alma Leucorea“ von Heiner Lück.⁵³ Die Publikationen zur Mathematik an der Wittenberger Universität sind in einer neueren Bibliografie nachgewiesen.⁵⁴ Forschungsüberblicke liegen aus jüngerer Zeit zur „Leucorea in der Zeit des späten Melanchthon“⁵⁵ und zur Me-

⁵² Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt (Hg.): Bibliographie zur Geschichte der Universität Wittenberg. Nachdruck aus Erman, Willhelm; Ewald Horn: Bibliographie der deutschen Universitäten. Teil 2, Leipzig/Berlin 1904, S. 1095–1158. Anhang: Hildegard Herricht: Auswahlbibliographie zur Geschichte der Universität Wittenberg, Berichtszeitraum 1900–1977, Halle (Saale) 1980 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Herricht-1980_Bibliographie-Uni-Wittenberg-1.pdf).

⁵³ Heiner Lück, Alma Leucorea, a.a.O., S. 303–349.

⁵⁴ Manfred Goebel: Bibliographie zur Geschichte der Mathematik in Wittenberg und Halle, Halle (Saale) 2000 (https://www.uni-wittenberg.de/wp-content/uploads/application/pdf/Goebel-2000_Bibliografie-Mathe.pdf).

dizinischen Fakultät⁵⁶ vor. Etwas irritieren mag allerdings, dass es keine systematische Gesamtbibliografie der Veröffentlichungen zur LEUCOREA-Geschichte gibt, die seit 1978 (also nach der o.g. Publikation der ULB Sachsen-Anhalt) vorgelegt wurden, obgleich Institutionen bestehen, denen man derartiges spontan als naheliegende Aufgabe zurechnen würde.

Nachleben 6: Spuren im heutigen Stadtraum

Die frühere LEUCOREA ist im heutigen Stadtraum Wittenbergs bemerkenswert präsent. Freilich gilt hier, was auch sonst gilt: Man sieht meist nur, was man weiß. Wer mit entsprechenden Hinweisen versehen durch die Stadt geht, wird bemerken, dass dort die alte Universität eigentlich ‚überall‘ ist. Es lassen sich mannigfaltige Spuren erschließen, welche entweder die LEUCOREA hinterlassen hat oder die von späteren Epochen als symbolische Hinweise auf die Universität platziert wurden. Zu entdecken sind nicht nur bauliche Spuren des Umstands, dass die Stadt bis 1817 eine Universität hatte. Es wird zugleich erkennbar, wie sich die nachfolgenden Zeiten als Schichten auf den älteren Zeugnissen abgelegt haben. Teils reichern sie diese heute an, teils überformen sie diese. Hier sind es vor allem die Interpretationen des 19. Jahrhunderts, die prägend wurden. Renaissance und Reformationszeit einerseits, die Hinzufügungen 300 Jahre später andererseits: Diese beiden Zeit- und Sinnebenen zu unterscheiden, ist ein Schlüssel zum Verständnis des Ortes.⁵⁷

Dass die Aufhebung der Universität in Wittenberg als Verlust empfunden wurde und bis heute wird, verschafft sich auch im Stadtbild Ausdruck: durch memoriale Möblierungen des urbanen Raums sowie das Illustrieren und Beschriften der Gebäude. Zugleich wurden aber auch einige neue Inhalte gefunden, um das vorhandene Geformte mit Leben zu erfüllen und zeitgemäß zu ergänzen. So ist in Wittenberg eine räumlich kompakte Erinnerungslandschaft entstanden, in der zwar auch, aber nicht nur die einstige Bedeutsamkeit zelebriert wird, die sich durch das Vorhandensein der Uni-

⁵⁵ Daniel Bohnert/Matthias Asche: Perspektiven. Die Leucorea in der Zeit des späten Melanchthon. Zu Forschungsstand und Überlieferungssituation, in: Matthias Asche/Heiner Lück/Manfred Rudersdorf/Markus Wriedt (Hg.), Die Leucorea zur Zeit des späten Melanchthon. Institutionen und Formen gelehrter Bildung um 1550, Leipzig 2015, S. 15–73.

⁵⁶ Christian Schröder/Maximilian Schochow/Florian Steger: Die Medizinische Fakultät der Universität Wittenberg 1502–1817. Stand der Forschung, in: Sudhoffs Archiv 1/2015, S. 15–30 (https://www.jstor.org/stable/43694899?se_q=1).

⁵⁷ Insa Christiane Hennen: Wittenberg. Schauplatz der Reformation, Berlin/München 2017, S. 5.

versität tagtäglich beglaubigt fand – und seit inzwischen zwei Jahrhunder-ten nicht mehr findet.⁵⁸

Zu entdecken sind das Collegium Augsteum mit dem Lutherhaus (darin der Große Hörsaal, der mit dem Disputationskatheder und einer Professorenga-lerie der Universitätsgeschichte gewidmet ist), das Melanchthonhaus (auch dort unter anderem universitätshistorische Exponate ausgestellt), das Col-legium Fridericianum (in den 1840er Jahren überbaut), die Denkmäler der beiden berühmtesten LEUCOREA-Professoren Luther und Melanchthon auf dem Marktplatz (mit dem Lutherdenkmal widmete erstmals eine Stadt in Deutschland einer Person bürgerlicher Herkunft ein freistehendes Denkmal; zuvor war diese Form der Ehrung allein Herrschern und Feldherren wider-fahren) sowie die Schlosskirche als Universitätskirche und als Grablege für die universitäre Elite.⁵⁹ All dies findet sich auf der historischen Meile (1.300 Meter) vom östlichen zum westlichen Innenstadteingang.

Vergegenwärtigt man sich, dass sich die Stadt infolge ihrer Befestigung (entfestigt erst 1873) nicht ausdehnen konnte und daher im Laufe der Zeit stark verdichtet wurde, dann lässt sich leicht eine Vorstellung gewinnen, wie stark Wittenberg von seiner Universität geprägt wurde – zumal die oben genannten Gebäude ergänzt wurden durch über die Stadt verteilte studentische Bursen, eine Art Studentenwohnheime mit Verköstigung, in denen aber auch kleinere Lehrveranstaltungen abgehalten wurden,⁶⁰ zwei Studentenhospitäler, davon eines innerhalb der Stadtmauer,⁶¹ einige von Teileinheiten der Universität angemietete Häuser sowie Privathäuser von Professoren, die auch als akademische Versammlungs- und Lehrorte dien-ten,⁶² schließlich ein weiteres Kolleg, das Collegium Iuridicum (1760 zer-stört). Durch die intensive universitäre Gebäudenutzung und den entspre-chenden Fußgängerverkehr war die Stadt ein Organismus, der vom Univer-sitätsleben durchpulst wurde.

⁵⁸ Vgl. Peer Pasternack: Die Spuren der LEUCOREA (1502–1817). Ein universitätshistori-scher Stadtrundgang durch das heutige Wittenberg, Lutherstadt Wittenberg 2023.

⁵⁹ Zu letzterem siehe Anke Neugebauer: *Mors ultima linea rerum est. Die akademische Grablege in der Wittenberger Schlosskirche*, in: Leonhard Helten/Enno Bünz/Armin Kohn-le/Heiner Lück/Ernst-Joachim Waschke (Hg.), Das ernestinische Wittenberg: Residenz und Stadt, Petersberg 2020, S. 299. Grabstellenplan und Gräberliste: ebd., S. 302–304.

⁶⁰ Vgl. Ulrike Ludwig: Die Bursen als studentische Wohnhäuser, in: Heiner Lück/Enno Bünz/Leonard Helten/Armin Kohnle/Dorothée Sack/Hans-Georg Stephan (Hg.), Das erne-stinische Wittenberg. Die Leucorea und ihre Räume, Petersberg 2017, S. 315–321.

⁶¹ Vgl. Ulrike Ludwig: Die Universitätshospitäler als medizinische und soziale Einrichtun-gen, in: ebd., S. 323–330

⁶² Vgl. Ulrike Ludwig: Die Verortung der Universität im städtischen Raum, in: ebd., S. 53–56, und dies.: Zur Nutzung kirchlicher und städtischer Gebäude in Wittenberg durch die Universität, in: ebd., S. 331–337.

Aber auch weitere Orte und Zeichen verweisen bis heute auf die alte Universität. Da sind die Alte Canzley als Sitz der Pröpste des Allerheiligenstifts, das 1507 der Universität inkorporiert wurde;⁶³ die Pfaffengasse, die ihren Namen von den dort wohnenden Geistlichen des Allerheiligenstifts hatte, dessen Kanoniker vom Kurfürsten zur Lehre an der neuen Universität verpflichtet worden waren;⁶⁴ schließlich das Schloss als erster Sitz der Bibliothek, die dann Universitätsbibliothek wurde (und heute Sitz des Predigerseminars sowie der Reformationsgeschichtlichen Forschungsbibliothek). Das Schloss war einst unter anderem als Prinzenhof genutzt worden, für junge Adlige, die an der LEUCOREA eingeschrieben waren (nicht unbedingt auch studierten), Ort der Promotionsfeiern für die ersten Doktoren der evangelischen Theologie und des Gefängnisses, das gelegentlich als Karzer der Universität Verwendung fand.⁶⁵

Zu nennen sind auch die beiden Cranach-Höfe, bewohnt von Lucas Cranach d.Ä. (1472?–1553) und d.J. (1515–1586), die wesentlich das öffentliche Bild von Luther, Melanchthon und anderer von der LEUCOREA aus wirkender Reformatoren geprägt haben; das Stadtarchiv und das Stadtkirchenarchiv mit unter anderem universitätshistorisch relevanten Beständen; das Bugenhagenhaus als Wirkungsstätte, teils auch als Wohnhaus des jeweiligen Stadtkirchenpredigers, der zugleich Generalsuperintendent des sächsischen Kurkreises und Theologieprofessor an der LEUCOREA war; die Stadtkirche, in der 1502 die Eröffnung der LEUCOREA feierlich begangen worden war, die bis zur Errichtung des Collegium Fridericianum für Lehrveranstaltungen genutzt wurde, in der die ersten Doktorpromotionen stattfanden, welche die Juristen auch später als Ort ihrer Versammlungen, Promotionen und Festakte bevorzugte, in der die Theologieabsolventen der Universität nach Abschluss ihrer akademischen Prüfungen zum Pfarrer ordiniert wurden, und die innen wie außen Epitaphe für Universitätsprofessoren aufweist; der 1900 errichtete Volutengiebel an der Ostseite des Augusteums mit dem Abbild Friedrichs des Weisen (1463–1525, reg. 1486–1525), das dem Universitätswappen der LEUCOREA nachempfunden ist; schließlich zahlreiche Erinnerungstafeln an den Häusern der Innenstadt und Straßennamen, die auf Professoren und nachmals berühmt gewordene Studenten der Universität verweisen.

⁶³ Vgl. Ulrike Ludwig: Die Akte der vormaligen Probstey und Canzley zu Wittenberg, Lutherstadt Wittenberg 2005.

⁶⁴ Horst Herrmann: Martin Luther. Eine Biographie, Berlin 2003, S. 105.

⁶⁵ Thomas Lang/Anke Neugebauer: Zur universitären Nutzung des Wittenberger Schlosses und der Schlosskirche in ernestinischer Zeit (1502–1547), in: Heiner Lück/Enno Bünz/Leonhard Helten/Armin Kohnle/Dorothee Sack/Hans-Georg Stephan (Hg.), Das ernestinische Wittenberg. Die Leucorea und ihre Räume, Petersberg 2017, S. 339–416, hier 349 und 416.

Ostgiebel des Augusteums von 1900 mit Universitätswappen



Foto: HoF Halle-Wittenberg

Insgesamt lassen sich, basierend auf eigenen Recherchen, im Wittenberger öffentlichen Raum bzw. öffentlich zugänglichen Räumen 201 Zeitzeugnisse und Erinnerungszeichen entdecken, die auf die einstige Universität verweisen.

Nachleben 7: Digital und online

Quellen und Forschungen zur Geschichte der Universitäten haben im Verlaufe der letzten zwei Jahrzehnte erheblich an Zugänglichkeit gewonnen: Zahlreiche Digitalisierungsprojekte machen sie online und damit weltweit verfügbar. Allerdings sind die Retrieval-Funktionalitäten und die Usability der Portale häufig noch stark ausbaufähig. Es bedarf daher kluger Suchstrategien und mitunter ausgeprägter Fantasie, um das, was im Grundsatz verfügbar ist, auch tatsächlich aufzufinden. Werden Strategien und Fantasie jedoch erfolgreich eingesetzt, so ergibt sich eine erstaunliche Fülle an nutzbarem Material. Das zeigt sich neben anderen Universitäten auch für die Wittenberger LEUCOREA.

Nun hat im Internetzeitalter jede Institution, die etwas auf sich hält, eine eigene Website. Wer keine hat, existiert in der allgemeinen öffentlichen Wahrnehmung im Grunde nicht – bzw. hat nicht existiert. Dies bemerkt man als Internetnutzer anhand einer fortwährenden Doppelerfahrung: Aus der Zeit seit der Durchsetzung des Internets sind auch Sachverhalte von geringster Bedeutsamkeit online auffindbar und beanspruchen damit eine Geltung als zumindest nicht völlig unerheblich. Aus der Zeit vor der Durchsetzung des Internets hingegen verfügen auch bedeutende Institutionen und Ereignisse häufig über keine Online-Repräsentanz und werden dadurch im kulturellen Gedächtnis marginalisiert. Anders verhält sich dies nur dann, wenn früheren Institutionen und Ereignissen nachträglich und aktiv ein ‚zweites Leben‘ im Online-Modus organisiert wird.

Die Universität Wittenberg gibt es seit 1817 nicht mehr, und folglich gab es sie bisher virtuell nicht. Um dem abzuhelpfen, hat das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) die LEUCOREA 2021 unter www.uni-wittenberg.de online gebracht.⁶⁶ Damit erhielt diese ein digitales Nachleben, das typische Informationen, wie man sie über eine Universität erwartet, Web-Ressourcen und eigens erstellte Digitalisate bündelt. So konnte mit einiger Verspätung einem misslichen Umstand abgeholfen werden: Aus der Perspektive des Internetzeitalters war die Wittenberger Universität 180 Jahre zu früh aufgehoben worden.

Mit dieser Website ließ sich aber nicht nur ein digitales Präsentationsformat nutzen, sondern auch die erwähnte Entwicklung systematisieren, die im Halbverborgenen seit etwa 20 Jahren abläuft: Zunächst verhalten, inzwischen ausgreifend werden an verschiedensten virtuellen Orten – vorangetrieben im Rahmen diverser Projekte durch öffentliche, gemeinnützige und private Initiativen – historische Materialien und historiografische Literatur in digitalisierter Form online bereitgestellt. Sie sind in der Regel für nicht-kommerzielle Nachnutzungen frei, und so ließ sich mit www.uni-wittenberg.de ein digitaler Knotenpunkt für diese Materialien schaffen. Dort stehen unter anderem 1.100 Volltextdigitalisate zur Verfügung – Originalquellen, Forschungsliteratur und populäre Darstellungen –; zudem wird zu 42 LEUCOREA-relevanten Archivbeständen hingeführt. So ist der Wittenberger Universität nun auch – neben allem sonstigen, das sich oben darstellen ließ – ein materialreiches Online-Nachleben organisiert worden.⁶⁷

⁶⁶ 2009 war an der Herzog-August-Bibliothek Wolfenbüttel Vergleichbares bereits zur Universität Helmstedt (1576–1810) unternommen worden, u.a. mit Professorenkatalog, digitalisierter Matrikel und gleichfalls digitalisierten Helmstedter Drucken. Siehe <http://uni-helmstedt.hab.de> (24.3.2024).

⁶⁷ Vgl. auch Peer Pasternack/Daniel Watermann: Public History und Archiv verteilter Bestände. Webpräsenzen zur Universitätsgeschichte: Ein Werkstattbericht anhand der

The screenshot shows the homepage of the University of Wittenberg LEUCOREA. At the top, there is a circular seal of the university. To the right of the seal, the text "Universität Wittenberg LEUCOREA" and "präsentiert vom Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF)" is displayed. A search icon is located in the top right corner. Below the header, a navigation bar includes links for "Uni-Geschichte", "Artist. Fak.", "Theol. Fak.", "Jur. Fak.", "Med. Fak.", "Überlieferung", "1817-1989", and "Seit 1990". The main content area features a sidebar with links to "Zeittafel", "Gesamtdarstellungen", "Lehrkörper und Studenten", "Matrikel", "Weiteres zur Uni-Geschichte", and "Schlussphase und Universitätsvereinigung Wittenberg und Halle 1817". The main content section is titled "Philosophische Fakultät" and contains text about the history of the faculty, mentioning it as a predecessor of the later Philosophical Faculty. It also discusses the academic curriculum, mentioning the "Septem Artes Liberales", the Seven Liberal Arts, and the Trivium. A box on the right side, titled "Überblick", lists "Lehrkörper der Artistischen Fakultät", "Literatur zur Artistischen Fakultät", and "Naturwissenschaften an der Artistischen / Philosophischen Fakultät".

Quelle: HoF Halle-Wittenberg

Fazit

Stabilisiert wird die Erinnerung an die LEUCOREA heute sowohl innerhalb als auch außerhalb Wittenbergs. In der Stadt selbst geschieht dies vor allem über den Umstand, dass vier Gebäude mit Universitätsbezug auf der UNESCO-Weltkulturerbe-Liste stehen, sowie durch mehrere Institutionen, die sich in unterschiedlicher Weise als (funktionale) Nachfolgeeinrichtungen der Universität verstehen lassen. Im Zusammenhang mit weiteren Archiv-, Forschungs- und Bildungseinrichtungen konsolidierte sich derart im Laufe der Zeit eine reformationshistorische Infrastruktur, die Wittenberg zu einem überregional bedeutsamen Ort einschlägiger Recherchen und Forschungen werden ließ – und gleichsam im Windschatten der Reformation(sforschung) auch der Wittenberger Universität ein intensives Nachleben sichert. Es dürfte heute nur wenige Mittelstädte in Deutschland geben, die eine so dichte Landschaft wissenschaftlich bzw. wissenschaftsnah operierender Institutionen aufzuweisen haben wie Wittenberg. Hinzu tritt die anhaltende Nutzung der Stadt als protestantischer Symbolort mit entsprechender Jubiläumsfeierdichte.

Auch jenseits Wittenbergs wurde und wird zum Nachleben der Universität beigetragen. Dies resultiert wiederum vorrangig aus deren Eigenschaft als

Ausgangspunkt der lutherischen Reformation: An zahlreichen Orten wurden und werden reformationsbezogene Überlieferungen gesichert und vielfältige Dokumentationsaktivitäten unternommen, die immer auch die Entwicklung der Wittenberger Universität einbeziehen (müssen). So wuchs die LEUCOREA im Zusammenhang mit der Reformationsforschung postmortal zur am intensivsten erforschten deutschen Universität heran. Auf dieser Basis konnte ihr schließlich auch ein digitales Nachleben organisiert werden, das sich im Vergleich aller deutschen Universitäten – bestehender und versunkener – durch eine einmalige Materialfülle auszeichnet.

Wenngleich der Verlust der LEUCOREA in Wittenberg selbst bis heute Phantomschmerzen verursacht: Die Stadt hat es vermocht, ihre ehemalige Universität in vielerlei Hinsicht materiell und sozial zu kapitalisieren, und dies nicht zuletzt dadurch, dass auch außerhalb Wittenbergs daran viele Akteure mitwirken.

Abbildungsverzeichnis

Stiftung Leucorea nach der Sanierung in den 1990er Jahren.....	10
Wittenberger Schloss nach der Sanierung 2017	11
Johann David Michaelis: <i>Raisonnement</i>	28
Johann Christoph Erich von Springer: <i>Neues Raisonnement</i>	28
Johann Heinrich Eberhard: <i>Freimüthige Betrachtungen</i>	28
Johann Matthaeus Hassencamp: <i>Sympathisirender Raisonneur</i>	28
Ferdinand Franz Wallraf (1748–1824), Rektor der Universität Köln ab 1793	40
Siegel der Alten Universität Köln	42
Die Aula Theologica am Kölner Dom.....	44
Das leerstehende Kurfürstliche Residenzschloss in Bonn	57
Fürst Ernst zu Holstein-Schaumburg (1569–1622).....	62
Gebäude der Universität Rinteln.....	67
Emil Ludwig Hombergk zu Vach (1720–1783).....	79
Johannes von Müller (1752–1809).....	85
Großherzog Ludwig von Baden (1763–1830), der „zweite“ Gründer der Universität Freiburg.....	97
Franz Ludwig von Erthal (1730–1795) und Christoph Franz von Buseck (1724–1805).....	109
Ehemaliges Karmelitenkloster in der Au: Sitz der ersten Universität Bamberg	116
Herzog Friedrich von Mecklenburg-Schwerin	124
Herzogin Sophie Charlotte von Mecklenburg-Schwerin	132
Schloss Bützow, Sitz der Universität	137
Johann Gottlieb Fichte (1762–1814).....	155
Friedrich Schleiermacher (1768–1834)	155
Wilhelm von Humboldt (1767–1835).....	160
Heinrich Leonhard Heubner (1780–1853).....	171
Franz Volkmar Reinhard (1753–1812)	174
Carl Ludwig Nitzsch (1751–1831).....	177
Das Wittenberger Collegium Augsteum.....	186
Aufstellung zum alljährlichen Umzug des Akademischen Senats der MLU durch Wittenberg anlässlich des Reformationstages.....	193
Ostgiebel des Augsteums von 1900 mit Universitätswappen.....	202
Menüführung www.uni-wittenberg.de	204

Autorinnen & Autoren

Dr. Stefan Brüdermann hat Geschichte und Germanistik an den Universitäten Göttingen und Wien studiert. 1987 Promotion in Göttingen zum Dr. phil., 1993–1999 Archivar am Hauptstaatsarchiv Hannover, 1999–2003 Abordnung an das DHI in Rom, seit 2003 tätig in der Abteilung Bückeburg des Niedersächsischen Landesarchivs und seit 2009 deren Leiter sowie Vorsitzender der Historischen Arbeitsgemeinschaft für Schaumburg.

Prof. Dr. Marian Füssel ist seit 2008 Professor für Geschichte der Frühen Neuzeit unter besonderer Berücksichtigung der Wissenschaftsgeschichte an der Georg-August-Universität Göttingen. Er publiziert u.a. zu Themen der Universitäts-, Wissens- und Studentengeschichte, der Militär- und Gewaltgeschichte sowie der Geschichtstheorie.

Adrian Grave ist seit 2024 Referendar am Landesarchiv Sachsen-Anhalt. Seine von der Reformationsgeschichtlichen Forschungsbibliothek Wittenberg und dem Evangelischen Studienwerk Villigst geförderte Dissertation behandelt die Aufklärungstheologie an protestantischen und katholischen Universitäten im Alten Reich. Die Arbeit wurde 2024 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg erfolgreich verteidigt.

Sandra Haas M.A. hat Neuere und Neueste Geschichte und Wissenschaftliche Politik an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg studiert. Derzeit Promotion im Fach Geschichte zum Thema „Das ‚Universitätssterben‘ um 1800“. Seit 2019 Kuratorin im Unisum Freiburg, dem Museum der Albert-Ludwigs-Universität. Forschungsschwerpunkte: Universitätsgeschichte, Regional- und Landesgeschichte, 18. und 19. Jahrhundert.

Tanja Kilzer M.A. M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fach Kunstgeschichte, Fachgebiet Architekturgeschichte und Bauforschung, an der Universität Trier, zuvor 2019 bis 2022 am Department Architektur, Lehrgebiet Architekturgeschichte, der Universität Siegen. Studium der Kunstgeschichte, Geschichte, Archäologie sowie Mittelalterstudien an der Universität zu Köln und Promotion daselbst im Fach Kunstgeschichte. Forschungsschwerpunkte: Architekturgeschichte und Bauforschung (Mittelalter bis Moderne), darunter u.a. Universitätsbauten und -geschichte, Burgen und Schlösser, Gedenkstätten sowie Gebäuden der Unterhaltungskultur.

Prof. Dr. Hans-Christof Kraus ist seit 2007 Lehrstuhlinhaber für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Passau. Seine Forschungsschwerpunkte sind neben Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte die deutsche und englische Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts, Geschichte der Politik, Verfassungsgeschichte und politische Ideengeschichte.

Prof. Dr. **Hans-Uwe Lammel** wurde zu einem medizinhistorischen Thema zur romantischen Medizin an der Humboldt-Universität zu Berlin promoviert und habilitierte sich 1999 in Rostock mit einer historiografiegeschichtlichen Untersuchung über die Entwicklung der deutschsprachigen Medizingeschichtsschreibung zwischen 1750 und 1850. 1994 bis 2018 Leiter des Arbeitsbereiches Geschichte der Medizin der Universitätsmedizin Rostock; 2003 bis 2018 gemeinsam mit Gisela Boeck Leitung des Arbeitskreises „Rostocker Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte“. 2006 Professor für Geschichte der Medizin. Seit 2020 Gastwissenschaftler am Institut für Geschichte der Medizin der Universitätsmedizin Berlin (Charité).

Dr. **Matthias Meinhardt** wurde 2004 mit der Arbeit „Dresden im Wandel. Raum und Bevölkerung der Stadt im Residenzbildungsprozess des 15. und 16. Jahrhunderts“ an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg promoviert, bereitete seit 2016 die Gründung der Reformationsgeschichtlichen Forschungsbibliothek im Schloss Wittenberg vor, die 2018 vollzogen wurde, leitete diese bis 2023 und ist seither Leiter des Zonengrenz-Museums, des Kreis- und Universitätsmuseums und der Ehemaligen Universitätsbibliothek Helmstedt.

Dr. **Regina Meyer**, Studium der Sozialen Arbeit, Philosophie und katholischen Theologie in Benediktbeuern und Rom, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Mittlere und Neue Kirchengeschichte der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt.

Prof. Dr. **Peer Pasternack**, Sozialwissenschaftler und Zeithistoriker, ist seit 2004 Forschungsdirektor bzw. Direktor des Instituts für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. 1994 Diplom (Politikwissenschaft, Universität Leipzig), 1998 Promotion (FB Pädagogik, Universität Oldenburg), 2005 Habilitation (Soziologie, Universität Kassel). Forschungsschwerpunkte: Wissenschaftszeitgeschichte, Hochschulpolitikanalyse, Hochschulorganisation, Bildung und Wissenschaft in regionalen Kontexten.

Christina Stehling studierte Wirtschaftspädagogik, Geschichte und Europäische Ethnologie. Von 2019 bis 2023 war sie Doktorandin an der Philipps-Universität Marburg. Ihre Forschungsinteressen liegen in der Bildungs- und Landesgeschichte sowie in der Geschlechtergeschichte mit einem Fokus auf Ehe, Familie und Haushalt.

Schriftenreihe „Hochschul- und Wissenschaftsforschung Halle-Wittenberg“

Andreas Beer / Daniel Hechler / Peer Pasternack / Rocio Ramirez: *Der Wissenschaftliche Beirat. Das letzte bislang unaufgeklärte Qualitätsinstrument in der Wissenschaft*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2023, 227 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *150.000 Seiten konfessionelles Bildungswesen in der DDR. Bibliografische Dokumentation der seit 1990 publizierten Literatur*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2022, 327 S.

Sylvi Mauermeister: *Eingeschrieben und Geblieben? Herkunftsgruppenspezifische Bedingungen des Studienverbleibs nach der Studieneingangsphase an Universitäten*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2022, 390 S.

Peer Pasternack: *MINT und Med. in der DDR. Die DDR-Natur-, Ingenieur- und medizinischen Wissenschaften im Spiegel ihrer dreißigjährigen Aufarbeitung und Erforschung seit 1990*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, BWV – Berliner Wissenschaftsverlag, Berlin 2021, 678 S.

Justus Henke: *Third Mission als Organisationsherausforderung. Neuausrichtung der Machtstrukturen in der Hochschule durch Professionalisierungstendenzen im Wissenschaftsmanagement*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 296 S.

Peer Pasternack: *Fünf Jahrzehnte, vier Institute, zwei Systeme. Das Zentralinstitut für Hochschulbildung Berlin (ZHB) und seine Kontexte 1964–2014*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 497 S.

Rui Wu: *Zur Promotion ins Ausland. Erwerb von implizitem Wissen in der Doktoranden-ausbildung. Am Beispiel der wissenschaftlichen Qualifikationsprozesse chinesischer Doktoranden in Deutschland*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2019, 383 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Wissenschancen der Nichtmetropolen. Wissenschaft und Stadtentwicklung in mittelgroßen Städten*, unt. Mitw. v. Uwe Grelak und Justus Henke, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 359 S.

Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Peggy Trautwein / Steffen Zierold: *Die verwaltete Hochschulwelt. Reformen, Organisation, Digitalisierung und das wissenschaftliche Personal*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 361 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulen und Stadtentwicklung in Sachsen-Anhalt*, unt. Mitw. v. Jens Gillessen, Uwe Grelak, Justus Henke, Sebastian Schneider, Peggy Trautwein und Steffen Zierold, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2018, 347 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Kurz vor der Gegenwart. 20 Jahre zeitgeschichtliche Aktivitäten am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 1996–2016*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 291 S.

Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Mission, die dritte. Die Vielfalt jenseits hochschulischer Forschung und Lehre: Konzept und Kommunikation der Third Mission*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2017, 274 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Theologie im Sozialismus. Konfessionell gebundene Institutionen akademischer Bildung und Forschung in der DDR. Eine Gesamtübersicht*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 341 S.

Peer Pasternack: *20 Jahre HoF. Das Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg 1996–2016: Vorgeschichte – Entwicklung – Resultate*, BWV – Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 273 S.

Peer Pasternack / Isabell Maue: *Die BFI-Policy-Arena in der Schweiz. Akteurskonstellation in der Bildungs-, Forschungs- und Innovationspolitik*, unt. Mitarb. v. Daniel Hech-

ler, Tobias Kolasinski und Henning Schulze, BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 327 S.

Peer Pasternack: *Die DDR-Gesellschaftswissenschaften post mortem: Ein Vierteljahrhundert Nachleben (1990–2015). Zwischenfazit und bibliografische Dokumentation*, unt. Mitarb. v. Daniel Hechler, BWV Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin 2016, 613 S.

Peer Pasternack: *Die Teilakademisierung der Frühpädagogik. Eine Zehnjahresbeobachtung*, unt. Mitw. v. Jens Gillessen, Daniel Hechler, Johannes Keil, Karsten König, Arne Schildberg, Christoph Schubert, Viola Strittmatter und Nurdin Thielemann, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 393 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Künstlerische Hochschulen in der DDR. 25 Jahre zeit-historische Aufklärung 1990–2015: Eine Auswertung mit bibliografischer Dokumentation*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 146 S.

Justus Henke / Peer Pasternack / Steffen Zierold (Hg.): *Schaltzentralen der Regionalentwicklung: Hochschulen in Schrumpfungsregionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 330 S.

Peer Pasternack: *Akademische Medizin in der DDR. 25 Jahre Aufarbeitung 1990–2014*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2015, 274 S.

Roland Bloch / Monique Lathan / Alexander Mitterle / Doreen Trümpler / Carsten Würmann: *Wer lehrt warum? Strukturen und Akteure der akademischen Lehre an deutschen Hochschulen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 274 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Wissensregion Sachsen-Anhalt. Hochschule, Bildung und Wissenschaft: Die Expertisen aus Wittenberg*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 225 S.

Johannes Keil: *Und der Zukunft zugewandt? Die Weiterbildung an der Humboldt-Universität zu Berlin 1945–1989*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 358 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Die Bildungs-IBA. Bildung als Ressource im demografischen Wandel: Die Internationale Bauausstellung „Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010“*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 504 S.

Romy Hilbrich / Karin Hildebrandt / Robert Schuster (Hg.): *Aufwertung von Lehre oder Abwertung der Professur? Die Lehrprofessur im Spannungsfeld von Lehre, Forschung und Geschlecht*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 330 S.

Reinhard Kreckel / Karin Zimmermann: *Hasard oder Laufbahn. Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2014, 277 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Jenseits der Metropolen. Hochschulen in demografisch herausgeforderten Regionen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2013, 571 S.

Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Traditionsbildung, Forschung und Arbeit am Image. Die ostdeutschen Hochschulen im Umgang mit ihrer Zeitgeschichte*, Akademische Verlagsveranstalt, Leipzig 2013, 505 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulen nach der Föderalismusreform*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2011, 368 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Relativ prosperierend. Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen: Die mitteldeutsche Region und ihre Hochschulen*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, 547 S.

Eva Bosbach: *Von Bologna nach Boston? Perspektiven und Reformansätze in der Doktorandenbildung anhand eines Vergleichs zwischen Deutschland und den USA*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2009, 182 S.

Roland Bloch: *Flexible Studierende? Studienreform und studentische Praxis*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2009, 336 S.

Reinhard Kreckel (Hg.): *Zwischen Promotion und Professur. Das wissenschaftliche Personal in Deutschland im Vergleich mit Frankreich, Großbritannien, USA, Schweden, den*

Niederlanden, Österreich und der Schweiz, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2008, 400 S.

Anke Burkhardt (Hg.): *Wagnis Wissenschaft. Akademische Karrierewege und das Förderersystem in Deutschland*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2008, 691 S.

Peer Pasternack (Hg.): *Stabilisierungsfaktoren und Innovationsagenturen. Die ostdeutschen Hochschulen und die zweite Phase des Aufbau Ost*, Akademische Verlagsanstalt, Leipzig 2007, 471 S.

Robert D. Reisz / Manfred Stock: *Inklusion in Hochschulen. Beteiligung an der Hochschulbildung und gesellschaftlichen Entwicklung in Europa und in den USA (1950-2000)*, Lemmens Verlag, Bonn 2007, 148 S.

Peer Pasternack: *Qualität als Hochschulpolitik? Leistungsfähigkeit und Grenzen eines Policy-Ansatzes*, Lemmens Verlag, Bonn 2006, 558 S.

Anke Burkhardt / Karsten König (Hg.): *Zweckbündnis statt Zwangsehe: Gender Mainstreaming und Hochschulreform*, Lemmens Verlag, Bonn 2005, 264 S.

Reinhard Kreckel: *Vielfalt als Stärke. Anstöße zur Hochschulpolitik und Hochschulforschung*, Lemmens Verlag, Bonn 2004, 203 S.

Irene Lischka / Andrä Wolter (Hg.): *Hochschulzugang im Wandel? Entwicklungen, Reformperspektiven und Alternativen*, Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001, 302 S.

Jan-Hendrik Olbertz / Peer Pasternack / Reinhard Kreckel (Hg.): *Qualität – Schlüsselfrage der Hochschulreform*, Beltz Verlag, Weinheim/Basel 2001, 341 S.

Barbara M. Kehm / Peer Pasternack: *Hochschulentwicklung als Komplexitätsproblem. Fallstudien des Wandels*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2001, 254 S.

Peer Pasternack (Hg.): *DDR-bezogene Hochschulforschung. Eine thematische Eröffnungsbilanz aus dem Hof Wittenberg*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2001, 315 S.

Peter Altmiks (Hg.): *Gleichstellung im Spannungsfeld der Hochschulfinanzierung*, Deutscher Studien Verlag, Weinheim 2000, 107 S.

Peer Pasternack: *Hochschule & Wissenschaft in SBZ / DDR / Ostdeutschland 1945–1995. Annotierte Bibliographie für den Erscheinungszeitraum 1990–1998*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 567 S.

Jan-Hendrik Olbertz / Peer Pasternack (Hg.): *Profilbildung – Standards – Selbststeuerung. Ein Dialog zwischen Hochschulforschung und Reformpraxis*, hrsg. unt. Mitarb. v. Gertraude Buck-Bechler und Heidrun Jahn. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 291 S.

Peer Pasternack: *Demokratische Erneuerung. Eine universitätsgeschichtliche Untersuchung des ostdeutschen Hochschulumbaus 1989–1995. Mit zwei Fallstudien: Universität Leipzig und Humboldt-Universität zu Berlin*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1999, 427 S.

Heidrun Jahn / Jan-Hendrik Olbertz (Hg.): *Neue Stufen – alte Hürden? Flexible Hochschulabschlüsse in der Studienreformdebatte*. Deutscher Studien Verlag, Weinheim 1998, 120 S.

HoF-Handreichungen

Online unter <https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof-handreichungen/>

- 15: Peer Pasternack / Philipp Rediger / Sebastian Schneider: *Instrumente der Entbürokratisierung an Hochschulen*, Halle-Wittenberg 2021, 119 S.
- 14: Claudia Göbel / Justus Henke / Sylvi Mauermeister: *Kultur und Gesellschaft gemeinsam erforschen. Überblick und Handlungsoptionen zu Citizen Science in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, unt. Mitarb. v. Susann Hippler, Nicola Gabriel und Steffen Zierold, Halle-Wittenberg 2020, 128 S.
- 13: Andreas Beer / Justus Henke / Peer Pasternack: *Integrieren und kommunizieren. Leitfäden und Toolboxen zur koordinativen Begleitung von Forschungsverbünden und Förderprogrammen*, Halle-Wittenberg 2020, 140 S.
- 12: Peer Pasternack: *Partizipation an Hochschulen. Zwischen Legitimität und Hochschulrecht*, Halle-Wittenberg 2020, 92 S.
- 11: Sascha Alexander Blasczyk / Peer Pasternack: *Exzellenzstrategie und die Universitäten in den ostdeutschen Flächenländern. Input- und Leistungsdaten – Schlussfolgerungen*, Halle-Wittenberg 2020, 52 S.
- 10: Peer Pasternack / Sebastian Schneider / Sven Preußer: *Administrationslasten. Die Zunahme organisatorischer Anforderungen an den Hochschulen: Ursachen und Auswege*, Halle-Wittenberg 2019, 146 S.
- 9: Justus Henke / Peer Pasternack: *Hochschulsystemfinanzierung. Wegweiser durch die Mittelströme*, Halle-Wittenberg 2017, 93 S.
- 8: Justus Henke / Peer Pasternack / Sarah Schmid: *Third Mission bilanzieren. Die dritte Aufgabe der Hochschulen und ihre öffentliche Kommunikation*, Halle-Wittenberg 2016, 109 S.
- 7: Martina Dömling / Peer Pasternack: *Studieren und bleiben. Berufseinstieg internationaler HochschulabsolventInnen in Deutschland*, Halle-Wittenberg 2015, 98 S.
- 6: Justus Henke / Romy Höhne / Peer Pasternack / Sebastian Schneider: *Mission possible – Gesellschaftliche Verantwortung ostdeutscher Hochschulen: Entwicklungschance im demografischen Wandel*, Halle-Wittenberg 2014, 118 S.
- 5: Jens Gillessen / Isabell Maué (Hg.): *Knowledge Europe – EU-Strukturfondsfinanzierung für wissenschaftliche Einrichtungen*, Halle-Wittenberg 2014, 127 S.
- 4: Peer Pasternack / Steffen Zierold: *Überregional basierte Regionalität. Hochschulbeiträge zur Entwicklung demografisch herausgefordeter Regionen. Kommentierte Thesen*, unt. Mitarb. v. Thomas Erdmenger, Jens Gillessen, Daniel Hechler, Justus Henke und Romy Höhne, Halle-Wittenberg 2014, 120 S.
- 3: Peer Pasternack / Johannes Keil: *Vom ‚mütterlichen‘ Beruf zur differenzierten Professionalisierung. Ausbildungen für die fröhkindliche Pädagogik*, Halle-Wittenberg 2013, 107 S.
- 2: Peer Pasternack (Hg.): *Regional gekoppelte Hochschulen. Die Potenziale von Forschung und Lehre für demografisch herausgeforderte Regionen*, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.
- 1: Peer Pasternack / Daniel Hechler: *Hochschulzeitgeschichte. Handlungsoptionen für einen souveränen Umgang*, Halle-Wittenberg 2013, 99 S.
- 0: Daniel Hechler / Peer Pasternack: *Hochschulorganisationsanalyse zwischen Forschung und Beratung*, Halle-Wittenberg 2012, 99 S.

Weitere Buchveröffentlichungen aus dem Institut für Hochschulforschung (HoF) 2019–2024

Peer Pasternack: *Von Campus- bis Industrieliteratur. Eine literarische DDR-Wissenschaftsgeschichte*, Tectum-Verlag, Baden-Baden 2024, 640 S.

Peer Pasternack: *Lose gekoppelt. Die Universität Halle-Wittenberg und die Stadt Wittenberg seit 1817: eine Beziehungsgeschichte*, unt. Mitarb. v. Daniel Watermann, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2024, 332 S.

Marianne Merkt / Peer Pasternack / Philipp Pohlenz (Hg.): *Verbünde deutscher Hochschulen zur Lehrentwicklung. Analyse der Rahmenbedingungen und Gelingensfaktoren*, Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2024, 183 + XXXVIII S.

Robert Aust / Sebastian Schneider / Justus Henke / Alexander Hönsch: *Auf der Hinterbühne des Erfolgs. Wirksame Kriterien für Entbürokratisierung im hochschulischen Transfer*, WiKET-Lessons-Learned-Paper Nr. 1, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2023, 18 S.

Peer Pasternack: *Die Spuren der LEUCOREA (1502–1817). Ein universitätshistorischer Stadtrundgang durch das heutige Wittenberg*, Drei Kastanien Verlag, Lutherstadt Wittenberg 2023, 92 S.

Christiane Arndt / Anne Mielke: *Stand und Perspektiven der Implementierung von Hochschuldidaktik in der Governance der öffentlichen Universitäten in Österreich*, Projektbericht, unt. Mitarb. von Peer Pasternack, Österreichisches Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung/Institut für Hochschulforschung (HoF), Wien/Halle-Wittenberg 2023, 145 S.

Pasternack, Peer (Hg.): *Wissenschaftskommunikation, neu sortiert*, Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden 2022, 378 S.

Peer Pasternack: *Das Sachsen-Anhalt-Wissen aus Wittenberg. Die HoF-Beiträge des letzten Jahrzehnts (2013–2022)*, Institut für Hochschulforschung (HoF), Halle-Wittenberg 2022, 206 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Toleriert und kontrolliert. Konfessionelles Bildungswesen auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts 1945–1989*, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale) 2021, 364 S.

Daniel Hechler / Theresa Hykel / Peer Pasternack: *Disziplinentwicklung der Kindheitspädagogik. Eine empirische Bestandsaufnahme anderthalb Jahrzehnte nach Einrichtung der neuen Studiengänge*, Deutsches Jugendinstitut (DJI), München 2021, 100 S.

Karsten König: *Macht und Verständigung in der externen Hochschulsteuerung. Verhandlungsmodi in Zielvereinbarungen zwischen Staat und Hochschule*, Universitätsverlag Webler, Bielefeld 2021, 209 S.

Anke Burkhardt / Aaron Philipp / Philipp Rediger / Jens-Heinrich Schäfer: *Personalstrukturentwicklung und Personalentwicklung. Studie im Rahmen des Bundesberichts Wissenschaftlicher Nachwuchs (BuWiN) 2021*, Wittenberg 2020, 265 S.

Verbundprojekt Heterogenität als Qualitätsherausforderung für Studium und Lehre (Hg.): *Damit das Studium für alle passt. Konzepte und Beispiele guter Praxis aus Studium und Lehre in Sachsen-Anhalt. Schwerpunkt: Heterogenität und Digitalisierung*, Magdeburg/Wittenberg 2020, 148 S.

Justus Henke / Peer Pasternack (Hg.): *Wie die Hochschulen durch das Zeitalter des Frühdigitalismus kommen. Basiswissen für die avancierte Organisationsgestaltung in 94 Fragen und Antworten*, Springer VS, Wiesbaden 2020, 280 S.

Uwe Grelak / Peer Pasternack: *Parallelwelt. Konfessionelles Bildungswesen in der DDR. Handbuch*, Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2019, 700 S.

die hochschule. journal für wissenschaft und bildung

Herausgegeben für das Institut für Hochschulforschung (HoF) von
Peer Pasternack. Redaktion: Daniel Hechler

Ältere Hefte online unter <https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/die-hochschule/>

Themenhefte 2012–2024:

Franziska Bomski (Hg.): *Inventur. Der Personalumbau in den ostdeutschen Wissenschaften nach 1989* (2024, 188 S., € 17,50)

Justus Henke / Annika Felix / Katja Knuth-Herzig (Hg.): *Vermittelnde Expertise. Schnittstellen von Management und Kommunikation im Wissenschaftssystem* (2023, 240 S., 20,-)

Peer Pasternack / Daniel Watermann (Hg.): *Studieren mit und ohne Corona* (2022, 254 S.; € 20,-)

Rocio Ramirez / Andreas Beer / Peer Pasternack: *WiHoTop – Elemente einer Topografie der deutschen Wissenschafts- und Hochschulforschung*, unt. Mitarb. v. Sophie Korthase (2021, 153 S.; € 17,50)

Annemarie Matthies / Bettina Radeiski (Hg.): *Wissenstransfer (in) der Sozialen Arbeit. Zur Produktivität wissenschaftlicher Vermittlungs- und Transfervorstellungen* (2020, 180 S.; € 17,50)

Sandra Beaufaÿs / Anja Franz / Svea Korff (Hg.): *Ausstieg aus der Wissenschaft* (2020, 175 S.; € 17,50)

Annett Maiwald / Annemarie Matthies / Christoph Schubert (Hg.): *Prozesse der Akademisierung. Zu Gegenständen, Wirkmechanismen und Folgen hochschulischer Bildung* (2019, 189 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Arbeit an den Grenzen. Internes und externes Schnittstellenmanagement an Hochschulen* (2018, 279 S.; € 20,-)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Einszweivierpunktnull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem. Folge 2* (2017, 176 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hg.): *Einszweivierpunktnull. Digitalisierung von Hochschule als Organisationsproblem* (2017, 193 S.; € 17,50)

Peter Tremp / Sarah Tresch (Hg.): *Akademische Freiheit. „Core Value“ in Forschung, Lehre und Studium* (2016, 181 S.; € 17,50)

Cort-Denis Hachmeister / Justus Henke / Isabel Roessler / Sarah Schmid (Hg.): *Gestalten-de Hochschulen. Beiträge und Entwicklungen der Third Mission* (2016, 170 S.; € 17,50)

Marion Kamphans / Sigrid Metz-Göckel / Margret Bülow-Schramm (Hg.): *Tabus und Tabuverletzungen an Hochschulen* (2015, 214 S.; € 17,50)

Daniel Hechler / Peer Pasternack (Hrsg.): *Ein Vierteljahrhundert später. Zur politischen Geschichte der DDR-Wissenschaft* (2015, 185 S.; € 17,50)

Susen Seidel / Franziska Wielepp (Hg.): *Diverses. Heterogenität an der Hochschule* (2014, 216 S.; € 17,50)

Peer Pasternack (Hg.): *Hochschulforschung von innen und seitwärts. Sichtachsen durch ein Forschungsfeld* (2014, 226 S.; € 17,50)

Jens Gillessen / Johannes Keil / Peer Pasternack (Hg.): *Berufsfelder im Professionalisierungsprozess. Geschlechtsspezifische Chancen und Risiken* (2013, 198 S.; € 17,50)

Martin Winter / Carsten Würmann (Hg.): *Wettbewerb und Hochschulen. 6. Jahrestagung der Gesellschaft für Hochschulforschung in Wittenberg* (2012, 328 S.; € 17,50).

Karsten König / Rico Rokitke: *Weltoffen von innen? Wissenschaft mit Migrationshintergrund* (2012, 210 S.; € 17,50)

HoF-Arbeitsberichte 2019–2024

Online unter <https://www.hof.uni-halle.de/publikationen/hof-arbeitsberichte/>

- 126: Justus Henke: *Generative KI in der Hochschulkommunikation. Ergebnisse der 2. Wele – 2024*, 2024, 42 S.
- 125: Reinhard Kreckel: *Soziale Integration und nationale Identität. Eine Wiederbegegnung nach drei Jahrzehnten*, 2024, 42 S.
- 124: Christiane Arndt / Anne Mielke: *Vielfalt und Chancengerechtigkeit: Aktivitäten von und in Fachgesellschaften*, unt. Mitarb. v. Peer Pasternack, 2024, 124 S.
- 123: Rocio Ramirez / Olivia Laska / Arne Böker: *Studienvorbereitung für internationale Studieninteressierte in Deutschland. Eine Momentaufnahme eines dynamischen Feldes*, unt. Mitarb. von Ricarda Abendroth, Sophie Korthase, Roxana Schwitalla, 2023, 82 S.
- 122: Justus Henke: *Hochschulkommunikation im Zeitalter der KI: Erste Einblicke in die Nutzung und Perspektiven generativer KI-Tools*, 2023, 53 S.
- 121: Peer Pasternack (Hg.): *Weit verbreitet und kaum erforscht: Wissenschaftliche Beiräte in der Wissenschaft*, 2022, 86 S.
- 120: Peer Pasternack: *Nicht nur Resteverwertung. Die Verwendungen der Wittenberger Universitätsfundation nach 1817*, 2022, 143 S.
- 119: Sebastian Schneider / Sylvi Mauermeister / Robert Aust / Justus Henke: *Paralleluniversen des Wissenschaftsmanagements: Ein Vergleich zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen*, 2022, 114 S.
- 118: Peer Pasternack / Andreas Beer: *Die externe Kommunikation der Wissenschaft in der bisherigen Corona-Krise (2020/2021). Eine kommentierte Rekonstruktion*, unt. Mitarb. v. Justus Henke, Sophie Korthase und Philipp Rediger, 2022, 79 S.
- 117: Cristina Raffaele / Philipp Rediger: *Die Partizipation Studierender als Kriterium der Qualitätssicherung in Studium und Lehre*, unt. Mitarb. v. Sebastian Schneider, 2021, 51 S.
- 116: Daniel Hechler / Theresa Hykel / Peer Pasternack: *Zum Stand der Disziplinentwicklung der Kindheitspädagogik. Materialband zum WiFF-Report*, 2021, 126 S.
- 115: Peer Pasternack: *Das fünfte Jahrfünft. Forschung, Wissenstransfer und Nachwuchsförderung am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) 2016–2020*, 2021, 97 S.
- 114: Claudia Göbel / Justus Henke / Sylvi Mauermeister / Verena Plümpe: *Citizen Science jenseits von MINT. Bürgerforschung in den Geistes- und Sozialwissenschaften*, unter Mitarbeit von Nicola Gabriel, 2020, 105 S.
- 113: Sascha Alexander Blasczyk / Peer Pasternack: *Input- und Leistungsdaten der Hochschulen in den ostdeutschen Flächenländern unter besonderer Berücksichtigung der Universitäten*, 2020, 69 S.
- 112: Andreas Beer / Justus Henke / Peer Pasternack: *Kommunikation organisieren. Die koordinierende Begleitung von Forschungsförderprogrammen, verhandelt an Beispielen aus der Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschulforschung*, unter Mitarbeit von Jennifer Jacob und Steffen Zierold, 2019, 148 S.
- 111: Peer Pasternack / Sebastian Schneider: *Kooperationsplattformen: Situation und Potenziale in der Wissenschaft Sachsen-Anhalts*, unter Mitarbeit von Carolin Seifert, 2019, 129 S.
- 110: Anke Burkhardt / Florian Harrlandt / Jens-Heinrich Schäfer: „Wie auf einem Basar“. *Berufungsverhandlungen und Gender Pay Gap bei den Leistungsbezügen an Hochschulen in Niedersachsen*, unter Mitarbeit von Judit Anacker, Aaron Philipp, Sven Preußen, Philipp Rediger, 2019, 142 S.



Zu den Erstaunlichkeiten der DDR gehörte der Umstand, dass es neben dem „einheitlichen sozialistischen Bildungssystem“ ein vielfältiges konfessionell bzw. kirchlich gebundenes Bildungswesen gab. Dieses reichte von Kindergärten, Schulen und Konvikten über Vorseminare, Berufsausbildungen, Fort- und Weiterbildung oder kirchlichen Hochschulen bis zu Bildungshäusern, Evangelischen Akademien, Filmdiensten, Kunstdiensten und einem ausdifferenzierten Mediensystem. Ein 2019 erschienenes Handbuch stellte diese im einzelnen vor. Ergänzend wurde nun eine bibliografische Dokumentation publiziert.

Diese erschließt systematisiert die Literatur, die seit 1990 zum konfessionell geprägten Bildungswesen in der DDR publiziert wurde, insgesamt 1.454 Titel, davon 492 selbstständige Publikationen. Sie werden gegliedert nach Bildungsstufen präsentiert. Die einzelnen Kapitel finden sich jeweils durch eine kurze Überblicksdarstellung zu Struktur und Entwicklung des Bildungsbe-

Uwe Grelak / Peer Pasternack

150.000 Seiten konfessionelles Bildungswesen in der DDR

Bibliografische Dokumentation der seit 1990 publizierten Literatur

2022. 330 Seiten mit 100 Farb- und 43 s/w-Abbildungen

€ 28,-

978-3-8305-5521-6 KARTONIERT

978-3-8305-5522-3 E-BOOK

reichs eingeleitet. Alle selbstständigen Veröffentlichungen sind mit Annotationen versehen. Abbildungen und Personenregister ergänzen die Dokumentation.

DIE AUTOREN

Uwe Grelak studierte Germanistik, Philosophie und Biologie an der Universität Leipzig. Von 2011 bis 2019 war er freiberuflich für das Institut für Hochschulforschung tätig und ist dort seit 2019 wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Peer Pasternack wurde nach dem Studium der Politikwissenschaft an der Universität Leipzig 1998 an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg promoviert. Seit 2010 Direktor des Instituts für Hochschulforschung in Halle-Wittenberg.



Hier bestellen:
service@bwv-verlag.de



Andreas Beer, Daniel Hechler, Peer Pasternack,
Rocio Ramirez Rodriguez

Der Wissenschaftliche Beirat

Das letzte bislang unaufgeklärte
Qualitätsinstrument

HOCHSCHUL- UND WISSENSCHAFTSFORSCHUNG
HALLE-WITTENBERG – BAND 16
2023. 227 Seiten
978-3-8305-5565-0 KARTONIERT
978-3-8305-5566-7 E-BOOK

Qualitätssicherung und -entwicklung (QS/QE) in der Wissenschaft sind seit langem ein Forschungsthema. Daher sind sämtliche QS/QE-Instrumente auch schon vielfach untersucht worden. Nur eines nicht: Wissenschaftliche Beiräte, also Gremien, in denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihresgleichen in wissenschaftlichen Angelegenheiten beraten. Diese Beiräte genießen eine positive Bewertung, obwohl bisher niemand wusste, wie gut sie tatsächlich funktionieren.

Erstmals werden hier nun die Beiräte im deutschen Wissenschaftssystem systematisch analysiert. Dazu wurde ermittelt, wie verbreitet Wissenschaftliche Beiräte sind und wie viele es insgesamt gibt, welche offiziellen und inoffiziellen Funktionen sie wahrnehmen, wie sie zusammengesetzt sind und welche Kosten sie verursachen. Der entstehende Ressourcenverbrauch – Zeit und Geld – wird den Effekten der Beiratsarbeit gegenübergestellt.

DIE AUORINNEN UND AUTOREN

Andreas Beer, Studium der Amerikanistik/Anglistik, Germanistik und Politikwissenschaft. 2014 Promotion in Amerikanistik, Postdoktorand in Konstanz und der Freien Universität Berlin. Seit 2018 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Hochschulforschung (HoF) an der Universität Halle-Wittenberg.

Daniel Hechler, Studium der Politikwissenschaft, Mittleren und Neueren Geschichte sowie Philosophie. Seit 2007 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am HoF an der Universität Halle-Wittenberg.
Peer Pasternack, Diplom-Politikwissenschaftler. 1998 Promotion im Bereich Erziehungswissenschaft und 2005 Habilitation im Bereich Soziologie. Seit 2004 Forschungsdirektor des HoF an der Universität Halle-Wittenberg.

Rocio Ramirez Rodriguez, Studium der Politikwissenschaft, Arbeitswissenschaft und Psychologie. Seit 2019 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am HoF an der Universität Halle-Wittenberg.



Berliner
Wissenschafts-Verlag

Hier bestellen:
service@steiner-verlag.de

Inwiefern ist die Annahme überwiegend einheitlicher oder ähnlicher Ursachen für das Universitätssterben in den deutschen Ländern um 1800 angemessen? Immerhin waren im Verlaufe des Vierteljahrhunderts, die das Universitätssterben umfasste, die Umfeldsituationen sehr differenziert, die territorialen Bedingungen uneinheitlich und die internen Potenzen der Hochschulen unterschiedlich. Dazu versammelt dieser Band vier Perspektiven: die analytische Erschließung der Makro-Ebene der Hochschulentwicklung und -politik sowie dreierlei Arten von Falldarstellungen, nämlich zu um 1800 aufgelösten Universitäten, zu seinerzeit zwar gefährdeten, dann aber dennoch fortbestehenden Universitäten und zur Berliner Neugründung. Das Buch wurde gemeinsam von der Reformati onsgeschichtlichen Forschungsbibliothek Wittenberg und dem Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) realisiert.

ISBN 978-3-8305-5599-5



9 783830 555995

A standard linear barcode representing the ISBN 978-3-8305-5599-5. The barcode is composed of vertical black lines of varying widths on a white background. Below the barcode, the numbers '9 783830 555995' are printed in a small, black, sans-serif font.